

WAHLPROGRAMM

Zukunft. Gemeinsam. Gestalten.

Am 14. März 2021
GRÜN wählen

Bündnis 90/DIE GRÜNEN
www.gruene-darmstadt.de

Inhaltsverzeichnis

Vorwort von Jochen Partsch – Seite 3

Höchste Priorität für Klimaschutz. Darmstadt bis 2035 klimaneutral machen. – Seite 8

Stadtentwicklung und Mobilität: Wir müssen uns bewegen, damit Darmstadt lebenswert bleibt. – Seite 17

Umwelt- u. Naturschutz: Wir müssen den Reichtum der Natur erhalten, denn es gibt keinen Planeten B. – Seite 38

Gesellschaftspolitik: Teilhabe und Akzeptanz. Konzepte für ein gerechtes Darmstadt – Seite 51

Gesundheit: Schutz eines der höchsten menschlichen Güter. – Seite 72

Vielfalt, Demokratie und Weltoffenheit vertreten und leben – Seite 82

Konzepte für lesbische, schwule, bi, trans*, inter* und queere Menschen – Seite 93

Frauenpolitik: Selbstbestimmung, Gleichberechtigung und die Hälfte der Zeit, Macht und Verantwortung den Frauen – Seite 97

Zukunft durch gute Bildung – Seite 107

Kultur hält unsere Stadt lebendig. – Seite 124

Ordnung und Sicherheit: Prävention statt Repression – Seite 139

Spaß, Begegnung, Gesundheit, Ehrenamt. Sport als soziales Bindeglied in einer wachsenden Stadt – Seite 142

Wirtschaft und Finanzen: Eine starke Wirtschaft sichert die soziale und ökologische Stadt. – Seite 148

Digitalisierung nicht den anderen überlassen. – Seite 160

Leben in Darmstadts Stadtteilen – Seite 166

Impressum – Seite 176



Zukunft. Gemeinsam. Gestalten.

Am 14. März ist Kommunalwahl und wir Darmstädter*innen sind aufgerufen, die politischen Mehrheiten in unserer Stadt für die nächsten fünf Jahre zu bestimmen.

Trotz Corona – oder besser – gerade wegen Corona sollten Sie von dieser Möglichkeit unbedingt Gebrauch machen. Die Pandemie ist nicht nur eine existenzielle Bedrohung in gesundheitlicher und für viele auch in wirtschaftlicher Hinsicht. Die Corona-Pandemie führt uns einmal mehr vor Augen, was die Herausforderungen der nächsten Jahrzehnte sind.

Corona ist eine Naturkatastrophe. Sie zeigt, wie abhängig wir von der Natur sind und wohin der rücksichtslose Umgang mit Natur und Wildtieren führt.

Gleichzeitig zeigt sie, wie angewiesen wir auf wissenschaftliche Erkenntnisse sind. Natürlich sind diese nicht immer eindeutig, es gibt Diskussionen. Aber es gibt auch fakten-basierte Ergebnisse, auf deren Grundlage gehandelt werden muss.

Zudem zeigt Corona, wohin die Verwahrlosung der Vernunft führt. Wenn zum Beispiel abgestritten wird, dass die Bevölkerung von den Abstands- und Hygieneregeln profitiert und diese richtig und sinnvoll sind. Die Verwahrlosung der Vernunft beginnt jedoch nicht erst im Zusammenhang mit Corona. Sie kommt immer dann zum Tragen, wenn Fakten grundsätzlich abgestritten werden und es keine Möglichkeit mehr gibt, in einen rationalen Diskurs zu treten.

Nicht nur in den USA, auch in vielen anderen Demokratien suggerieren völkisch-identitäre Politikkonzepte den Menschen, dass es allein um sie selbst ginge und tragen damit zu einer zunehmend größer werdenden Spaltung der Gesellschaft bei.

Als Darmstädter*innen wissen wir, dass gerade die Vielfalt unsere Stadt so besonders macht. Die zivile Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Vorstellungen, der demokratische Streit hat uns als Stadtgesellschaft stets weitergebracht.

Wir GRÜNE sind seit unserer Gründung eine Bündnispartei. Innovative Impulse aus der Stadtgesellschaft greifen wir auf und setzen sie in konkretes Handeln um. In der integrativen Kraft liegt unsere Stärke.

Gemeinsam mit der ökologischen Bewegung haben wir schon vor über 40 Jahren die Bewahrung der Lebensgrundlagen aufs politische Tableau gebracht. Das ist heute wichtiger denn je: Klimaschutz ist *die* Herausforderung des 21. Jahrhunderts – und der Kampf gegen den Klimawandel muss in den Städten gewonnen werden. Und zwar in den Städten jener Länder, die über die technologischen und finanziellen Ressourcen verfügen. Deshalb machen wir Darmstadt bis 2035 klimaneutral. Das gilt für alle Bereiche: für Strom- und Wärmeversorgung, Mobilität, Wohnen und die Entwicklung von Innenstadt, Stadtteilen und neuen Quartieren.

Dabei haben wir stets das große Ganze im Blick. Wir werden weiterhin gute komplexe Kompromisse für alle Bürger*innen finden.

Unser Ziel ist eine solidarische Ökologie. Deshalb verbinden wir Klimaschutz und Soziales miteinander, bauen Kitas und Schulen aus, stärken das Gemeinwesen, fördern Kunst und Kultur und gestalten die Digitalisierung aktiv mit.

Weitere zentrale Projekte für die kommende Wahlperiode sind:

Die Innenstadt als lebendige Mitte erhalten.

Attraktive Innenstädte sind das Kennzeichen der europäischen Stadt. Hier finden Kultur und Begegnungen statt, wird eingekauft, entstehen Identität und Gemeinschaft. Doch das Bild wandelt sich. Die Corona-Pandemie beschleunigt den Trend hin zum Online-Kauf und setzt auch Gastronomie und Hotellerie zu. Um attraktiv und lebendig zu bleiben, müssen mehr Wohnen, Kultur, Wissenschaft, Sport, kleine und mittelständische Einzelhandels-, Dienstleistungs- und Handwerksunternehmen, Co-Working-Angebote sowie viel Grün Einzug halten. Mit unserem Innenstadtentwicklungskonzept wurden bereits erste Schritte eingeleitet. Diese wollen wir gemeinsam mit Einzelhandel, Kulturschaffenden, Stadtplanung, Architekt*innen und der Bürgerschaft zügig umsetzen. Wir tun alles, um der Innenstadt durch eine größere Vielfalt ein neues Gesicht zu geben und sie als Herz unserer Stadt zu bewahren.

Wohnraum schaffen, statt die Zukunft zu verbauen.

In den vergangenen fünf Jahren haben wir über 10.000 neue Wohnungen auf den Weg gebracht, ohne dass Darmstadt sich in der Fläche wesentlich ausgedehnt hat. Diesen verantwortungsvollen und effizienten Umgang mit der Ressource Boden werden wir fortführen und dabei weiterhin bezahlbaren und klimafreundlichen Wohnraum schaffen. Um den Wohnungsbau weiter voranzutreiben und politisch zu steuern, wurden alle Maßnahmen in einem „Wohnungspolitischen Konzept“ gebündelt. Jedes geeignete Instrument von der Sozialquote (25 % Sozialwohnungen, 20 % Wohnungen für mittlere Einkommen), über die einkommensabhängige Mietendeckelung bis zur sozialgerechten Bodennutzung wurde analysiert, um es anschließend noch wirkungsvoller zum Einsatz zu bringen. Auf Marien- und Messplatz und dem Gelände des ehemaligen Klinikums in Eberstadt sind weitere neue Wohnquartiere geplant. Wir sorgen dafür, dass auch diese attraktiv, sozial durchmischt, energetisch nachhaltig und nach klimaneutralen Standards sowie mit einem hohen Anteil an naturnahen Grünflächen gestaltet werden.

Durch viele Gespräche mit der Bundeswehr ist es zudem gelungen, auch eine Perspektive für das Gelände der Starkenburg-Kaserne zu schaffen, sodass wir dort voraussichtlich 2027 einen weiteren neuen Stadtteil entwickeln können, ohne auf Wald- und Naturflächen zurückgreifen zu müssen.

Die Mobilität der Zukunft auf die Überholspur bringen.

Wie in allen anderen großen europäischen Städten wird auch in Darmstadt die Verkehrssituation zukünftig nur durch die Stärkung des Umweltverbundes zu bewältigen sein. Wir werden die Rad-, Fuß- und ÖPNV-Infrastruktur mit Hochdruck weiter ausbauen, um sie als Alternative zum Auto noch attraktiver zu machen. Es ist ganz klar: Die Ziele der Klimapolitik können ohne neue Radwege, neue Straßenbahnlinien und die ICE-Anbindung nicht erreicht werden. Die Bedeutung der ICE-Anbindung kann dabei gar nicht hoch genug geschätzt werden. Der Güterverkehr innerhalb Darmstadts wird dadurch deutlich reduziert. Die Bestandsstrecken werden für den regionalen ÖPNV freigemacht, sodass die Kapazitäten erhöht werden können und unsere Stadt endlich Anbindung an das europäische Schienennetz. Dabei setzen wir uns für optimalen Lärmschutz und eine Tunnelführung bis über die Stadtgrenze hinaus ein.

Digitalisierung nicht den anderen überlassen.

Darmstadt gilt als Vorreiterin in der Digitalisierung. Sie wurde in verschiedenen Rankings zur Zukunftsstadt gekürt und hat hohe finanzielle Förderungen erhalten. Nach langer intensiver Vorarbeit von Stadt und Stadtwirtschaft zusammen mit der Technischen Universität hat die Landesregierung entschieden, das Hessische Zentrum für Künstliche Intelligenz in Darmstadt anzusiedeln und 13 Mio. Euro in unserer Stadt zu investieren. Auch im Hinblick auf die Ausweitung der Nachhaltigkeit in der Umwelt- und Klimapolitik setzen wir auf eine konsequente Digitalisierung. Aktuell sind Projekte in 14 städtischen Bereichen in der Umsetzung. Angesichts der Corona-Pandemie hat das eine hohe Bedeutung für die Bürger*innen. Die Digitalisierung wird voranschreiten. Wir werden sie nicht international agierenden Großkonzernen überlassen oder zur Steuerung des privaten, freiheitlichen Lebens missbrauchen. Wir wollen sie vielmehr nutzen, um neue Möglichkeiten und Freiheiten zu eröffnen.

Die Gesellschaft zusammenhalten.

Es ist uns gelungen, den sozialen Ausgleich zu verbessern und die Kinderbetreuung an einen bundesweiten Spitzenplatz zu bringen. Menschen, die arm sind und am Rande der Gesellschaft stehen, können sich darauf verlassen, dass sich unsere Sozialpolitik ihnen zuwendet und zwar nicht nur in Form von gesicherten Transferleistungen, sondern auch in Form neuer Chancen und Lebensmöglichkeiten. Wir haben die Gemeinwesenarbeit in abgehängten Quartieren gestärkt und diese durch Förderprogramme wie „Soziale Stadt“ und „Sozialer Zusammenhalt“ wieder an die Stadt herangeführt. Es ist zu befürchten, dass die soziale Ungleichheit durch die Corona-Krise größer wird. Wir sind deshalb gefordert, Armut und Ausgrenzung noch vehementer zu bekämpfen. Wir werden alles tun, um die Gesellschaft zusammenzuhalten.

Kultur fördern, denn sie ist in unserer Stadt mehr als relevant.

Durch die Corona-Krise steht das kulturelle Leben zurzeit fast vollständig still. Für diejenigen von uns, die Kunst und Kultur in erster Linie genießen, nimmt das Lebensqualität und Lebensfreude. Für die Kulturschaffenden und die selbstständigen Künstler*innen, vor allem aus der Freien Szene, aber bedeutet es den Verlust ihrer Existenzgrundlage. Das gleiche gilt für die Club-Szene und vom Kulturbetrieb abhängige Branchen wie Grafik und Marketing, Ton und Lichttechnik. Die Not von

Kunst und Kultur ist uns bewusst. Wir tun alles, was in unserer Macht liegt, um den Kulturschaffenden auch in dieser schweren Zeit zur Seite zu stehen. Wir wissen: Die Kultur ist die Seele unserer Stadt.

Welterbe werden.

In diesem Jahr fällt voraussichtlich die Entscheidung der UNESCO, der Mathildenhöhe den Welterbetitel zu verleihen. Damit wird Darmstadt mit einem Schlag auf der Tourismuslandkarte Europas landen. Das könnte auch Übernachtungen, Gastronomie und Handel wieder ankurbeln. Die Idee der Mathildenhöhe bestand seit jeher nicht allein in einem Weltentwurf für Kunst, Kultur, Architektur und Gartengestaltung. Sie war immer auch ein Beitrag zur Wirtschaftsförderung. Auch wir sind bestrebt, immer wieder Verbindungen zwischen Wissenschaft, Kunst und Wirtschaft zu schaffen. Mit dem Bewerbungsverfahren um den Welterbetitel haben wir die Verantwortung für das kulturhistorische Erbe angenommen. Als zentraler Identifikationsort Darmstadts erhält die Mathildenhöhe zurzeit eine denkmalgerechte und energetische Gesamtanierung. Die Sanierung des Ausstellungsgebäudes wird im Sommer 2021 abgeschlossen sein. Es verfügt dann über einen technischen Standard, vergleichbar mit internationalen Ausstellungshäusern in Paris, London, Berlin oder Frankfurt. Das Besucherzentrum ist in Planung. Der Platanenhain kann gerettet werden.

Solide Finanzen dauerhaft sichern.

Bei all unseren Vorhaben ist der Haushalt unser strategischer Gesamtplan. In den vergangenen Jahren ist es gelungen, die städtischen Finanzen zu sanieren und zu stabilisieren. Vor der Corona-Krise konnte die Nettoneuverschuldung der Stadt über sechs Jahre auf Null abgesenkt werden. Das eröffnete neue Spielräume für unsere ökologisch, ökonomisch und sozial zukunftsweisende Politik. Durch die Corona-Krise sieht sich der Magistrat 2021 erstmals nicht in der Lage, einen ausgeglichenen Haushalt aufzustellen. Diese Situation wird vor allem durch dramatisch gesunkene Schlüsselzuweisungen vom Land Hessen und durch das prognostizierte Sinken der Gewerbesteuererinnahmen verursacht. Dieser neuen Herausforderung werden wir uns stellen und in der kommenden Legislaturperiode an unsere Haushaltskonsolidierungen der Jahre ab 2011 anknüpfen.

Eine starke Wirtschaft sichert die soziale und ökologische Stadt.

Die Wirtschaft in unserer Stadt ist stark, weil sie mit einem breiten Branchenmix aufwarten kann. Einbußen in der einen Branche werden in der Regel durch Zugewinne in der anderen Branche ausgeglichen. Wir haben verschiedene Wirtschaftscluster – Chemie/Pharma, Maschinen-/Anlagenbau, IT, Kosmetik und Weltraum-/Satellitentechnik. Dazu kommen zahlreiche Unternehmen, die im Bereich nachhaltiger Wirtschaftsentwicklung tätig sind. Über viele Jahre haben wir eine zielgerichtete Standortentwicklungspolitik betrieben, die unsere Stadt für Investor*innen interessant gemacht hat. Zudem setzt unsere GRÜNE Wirtschaftspolitik auf eine starke Stadtwirtschaft. Die kommunalen Unternehmen haben für die Umsetzung unserer Klima- und Wirtschaftspolitik in den Bereichen Energie, Wohnen und Verkehr eine große Bedeutung.

Rettung des Stadtwaldes hat Priorität

Seit die GRÜNE Umweltdezernentin im September 2019 den „Runden Tisch Wald“ initiiert hat, wurde dort mit großem Engagement und hoher fachlicher Expertise gearbeitet. Durch die Besetzung mit Expert*innen aus dem gesamten Bundesgebiet, Mitgliedern von Hessenforst und Naturschutzverbänden sowie Vertreter*innen aus Politik, Verwaltung und Bürgerinitiativen saßen

unterschiedliche Interessengruppen am Tisch. Auch die Zivilgesellschaft war aktiv beteiligt. Dieser partizipative Prozess ist einzigartig und kann als Darmstädter Modell zum Vorbild für andere Länder und Kommunen im Umgang mit dem Wald werden. Der Bericht des Runden Tisches zeigt transparent und fundiert die Richtung des weiteren Vorgehens auf. Eine naturnahe Bewirtschaftung ist dabei eindeutig der Schlüssel, um den Wald zukunftsfähig zu machen. Die Handlungsempfehlungen müssen jetzt schnell umgesetzt und notwendige Sofortmaßnahmen unverzüglich eingeleitet werden. Wir tun alles, um den Wald zu erhalten und seine Resilienz gegenüber den Auswirkungen der Klimakrise zu stärken. Auch in die Stadt werden wir unter anderem mit artenreichen Miniwäldern, begrünten Haltestellendächern und Straßenbahngleisen sowie Programmen zur Dach- und Fassadenbegrünung mehr Natur bringen.

In Zukunft wird es noch mehr als bisher darauf ankommen, Darmstadt ökologisch, modern und solidarisch weiterzuentwickeln. Wir müssen alles daran setzen, dass wir zusammenhalten und besonnen sind. Über den richtigen Weg können wir streiten, aber lassen Sie uns gemeinsam unsere Demokratie verteidigen und unsere Stadt voranbringen.

Nur starke GRÜNE sind Garanten für ein solidarisches und ökologisches Darmstadt.

Ihr Jochen Partsch

Höchste Priorität für Klimaschutz. Darmstadt bis 2035 klimaneutral machen.

Um einen lebenswerten Planeten und die existenziellen Grundlagen wie Wasser, Luft und Nahrung für alle zu erhalten, müssen wir die Klimaerwärmung auf maximal 1,5 °C begrenzen. Diese globale Aufgabe bestimmt auch unser Handeln auf kommunaler Ebene maßgeblich. Wir GRÜNE arbeiten in Darmstadt seit Langem daran, die Emissionen der einzelnen Sektoren wie Strom-, Wärmeversorgung, Mobilität, Wohnen, Industrie und Landwirtschaft zu senken. Wir haben uns das Ziel gesetzt, die Stadt bis 2035 klimaneutral zu machen, das heißt, die Netto-CO₂-Emissionen (einschließlich anderer Treibhausgase gemessen in CO₂-Äquivalenten - CO₂-eq) auf null zu senken. Wir GRÜNE gehen dabei mutig und progressiv voran und schöpfen alle Möglichkeiten auf lokaler Ebene aus. Da der Klimaschutz uns GRÜNE in allen Politikfeldern leitet, zeigen wir in diesem Kapitel vor allem den Rahmen unserer Klimaschutzpolitik auf. Dieser konkretisiert sich im Einzelnen über die Vorhaben, die wir auch in anderen Fachkapiteln im Detail beschreiben.

1. Vision einer klimagerechten Stadt umsetzen

1.1. Darmstadt als Vorreiterin der klimagerechten Stadt

Klimaschutz hat für uns GRÜNE höchste Priorität. Das gilt nicht erst seit dem gleichnamigen Beschluss der Stadtverordnetenversammlung im Herbst 2019, sondern ist seit jeher Kern GRÜNER Politik. Wir setzen uns dafür ein, dass Darmstadt nicht wie in den Klimazielen der Bundesregierung und der Europäischen Union erst 2050, sondern bereits bis 2035 klimaneutral ist. Das heißt, die Netto-CO₂-Emissionen sind bis dahin auf null zu senken. Dafür prüfen wir bei allen Vorhaben deren Klimawirkung und richten Entscheidungen an diesem zentralen Ziel aus. Nachdem 2013 bereits die Erstellung eines ersten Klimaschutzkonzeptes von uns angestoßen wurde, arbeiten wir derzeit an einer noch umfassenderen und ambitionierteren Fortschreibung, um einen kommunalen Beitrag zum globalen Klimaschutz zu leisten und ein gutes Stadtklima für ein lebenswertes Darmstadt zu erhalten. Damit wollen wir Darmstadt zum Vorbild für die klimagerechte Stadt machen. Um diese große Herausforderung zu meistern, ist es unabdingbar, alle beteiligten Abteilungen der städtischen Verwaltung weiter finanziell sowie personell zu stärken. Zusätzlich haben wir beschlossen, eine entsprechende Fachstelle in der Verwaltung einzurichten. Diese soll Klimaschutzmaßnahmen und Klimaanpassungsmaßnahmen koordinieren, die Einhaltung des Klimavorbehalts bei Beschlussvorlagen prüfen und ein effektives Fördermittelmanagement

zur Generierung zusätzlicher Mittel für den Klimaschutz betreiben. Entsprechende Haushaltsmittel werden bereits 2021 im Haushalt bereitgestellt, um schon vor der Beschlussfassung eines neuen Klimaschutzkonzeptes kurzfristig die Umsetzung der beschlossenen Klimafortmaßnahmen zu beschleunigen.

1.2. Stadtgesellschaft einbeziehen

Klimaschutz ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die uns alle betrifft. Daher werden wir bei allen Belangen des Klimaschutzes auch weiterhin den intensiven Austausch mit der Stadtgesellschaft suchen. Wir begrüßen ausdrücklich das Engagement von Bürger*innen, die sich für konsequenten Klimaschutz einsetzen, nehmen die im Austausch entstehenden zusätzlichen Impulse gerne auf und beziehen diese in die Stadtplanung ein. So werden beispielsweise zahlreiche zentrale Forderungen der Initiative KlimaEntscheid Darmstadt auf unser Betreiben hin umgesetzt, nachdem das angestrebte Bürgerbegehren aus juristischen Gründen abgelehnt werden musste.

Einen wesentlichen Beitrag leistet auch der Klimaschutzbeirat, der verschiedene Akteur*innen der Stadtgesellschaft zusammenbringt und an der Fortschreibung des Klimaschutzkonzeptes mitwirkt.

1.3. Transparenz der Zielerreichung erhöhen und Emissionsreduktion verbindlich festschreiben

Zu einer wirksamen Klimaschutzpolitik gehören verbindliche Einsparziele. Diese wollen wir in Form eines Reduktionspfades festschreiben. Unser Ziel ist es, den Großteil der Emissionsreduktion bereits vor 2030 zu erreichen, da wir davon ausgehen müssen, dass aufgrund technischer Beschränkungen insbesondere die letzten Schritte auf dem Weg zu Netto-Null-Emissionen am schwierigsten sein werden.

Deshalb streben wir das sehr ambitionierte Ziel an, schon in der kommenden Legislaturperiode in die Nähe des Reduktionspfades zu kommen, der für die Begrenzung der Klimaerwärmung auf maximal 1,5 °C erforderlich ist. Für das Jahr 2025 entspricht das einem Richtwert von 60 % weniger CO₂-Emissionen im Vergleich zum Jahr 1990. Da nicht alle Emissionen direkt politisch beeinflusst werden können, setzt dies auch das Engagement von Darmstädter Bürger*innen und Unternehmen voraus.

>>> Die Wirkung der Klimaschutzpolitik werden wir möglichst mit jährlichen Treibhausgasbilanzen transparenter machen.

1.4. Finanzierungsrahmen für nachhaltigen Klimaschutz schaffen

Nachhaltiger Klimaschutz bedeutet für uns, dass nicht nur ökologische Ziele erreicht werden, sondern auch soziale und ökonomische. Klimaschutz hat mittelfristig auch wirtschaftliche Vorteile und erfordert zugleich kurzfristig eine umfassende Anschubfinanzierung. Studien zeigen, dass ein verspäteter Einstieg in den Klimaschutz langfristig zu höheren Gesamtkosten führt. Daher gilt es auch aus

wirtschaftlichen Gesichtspunkten, jetzt zu handeln und Klimaschutzprojekte konsequent umzusetzen. Dazu wurden von der Stadt auf unser Betreiben hin 2020 kurzfristig finanzielle Mittel für ein Programm bereitgestellt. Menschen mit geringen und mittleren Einkommen dürfen nicht die Rechnung für Klimaschutzprojekte tragen müssen.

>>> In Zukunft wollen wir durch gezieltes Fördermittelmanagement verstärkt Förderprogramme der Europäischen Union, des Bundes und Landes nutzen, um das verfügbare Budget für den Klimaschutz zu erweitern.

1.5. Quartierskonzepte sektorenübergreifend entwickeln

Klimaschutz geht uns alle an und funktioniert am besten, wenn möglichst viele Menschen in unterschiedlichen Lebensbereichen mitmachen. Das reicht vom Mobilitätsverhalten bis zur Beheizung der eigenen Wohnung. Damit alle Optionen an einem Ort bereitstehen und ineinandergreifen, müssen Quartierskonzepte sektorenübergreifend entwickelt werden. Sowohl bei der Sanierung bestehender Stadtviertel als auch bei der Neuplanung von Quartieren müssen die Bereiche Wohnen, Mobilität, Energie (Strom und Wärme), Konsum und zunehmend auch Digitales zusammengedacht werden.

>>> Wir setzen uns dafür ein, dass die dafür notwendigen Kompetenzen in der Stadtverwaltung zentral gebündelt werden. Dabei ist eine enge Verknüpfung zum Umwelt- und Naturschutz unabdingbar.

1.6. Mit Wissenschaft und Wirtschaft zusammenarbeiten

Darmstadt hat als Wissenschaftsstadt und Wirtschaftsstandort bedeutende Akteur*innen, die zu einem effektiven kommunalen Klimaschutz beitragen können. Diese Stärke möchten wir auch zukünftig nutzen und durch eine verstärkte Vernetzung gemeinsam mit Wirtschaftsunternehmen und Forschungseinrichtungen wie beispielsweise der Technischen Universität Darmstadt, der Hochschule Darmstadt, dem Institut für Wohnen und Umwelt, dem Passivhaus-Institut oder den Fraunhofer Instituten an wegweisenden Klimaschutzprojekten arbeiten.

>>> Wir unterstützen Projekte, in denen zusammen mit Wirtschaftsunternehmen und Forschungseinrichtungen Fortschrittstechnologien für den Klimaschutz entwickelt und erprobt werden.

2. Städtische Infrastruktur und Gesellschaften zum Vorbild für urbanen Klimaschutz entwickeln

2.1. Städtische Gebäude als grüne Plus-Energie-Häuser

Klimafreundliche städtische Gebäude wie Schulen, Stadtverwaltung und Sportanlagen können als Vorbild für Privatgebäude dienen. > *Stadtentwicklung und Mobilität* Dazu können beispielsweise Solarenergie, Erdwärme und Abwärme aus Abwasser oder der Industrie genutzt

werden. Im Herbst 2020 wurde bereits festgelegt, dass ab 2021 alle öffentlichen Gebäude im Eigentum oder Besitz der Stadt sowie die Gebäude der Stadtwirtschaft zu 100 % mit Strom aus erneuerbaren Energien versorgt werden. Ab diesem Zeitpunkt gilt für städtische Neubauten und Bauvorhaben städtischer Beteiligungen als Mindestanforderung der KfW40-Standard. Auch für die Fassadenbegrünung sollen in diesem Zuge städtische Vorbilder geschaffen werden.

>>> Die Sanierungsquote bei städtischen Gebäuden möchten wir auf mindestens 6 % jährlich erhöhen. Der gerade beschlossene Sanierungsfahrplan ist ein Schritt in die richtige Richtung. Die Sanierung muss dabei immer auf einen Standard ausgerichtet sein, der dem Anspruch der Klimaneutralität gerecht wird. Bereits geplante Sanierungskonzepte werden hinsichtlich dieses Ziels erneut geprüft und gegebenenfalls überarbeitet.

>>> Wir wollen schrittweise den Plus-Energie-Standard bei städtischen Gebäuden einführen. Wir GRÜNE haben dazu bereits im Herbst 2020 beschlossen, bei allen städtischen Gebäuden die Potenziale zur Erzeugung von erneuerbarem Strom und Wärme zu identifizieren. Diese Möglichkeiten sollen bis 2030 in vollem Umfang genutzt werden.

>>> Die Dächer städtischer Gebäude möchten wir flächendeckend – wo immer möglich – für Solaranlagen nutzen. Bei Flachdächern kann dies in Kombination mit einer Dachbegrünung erfolgen.

2.2. Mit der bauverein AG klima- und sozialgerechten Wohnraum schaffen

Die bauverein AG als städtisches Wohnungsunternehmen sorgt nicht nur für Mietpreisstabilität, sondern stellt in neuen Quartieren wie der Lincoln-Siedlung und dem Ludwigshöhviertel Gebäude mit hochwertigen Energiekonzepten zur Verfügung. Diese Qualität wollen wir langfristig auch im Bestand erreichen. Die Mietpreisstabilität muss dabei gewahrt bleiben. Klimaschutz darf nicht zu Lasten sozialgerechten Wohnens gehen. Gerade hat die GRÜN-geführte Stadtregierung beschlossen, bis 2030 die energetische und sozialverträgliche Sanierung von 500 Wohnungen der bauverein AG zu fördern. Dabei soll der Heizwärmebedarf auf höchstens 35 kWh pro Quadratmeter und Jahr reduziert werden. Weitere Wohnungen müssen folgen. > *Stadtentwicklung und Mobilität* > *Gesellschaftspolitik*

2.3. Straßenbeleuchtung effizient gestalten

Einen signifikanten Energieverbrauch verursacht die Straßenbeleuchtung. Seit zehn Jahren werden alle neuen Straßenbeleuchtungen sowie der Ersatz defekter Lampen auf den höchsten Stand der Energieeffizienz gebracht.

>>> Wir möchten die energieeffiziente Modernisierung der Straßenbeleuchtung fortführen.

2.4. Fuhrpark weiter elektrifizieren

Straßenbahnen sind Vorreiter der E-Mobilität seit über 100 Jahren. Im öffentlichen Personennahverkehr hat die Elektrifizierung der Busflotte begonnen. Beim Ordnungsamt, dem Eigenbetrieb für kommunale Aufgaben und Dienstleistungen (EAD), der HEAG mobilo, der

bauverein AG und anderen städtischen Unternehmen sind bereits zahlreiche elektrifizierte Nutzfahrzeuge und Pkw im Einsatz.

>>> Wir setzen uns dafür ein, dass der städtische Fuhrpark schrittweise vollständig auf Fahrzeuge mit emissionsfreien Antrieben sowie neue Fahrzeugtypen umgestellt wird.

2.5. Städtisches Energiemanagement einführen

Um Energieeffizienzpotenziale bei der städtischen Infrastruktur aufzudecken und flächendeckend zu nutzen, möchten wir ein städtisches Energiemanagement einführen. Dieses hat unter anderem die Aufgabe, die Energieplanung strategisch zu koordinieren, ein Energiemonitoring aufzubauen, Energieeffizienzmaßnahmen vorzuschlagen und deren Umsetzung zu begleiten. Außerdem sollen Potenziale durch die Optimierung des Betriebs genutzt werden. Neubau- und Modernisierungsprojekte soll das städtische Energiemanagement aktiv begleiten mit dem Ziel, die jeweiligen Energiekonzepte zu prüfen und bei Bedarf Verbesserungen anzustoßen. Die Verwendung erneuerbarer Energie macht die Energie- und Wärmeplanung komplexer. Beide Aspekte können nur im Verbund effizient geplant werden.

>>> Wir wollen die Planung in der Stadtverwaltung zentral bündeln, um die Energiesysteme effizient zu vernetzen und mit einem gezielten Energiemanagement zu unterstützen.

3. Grüne Energie- und Wärmeversorgung ausbauen und Energieeffizienz erhöhen

3.1. Klimaneutrale Stromversorgung

Die Klimaneutralität der Stadt Darmstadt setzt die Versorgung mit Strom voraus, der vollständig aus erneuerbaren Quellen stammt. Das städtische Tochterunternehmen ENTEGA hat sich zu einem deutschlandweit führenden Anbieter für Ökostrom entwickelt und bietet günstige Öko-Energie an. Künftig möchten wir diese Kompetenzen unter Einbeziehung der Entega Naturpur AG noch stärker bei der Entwicklung weiterer Projekte zur dezentralen Energieversorgung aus erneuerbaren Quellen nutzen.

Unser Ziel ist es, die ENTEGA zum vollständig klimaneutralen Stromanbieter zu machen, der zu 100 % auf die Verwendung fossiler Energieträger verzichtet. Der Ausstieg aus der Kohleverstromung ist bereits für 2021 beschlossen.

>>> Wir setzen uns dafür ein, dass in Darmstadt verstärkt dezentrale Anlagen zur Erzeugung von erneuerbaren Energien entstehen, etwa durch Solarenergie.

>>> Wir setzen uns dafür ein, dass Potenziale der Sektorkopplung zum Beispiel zwischen Wärme, Strom und Mobilität bei der Planung der Stromversorgung noch stärker berücksichtigt werden.

3.2. Solarenergie ausbauen

Eine wichtige Säule der klimaneutralen Stromversorgung ist die Solarenergie. Deren Ausbau in Darmstadt wollen wir forcieren. Außerdem möchten wir sogenannte Mieterstrommodelle, bei denen der Strom in unmittelbarer Nähe erzeugt wird, ohne über das öffentliche Netz geleitet zu werden, gezielt stärken. Hier kann beispielsweise die ENTEGA beratend oder als Contractor Unterstützung leisten. Parallel dazu setzen wir uns auf Bundesebene für eine Vereinfachung des Mieterstromgesetzes ein, um die Nutzung von Direktstrom attraktiver zu machen.

>>> Wir wollen eine Solarpflicht für Neubauten von Wohn- und Nichtwohngebäuden einführen.

>>> Außerdem möchten wir Kleinanlagen auf privaten Dächern sowie sogenannte Balkonmodule kommunal fördern.

>>> Wir setzen uns dafür ein, dass auf öffentlichen wie auch auf privaten Dach- und Freiflächen großflächig Solarenergie-Projekte begonnen und unterstützt werden.

3.3. Klimaneutrale Wärmeversorgung

Nicht nur die Stromversorgung muss klimaneutral werden, auch für die Wärmeversorgung besteht die Notwendigkeit, sie langfristig frei von fossilen Energieträgern zu gestalten. Die Weichen für ein Pilotprojekt zur Solarthermie als Wärmelieferant wurden im Herbst 2020 bereits gestellt. Darüber hinaus hat die Stadt auf unser Betreiben hin beschlossen, einen „Runden Tisch für Abwärmenutzung“ zu bilden und Anreize für die Abwärmenutzung zu schaffen. In neuen Baugebieten wird geprüft, ob lokale Potenziale erneuerbarer Energien genutzt und – wo möglich – auch umgesetzt werden können.

>>> Wir werden auch weiterhin Projekte anstoßen, die Wärme klimaneutral bereitstellen, etwa durch die Nutzung von Geothermie, Solarthermie und Abwärme (z. B. aus Abwasser oder der Industrie). Diese Wärme soll nach Möglichkeit in Fern- und Nahwärmenetze eingebunden werden, die wir weiter ausbauen möchten. Nahwärmeinseln können hierbei die spätere Einrichtung von Fernwärmenetzen unterstützen. Dazu möchten wir den Wärmebedarf und das Abwärmepotenzial stadtweit strukturiert erfassen.

3.4. Energiespeicher vorsehen und Flexibilität erhöhen

Eine Energieversorgung, die vollständig auf erneuerbaren Quellen beruht, unterliegt tages- und jahreszeitlichen Schwankungen. Nicht immer scheint die Sonne und nicht immer weht der Wind.

>>> Um eine sichere und zuverlässige Energieversorgung zu garantieren, setzen wir uns dafür ein, Energiespeicher in der Stadt zu errichten. Damit erhöhen wir die Energieflexibilität.

>>> Auch Großverbraucher sollen dazu beitragen, indem sie ihren Stromverbrauch an das aktuell verfügbare Angebot anpassen.

3.5. Industriegebiete nachhaltig gestalten

Industriegebiete verbrauchen sehr viel Energie. Daher wollen wir diese gezielt in den Blick nehmen und mit einer effizienten Strom- und Wärmeversorgung ausstatten. Dazu gehört auch die Nutzung von Abwärme einzelner Betriebe an anderer Stelle. Die Energieeffizienz in Unternehmen muss erhöht werden.

>>> Wir möchten Unternehmen und private Bauherrschaften dazu ermutigen, Energieberatungen in Anspruch zu nehmen und an Energieeffizienznetzwerken teilzuhaben, um Emissionsreduktionsziele zu erreichen.

4. Klimagerecht bauen und wohnen

Mehr als 30 % der CO₂-Emissionen entstehen rund ums Haus – beim Bauen und Heizen, über Warmwasser und Strom. Um unsere Klimaziele zu erreichen, muss sich deshalb auch die Art zu bauen und zu wohnen verändern. Neue Wohngebiete sollten stets klimaneutral sein. In Zukunft streben wir dazu den Plus-Energie-Standard inklusive hochwertiger Gebäudedämmung an. Das heißt, neue Gebäude sollen mehr Energie aus erneuerbaren Energien bereitstellen, als sie selbst verbrauchen. Dazu wollen wir in zukünftigen städtebaulichen Verträgen für Neubauten den KfW40-Standard oder Passivhausstandard als Mindestmaß für die Energieeffizienz der Gebäudehülle festlegen. Jedes Gebäude sollte zusätzlich die verfügbaren erneuerbaren Energien so umfangreich wie möglich nutzen. Das gerade entstehende Ludwigshöhviertel zeigt, in welche Richtung die Entwicklung gehen muss. Hohe Energiestandards für die Gebäudehülle werden dort mit der Nutzung regenerativer Energieträger verbunden. Zudem sorgt Fassadenbegrünung für ein angenehmes Wohnklima. Ein weiteres Vorzeigeprojekt für die Umsetzung klimaneutralen, sozialen Wohnens ist das neue PassivhausSozialPlus in der Lincoln-Siedlung. > *Stadtentwicklung und Mobilität*

5. Klimaneutrale Mobilität fördern

Ein Fünftel der CO₂-Emission in Deutschland geht auf das Konto des Verkehrs. 96 % davon stammen direkt aus den Auspuffen von Autos und Lkw. Deshalb ist die Verkehrswende eine der größten Aufgaben im Bereich Klimaschutz. Unser Ziel ist es, den Anteil der Teilnehmenden am sogenannten Umweltverbund (öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV), Fuß- und Radverkehr) noch weiter zu erhöhen und das Fahrrad zum attraktivsten Verkehrsmittel in Darmstadt zu machen. Mit dem Sonderinvestitionsprogramm „4x4 Rad“ sowie der Nahmobilitäts- und der Radstrategie wurden bereits wichtige Schritte in die Wege geleitet. > *Stadtentwicklung und Mobilität*

6. Bürgerschaftliches Engagement für Klimaschutz unterstützen

6.1. Bewusstsein für Klimaschutz stärken

Damit möglichst viele Menschen beim Klimaschutz in Darmstadt mithelfen, möchten wir Angebote schaffen, die das Bewusstsein für den Klimaschutz stärken. Wenngleich die Verantwortung für die Etablierung eines Rahmens für den Klimaschutz bei der Politik liegt, möchten wir Bürger*innen ermuntern, durch ihr persönliches Verhalten ebenfalls einen Beitrag zu leisten. Dazu werden wir Klimaschutzaktivitäten öffentlich diskutieren, besonders gute Beispiele im öffentlichen Raum sichtbar machen, öffentliche Veranstaltungen zum Klimaschutz in Darmstadt durchführen und zusätzliche Informationskampagnen starten.

6.2. Informationsportal für Bürger*innen

Informationen darüber, wie sich Bürger*innen, Vereine, Unternehmen und andere Einrichtungen und Organisationen für den Klimaschutz einsetzen können, möchten wir in einem Online-Klimaschutzportal bündeln. Hier sollen sich neben Informationen zu Beratungsangeboten und verfügbaren Förderprogrammen auch Projekte mit Vorbildcharakter und eine Übersicht aller städtischen Aktivitäten zum Klimaschutz sowie ein Fortschrittsbericht mit stetig aktualisierter CO₂-Bilanz finden.

Das Erreichen der einzelnen Punkte des Klimaschutzkonzeptes wollen wir mit einem „Klimabarometer“ öffentlich sichtbar machen. Dieses dem Projektmanagement entlehnte Controllingsystem soll auf einer Webseite in Ampelform darstellen, ob die Stadt sich hinsichtlich der zeitlichen Ziele und auch der Finanzierung im definierten Rahmen befindet.

6.3. Energieberatung ausbauen

Damit Bürger*innen und Unternehmen in energetische Sanierungen investieren, benötigen sie eine solide Informationsgrundlage. Diese möchten wir auch weiterhin durch kostenfreie Energieberatungen beispielsweise zur Installation von Solaranlagen oder Gebäudedämmung bereitstellen. Das städtische Projekt „Modernisierungskonvoi“ hat sich diesbezüglich als erfolgreich erwiesen. Im Herbst 2020 wurde auf unser Betreiben hin entschieden, das Programm noch weiter auszubauen.

>>> Wir setzen uns dafür ein, dass das Projekt „Modernisierungskonvoi“ um einen finanziellen Zuschuss als zusätzlicher Anreiz ergänzt wird.

6.4. Private Investitionsmöglichkeiten in Klimaschutzprojekte schaffen

Auch in Zeiten angespannter Haushaltssituationen darf die Verantwortung für den Klimaschutz nicht aufgeschoben oder an Privatpersonen abgegeben werden. Dennoch können die Investitionen nicht allein von öffentlicher Hand getragen werden, während gleichzeitig Bürger*innen aufgrund der Niedrigzinsphase nach Investitionsmöglichkeiten suchen. Diesen Widerspruch möchten wir auflösen.

>>> Wir wollen Möglichkeiten für Bürger*innen schaffen, in Darmstadt in den Klimaschutz zu

investieren. Dazu werden wir bürgerschaftliche Energiegenossenschaften und Mieterstrommodelle stärken und das Auflegen eines Klimaschutzfonds unterstützen.
>>> Dazu werden wir beispielsweise Energiegenossenschaften und anderen Organisationen gezielt Dachflächen für Fotovoltaikanlagen auf städtischen Gebäuden anbieten und diese im Planungsprozess unterstützen, etwa durch beschleunigte Verfahren und die Bereitstellung benötigter Informationen und Gutachten zur Statik und zum Brandschutz.

6.5. Klimaschutzpreis vergeben

Einzelne Darmstädter Bürger*innen oder Unternehmen, die sich besonders für den Klimaschutz engagieren, möchten wir künftig jährlich mit einem Klimaschutzpreis auszeichnen und so für ihren Einsatz würdigen. Die Preisträger*innen können zu Vorbildern für andere werden.

>>> Unser Ziel ist es, den Klimaschutzpreis „Nachhaltiges Bauen“ fortzuführen und um weitere Aspekte zu erweitern.

6.6. Klimabildung stärken

Wir unterstützen Aktivitäten gesellschaftlicher Gruppen im Bereich der Bildung zu Klimawandel und Klimaschutz wie zum Beispiel das „Klimafrühstück“ an Darmstädter Kitas, bei dem eine Auseinandersetzung mit den Auswirkungen der eigenen Ernährung auf das Klima angestoßen wird.

>>> Wir möchten die Klimabildung an den Darmstädter Schulen stärken, etwa indem wir Klima-Aktionstage, Klima-Projektstage und andere Projekte unterstützen. Denn die Bewegung Fridays for Future zeigt, wie groß das Potenzial informierter junger Menschen für den Klimaschutz ist. > *Bildung > Umwelt- und Naturschutz*

7. Klimaanpassung: Mit Entsiegelung, Begrünung und Frischluftschneisen ein gutes Stadtklima erhalten

Neben der Hauptaufgabe „Klimaschutz“, also Maßnahmen zur Senkung der CO₂-Emissionen, denen wir uns in diesem Kapitel intensiv widmen, gibt es auch die Herausforderung der „Klimaanpassung“. Dabei geht es um geeignete Maßnahmen zur Anpassung an die derzeit nicht mehr aufhaltbare Temperatursteigerung.

>>> Um der drohenden lokalen Überhitzung entgegenzuwirken, setzen wir GRÜNE uns dafür ein, dass Grünflächen, Bäume und Frischluftschneisen erhalten und vermehrt werden; Flächen müssen entsiegelt, Dächer und Fassaden begrünt werden. > *Stadtentwicklung und Mobilität > Umwelt- und Naturschutz*

Wir müssen uns bewegen, damit Darmstadt lebenswert bleibt.

1. Stadtentwicklung zukunftsfähig gestalten

1.1. Schlüsselprojekt: Zukunft der Innenstadt

Die Innenstadt ist das Herz Darmstadts. Attraktive Innenstädte sind das Kennzeichen der europäischen Stadt. Hier finden Kultur und Begegnungen statt, wird eingekauft, entstehen Identität und Gemeinschaft. Doch das Bild wandelt sich. Der Einzelhandel leidet schon seit längerem unter dem beständig wachsenden Trend hin zum Online-Kauf. Die Corona-Krise setzt nun zusätzlich der Gastronomie zu. Es ist zu befürchten, dass es verstärkt zu Leerstand kommen wird, weil eine nicht unerhebliche Zahl an Geschäften, Cafés und Restaurants schließen muss. Auch die Hotels sind betroffen: Darmstadt hatte vor Corona rund 700.000 Übernachtungen pro Jahr. Die meisten Gäste waren Geschäftsreisende aus den Bereichen Wirtschaft und Wissenschaft, die erheblich zur Frequenz der City beitrugen. Diese Zahl wird vermutlich zukünftig nicht mehr erreicht, weil beide Sektoren Online-Konferenzen und -Meetings als neue Form des Austauschs für sich entdeckt haben und nur teilweise zu Präsenzveranstaltungen zurückkehren werden.

Das Problem trifft uns nicht allein, sondern nahezu alle deutschen Städte. Unsere zentrale Aufgabe ist es daher, die Darmstädter Innenstadt und die Stadtteilzentren gemeinsam mit der Bürgerschaft und den betroffenen Akteur*innen neu zu entwickeln. Um attraktiv und lebendig zu bleiben, müssen Wohnen, Kultur, Wissenschaft, Sport, verträgliche Gewerke, Coworking-Angebote und viel Grün Einzug halten. Dafür ist es dringend geboten, dass sich die Stadt bei Leerstand oder Verkauf von Immobilien das Vorkaufsrecht sichert.

Gleichzeitig wollen wir den Darmstädter Einzelhandel stärken und Angebote wie das von Darmstadt Citymarketing initiierte „Digitale Schaufenster“ sowie Fahrradlieferdienste wie „LieferradDA“ weiter ausbauen.

Darmstadt hat zudem die besondere Chance, durch die Verleihung des UNESCO-Welterbetitels mit einem Schlag auf die Tourismuslandkarte Europas zu gelangen. > *Kultur* Dies könnte auch Übernachtungen und Gastronomie wieder ankurbeln. Wir werden größte Anstrengungen unternehmen, um der Innenstadt ein neues Gesicht zu geben und sie für die Menschen lebenswert zu gestalten.

>>> Wir wollen den Anteil an Wohnungen, Kultur, Wissenschaft, Sport, verträglichen Gewerken und Grün in der Innenstadt deutlich erhöhen, um ihre Funktion als lebendige Mitte zu erhalten.

>>> **Gemeinsam mit dem Deutschen Städtetag fordern wir den Bund auf, bodenrechtliche und finanzielle Instrumente zu schaffen, die Zwischenerwerb und Entwicklung zentrenrelevanter Schlüsselimmobilien durch die Kommunen ermöglichen.**

>>> **Wir wollen Förderprogramme des Bundes nutzen und setzen uns für eine finanzielle Aufstockung sowie für eine Vereinfachung der Städtebauförderung ein.**

1.2. Bezahlbaren und klimafreundlichen Wohnraum schaffen

Fünf Jahre in Folge wurde unsere Stadt als „Zukunftsstadt“ ausgezeichnet. Darmstadt wird nicht nur als Standort für Wissenschaft und innovative Unternehmen immer stärker, sondern ist attraktiv, lebenswert und weltoffen. In den vergangenen 15 Jahren ist die Einwohnerzahl um rund 15.000 Personen gestiegen, ohne dass die Stadt sich in der Fläche wesentlich ausgedehnt hat. Diesen verantwortungsvollen und effizienten Umgang mit der Ressource Boden werden wir fortführen und dabei weiterhin bezahlbaren und klimafreundlichen Wohnraum schaffen. Unser Fokus liegt dabei auf der doppelten Innenentwicklung, das heißt, es werden sowohl Grün- und Naturflächen als auch Wohnraum in den Bestandsquartieren geschaffen.

Innerhalb von fünf Jahren wurden 10.000 neue Wohnungen auf den Weg gebracht. Bei der Vergabe von städtischen Grundstücken gilt dabei der von uns GRÜNEN initiierte Quotenbeschluss für am Wohnungsmarkt benachteiligte Menschen, wonach 25 % als Sozialwohnungen und 20 % für mittlere Einkommen errichtet werden müssen. >

Gesellschaftspolitik Auf dem Marienplatz, dem Gelände des ehemaligen Klinikums in Eberstadt, dem Messplatz sowie auf dem Areal der Starckenburg-Kaserne und des HEAG Depots am Böllenfalltor entstehen die nächsten neuen Wohngebiete. Dabei achten wir darauf, dass die Quartiere sozial durchmischt, attraktiv und energetisch nachhaltig sind sowie nach klimaneutralen Standards entwickelt werden.

1.2.1. Flächeneffizienz, Nachverdichtung und ungenutzte Potenziale

Da wir für den Wohnungsbau keine Wald- und Naturflächen verbrauchen wollen, müssen wir in den Quartieren vorhandene Baulücken behutsam schließen und prüfen, wie bestehende Gebäude aufgestockt werden können. Einiges Potenzial zur Nachverdichtung bieten Zweckbauten: Bisher wird von Supermärkten sowie anderen eingeschossigen öffentlichen Gebäuden und ihren großen Parkplätzen unnötig viel Fläche versiegelt. Auch Kitas und Schulen wurden in der Vergangenheit oft unter strikter Funktionstrennung nur ein- oder zweigeschossig gebaut. Die hessische Landesregierung hat einen Leitfaden zur Kombination von Lebensmitteleinzelhandel und Wohnen herausgegeben. Zukunftsweisende Beispiele in Darmstadt sind die Verbindung von Wohnungsbau und Kinderbetreuung in der Lincoln-Siedlung sowie die geplanten Wohnungen in Kombination mit einem Nahversorger in Arheilgen.

>>> Wir wollen das Flächenpotenzial nutzen und so viel neuen Wohnraum durch Nachverdichtung schaffen wie klimatisch und sozial verträglich ist.

1.2.2. Neuer Wohnraum unter Beachtung unserer Klimaschutzziele

Im Ludwigshöhviertel entstehen zurzeit rund 1.400 neue Wohnungen, die ersten werden 2024 fertig sein. Das Quartier ist beispielhaft für die Stadtentwicklung in Darmstadt und zeigt klar definierte Mindeststandards für alle weiteren städtischen – und wo immer möglich auch privaten – Wohnungsprojekte auf: Mindestens 45 % der Wohnungen sind für niedrige und mittlere Einkommen vorgesehen. Das ist weit mehr als im stadtweiten Durchschnitt. Die Bauweise erfüllt hohe umweltverträgliche Standards wie die Nutzung regenerativer Energiequellen. Fotovoltaik auf den Dächern, Gründächer und Fassadenbegrünung sind verpflichtend.

Durch eine gute lokale Nahversorgung und ein „Smart Mobility Konzept“, bestehend aus hervorragender ÖPNV-Anbindung, Fahrrad- und Fußverkehrsinfrastruktur sowie sehr guten Bike- und Carsharing-Angeboten wird der Pkw-Verkehr innerhalb des Ludwigshöhviertels auf ein Minimum reduziert. Wertvolle Biotope und Grünflächen auf dem Gelände kommen nicht allein der Erholung der Menschen zugute, sondern fördern Artenvielfalt und Biodiversität.

>>> Das Ludwigshöhviertel ist beispielgebend für alle weiteren neuen Quartiere in Darmstadt. Sie werden ebenfalls nach ökologischen, klimaneutralen und sozialen Standards sowie nach neuen gesellschaftspolitischen Anforderungen entwickelt.

1.2.3. Mit der bauverein AG und durch Konzeptvergabe bezahlbare Wohnungen schaffen

Darmstadt ist eine der wenigen Städte in Deutschland, die noch über ein starkes, kommunales Wohnungsbauunternehmen verfügen. > *Wirtschaft und Finanzen* Mit uns GRÜNEN wird dies auch in Zukunft so bleiben. Wir werden die bauverein AG nicht verkaufen, denn sie ist unsere wichtigste Partnerin bei der Schaffung von bezahlbarem Wohnraum. Schon jetzt hält sie über 90 % aller geförderten Wohnungen in Darmstadt. Für Modernisierungs- und Sanierungsmaßnahmen werden in den kommenden Jahren bis zu 350 Mio. Euro aufgebracht. Wird der Bau einer Wohnung sozial gefördert, darf sie für einen festgelegten Zeitraum nur an Menschen mit Berechtigungsschein vermietet werden. Dieser ist erhältlich, wenn das Einkommen besonders niedrig ist. Das städtische Tochterunternehmen bauverein AG hat sich 2019 dazu verpflichtet, alle auslaufenden Belegungsrechte um weitere zehn Jahre zu verlängern. Auch privaten Vermieter*innen werden seitens der Stadt Angebote zum Rückkauf beziehungsweise zur Verlängerung auslaufender Bindungen unterbreitet, sodass die Wohneinheiten weiterhin als Sozialwohnungen zur Verfügung stehen.

Damit auch andere Wohnungsbauunternehmen bezahlbaren Wohnraum schaffen, wendet die Stadt beim Verkauf von Grundstücken das Instrument der Konzeptvergabe an. Damit kann sie Einfluss auf die Art der Bebauung und die späteren Wohnungspreise nehmen.

>>> Wir setzen uns dafür ein, dass nicht das höchste Gebot bei der Vergabe von Grundstücken ausschlaggebend ist, sondern dass festgelegte Kriterien wie qualitätsvolles und klimaneutrales Bauen sowie unsere Sozialquote die Entscheidung maßgebend bestimmen.

1.2.4. Neue Wohnformen geben positive Impulse für das Zusammenleben

Darmstadt gilt als Pionierstadt für neue Wohnformen und wird dafür deutschlandweit beachtet. Schon zu Beginn der 1990er-Jahre hat sich eine erste Initiative zusammengefunden, um Konzepte für gemeinschaftliche und generationsübergreifende Wohnprojekte bestehend aus Senior*innen, Familien mit Kindern, Alleinerziehenden, Studierenden und Menschen mit Behinderung zu erarbeiten.

In den vergangenen Jahrzehnten haben sich nach diesem Vorbild Wohnprojekte wie „WohnSinn“ und „WohnArt“ in Kranichstein, „Sandberghof“ in Bessungen, „Agora“ am Ostbahnhof oder „Heinersyndikat“ und „ZusammenHaus“ in der Lincoln-Siedlung entwickelt. Genossenschaften haben erhebliche Potenziale für attraktives und nachhaltiges Wohnen. Insbesondere vor dem Hintergrund eines angespannten Wohnungsmarktes und der demografischen Entwicklung bieten sie gute Möglichkeiten, bezahlbaren und spekulationsfreien Wohnraum zu schaffen. Gleichzeitig entstehen funktionierende soziale Strukturen. Darüber hinaus können sie einen Beitrag zur Quartiersentwicklung leisten sowie der privaten Altersvorsorge dienen. Wir haben uns erfolgreich dafür eingesetzt, dass in der Lincoln Siedlung 10 % der Fläche genossenschaftlichen Wohnprojekten vorbehalten sind.

>>> Wir GRÜNE setzen uns auch weiterhin dafür ein, dass alternative Wohnprojekte bei der Vergabe von Bauflächen bevorzugt behandelt werden.

1.2.5. Bezahlbares Studierenden- und Auszubildendenwohnen weiter fördern

In Darmstadt gibt es rund 45.000 Studierende. Das studentische Leben prägt und bereichert die Stadt durch neue Impulse. Doch längst nicht alle finden einen Platz in einem Studierendenwohnheim. Wir GRÜNE wollen mit der Landesregierung zusammenarbeiten, damit ausreichend bezahlbarer Wohnraum für Studierende zur Verfügung steht. Auch für Auszubildende und Freiwilligendienstleistende ist die angespannte Lage auf dem Darmstädter Wohnungsmarkt ein Problem.

>>> Wir setzen uns dafür ein, dass beim Ausbau der Studierendenwohnheime Wohnmöglichkeiten für Auszubildende und Freiwilligendienstleistende mit geschaffen werden.

1.2.6. Beratung und Unterstützung beim „Downsizing“

Passender Wohnraum kann auch durch Wohnungstausch generiert werden. Nach dem Auszug der Kinder leben ältere Menschen häufig weiter in ihrer großen Wohnung. Doch die Bedürfnisse wandeln sich. Barrierefreiheit oder ein seniorenrechtliches Umfeld gewinnen an Bedeutung. Auf der anderen Seite sind viele junge Familien auf der Suche nach einer größeren Wohnung. Im Zuge der Erstellung eines „Wohnungspolitischen Konzeptes“ im

Sommer 2019 haben die Stadt und die bauverein AG ein Wohnungstausch/Umzugsprämien-Programm aufgelegt.

>>> Wir GRÜNE wollen das Angebot breiter kommunizieren, stärker nutzen und durch kostenlose Beratungsangebote auch auf andere Wohnungsgesellschaften ausweiten.

1.3. Lebensqualität für alle in den Quartieren

Straßen waren einmal Orte der Begegnung und des nachbarschaftlichen Austauschs. In Folge der „autogerechten Stadt“ wurden sie mehr und mehr vom ruhenden und fahrenden Verkehr belegt. Diese Entwicklung ist mittlerweile rückläufig. An vielen Stellen in Darmstadt werden die Verkehrsflächen neu geordnet. Dies wollen wir GRÜNE weiter fortsetzen. Bei der Schaffung neuer Quartiere achten wir darauf, dass diese von vornherein autoarm gestaltet werden und ausreichend alternative Mobilitätsangebote sowie naturnahe Grün- und Erholungsflächen vorhanden sind. Die Lincoln-Siedlung wurde für ihr vorbildliches Mobilitätskonzept bereits zweimal auf Bundesebene ausgezeichnet.

Im Bestand ist die Umgestaltung schwieriger. Mit einer Fülle an Maßnahmen sorgen wir dafür, dass auch hier mehr Lebensqualität entsteht. Diese kommt allen Bürger*innen zugute, denn sie machen unsere Stadt freundlicher und gerechter.

1.3.1. Straßen und Verkehrsflächen für die Menschen umbauen

Dort, wo eine Fahrspur breiter als nötig ist oder eine zweite Spur überflüssig wird, wollen wir die Straßen verschlanken. Mehrspurig soll mittelfristig einspurig und einspurig gegebenenfalls auch zur Einbahnstraße werden. An Baustellen lässt sich testen, ob der Verkehr trotz Verengung gut fließt und eine dauerhafte Umgestaltung der Straße möglich ist. Verkehrsversuche wie auf dem Cityring, in der Heidelberger oder der Nieder-Ramstädter-Straße beschleunigen Planungsprozesse, da Lösungsideen agil getestet und weiterentwickelt werden können.

>>> Wir wollen weiterhin kontinuierlich einige dieser Verkehrsversuche durchführen, um zu prüfen, ob eine dauerhafte Umwandlung sinnvoll ist. Der gewonnene Platz soll für breitere und sichere Geh- und Radwege sowie für mehr Grün genutzt werden.

Gerade hat der GRÜN-geführte Magistrat beschlossen, bei allen verkehrlichen Planungen zu prüfen, ob neue Baumstandorte und/oder Grüninseln integriert werden können. Dafür werden wir GRÜNE uns weiter stark machen.

1.3.2. Schlüsselprojekt: Entwicklung eines Boulevards in der mittleren Rheinstraße

Die Fahrspur in der mittleren Rheinstraße stadtauswärts, ab der Grafenstraße bis zum Kennedyhaus, ist wenig frequentiert. Mit den bestehenden Arkaden und ihrer Südausrichtung bietet diese Seite großes Potenzial für die Nutzung als autofreier Boulevard mit Bestuhlung sowie ausgedehnten Grün- und Wasserflächen.

Der bisher in erster Linie als Ausfahrt aus der Parkgarage genutzte Bereich wird durch diese

Maßnahme für die Menschen zurückgewonnen. Die Mollerstadt erhält durch ein grünes Band Anschluss an Luisen-, Friedens- und Marktplatz. Es entsteht deutlich mehr Platz zum Flanieren und zur Erholung in der Innenstadt. > *Kultur*

>>> Wir wollen die Entwicklung eines autofreien Boulevards mit Grün- und Wasserflächen in der mittleren Rheinstraße prüfen lassen und bei positivem Ergebnis innerhalb der nächsten fünf Jahre umsetzen.

1.3.3. Platz für Begegnung und Erlebnisse schaffen

Öffentliche Plätzen prägen den Charakter der Quartiere und übernehmen wichtige gesellschaftliche und ökologische Funktionen. Der Friedensplatz wurde nach Jahren der Diskussion saniert, der Ernst-Ludwigs-Platz, der Pali-Platz sowie die Fläche rund ums INTeF folgen in Kürze. Damit gewinnen wir die Mitte unserer Stadt zurück. Es entsteht mehr Grün, eine höhere Aufenthaltsqualität und zusätzliche Fahrradabstellplätze. Der Friedensplatz wird bereits jetzt für Kunstaktionen und Begegnungen sowie als Ort der Entspannung rege genutzt.

>>> Im nächsten Schritt wollen wir die Plätze in den Stadtvierteln weiter gestalten.

>>> Wir wollen mehr Orte schaffen, an denen eine Zusammenkunft in angenehmer Atmosphäre barriere- und kostenfrei möglich ist.

Viele Stadtteile Darmstadts haben bereits beliebte Märkte. Diese wollen wir als nachbarschaftliche Treffpunkte ausbauen, indem mit der geänderten Marktordnung auch Freiluftgastronomie möglich wird. Spielstraßen, Wochenmärkte auf Straßen (wie beispielsweise in der Frankfurter Kaiserstraße dienstags und donnerstags) oder ein jährliches „Diner en Blanc“ auf Hauptstraßen sollen zur weiteren Belebung beitragen. Kinder und Jugendliche wollen wir GRÜNE in die Planung von Stadträumen stärker einbeziehen. >

Gesellschaftspolitik

>>> Wir setzen uns für eine kinderorientierte Stadtentwicklung und für einen „Perspektivwechsel auf Kinderaughöhe“ ein.

>>> Wir unterstützen innovative Konzepte, die Menschen mehr Möglichkeiten zur kulturellen Teilnahme ermöglichen. > *Kultur*

1.3.4. Urban Gardening und Essbare Stadt

Unter dem Begriff „Urban Gardening“ hat sich in den letzten Jahren eine Bewegung entwickelt, die die produktiven Gärten zurück in die Städte bringt. Brachen werden in Nutzbeete verwandelt. Bürger*innen sind aktiv an der Gestaltung des Stadtbildes beteiligt. Es entsteht Gemeinschaftsgefühl und Verbundenheit mit dem Quartier. In unserer Stadt ist der Verein Urban Garden Darmstadt federführend.

Auch zahlreiche andere Menschen und Gruppen engagieren sich in Sachen Gartenbau, sei es in Schreber- oder Saisongärten oder in der solidarischen Landwirtschaft. Die „Initiative Essbares Darmstadt“ mit ihrem Domizil in der „Klausen“ am Hauptbahnhof sowie das zurzeit im

Entstehen begriffene Zentrum für Stadtnatur unter Federführung des BUND in der Orangerie bieten Treffpunkte, Umweltbildungsmaßnahmen und Informationen zur Klimaanpassung und biologischen Vielfalt für die Bürger*innen.

>>> Die Belebung des öffentlichen Raums und die Nutzung brachliegender Flächen durch Urban Gardening und die bürgerschaftliche Bepflanzung mit Kräutern und Gemüse werden wir auch weiterhin fördern. > *Umwelt- und Naturschutz*

1.3.5. Pilotprojekt: Cool Street

Die Temperaturen steigen spürbar. Sommerliche Hitze macht besonders Kindern und älteren Menschen zu schaffen. Die Stadt Wien hat 2019 versuchsweise sogenannte „Cool Streets“ eingerichtet. Dabei werden einige Straßen temporär für Autos gesperrt, stattdessen gibt es Sitzgelegenheiten und Abkühlung durch Sprühnebel. Die Umgebungstemperatur konnte dadurch um bis zu fünf Grad gesenkt werden. Das Experiment findet großen Anklang und wird von 70 % der Bevölkerung unterstützt.

>>> Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass auch in Darmstadt eine Straße versuchsweise während der Sommermonate in eine „Cool Street“ umgewandelt wird. Wenn sich das Pilotprojekt bewährt, soll sie langfristig bestehen bleiben und mit zusätzlichen Bäumen, Wasserelementen und hellerem Straßenbelag ausgestattet werden. Weitere Cool Streets könnten folgen.

1.3.6. Besetzt die Stadt!

Wir GRÜNE wollen, dass die Darmstädter*innen ihre Stadt überall „besitzen“ und bespielen können.

>>> Wir machen uns dafür stark, dass an verschiedenen öffentlichen Plätzen in regelmäßigen Abständen Sitzmöglichkeiten aufgestellt werden, deren Nutzung nicht an Konsum gebunden ist. > *Kultur*

>>> Wir möchten weitere Sitzgelegenheiten, die wie auf Markt- und Luisenplatz mit Pflanzen ergänzt werden, als „Klimaoasen“ in die Stadt bringen.

>> Wir setzen uns für Outdoor-Fitnessgeräte in der Stadt ein, damit Menschen sich kostenlos und im Freien sportlich betätigen können. > *Sport*

>>> Zur Infrastruktur gehören für uns auch mehr öffentliche Toiletten und Wasserspender.

1.3.7. Konsequente Parkraumbewirtschaftung und Abbau überschüssiger Parkkapazitäten

Im Bundesdurchschnitt ist jeder private Pkw pro Tag nur 72 Minuten unterwegs. In der übrigen Zeit wird er geparkt. Doch der öffentliche Raum ist für alle da – nicht allein für den ruhenden Verkehr. Parkraumbewirtschaftung ist ein geeignetes Mittel, um das Gehwegparken einzuschränken. Dadurch erhöht sich für die Anwohnerschaft die Chance auf einen freien Parkplatz und es gibt weniger Lärm und Abgase durch die Reduzierung des Suchverkehrs. Im Koalitionsvertrag wurde bereits 2011 die Einführung der Parkraumbewirtschaftung vereinbart. Sie wurde bereits in der Innenstadt, in Bessungen Nord und im Kapellplatzviertel

umgesetzt. Das Woogsviertel folgt 2021. Spätestens mit der Erweiterung des ÖPNV-Angebots im Jahr 2023 soll im gesamten Stadtgebiet die Parkraumbewirtschaftung eingeführt sein. Einige Parkhäuser und Quartiersgaragen sind nicht ausgelastet. In ihrer Umgebung wollen wir Parkplätze entlang der Straßen abbauen. Wir unterstützen den GRÜN-geführten Magistrat in seinem Beschluss, die durch die Parkraumbewirtschaftung frei werdenden Flächen auch zugunsten von Radabstellanlagen, Carsharing und Begrünungsmaßnahmen zu nutzen.

>>> Wir wollen, dass die frei werdenden Flächen sofort im Anschluss mit Pflanzkübeln, „Parklets“, Sitzmöglichkeiten und Spielgeräten „besetzt werden“, sodass sich die Aufenthaltsqualität spürbar verbessert.

>>> Für Lieferdienste sowie Einsätze von Handwerksbetrieben sollen in der Innenstadt und den Quartieren entsprechende Ladezonen und Kurzzeitparkplätze ausgewiesen werden.

1.3.8. Ende des unerlaubten Gehwegparkens

Das Parken auf Gehwegen behindert Menschen, die zu Fuß unterwegs sind, in ihrer Bewegungsfreiheit innerhalb des für sie vorgesehenen Straßenraums. Es stellt eine besondere Gefahr für Kinder und Menschen mit Beeinträchtigung dar und ist in den meisten Fällen verboten. Dennoch ist Gehwegparken sehr verbreitet und wird als „gefühltes Gewohnheitsrecht“ verstanden.

>>> Wir GRÜNE treten dafür ein, dass die Einhaltung gültiger Regeln zugunsten der Fußgänger*innen und des Erhalts des Stadtgrüns konsequent durchgesetzt wird. Wir werden dafür sorgen, dass ausreichend Personal für Kontrollen zur Verfügung steht. Ein besonderer Fokus soll auf zugeparkten Kreuzungsbereichen, Gehwegen und Grünflächen liegen. Auch die Aufstellung von Pollern, Pflanzkübeln und Sitzgelegenheiten soll dabei helfen.

>>> Wir setzen wir uns für eine konsequente Ahndung des unerlaubten Parkens ein.

>>> Wir werden unsere Handlungsmöglichkeiten nutzen, um zu erreichen, dass E-Scooter nicht Gehwegflächen verstellen und Fußgänger*innen behindern.

1.3.9. Quartiersgaragen mit Ladestationen

In neuen Wohnvierteln wie der Lincoln-Siedlung werden Quartiersgaragen geschaffen. Nur gemeinschaftlich genutzte Elektroautos und Pkw von mobilitätseingeschränkten Personen dürfen dort vor den Wohnblocks abgestellt werden, alle anderen Bewohner*innen parken in großen Sammelgaragen maximal 300 Meter von der eigenen Haustür entfernt.

Für die Innenstadt ist zu prüfen, ob kommerzielle Parkanlagen, wie beispielsweise das Parkhaus der Technischen Universität am Kantplatz, nachts von der Anwohnerschaft als Stellflächen genutzt werden können.

>>> Die Quartiersgaragen in den neuen Wohnvierteln sollen zugleich als zentraler Anlaufpunkt dienen, um Elektrofahrzeuge aller Art zu laden. Generell wollen wir Elektrolademöglichkeiten ausbauen.

1.3.10. Pilotprojekt: Autoarmes Bestandsquartier

In Kranichstein, der Lincoln-Siedlung und im Ludwigshöhviertel haben wir bereits neue Wohnquartiere mit hoher Lebens- und Aufenthaltsqualität entworfen, in denen das Auto nicht der dominierende Faktor ist. Städte wie Barcelona, Amsterdam, Groningen, Gent und Kopenhagen haben Wege gefunden, in bestehenden Stadtvierteln durch eine Reduzierung des Autoverkehrs mehr Lebensqualität zu erreichen. Auch in Darmstädter Bestandsvierteln wollen wir öffentlichen Raum für die Menschen zurückgewinnen.

In einem Pilotprojekt soll gezeigt werden, wie sich die Bewegungsfreiheit aller Menschen erhöht, wenn der ruhende und der fahrende Liefer- und Autoverkehr auf das absolut Nötigste reduziert und der gewonnenen Straßenraum wiederbelebt und begrünt wird.

Wir möchten schrittweise in allen Quartieren folgende Maßnahmen umsetzen: Dort, wo es möglich ist, setzen wir uns für den Rückbau der Parkplätze an Straßen, Maßnahmen gegen Durchgangsverkehr, mehr Pflanzen, Spielgeräte und Sitzmöglichkeiten, Tempolimit für den verbleibenden Verkehr und vieles mehr ein.

>>> Wir setzen uns für ein Pilotprojekt ein, bei dem die Umsetzung eines autoarmen Bestandsquartiers erprobt wird.

1.4. Stadt der kurzen Wege

Um eine Stadt der kurzen Wege zu schaffen, in der möglichst viel zu Fuß oder per Rad erledigt werden kann, benötigen wir gemischte Quartiere mit einer kleinräumigen Versorgungsstruktur an Dienstleistungen, Geschäften, Freizeiteinrichtungen, Grünanlagen, Kindergärten und Schulen. Zur Reduzierung des Pendelverkehrs sollte innerhalb der Stadtteile eine Nutzungsmischung bestehen und die Trennung in reine Wohn- oder Arbeitsschwerpunkte aufgelöst werden.

1.4.1. Coworking als Alternative zum Pendeln ausweiten

Aus Darmstadt pendeln täglich rund 30.000 Personen in andere Städte. Die Corona-Krise hat gezeigt, dass viel mehr Tätigkeiten im Homeoffice ausgeführt werden können als gedacht. Homeoffice eignet sich aber nicht für jede*n: Kaum ein Doppelverdienerhaushalt hält zwei Arbeitszimmer bereit; in einer kleinen Singlewohnung sind Arbeits- und Privatleben nur schwer voneinander zu trennen.

>>> Wir wollen deshalb Coworking-Spaces fördern, damit Angebote für zeitlich flexibel buchbare Arbeitsorte bestehen.

1.4.2. Lokalen Einzelhandel stärken, Lastenrad-Lieferdienst ausbauen

Ein großer Teil des Verkehrsaufkommens in den Quartieren verursachen Paketdienste. In der Corona-Krise haben Online-Bestellungen noch zugenommen. Davon profitieren vor allem große, global agierende Internethandelsunternehmen. Um den lokalen Einzelhandel zu stärken und gleichzeitig die motorisierten Lieferdienste zugunsten der Luftreinhaltung zu

reduzieren, hat Darmstadt Citymarketing das „Digitale Schaufenster“ initiiert und gemeinsam mit der Hochschule Darmstadt (h_da) den Service „LieferradDA“ ins Leben gerufen. Die Bürger*innen können dadurch Waren in Darmstädter Geschäften bestellen und erhalten sie noch am selben Tag per Lastenrad geliefert. Um das Angebot zu erweitern, braucht es ausreichend Abstellmöglichkeiten für die Räder.

>>> Wir begrüßen die Projekte von Darmstadt Citymarketing für den lokalen Einzelhandel und wollen diese gemeinsam weiter ausbauen.

>>> Das Ausweisen von Abstellflächen für große Lastenräder und Cargobikes unterstützen wir.

Auch Paketboxen leisten wichtige Beiträge zur Reduzierung des motorisierten Lieferverkehrs „auf der letzten Meile“.

>>> Wir machen uns für zentral gelegene Paketboxen in den Quartieren stark, die anbieterunabhängig genutzt werden können.

2. Umweltfreundliche, zukunftsfähige Mobilität verwirklichen

2.1. Umweltverbund (ÖPNV, Fuß- und Radverkehr) weiter stärken

In der Hochphase der Corona-Krise führte der Rückgang des motorisierten Individualverkehrs um circa 30 % zu einer spürbaren Entspannung der Verkehrssituation sowie zu deutlich weniger Lärm- und Abgasbelastung. Man konnte eine Idee davon bekommen, wie viel mehr Bewegungsfreiheit möglich ist, wenn weniger Autos unterwegs sind. Den Anteil des sogenannten Umweltverbundes (ÖPNV, Fuß- und Radverkehr) an den zurückgelegten Wegen innerhalb Darmstadts wollen wir im Verlauf der kommenden Legislaturperiode von 61 % auf über 75 % erhöhen. Gemeinsam mit dem Landkreis verfolgen wir das Ziel, auch bei den Einpendler*innen den Rad- und ÖPNV-Anteil zu steigern.

Um dies zu erreichen, muss der begrenzt zur Verfügung stehende Straßenraum fairer verteilt werden: Rad-, Fuß- und öffentlicher Personennahverkehr benötigen deutlich mehr Platz als bisher. Die Sicherheit für alle Verkehrsteilnehmenden steht im Vordergrund.

2.1.1. Schlüsselprojekt Mobilität: Vision Zero

Um Gesundheit und Leben der Darmstädter*innen zu schützen, gestalten wir den Straßenraum um. Wir GRÜNE wollen die „Vision Zero“ in Darmstadt erreichen, das bedeutet, keine Toten und Schwerverletzten im Straßenverkehr. Der maßgebende Erfolgsfaktor dabei ist nachweislich die Verringerung der Höchstgeschwindigkeit.

Zudem schaffen wir dafür sichere Rad- und Fußwege und übersichtliche Kreuzungen. Als Pilotprojekt wird zwischen Jugendstilbad und Mercksplatz die erste Kreuzung nach niederländischem Vorbild eingerichtet. Dabei schützen sichelförmige Verkehrsinseln und Wartenischen die Radfahrenden vor abbiegenden Autos.

>>> Wir setzen uns auch weiterhin dafür ein, dass Tempo 30 als Regelgeschwindigkeit

eingeführt wird. Die Sicherheit der Verkehrsteilnehmenden wird dadurch deutlich erhöht. Der gleichmäßige Verkehrsfluss verhindert Staus, insbesondere vor Ampeln. An manchen Stellen wird der Rückbau von Lichtsignalanlagen möglich.

>>> Der motorisierte Individualverkehr soll deutlich reduziert werden. Dafür wollen wir unter anderem das Instrument der Citymaut nutzen, wenn der Bund die Einführung möglich macht.

2.1.2. Einrichtung eines Mobilitätsdezernats prüfen

In einer so stark wachsenden Stadt wie Darmstadt steigen auch die Anforderungen hinsichtlich der Mobilität. Von der Lösung der verkehrlichen Belastung hängt maßgeblich die Zukunftsfähigkeit der Stadt ab. Die zunehmende Flächenkonkurrenz, der ÖPNV-Ausbau, die Sanierung und Finanzierung der Infrastruktur, die komplexen Anforderungen der verschiedenen Verkehrsarten, regionale Kooperationen sowie die ordnungsrechtliche Kontrolle erfordern immer mehr Abstimmung und Moderation.

>>> Es ist zu prüfen, ob die Aufgaben in einem neuen Mobilitätsdezernat zentral gebündelt werden können.

2.2. Von jedem A zu jedem B – Mehr Platz für Fahrräder

Wir GRÜNE möchten das Rad zum attraktivsten Fortbewegungsmittel im Stadtgebiet machen und werden das Darmstädter Radwegenetz weiter massiv ausbauen. Die Innenstadt soll aus allen Richtungen gut per Rad oder ÖPNV erreichbar sein.

Zudem setzen wir uns dafür ein, dass die Radwegeverbindungen ins Umland gestärkt werden, denn viele Distanzen zwischen der Innenstadt und den umliegenden Gemeinden können gut mit dem Rad oder Pedelec zurückgelegt werden.

>>> Den Anteil des Radverkehrs wollen wir in den nächsten fünf Jahren stadtweit von aktuell 22 % auf mindestens 25 % erhöhen.

>>> Beim Ausbau der Radwege sollen die unterschiedlichen Bedürfnisse Berücksichtigung finden: Familienfreundliches, komfortables Radfahren muss ebenso möglich sein wie schnelles Radpendeln.

>>> Die Lademöglichkeiten für E-Bikes sollen ausgebaut werden.

2.2.1. Verstetigung der Radstrategie über das Sonderprogramms „4x4 Rad“ hinaus

Das im Herbst 2020 beschlossene Maßnahmenbündel zur Umsetzung der Radstrategie werden wir umsetzen. Dazu gehören unter anderem die bauliche Trennung von Geh-, Rad- und Kfz-Fahrspuren und die Berücksichtigung ausreichender Sicherheitsabstände. Gleichzeitig wollen wir durch weitere Verkehrsversuche die nächsten Schritte identifizieren, damit der Umbau der Verkehrsinfrastruktur zur Förderung des Radverkehrs kontinuierlich weitergeht. Insbesondere die entsprechenden Planungskapazitäten wollen wir noch deutlich stärker ausweiten.

>>> Noch in der kommenden Legislaturperiode streben wir sichere, zentrale und direkte

Fahrradverbindungen quer durch die Stadt an. Dabei sollen durchgängig von Nord nach Süd und von Ost nach West baulich getrennte Radwege entstehen.

2.2.2. Fahrradstraßen auf Verbindungsstrecken, Test einer Fahrradzone

Die neue Möglichkeit der Einführung von Fahrradzonen im Rahmen eines Verkehrsversuchs wollen wir nutzen und in die Planung des Fahrradstraßennetzes einbeziehen. Bereits beschlossene Fahrradstraßen sind Schreberweg (Arheilgen), Im Harras – Rabenaustraße (Waldkolonie), Eberstädter Marktstraße (Eberstadt), Merckstraße, Mühlstraße, Hochstraße und Erbacher Straße (Innenstadt).

>>> Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, dass die Mornewegstraße zur Fahrradstraße umgewidmet wird, damit die Radspur in der Bleichstraße Richtung Hauptbahnhof weitergeführt werden kann.

>>> Fahrradstraßen und verkehrsberuhigte Bereiche sollen ausschließlich Fuß- und Radverkehr vorbehalten sein und möglichst nur von Anlieger*innen mit dem Auto befahren werden dürfen.

Etwaigen Parkraum wollen wir so gestalten, dass das Radfahren auch bei entgegenkommendem Autoverkehr mit ausreichend Abstand zur Dooring Zone parkender Autos möglich ist, sodass vom Öffnen einer Autotür keine Gefahr ausgeht. Falls nötig, müssen dafür die Parkplätze reduziert oder das Parken am Straßenrand untersagt werden.

>>> Bei Erneuerung der Asphaltdecken wollen wir Fahrradstraßen und Radwege möglichst mit rotem Asphalt gestalten.

>>> Wir wollen möglichst alle Einbahnstraßen mit Höchstgeschwindigkeit 30 km/h für Fahrräder in beide Richtungen freigeben.

2.2.3. Sichere Kreuzungen

Ein sicheres Kreuzungsdesign ist ein wichtiger Bestandteil unserer „Vision Zero“. Wir wollen erreichen, dass Kreuzungen nicht länger Gefahrenzonen und Unfallschwerpunkte für Radfahrende und Fußgänger*innen sind. An der Landgraf-Georg-Straße ist der Bau einer „sicheren Kreuzung“ nach niederländischem Vorbild als Pilotprojekt beim Bund beantragt.

>>> Das Pilotprojekt soll beispielgebend für den Umbau weiterer Kreuzungen sein.

2.2.4. Vorrangschaltung für Umweltverbund

Bei innerstädtischen Fahrten macht das Warten an Ampeln einen großen Teil der Fahrzeit aus. Die Dauer einer Fahrt ist entscheidend für die Attraktivität eines Verkehrsmittels.

>>> Daher wollen wir alle Ampelschaltungen auf den Rad- und Fußverkehr sowie ÖPNV ausrichten.

2.2.5. Abstellmöglichkeiten für Räder ausbauen

Eine kombinierte Nutzung von Fahrrad und ÖPNV kann für viele eine attraktive Alternative zum eigenen Auto sein. Dafür müssen ausreichend sichere Fahrradabstellmöglichkeiten vorhanden sein. Geordnetes Fahrradparken entlastet zudem die Gehwege. Seit 2015 wurden für Fahrräder über 3.000 Abstellplätze im Stadtgebiet geschaffen, den Ausbau wollen wir weiter beschleunigen. Bei Platzmangel streben wir mehrstöckige Fahrradständer an.

>>> An Haltestellen und ÖPNV-Knotenpunkten wollen wir zusätzlich überdachte Abstellanlagen schaffen, gegebenenfalls ergänzt um abschließbare Boxen als kostenpflichtiges Premium-Angebot.

>>> Wir unterstützen den Bau eines Fahrradparkhauses am Darmstädter Hauptbahnhof mit mehreren Tausenden Fahrradparkplätzen und fördern weiterhin die dort neu geschaffene Fahrradservicestation. Zudem streben wir an, die derzeit vor dem Hauptbahnhof vorhandenen Abstellplätze platzsparend zu erweitern. Außerdem wollen wir dort die Umwandlung eines Teils der Pkw-Parkplätze zu Fahrradstellplätzen prüfen. Die Nutzung muss dabei kostenlos bleiben.

>>> Zukünftig wollen wir schwerpunktmäßig an Bahnhöfen und Straßenbahnhaltestellen prüfen, wo mehr Stellplätze benötigt werden.

2.2.6. Denkmalschutz lebendig umsetzen

In einer historisch gewachsenen Stadt wie Darmstadt gibt es immer wieder Orte, an denen zwischen den Belangen des Denkmalschutzes und dem Ausbau der Infrastrukturmaßnahmen zugunsten klimaverträglicher Verkehrsmittel abgewogen werden muss. Im Sinne des EU-Beschlusses zum europäischen Denkmalschutzjahr 2017 möchten wir den Denkmalschutz in Darmstadt sowohl als Pflege als auch als Weiterentwicklung des Stadtbildes verstanden wissen. Ein zeitgemäßes Eingreifen hält die historische Bebauung lebendig und wertet unser kulturelles Erbe auf. Ein solches Verständnis schlägt eine Brücke zwischen Epochen, die Darmstadt geprägt haben, und der zukunftsweisenden Stadt von heute sowie den damit verbundenen Herausforderungen. Ein Beispiel hierfür ist der Bahnhofsvorplatz.

2.2.7. Leihangebote für Cargobikes und Fahrräder ausbauen

Darmstadt ist Deutschlands Cargobike-Hauptstadt und eine der aktivsten Städte im Call-A-Bike-System. Lastenräder ersetzen viele alltägliche Pkw-Fahrten wie zur Kita oder zum Einkaufen.

>>> Wir wollen, dass die Anzahl an Leih-Lastenrädern in Darmstadt deutlich erhöht und das gut funktionierende, ehrenamtlich organisierte Heinerbike-System durch ein breitflächiges Angebot anderer Anbieter ergänzt wird.

Davon profitieren alle, die ein Lastenrad nicht täglich benötigen oder sich den Kauf nicht leisten können. Parallel zum Ausbau des Leihsystems muss das Ladenetz für E-Bikes ausgebaut werden.

>>> Auch den Verleih von Fahrrädern möchten wir insbesondere am Stadtrand ausweiten. In der Kernstadt soll jede*r Darmstädter*in innerhalb von 300 Metern eine Station vorfinden, die mit dem ÖPNV gekoppelt ist.

2.2.8. Radschnellwege umsetzen

Unser langfristiges Ziel ist die Schaffung zweier an mehreren Stellen verbundener Radschnellwege in Nord-Süd-Richtung, die den unterschiedlichen Zielen nach überörtlichem Pendeln sowie zentraler Erschließung gerecht werden. Dafür halten wir Flächen bereits heute planerisch frei.

>>> Wir setzen den Abschnitt Arheilgen-Nordbahnhof bis 2022 um.

>>> Die Führung in der Innenstadt und Eberstadt testen wir in weiteren Verkehrsversuchen und in Abhängigkeit zur Führung südlich von Darmstadt.

>>> Auf bereits feststehenden Ausbauabschnitten schaffen wir zügig Verbesserungen: Lückenschluss im Westen entlang der Kläranlage und Bahnlinie, bessere Anbindung Eberstadts an die Innenstadt sowie Verbesserungen zwischen Lincoln-Siedlung und Hauptbahnhof.

Wir brauchen ein gut ausgebautes Radschnellwegenetz, das von Darmstadt aus sternförmig in alle Richtungen führt, um Stadt und Pendelverkehr zu entlasten. An den Radwegen nach Roßdorf und Mühlthal wird bereits konkret gearbeitet. Weitere, beispielsweise nach Pfungstadt, Ober-Ramstadt und Alsbach-Hähnlein, müssen folgen.

>>> Die Radwege in unsere direkten Nachbarstädte sollen auf ein ähnliches Niveau ausgebaut werden wie das des Radschnellweges Frankfurt – Darmstadt.

2.3. Zu Fuß durch die Stadt

Neben dem Radfahren ist Zufußgehen die umweltverträglichste Art der Mobilität. Aktuell werden bereits 29 % der Wege in Darmstadt zu Fuß zurückgelegt! Diese gesunde Form der Fortbewegung wollen wir GRÜNE weiter fördern und unterstützen, sodass der Anteil mindestens so hoch wie heute bleibt. Dafür werden wir einen Fußverkehrscheck durchführen, um konkrete Verbesserungsmaßnahmen zu identifizieren.

>>> Haupttrouten für den Fußverkehr sollen ausgewiesen, ansprechend gestaltet sowie mit Sitzgelegenheiten ausgestattet werden.

>>> Zudem werden wir den Ausbau barrierefreier Gehwege nach neusten Standards mit einer Mindestbreite von 2,10 m weiter vorantreiben.

2.4. Stärkung des ÖPNV: häufigere Fahrten, mehr Strecken, neue Angebote

Ein starker öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) in Stadt und Region ist für uns GRÜNE der Rückhalt der Verkehrswende. Durch ein dichtes Netz aus Bus-, Tram- und Bahnlinien sowie neuen Angebotsformen sollen die Haltepunkte miteinander verbunden werden. Die GRÜN-geführte Stadtregierung hat beschlossen, bis 2030 den Ausbau der ÖPNV-Kapazität jährlich

mindestens um 6 % (bezogen auf 2019) auszubauen, um den ÖPNV-Anteil bis 2030 von 15 % auf 20 % zu steigern.

>>> Wir wollen die begonnene Infrastruktursanierung und gestarteten Ausbauprojekte fortführen sowie laufende Planungen zur Umsetzung bringen.

2.4.1. Über Darmstadt hinaus denken

Der ÖPNV macht nicht an den Grenzen der Zuständigkeit Halt. Seit über 20 Jahren ist der gemeinsame Zweckverband Darmstadt-Dieburger-Nahverkehrsorganisation (DADINA) ein Musterbeispiel für die Zusammenarbeit zwischen der Stadt Darmstadt und dem Landkreis Darmstadt-Dieburg. Er arbeitet mit hoher Sachorientierung und Transparenz.

In jüngster Zeit wurde die Zusammenarbeit auf mehreren Verkehrsgipfeln weiter intensiviert. Die beschlossenen Maßnahmen wollen wir umsetzen und die Zusammenarbeit mit anderen umliegenden Kreisen ausbauen.

Dabei wollen wir die Radwege- und Park-and-ride-Planung in die Gespräche einbeziehen. Park-and-ride-Stationen müssen weit vor den Toren Darmstadts, nahe der Startpunkte im Landkreis verortet werden. Die Erfahrung zeigt, dass die Menschen, wenn sie erst einmal an der Stadtgrenze angelangt sind, nicht mehr das Verkehrsmittel wechseln.

>>> Wir setzen uns dafür ein, dass die begonnenen Programme zum barrierefreien Ausbau der Haltestellen sowie die Ausweitung des Bike-and-ride-Angebots weitergeführt werden.

2.4.2. Umsetzung des neuen Straßenbahnkonzeptes

Das von der HEAG mobilo überarbeitete Straßenbahnkonzept sowie der Einsatz von Trams mit höherer Kapazität werden eine neue Ära des ÖPNV einläuten. Durch die Optimierung der Routenführung wird das Angebot insgesamt um rund 30 % gesteigert, ohne dass eine zusätzliche Schiene gebaut oder der Luisenplatz weiter belastet wird. Die Taktung wird dichter und es gibt auf allen Strecken deutlich mehr Direktverbindungen in die Innenstadt und zum Hauptbahnhof.

2.4.3. Lokale und regionale Vernetzung mit Bus, Tram und Bahn verbessern

Der Bau der Lichtwiesenbahn ist in vollem Gange. Der Campus Lichtwiese wird künftig schnell, direkt und mit deutlich höherer Platzkapazität an den Hauptbahnhof angebunden sein. Dadurch werden der Luisenplatz und das Woogsviertel vom Busverkehr entlastet.

Das neu entstehende Ludwigshöhviertel soll durch die Verlängerung der Straßenbahnlinie 3 angebunden werden. Durch die Weiterführung der Schienen entlang der Cooperstraße können die Betriebsstabilität des Gesamtnetzes verbessert und mehr Querverbindungen geschaffen werden. Deshalb stehen wir GRÜNE klar zu diesem Lückenschluss.

Mit der geplanten Verlegung des Straßenbahndepots nach Wixhausen wird sowohl der Stadtteil als auch die Arbeitsplatzschwerpunkte GSI und FAIR endlich an das Straßenbahnnetz angeschlossen. > *Stadtteile*

>>> Die begonnene Planung für Straßenbahnlinien nach Weiterstadt und Roßdorf/Groß-

Zimmern wollen wir zur Baureife bringen. Gemeinsam mit unseren GRÜNEN Abgeordneten auf Landes- und Bundesebene setzen wir uns dafür ein, dass Klimaaspekte bei der Nutzen-Kosten-Berechnung stärker berücksichtigt werden und so die notwendige Förderung möglich wird.

>>> Für den sich derzeit in Prüfung befindenden Ausbau der Straßenbahn in Richtung Heimstättensiedlung und in den Griesheimer Westen entwickeln wir umsetzungsfähige Konzepte.

>>> Wir prüfen alle Möglichkeiten, wie die Fußgängerzone weiter vom öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) entlastet werden kann.

2.4.4. Neue Angebote: Heinerleiner-Ridesharing, autonome Busse und Start-ups

Der Mobilitätsmarkt wird sich in den kommenden Jahren stark verändern. Wir begleiten diese Entwicklung aktiv. Neue Angebotsformen im ÖPNV werden getestet: Bereits 2021 startet als Pilotprojekt der Heinerleiner als sogenannter Ridesharing-Dienst mit elektrischen Kleinbussen, der das ÖPNV-Netz um Zubringerverkehre in schwächer angebundene Gebiete, als Querverbindung zwischen Linien sowie zu Spät- und Nachtstunden ergänzt. Gemeinsam mit der Darmstadt-Dieburger-Nahverkehrsorganisation (DADINA) wird das Projekt auch auf die umliegenden Landkreiskommunen ausgeweitet. Dadurch wird die Verbindung zwischen Stadt und Landkreis enorm verbessert.

Darüber hinaus werden Versuche für neue Technologien sowie Angebote gefördert: Ergänzend zum Heinerleiner folgen Tests mit autonom fahrenden Kleinbussen. Die städtische Datenplattform, das DAnalytics-Sensornetz sowie weitere Anwendungen, finanziert aus dem Smart-City-Fördertopf des Bundes, bieten Echtzeit-Informationen zur Verkehrs- und Umweltbelastung und ermöglichen eine verbesserte Mobilitätsplanung. Über das HUB31 – Technologie- und Gründerzentrum Darmstadt fördert die Stadt Start-ups unter anderem im Mobilitätssektor. > *Wirtschaft und Finanzen*

>>> Pilotprojekte und Start-ups für autonomes Fahren unterstützen wir.

2.4.5. Sicher nach Hause und zur Frühschicht: Heinerliner-OnDemand-Service

Durch den Heinerliner-OnDemand-Service zwischen ein und vier Uhr entstehen neue Möglichkeiten, auch nachts sicher nach Hause zu kommen und Ziele im Landkreis zu erreichen. Zudem wird mit Inkrafttreten des neuen Straßenbahnkonzeptes das tägliche Angebot in den Abend- und Nachtstunden weiter verstärkt.

2.4.6. Kostenloses Klimaticket für Neubürger*innen

Studien zeigen, dass bei einem Umzug die Bereitschaft steigt, das eigene Mobilitätsverhalten zu überdenken und zu verändern. Das wollen wir nutzen. Wir freuen uns, dass der GRÜN-geführte Magistrat beschlossen hat, allen Neubürger*innen, die ihren ersten Wohnsitz nach Darmstadt verlegen, bei der Ummeldung ein dreimonatiges kostenloses Klimaticket für den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) zur Verfügung zu stellen.

>>> Alle Zugezogenen sollen zudem eine Fußgänger- und Radkarte für den Bereich Darmstadt sowie Informationen zu Carsharing und anderen Angeboten erhalten.

2.4.7. ÖPNV für alle durch bezahlbare Angebote und eine gute Infrastruktur

Seit Langem setzen wir GRÜNE uns dafür ein, dass der ÖPNV für alle Bevölkerungsgruppen bezahlbar ist. Im Landkreis wurde schon vor vielen Jahren das Schülerticket eingeführt. Es war die Blaupause für das heutige 365-Euro-Schülerticket des Landes. Gleiches gilt für das Semesterticket, das schon 1991 auf Betreiben von Studierenden der Hochschule Darmstadt (h_da) in unserer Stadt etabliert wurde und sich inzwischen deutschlandweit durchgesetzt hat.

Heute gibt es zudem das vom GRÜN-geführten Magistrat ins Leben gerufene kostenlose Premium-Jobticket für städtische Bedienstete und die hessenweit geltenden Vergünstigungen für Senior*innen und Landesbedienstete. Auch ein von der Stadt bezuschusstes Sozialticket wird angeboten.

Es ist deshalb richtig, dass der Rhein-Main-Verkehrsverbund (RMV) prüft, preisgünstige Tickets auch für weitere Bevölkerungsgruppen einzuführen. Wir GRÜNE setzen uns in allen relevanten Gremien dafür ein. Es ist klar, dass dies letztendlich nur gemeinsam mit dem RMV durchgesetzt werden kann und entsprechend von den Kommunen und/oder dem Land zu finanzieren ist.

Um den ÖPNV attraktiv zu machen, braucht es jedoch nicht nur kostengünstige Tickets. Es bedarf neuer Schienenverbindungen, mehr Angebote und emissionsfreier Busse.

>>> Wir verfolgen daher eine doppelte Strategie: Alle Möglichkeiten für kostengünstige und flexible Tickets wollen wir nutzen und gleichzeitig die Infrastruktur konsequent ausbauen.

>>> Wir begrüßen die Überlegungen des RMV zur Einführung eines flexibleren Tarifes, mit dem große Preissprünge an Tarifgrenzen beendet werden sollen.

2.5. Überregional vernetzt: Ausbau des Schienenverkehrs

Um auch überregional optimal angebunden zu sein, braucht Südhessen ein gut ausgebautes Schienennetz. Da heute viele Hauptstrecken bereits an der Kapazitätsgrenze angelangt sind, ist vor allem der Bund gefordert, für einen Ausbau zu sorgen und Unterstützungen bei der Elektrifizierung zu leisten.

Die gemeinsamen Verkehrsgipfel von Stadt und Landkreis haben gute Ergebnisse erbracht. Sie zeigen, dass konstruktiv zusammengearbeitet wird. Wir bekennen uns zu den beschlossenen Maßnahmen sowie zu dem im Masterplan 2030+ beschriebenen Ausbau des Schienenpersonennahverkehrs (SPNV):

Die Odenwaldbahn erhält kurzfristig neue Fahrzeuge für mehr Kapazität und mittelfristig längere Bahnsteige für noch längere Züge sowie – wo finanzierbar – neue zweigleisige Abschnitte für eine dichtere Taktung. Nach Ablauf des aktuellen Verkehrsvertrages soll durch die Elektrifizierung oder Umstellung auf Wasserstofffahrzeuge ein Beitrag zur Lärm- und

Abgasverringerung erbracht werden. Pfungstadt als Wohnort zahlreicher Menschen, die nach Darmstadt einpendeln, erhält einen Halbstundentakt zum Hauptbahnhof Darmstadt.

>>> Wir setzen uns für den Ausbau der Bahnstrecke zwischen Darmstadt Hauptbahnhof und Arheilgen ein, da es dadurch möglich wäre, die S-Bahn-Linie 4 von Langen nach Darmstadt zu verlängern und einen 15-Minuten-Takt einzurichten. Im Zuge dessen ist ein Haltepunkt „Darmstadt Nordwest“ im Bereich der Gräfenhäuser Straße zu prüfen.

Im Kreis wird durch die Verlängerung der S-Bahn aus Ober-Roden/Rödermarkt nach Dieburg und weiter nach Darmstadt eine Ringverbindung Darmstadt-Frankfurt-Offenbach mit Anbindung der angrenzenden Gemeinden ermöglicht.

Mit dem GRÜNEN Prüfauftrag in der Darmstadt-Dieburger-Nahverkehrsorganisation (DADINA) zu einer Schnelllinie RB 74 auf der Strecke Dieburg - Darmstadt Nord - Mainz/Wiesbaden wurde ein Konzept zur deutlichen Beschleunigung des Pendlerverkehrs vorgelegt.

>>> Wir werden auch in Zukunft prüfen, wo durch Abkürzungen weitere attraktive Verbindungen entstehen können.

Mit dem Wachstum von Stadt und Region wird das Passagieraufkommen am Hauptbahnhof Darmstadt weiter steigen. Schon jetzt sind die Auf- und Abgänge häufig überfüllt. Die geöffneten Treppen des aktuellen Fahrradparkhauses stellen keine ausreichende Alternative dar.

>>> Wir setzen für einen weiteren leistungsfähigen Zugang zu den Bahnsteigen am Darmstädter Hauptbahnhof ein. Diesbezüglich werden wir weiterhin Gespräche mit der Deutschen Bahn AG führen.

2.5.1. ICE Halt!

Die Anbindung Darmstadts an das ICE-Hochgeschwindigkeitsnetz und den "Deutschlandtakt" ist ein großer Erfolg für Darmstadt und die umliegenden Landkreise. Mit ihr wurde für die nächsten Generationen gesichert, dass Stadt und Region Teil der wichtigen ökologischen Verkehrsinfrastruktur in Europa werden. Mit der jüngst bekannt gegebenen Trassenvariante hat die Deutsche Bahn (DB) viele Forderungen auch der Darmstädter GRÜNEN erfüllt. Wichtig ist, dass die ICE-Trasse an der Heimstättensiedlung weitestgehend im Tunnel geführt wird und Eingriffe in den Westwald oder dessen Zerschneidung so weit wie möglich vermieden werden. Als gute Partner*innen in der Region geht es uns nicht nur um Darmstadt, sondern auch um unsere Nachbarn, die Gemeinden an der Main-Neckar- sowie der Riedbahn, die ebenfalls vom nächtlichen Güterverkehr entlastet werden.

Für Darmstadt selbst bedeutet der Bau der Trasse einen massiven Zugewinn an Fernverkehrsverbindungen. Die Attraktivitätssteigerung des Schienenverkehrs ist essenziell, um dem Klimawandel Einhalt zu gebieten. Zukünftig können von Darmstadt aus viele Ziele in Deutschland und in unseren Nachbarländern schnell, bequem und direkt per Zug erreicht werden. Die Zahl der Kurzstreckenflüge wird reduziert.

Aber auch für den Nahverkehr bietet die neue Trasse viele Chancen. Die Zugfahrt nach Wiesbaden wird zukünftig nur eine halbe Stunde dauern und die überlastete Main-Neckar-Bahn sowie die Riedbahn erhalten mehr Kapazitäten für den Regionalverkehr. Davon profitieren insbesondere die zahlreichen Pendler*innen.

>>> Wir werden uns beim Bund und der DB dafür einsetzen, dass Anwohner*innen geringstmöglich durch die Baustelle beeinträchtigt werden.

>>> Wir setzen uns außerdem dafür ein, dass der Tunnel entlang der Eschollbrücker Straße über die Stadtgrenze hinaus bis an die A5 verlängert wird.

>>> Wir setzen uns gemeinsam mit unseren Nachbargemeinden für mehr und besseren (auch übergesetzlichen) Lärmschutz an den Bestandsstrecken ein.

>>> Für die zukünftige Umsetzung des Projekts plädieren wir für einen Projektbeirat.

2.6. Carsharing ausbauen

Carsharing hat sich in Darmstadt erfolgreich etabliert – wir wollen es auf die nächste Stufe heben. Je nach Studie ersetzt ein Carsharing-Auto acht bis 15 private Pkw. Das entspricht circa 100 bis 200 m² meist öffentlicher Fläche.

>>> Jede*r Darmstädter*in soll innerhalb von 300 Metern Zugang zu mindestens einem Carsharing-Auto und innerhalb von 600 Metern zu Pool-Stationen mit mehreren unterschiedlichen Autos haben.

Wir setzen dabei auf stationsbasierte Carsharing-Systeme, die in große Netzwerke eingebunden sind und damit mindestens deutschlandweit eine Ausleihe möglich machen. Reine Free-Floating-Systeme, bei denen das Fahrzeug irgendwo abgestellt und per Handy geortet kann, lehnen wir ab, weil sie in der Regel zu einer Verlagerung weg vom ÖPNV führen.

3. Stadtgrün und Klimaresilienz in Darmstadt

Die Dringlichkeit, Darmstadt klimaresilient zu machen, also Klimaanpassungsmaßnahmen vorzunehmen und die Widerstandsfähigkeit gegenüber Extremwetterlagen zu stärken, ist heute bereits sichtbar und wird in den nächsten Jahren immer wichtiger werden. Für die Stadtentwicklung bedeutet das, Begrünung, Entsiegelung und ein neues Wassermanagement voranzubringen. > *Umwelt- und Naturschutz*

3.1. Stadtnatur stärken, grüne Oasen schaffen

Je mehr die Verdichtung in Darmstadt zunimmt, umso wichtiger werden hochwertige grüne Oasen in den Quartieren. Für die Gesundheit und Lebensqualität der Bewohner*innen, für Artenschutz und Biodiversität und zur Reduktion von Hitze, Feinstaub und Lärm wollen wir Projekte fördern, die mehr Grün in die Stadtteile bringen. Lokale Grüninseln machen die Stadt lebenswert. > *Umwelt- und Naturschutz*

3.2. Die Stadt als Schwamm – Schutz vor Extremwetterlagen

Wir wollen, wo sinnvoll und möglich, verrohrte Bäche wieder erlebbar machen und ihre Vorteile für die Stadtgestaltung und Klimaanpassung nutzen. Für eine mittelfristige Freilegung verrohrter Bäche halten wir die nötigen Flächen planerisch frei.

Da die Temperaturen auch in Darmstadt immer neue Rekordwerte erreichen, die Bäume unter Trockenheit leiden und wir zunehmend häufiger mit Starkregen-Ereignissen konfrontiert werden, möchten wir GRÜNE die Idee der „Schwammstadt“ vorantreiben. Die Versiegelung der Stadt soll gebremst und wo möglich rückgängig gemacht werden, um kostbare Niederschläge unter anderem durch Versickerung, begrünte Dächer und Wasserspeicher zu halten. > *Umwelt- und Naturschutz*

4. Klimaneutrale und klimaangepasste Bebauungskriterien

Um Darmstadt bis 2035 klimaneutral zu machen, brauchen wir klare und messbare Verpflichtungen aller Akteur*innen. Dafür muss auch die sogenannte Graue Energie, die für Herstellung, Transport, Lagerung, Verkauf und Entsorgung von Materialien und Gebäuden verwendet wird, berücksichtigt werden. Wir brauchen – ähnlich wie unser Quotenbeschluss zum geförderten Wohnungsbau – klar definierte Richtlinien für klimaneutrales Bauen. Die Kriterien sollen unter anderem Themen wie Materialität, Begrünung, Fotovoltaik und Kompensation von Versiegelung umfassen.

>>> Wir wollen, dass für bauliche Wettbewerbe klare ökologische Kriterien als Standard festgeschrieben werden.

>>> Wir setzen uns für ein Monitoring der städtischen Flächen im Hinblick auf deren Versiegelung und Relevanz für das lokale Kleinklima ein. Mit den daraus gewonnenen Erkenntnissen sollen Maßnahmen des Klimaschutzes und der Klimaanpassung aufgezeigt und umgesetzt werden.

4.1. Abriss kritisch hinterfragen

Bei Bauvorhaben wird die „Graue Energie“ meist nicht in die Öko- und Klimabilanz einbezogen. Sie ist aber für rund 11 % des weltweiten CO₂-Ausstoßes verantwortlich. Gerade bei Abriss werden viele Ressourcen zu Müll und damit verschwendet.

>>> Im Sinne der Ressourceneffizienz muss jeder Abriss im städtischen sowie privaten Gebäudebestand kritisch hinterfragt werden. Ähnlich wie bei Investitionsvergleichsrechnungen müssen Klimarelevanzrechnungen zum Einsatz kommen.

4.2. Fassaden- und Dachbegrünung fördern

Zum Klimaschutz generell und zur Verbesserung des Mikroklimas wollen wir – wie bereits in der Mollerstadt – Anreize für relevante und klimawirksame Fassaden- sowie Dachbegrünungen schaffen. > *Umwelt- und Naturschutz*

4.3. Klimafreundlichere Baumaterialien fördern

Auch neue Baustoffe enthalten „Graue Energie“. Deshalb muss bereits bei der Herstellung darauf geachtet werden, dass klimafreundlich produziert wird. Nachwachsende Materialien wie Holz, pflanzliche Dämm- oder regionale Baustoffe wie Lehm und Ziegel sparen erhebliche Mengen an CO₂ ein. Wir begrüßen die Entscheidung des GRÜN-geführten Magistrats, den Einsatz klimafreundlicher Baustoffe in Zukunft weiter zu priorisieren und das Thema im Rahmen der Erstellung des neuen Klimaschutzkonzeptes detailliert zu bearbeiten.

4.4. Energiestandard „Plus-Energie“

Um das Ziel der Klimaneutralität zu erreichen, ist neben der Senkung des Ressourcenverbrauchs auch die Stärkung der nachhaltigen Energieerzeugung zwingend erforderlich. Wir setzen uns daher dafür ein, dass der Energiestandard „Plus-Energie“ in Darmstadt in städtebaulichen Plänen zur Regel wird und dass die dafür notwendigen gesetzlichen Rahmenbedingungen geschaffen werden.

>>> Zudem wollen wir erreichen, dass der kommunale Gebäudebestand sukzessive – dort, wo es baulich möglich ist – auf den Energiestandard „Plus-Energie“ hin modernisiert wird.

Wir müssen den Reichtum der Natur erhalten, denn es gibt keinen Planeten B.

Darmstadt ist reich – reich an Natur, Wäldern und Gewässern. Mit der Darmbachau, den Schefheimer Wiesen, dem Steinbrücker Teich und dem Stadtwald finden sich in unserer unmittelbaren Umgebung nicht nur wunderschöne Landschaften, sondern auch wertvolle Naturschutzgebiete mit einer außergewöhnlichen Artenvielfalt. Seit mehr als 40 Jahren setzen wir GRÜNE uns mit all unserer Kraft und unserem Wissen dafür ein, den Reichtum der Natur in unserer Stadt zu erhalten. Und das werden wir auch weiterhin tun. Denn es gibt keine Alternativen, keinen Planeten B. Das sind wir der heutigen und den zukünftigen Generationen schuldig.

1. Vielfalt tut gut – Biodiversität für ein buntes Morgen

Das weltweite Artensterben und der Verlust an Biodiversität gehören neben der Klimakrise zu den größten Herausforderungen unserer Zeit. Auch Städte haben hier eine hohe Verantwortung, denn urbane Landschaften wie Gärten, Parks und Stadtbegrünung können Biohotspots sein und sind für viele Vögel, Insekten und andere Arten wertvolle und unverzichtbare Biotope. Daher wollen wir für Darmstadt so viel Natur wie möglich. Unser Ziel ist eine gepflegte Wildnis direkt in der Stadt mit vielen, unterschiedlichen Bepflanzungen. Eine grüne Stadt lässt uns alle tief durchatmen, kühlt und verbessert das Klima. >

Stadtentwicklung und Mobilität > Klimaschutz Wenn wir vielfältige Ökosysteme (Lebensräume) anbieten, leisten wir einen wichtigen Beitrag zum Erhalt der Artenvielfalt in unserer Stadt.

>>> Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, die Förderung der biologischen Vielfalt zu einem zentralen Thema der Stadtpolitik zu machen, das sich wie ein grüner Faden durch die politischen und administrativen Entscheidungen zieht. Dafür wollen wir eine Biodiversitätsstrategie verabschieden.

>>> Wir regen an, dass grundsätzlich alle Entscheidungen im Hinblick auf ihre Auswirkungen auf die biologische Vielfalt geprüft werden. Sollte eine Maßnahme sich negativ auswirken, soll dies an anderer Stelle in der Stadt mindestens ausgeglichen werden.

>>> Wir setzen uns für die Entwicklung eines Indikatorensystems für den Naturschutz ein. Umsetzungs- und Erfolgskontrollen sind für jedes Maßnahmenprogramm entscheidend.

1.1. Personelle und finanzielle Ressourcen

Mit dem Programm „25-Schritte für mehr Biodiversität in Darmstadt“ haben wir bereits wirksame Maßnahmen auf den Weg gebracht. Die weitere konsequente Umsetzung des

Programms wollen wir GRÜNE in der nächsten Legislaturperiode gewährleisten. Da die Kontrollen aber auch die Planung und Durchführung aller Mittel, aufwändig sind, muss die personelle und finanzielle Ausstattung der damit befassten Ämter an die gestiegenen Erfordernisse angepasst werden. Das jährliche Haushaltsbudget für die Umsetzung des praktischen Natur- und Artenschutzes soll erhöht werden. Dem Naturschutzbeirat möchten wir ein stärkeres Gewicht geben und dessen Fachwissen, wo immer möglich, einfließen lassen.

1.2. Fläche für Fläche naturnah

Zahlreiche Gebiete wurden schon unter besonderen Schutz gestellt. An vielen Stellen gibt es Wildblütenwiesen. Die neue Grünflächenstrategie und die Vergabe von Blühflächen- und Baumpatenschaften sind weitere wichtige Maßnahmen in Richtung Biodiversität. Städtische Flächen wie Parkanlagen, Spielplätze, Schulhöfe und Außenanlagen von öffentlichen Gebäuden möchten wir schrittweise und kontinuierlich zu naturnahen Bereichen mit hoher biologischer Vielfalt umgestalten. Dabei sollen regionales Saatgut und heimische Gehölze/Hecken verwendet werden. Auch die Pflege von Grünanlagen und Straßenbegleitgrün soll nach ökologischen Grundsätzen erfolgen.

>>> Wir setzen uns dafür ein, dass auch Gewerbegebiete mit ökologisch wertvollen, grünen Achsen durchzogen werden. Unternehmen sollen bei der ökologischen Gestaltung ihrer Bauten und Außenanlagen unterstützt werden.

>>> Auch die Biodiversität auf Friedhöfen gilt es zu fördern.

>>> Schottergärten bieten Pflanzen und Insekten keinen Lebensraum. Wir machen uns dafür stark, dass sie im öffentlichen wie auch im privaten Raum baurechtlich ausgeschlossen werden.

>>> Wir setzen uns für natürliche Insekten-Nistmöglichkeiten nahe der Wildpflanzenwiesen ein. Die Anbringung von Vogel- und Fledermausnistkästen in allen städtischen Grünanlagen und Wäldern soll weiterentwickelt werden.

1.3. Platz für Natur und Artenvielfalt in der Stadt

In sogenannten „Tiny Forests“ wachsen auf kleinem Raum (ab 100 m²) extrem artenreiche Miniwälder – mitten in der Stadt. Auf Schulhöfen oder Firmengeländen, in Baulücken oder auf Brachland entstehen aus einem Mix heimischer Pflanzen sehr dichte und widerstandsfähige Biotope für Vögel und Insekten. Die grünen Oasen werden in einem partizipatorischen Prozess in gemeinschaftlichen Aktionen gepflanzt und gepflegt. Im Herbst 2020 wurde auf unseren Antrag hin beschlossen, zwei Tiny Forests in Darmstadt anzulegen.

>>> Bei Erfolg wollen wir ein Programm aufstellen, um Tiny Forests an vielen Stellen in der Stadt zu etablieren und zu vernetzen.

1.4. Vernetzung des urbanen Grüns – Das grüne Band

Eine Vernetzung von relevanten und ökologisch wertvollen Biotopen, über sogenannte Stepstones (Trittsteinen), ist für die Förderung der Artenvielfalt von großer Bedeutung und soll stärker vorangetrieben werden.

>>> Wie im Masterplan 2030+ aufgezeigt, wollen wir um die gesamte Stadt ein grünes Band etablieren. Die begonnene Verbindung der Grünzüge wie beispielsweise entlang des Ostparkweges soll fortgesetzt werden.

1.5. Haltestellen als grüne Inseln für Insekten

Darmstadt hat mehr als 200 Haltepunkte für Busse und Straßenbahnen. Wir GRÜNE machen uns dafür stark, dass ein Großteil von ihnen auch für Bienen und Insekten zur „Haltestelle“ werden kann.

>>> Wir GRÜNE möchten, dass die Haltestellendächer, wo statisch möglich, mit insektenfreundlichen Gewächsen bepflanzt werden, damit die Insekten hier Nahrung und Lebensraum finden.

>>> Auch Lärmschutzwände, Verkehrsinseln, Straßenlaternen, Brücken und Straßenbahntrassen sollen weiter begrünt werden, sofern die technische Funktionalität dies erlaubt.

1.6. Verzicht auf Laubbläser

Im Herbstlaub überwintern zahllose Insekten und andere kleine Tiere. Unser Ziel ist es, dass es, wo immer möglich, liegen bleibt. In Parks sollen für die Überwinterung und für Schlafplätze von Igel kleine Areale geschaffen werden, in denen Laub- und Reisighaufen über den Winter liegen bleiben.

>>> Es gilt zu prüfen, ob die Stadt und der städtische Eigenbetrieb für kommunale Aufgaben und Dienstleistungen (EAD) auf den Einsatz von Laubbläsern und -saugern verzichten können.

1.7. Umweltbildung und Einrichtung einer Biodiversität-Infostelle für Bürger*innen

Wir möchten auch Privatleute für eine nachhaltige, insekten- und vogelfreundliche Nutzung und Gestaltung ihrer Gärten und Balkone motivieren. Eine verbesserte Öffentlichkeitsarbeit sowie Workshops und Informationsveranstaltungen unterstützen die nachhaltigere Gartennutzung. Das von uns GRÜNEN unterstützte künftige Zentrum für Stadtnatur im Orangeriegarten kann dabei mit Bildungsangeboten und praktischen Übungen zum Thema Umwelt einen wichtigen Beitrag leisten. Wir setzen uns für eine Bewerbung des Stadtnatur-Zentrums als Bildungsstätte der nachhaltigen Entwicklung in Hessen ein.

>>> Wir setzen uns für ein Förderprogramm ein, das Anreize für die Gestaltung eines ökologisch wertvollen Gartens oder Balkons bietet.

>>> Wir setzen uns für die Fortführung des Umweltdiploms für Kinder vom 4. bis 6. Schuljahr

ein. Dabei soll der Klimaschutz noch stärker als bisher einbezogen werden. > *Klimaschutz* >
Bildung

>>> Wir unterstützen Bildungsträger in Darmstadt, die das Bewusstsein für ökologische Zusammenhänge und Natur stärken.

1.8. Nachthimmel erlebbar machen – Lichtverschmutzung vermeiden

Licht beeinträchtigt nachweislich das Leben vieler nachtaktiver Tierarten, stört Pflanzen und belastet die Gesundheit der Menschen. Ein großer Teil der Lichtverschmutzung ist vermeidbar, indem das Licht gezielt auf Gehsteigen und Straßen eingesetzt wird und möglichst wenig in den Himmel strahlt.

Zudem soll bei allen neuen und beim Austausch bestehender Straßenbeleuchtungen o.ä. auf insektenfreundliche Lichtfarbe geachtet werden.

>>> Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass der Nachthimmel über Darmstadt erlebbarer wird. Hierzu soll die Beleuchtung, wo es möglich ist, energiesparender eingesetzt und zeitlich angepasst gedimmt werden. Sky-Beamer werden so weit es geht verboten. > *Stadtentwicklung und Mobilität*

2. Für eine lebenswerte grüne Stadt

Laut einer Naturbewusstseinsstudie betrachten 92 % der Stadtmenschen die Stadtnatur als wichtig oder sehr wichtig für die Erholung und Entspannung. Das sehen wir genauso und möchten unseren Bürger*innen davon soviel wie möglich zur Verfügung stellen. Nicht alle Darmstädter*innen haben eigene Balkone oder Gärten. Grundsätzlich ist die Grünflächenversorgung an die Bevölkerungszahl anzupassen. Bei wachsender Einwohnerzahl müssen demzufolge auch die Grünflächenangebote erhöht werden, um Überlastungen und damit Qualitätseinbußen zu vermeiden. Grünflächen sollen außerdem wohnungsnah liegen, das heißt, fußläufig erreichbar und für alle Bevölkerungsgruppen verfügbar sein. >

Stadtentwicklung und Mobilität

>>> Wir setzen uns dafür ein, dass alle heute vorhandenen Grünflächen erhalten bleiben. Wo dies nicht möglich ist, wird in unmittelbarer Nähe ein funktioneller Ersatz geschaffen.

2.1. Grün statt Asphalt – Entsiegelung vorantreiben

Starkregen-Ereignisse nehmen aufgrund des Klimawandels zu. Durch Entsiegelung wollen wir Darmstadt widerstandsfähiger gegenüber Unwettern gestalten. Nur versickerndes Wasser beugt Überschwemmungen und Sturzbächen vor. Drei städtische Grundstücke wurden bereits entsiegelt und mehrere Schulgärten angelegt.

Straßenbahnen sollen, wo immer möglich, auf begrünten Gleisanlagen, bestenfalls auf sogenannten „Sedumgleisen“ fahren. Auf dem neuen Streckenabschnitt der Linie 2 zur Lichtwiese und in Teilen der Nieder-Ramstädter-Straße wurde das bereits umgesetzt.

>>> Grundsätzlich wollen wir GRÜNE, wo immer es möglich ist, nicht benötigte versiegelte Straßenabschnitte und Plätze entsiegeln. Dazu bedarf es einer Ermittlung möglicher Entsiegelungsflächen. > Stadtentwicklung und Mobilität

>>> Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, die Bodenversiegelung in Darmstadt verbindlich zu begrenzen und die Netto-Neuversiegelung mittelfristig auf null zu bringen.

2.2. Dachbegrünung

Wer mit offenen Augen durch Darmstadt geht, sieht, wie viel ungenutzter Platz noch auf Dächern und an Fassaden besteht. In erster Linie sind wir für Solaranlagen auf den Dächern unserer Stadt. Zusätzlich setzen wir auf Dach- und Fassadenbegrünung, denn sie filtern Feinstaub, speichern Regenwasser und sorgen bei flächendeckendem Einsatz für bessere Luftqualität und für Kühlung bei Hitze. Ein Dachflächenkataster wurde bereits in Auftrag gegeben. Bei Neubauten wird von der Stadt in Bebauungsplänen gefordert, dass Dächer mit einer Neigung unter 15 Grad zu 100 % begrünt werden.

>>> Wir setzen uns dafür ein, dass alle öffentlichen Gebäude, also Schulen, Kindergärten oder Verwaltungsgebäude, soweit statisch möglich, begrünte Dächer bekommen.

>>> Durch Förderung und Beratung wollen wir grüne Dächer und Solardächer für Privatpersonen, Genossenschaften und Mietergemeinschaften attraktiv machen.

2.3. Fassadenbegrünung

Die Begrünung des Citytunnels haben wir bereits auf den Weg gebracht, 80.000 Euro wurden dafür in den Haushalt eingestellt. Für Kapellplatz/Woogsviertel/Ostbahnhof hat die Stadtverordnetenversammlung Anfang 2019 die Richtlinie zur Anreizförderung von privaten Begrünungsmaßnahmen in dem Stadtumbaugebiet beschlossen.

In der Mollerstadt läuft ein Förderprogramm zur Fassadenbegrünung. Nach diesem Vorbild wollen wir diese auch in anderen Stadtteilen weiter fördern. Wir begrüßen den Beschluss des GRÜN-geführten Magistrats, mindestens 300 m² neue Grünflächen pro Jahr in den versiegelten innenstädtischen Bereichen durch Fassadenbegrünung zu schaffen.

>>> Hausbesitzer*innen wollen wir mit einer Informationskampagne von der Begrünung der Fassaden ihrer Häuser überzeugen.

>>> Wir wollen durch gezielte Beratung und ein Förderprogramm erreichen, dass in der nächsten Legislaturperiode 1.000 neue Hausbegrünungen in der Stadt umgesetzt werden.

>>> An städtischen Gebäuden sollen, wo immer möglich, Fassaden begrünt werden.

2.4. Urban Gardening und Initiative Essbares Darmstadt

Wir möchten Projekte und Initiativen wie „Urban Garden Darmstadt“ und „Essbares Darmstadt“ unter einer starken Einbindung der Bürger*innen weiter fördern. Die Erfahrungen zeigen, dass dies neben der Nachhaltigkeit und der Qualität des öffentlichen Raumes auch das gesellschaftliche Klima und die persönliche Identifikation mit der Stadt verbessert.

>Stadtentwicklung und Mobilität

>>> Um die Lebensqualität zu steigern, wollen wir an sinnvollen Orten Obst- und Nussbäume pflanzen und Möglichkeiten für Urban Gardening und offene Gemeinschaftsgärten sowie begleitende Bildungsangebote schaffen.

2.5. Mehr Bäume für Darmstadt

Wir haben den gesamten städtischen Baumbestand kartieren lassen und eine verbindliche Baumquote eingeführt. Für jeden gefälltten Baum muss je nach Stammumfang mindestens ein neuer angepflanzt werden. Auch auf städtischen Flächen erfolgen bei Fällung Ausgleichspflanzungen an gleichwertiger Stelle innerhalb des jeweiligen Stadtquartiers. Private Neuanpflanzungen werden mit bis zu 500 Euro gefördert. Allein 2019 wurden 80.000 Euro für 1.000 neue Bäume im öffentlichen Raum in den Haushalt eingestellt.

>>> Wir wollen bei Bauvorhaben dem Erhalt von Stadtbäumen eine noch höhere Priorität einräumen. Straßenbäume werden, wo immer möglich, erhalten und gefördert.

3. Die Grüne Lunge Darmstadts – Den Wald erhalten

Rund 49 % der Gemarkungsfläche Darmstadts sind von Wald bedeckt. Damit gehört unsere Stadt zu den walddreichsten Großstädten Deutschlands. Fast die gesamte Waldfläche ist in öffentlicher Hand, knapp 2.000 Hektar der insgesamt gut 5.700 Hektar sind als „Stadtwald Darmstadt“ im Besitz der Stadt und somit unmittelbar in deren Verantwortung.

Die Erholungs- und Schutzfunktion des Waldes machen Darmstadt besonders lebenswert. Allerdings haben der Klimawandel und insbesondere die viel zu trockenen Sommer seit 2018 den Bäumen schwer zugesetzt. Umso wichtiger ist es jetzt, den Wald widerstandsfähiger gegenüber Klimaeinflüssen zu machen und auf eine nachhaltigere Forstwirtschaft umzustellen, bei der Naturnähe die entscheidende Rolle spielt.

Die von uns GRÜNEN vorangetriebene Gründung eines „Runden Tisches Wald“ im Jahr 2019 war in diesem Prozess ein wichtiger Schritt. Dem Gremium gehören neben Vertreter*innen aus Politik und Verwaltung sowie Fachleuten auch Mitglieder von Naturschutzverbänden und Bürgerinitiativen an. Neben einem Leitbild entwickelt der „Runde Tisch Wald“ konkrete Maßnahmen, um den Stadtwald zu stabilisieren und für zukünftige Generationen zu erhalten.

3.1. Waldumbau West

Der Westwald (57% des Stadtwaldes) leidet besonders unter der Klimaerwärmung, auch, weil die dortigen Bäume auf den sandigen Böden seit Beginn der Messungen nachweislich keinen Grundwasseranschluss hatten. Einen solchen herzustellen, ist in diesem Bereich unter anderem aus geologischen Gründen nicht möglich.

Wir wollen den Westwald erhalten. Dafür müssen wir ihn umbauen. Maßnahmen können Änderungen hin zu einer naturnahen Forstwirtschaft, widerstandsfähige heimische Baumarten und Verbesserungen des Waldinnenklimas durch Waldrandaufbau und höhere Totholzanteile

sein. Wir unterstützen die vom „Runden Tisch Wald“ erarbeiteten Leitlinien und Maßnahmen für den bestmöglichen Erhalt des Westwaldes.

Zudem haben wir uns dafür eingesetzt, dass der gesamte westliche Waldgürtel als Bannwald ausgewiesen wird. Wir rechnen mit dem Inkrafttreten dieses Schutzstatus noch in 2021. Damit erhält der Westwald die höchste Schutzkategorie, die nach hessischem Waldgesetz vergeben wird.

>>> Wir werden alle nötigen Anstrengungen unternehmen, um den Westwald zu erhalten. Die Ausweisung als Bannwald ist hierbei ein wichtiger Meilenstein.

3.2. Keine Nutzung von Waldflächen für Siedlungserweiterungen

Wir GRÜNE lehnen eine Wohnbebauung auf bewaldeten Flächen ab. Das gilt sowohl für den Westwald als auch für den Ostwald. In unserem Antrag zum Masterplan DA 2030+ haben wir das 2020 in der Stadtverordnetenversammlung ganz klar zum Ausdruck gebracht. Wir wollen aber nicht nur den Darmstädter Wald – Ostwald und Westwald – in seiner Fläche erhalten, sondern den gesamten Wald durch geeignete Maßnahmen widerstandsfähiger gegen Klimaveränderungen machen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die nötigen Mittel zum Walderhalt in den städtischen Haushalt eingestellt werden.

Die Entwicklung ökologischer Verkehrsstrukturen muss dabei grundsätzlich nach wie vor möglich sein, denn diese haben wesentlichen Anteil an der Mobilitätswende und damit zur Bekämpfung der Klimakrise insgesamt. Nur wenn es gelingt, den Verkehr zu großen Teilen auf umweltfreundliche Systeme zu verlagern, kann der Wald langfristig erhalten bleiben.

>>> Der Ostwald ist ein immer noch vergleichsweise intaktes Waldgebiet, aber ebenfalls durch die Klimakrise und die vergangenen trockenen Sommer stark geschädigt. Kurzfristig sollen hier außer aus Gründen der Verkehrssicherheit keine Bäume mehr gefällt werden. Mittelfristig soll er nach strengen Kriterien zertifiziert werden – möglichst nach den Naturland-Richtlinien zur ökologischen Waldnutzung – und somit eine Vorbildfunktion im Naturschutz übernehmen.

>>> Wir unterstützen den partizipativen Prozess des „Runden Tisches Wald“ und werden uns dafür einsetzen, dass das entstehende Leitbild und die sich daraus ableitenden Maßnahmen durch die Bereitstellung der notwendigen Mittel den Darmstädter Stadtwald nachhaltig schützen.

>>> Die in naher Zukunft zu entwickelnde Forsteinrichtung („10-Jahres-Plan“ für die Bewirtschaftung des Stadtwaldes für den Zeitraum 2023-2032) soll hierbei die Empfehlungen des „Runden Tisches Wald“ widerspiegeln und in konkretes forstwirtschaftliches Handeln umsetzen.

4. Nachhaltige Ernährung und Landwirtschaft – Wir kümmern uns darum

Die Unterstützung von Bio-Bäuer*innen ist ein urGRÜNEs Thema. Wir wollen die regionale Landwirtschaft erhalten und eine ökologische Bewirtschaftung der Flächen fördern. Denn

eine nachhaltige Agrikultur erhält unsere Lebensgrundlagen und hat das Tierwohl im Blick. Rund 20 % der Fläche Darmstadts werden landwirtschaftlich genutzt. Ein Leuchtturmprojekt ist das Hofgut Oberfeld, das wir bei der Umstellung auf ökologischen Anbau unterstützen haben.

Wir freuen uns, dass Darmstadt 2016 als Gründungsmitglied dem Netzwerk deutscher Bio-Städte beigetreten und 2019 Mitglied der Ökomodellregion Südhessen geworden ist. Dabei geht es darum, die Menschen in unserer Region für Bio-Produkte aus ihrer Umgebung zu begeistern, Bio-Höfe zu unterstützen und unsere Kulturlandschaften zu erhalten. Wir GRÜNE stehen hinter diesen Zielen. Wir wollen mehr Bio auf den Äckern und die Ziele des Landes Hessen von 25 % ökologisch bewirtschafteter Fläche bis 2030 deutlich übertreffen.

>>> Wir GRÜNE werden uns auch weiterhin dafür einsetzen, dass die Darmstädter Landwirtschaft gentechnikfrei bleibt.

>>> Wir möchten eigene Flächen nur noch mit Naturschutzauflagen, bzw. vorwiegend an nachhaltig wirtschaftende Landwirt*innen verpachten.

>>> Wir stellen uns bei künftigen städtebaulichen Planungen gegen eine Inanspruchnahme von nachhaltig bewirtschafteten Landwirtschaftsflächen und Grünland (Streuobstwiesen, Weideland).

4.1. Biostadt Darmstadt weiterhin stärken

Der EAD versorgt mittlerweile täglich 1.000 Schüler*innen an den Darmstädter Schulen mit Mittagessen. 2019 wurde festgelegt, dass der Anteil der Bio-, fairtrade- und regionalen Produkte dabei mindestens 50 % betragen muss. Da es zum Beispiel in der Region noch keine ausreichenden Kapazitäten für die maschinelle und großküchentaugliche Verarbeitung von Bio-Kartoffeln gibt, ist es wichtig, Anreize zu schaffen, dass noch mehr regionale Betriebe auf Bio-Anbau umstellen.

>>> Grundsätzlich wollen wir, dass in Schulen, Kindertagesstätten und städtischen Kantinen Bio-Lebensmittel angeboten werden. Dabei achten wir darauf, dass das Essen bezahlbar bleibt.

>>> Bio-Lebensmittel sollen auch im Pausenverkauf an den Schulen angeboten werden.

>>> Bei Empfängen der Stadt, in der Stadtverwaltung und sämtlichen öffentlichen Behörden soll der Anteil an Bio-Lebensmitteln ebenfalls auf mindestens 50 % ansteigen. Vegane und vegetarische Angebote sollen täglich auf allen städtischen Speisekarten stehen. Langfristig sind die Nutzung von 100 % Bio-Produkten und eine Reduzierung von Fleisch- und Molkereiprodukten anzustreben.

>>> Erfolgskontrolle ist gerade bei einer schrittweisen Umsetzung beziehungsweise einer klar definierten Erhöhung des Anteils an Bio-Lebensmitteln wichtig, um gegebenenfalls nachsteuern zu können.

>>> Um mehr Bio in Großküchen zu fördern, setzen wir uns für die Bereitstellung von entsprechenden schriftlichen Unterlagen, fachliche Beratung oder motivierende

Veranstaltungen ein.

>>> Darüber hinaus möchten wir, dass die Ernährungserziehung in Kitas und Schulen in Hinblick auf das Klima angestoßen wird, sowie pädagogische Angebote auf Bauernhöfen wie am Hofgut Oberfeld gestärkt werden. > *Bildung* > *Klimaschutz*

4.2. Stärkung der Wirtschaftsförderung im Bio-Bereich

Damit regionale Wertschöpfung gelingen kann, ist es sinnvoll, die Bio-Branche zu vernetzen. Hierzu soll geprüft werden, inwieweit die Zusammenarbeit von Stadt und Umland ausgebaut werden kann. Dafür braucht es eine zentrale Steuerung und fachliche Unterstützung durch die zuständigen städtischen Verwaltungsstrukturen.

4.3. Darmstadt als Fairtrade-Town zum Leuchten bringen

Darmstadt ist seit 2013 Teil der fairtrade-towns. Der faire Handel wächst, braucht aber noch mehr Engagement und Anregung. Wir setzen uns dafür ein, dass in den städtischen Einrichtungen noch konsequenter auf fairtrade-Produkte geachtet wird. > *Wirtschaft und Finanzen*

>>> Wir GRÜNE möchten, dass alle öffentlichen Einrichtungen mit gutem Beispiel vorangehen und Standard-Produkte wie Kaffee, Kakao, Schokolade und Bananen zu 100 % aus fairem Handel beziehen.

>>> Wir wollen Aufklärung leisten und eine fairtrade-Woche etablieren. Auch den lokalen Handel und die Gastronomie möchten wir dabei unterstützen, ihren eigenen fairen Fußabdruck zu hinterlassen. Mit einem Rechenschaftsbericht möchten wir Transparenz schaffen, wo die Kriterien des fairtrade-Labels tatsächlich angewendet werden.

4.4. Nachhaltiger Lebensmittelkonsum

Für uns GRÜNE gehört zur nachhaltigen Ernährung auch ein bewusster Umgang mit Lebensmitteln. Wir wollen als Vorbild fungieren und deshalb in städtischen Einrichtungen die Verschwendung von Lebensmitteln durch geeignete Maßnahmen vermeiden. Dort, wo große Mengen an Essen übrigbleiben (z.B. Großküche des EAD), wollen wir, dass mit Organisationen wie der Tafel oder Foodsharing kooperiert wird, damit noch genießbares Essen eine Verwendung findet.

5. Wasser

Intakte Gewässer spielen bei der ökologischen Stadtentwicklung sowohl eine gestalterische als auch eine temperatursenkende Rolle. Vernetzte Wasserachsen, Brunnen und Teichanlagen mindern die Folgen des Klimawandels. Gleichzeitig braucht es dezentrale Puffer- und Speicherräume zum Rückhalt der zunehmenden Starkregen-Ereignisse. Das Regenwasser kann für die Bewässerung der Grünanlagen eingesetzt werden. Eine wassersensible Planung ist in Zukunft unabdingbar. > *Stadtentwicklung und Mobilität*

>>> Wir setzen uns für mehr Wasserflächen in der Stadt ein, denn sie wirken an Hitzetagen wie eine natürliche Klimaanlage und können große Regenmengen wie ein Schwamm aufnehmen.

5.1. Bewässerung mit Brauchwasser

Der Klimawandel macht die Sommer immer trockener, sodass Stadtbäume zunehmend bewässert werden müssen. Mit dem Einsatz von Brauchwasser können die Grundwasservorräte geschont werden.

>>> Daher setzen wir GRÜNE uns dafür ein, ein Brauchwasserkonzept für Darmstadt zu entwickeln und anschließend umzusetzen. Im Zuge dessen möchten wir ein systematisches Wasserressourcenmanagement etablieren.

Im privaten Bereich wird bei Neubauten und größeren Umbauten von der Stadt eine hundertprozentige Regenwasserbewirtschaftung bereits gefordert. Ist diese aufgrund eines zu hohen Grundwasserstandes nicht möglich, müssen Dächer mit einer Neigung unter 15 Grad begrünt werden.

>>> Wir unterstützen die geplante Förderung von Zisternen für private Gebäude im Bestand.

6. Darmstadt atmet auf – Thema Luft

Schädliche Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen entstammen im Wesentlichen drei großen Bereichen: Dem gewerblichen Bereich, dem häuslichen Bereich sowie dem Verkehr. Das 2015 erweiterte Durchfahrt- und Nachtfahrverbot für Lkw in der Kernstadt, die Ausweisung des gesamten Stadtgebiets als Umweltzone, die Verabschiedung des Green City Plans als Gesamtkonzept zur Reduzierung der Luftbelastung sowie der Ausbau der ökologischen Verkehrsinfrastruktur haben wesentlich zur Verbesserung der Situation beigetragen. > *Stadtentwicklung und Mobilität* Die Belastung durch Feinstaub hat sich deutlich verringert, sodass heute die gesetzlichen Grenzwerte eingehalten werden. Damit geben wir uns aber nicht zufrieden. Wir wollen weitere Maßnahmen zur Reduktion der Belastung mit Stickstoffdioxiden und anderen Emissionen zum Schutz unserer Bürger*innen sowie der Umwelt voranbringen.

6.1. Freihalten der Frischluftleitbahnen

Für die Versorgung unserer Stadt mit Frischluft sind fünf Leitbahnen von großer Wichtigkeit. Eine davon führt von Südosten über das Naherholungsgebiet Lichtwiese bis in die Innenstadt und sorgt so für die Abkühlung und Durchlüftung dicht bebauter Quartiere. Bei Planungen zum Ausbau des Campus TU Lichtwiese muss dies bedacht und der zugrunde liegende Bebauungsplan diesbezüglich geprüft werden.

>>> Wie bei jedem Bauvorhaben soll vor allem bei Gebieten in den Frischluftleitbahnen der

Stadt die Prüfung von Alternativen, eine Minimierung der stadtklimatischen Beeinträchtigung und ein Ausgleich der Umweltauswirkungen vorgenommen werden.

6.2. Verbotzone für privates Feuerwerk an Silvester

Etwa ein Sechstel der jährlichen Feinstaub-Emissionen wird zum Jahreswechsel in die Luft geblasen. Dem wollen wir auf kommunaler Ebene entgegenwirken. So können Menschen, Tiere und Umwelt geschützt, Brände verhindert und Müll reduziert werden. Zudem wird das Feiern im Freien sicherer.

>>> Wir setzen uns dafür ein, dass eine Verbotzone für privates Feuerwerk an Silvester so weit wie möglich eingeführt wird.

7. Lärm – Auf das Nötigste reduzieren

Auch Lärm gehört zu den häufig genannten Umweltproblemen. Er ist nicht nur eine Belästigung, sondern macht krank. Der Ballungsraum Darmstadt zählt zu den am meisten vom Verkehrslärm belasteten Gebieten in Südhessen. Daher setzen wir GRÜNE uns für den größtmöglichen Lärmschutz der Bürger*innen ein. In den vergangenen Jahren konnten bereits wichtige Erfolge erzielt werden. Unter anderem wird die Flugroute Amtix kurz Richtung Norden verschoben. Das bedeutet eine Entlastung für 10.000 bis 12.000 Menschen in Arheilgen und Kranichstein, sowie teilweise in Wixhausen. Der Probetrieb ist im November 2020 gestartet.

7.1. Grüner Lärmschutz an Straßen und Bahntrassen

Wir setzen uns für die Errichtung von begrünten Lärmschutzwänden entlang von Bahntrassen, wie beispielsweise am Südbahnhof, ein. > *Stadtentwicklung und Mobilität* Bei einer Straßenneugestaltung soll der Einsatz von Flüsterbelag geprüft werden. Straßenbegrünung trägt zur Geräuschabsorption bei.

>>> Deshalb sind wir für Blühstreifen zwischen Straßen und Radwegen.

8. Sauberhaftes Darmstadt – Zusammen schaffen wir weniger Müll

Plastikmüll ist weltweit zu einer massiven Bedrohung für Umwelt und Tiere geworden. Daher möchten wir GRÜNE bei Wirtschaft und Einzelhandel nachdrücklich auf die Vermeidung von Plastik drängen. Reduce, reuse, recycle – also vermeiden, wiederverwenden und wiederverwerten sind derzeit viel diskutierte Werte und Ziele. Auch in Darmstadt gibt es dazu sinnvolle Ansätze. So wurde beispielsweise gerade das FairCup-Pfandsystem eingeführt mit dem bis zu 20 % Einwegbecher jährlich eingespart werden können.

Wir GRÜNE wollen diese Ansätze auf politischer Ebene schnellstmöglich verstärken und

verstetigen.

>>> Unser oberstes Ziel ist es, so wenig Müll wie möglich zu produzieren. Wir wollen sinnvolle Recycling-Artikel nutzen und Plastik durch umweltfreundliche Produkte ersetzen. Wir streben für Darmstadt eine Gesamtstrategie zur Abfallvermeidung an.

8.1. Mit gutem Beispiel voran: Keine Einwegartikel in städtischen Einrichtungen

Wir GRÜNE wollen Plastik und Einwegartikel aus dem Darmstädter Rathaus und allen Verwaltungsstellen sowie allen städtischen Betrieben und Veranstaltungen verbannen. Das heißt: kein Einweggeschirr, kein Einwegbesteck, keine Plastiktüten oder Plastikflaschen mehr, keine Give-Aways aus Plastik oder Plastik-Verpackungen. In der öffentlichen Beschaffung soll, wo immer möglich, Plastik vermieden werden. Das System der FairCup-Becher soll auf Schulen und andere städtische Einrichtungen ausgeweitet werden. In der Stadtverwaltung, in Schulen, Kindertagesstätten und Kindergärten, städtischen Altersheimen und in allen anderen städtischen Betrieben soll zu 100 % Recyclingpapier (auch Hygieneartikel) verwendet werden.

8.2. Wir wollen Mikroplastik den Kampf ansagen

Es gilt, auch flüssiges und gelöstes Plastik zu vermeiden. Deshalb brauchen wir eine Strategie zur Reduktion schwer abbaubarer Polymere. Wir setzen uns dafür ein, dass an allen öffentlichen Mülleimern der Krähenschutz umgesetzt wird, insbesondere in Wäldern, Parks und an Gewässern. Auch beim Bio-Müll brauchen wir strenge Regeln, damit Plastikpartikel nicht mehr in den Kompost geraten. Kunstrasenplätze mit Mikroplastik sollen nicht mehr gefördert werden.

8.3. Umweltsünden stärker ahnden – Beratung zur Müllvermeidung ausbauen

Wir wollen intensivere Kontrollen zur Einhaltung des Verbots von achtlosem Wegwerfen von Zigarettenstummeln, der Ablage von Sondermüll am Wegesrand oder absichtlicher Vermüllung. Gleichzeitig soll die Stadt ihr Beratungsangebot zur Müllvermeidung weiter ausbauen.

>>> Initiativen der plastikfreien Stadt und der Wiederverwertung wie Gebrauchtwarenkaufhäuser, Tauschbörsen, Umsonstläden, Reparaturcafés, Zero-Waste sowie Foodsharing möchten wir intensiv unterstützen.

>>> Strategien zur Plastik-, Verpackungs- und Transportvermeidung wie zum Beispiel „Unverpacktläden“ wollen wir fördern.

9. Tierschutz

Wir wollen das Wohlbefinden der Tiere in der Landwirtschaft und in der Stadt sichern. Sie sollen vor allem vor Einwirkungen durch den Menschen geschützt werden, die ihnen unnötiges Leid und Schaden zufügen. Dafür haben wir unter anderem bereits für Zirkus-

Veranstaltungen im Stadtgebiet ein Wildtierverbot erwirkt. Das Verbot der Fütterung von Wildvögeln in Parks und auf öffentlichen Plätzen wurde eingeführt und Taubenschläge eingerichtet, um die Population der Stadtauben steuern zu können. Bei der energetischen Sanierung und beim beschlossenen Ausbau des Vivariums werden die Europäischen Zoorichtlinien selbstverständlich eingehalten. Wir möchten die Lebensbedingungen der Tiere noch weiter verbessern. Dazu sind eine Reduktion des Tierbestands, größere Gehege und mehr Außenflächen nötig.

Viele Darmstädter*innen haben Haustiere. Insbesondere wenn Tiere artgerecht gehalten werden, fördert dieses das Wohlbefinden der Menschen. Hunde brauchen täglichen Ausgang. Die Begegnung mit anderen Hundehalter*innen fördert das soziale Miteinander von Mensch und Tier. Damit sich Hunde zeitweise ohne Leine bewegen können, wurden in Darmstadt einige Hundewiesen eingerichtet.

>>> Wir setzen uns dafür ein, dass im gesamten Stadtgebiet weitere Hundewiesen entstehen und unterstützen die Suche nach geeigneten Flächen.

>>> Wir setzen uns dafür ein, dass Glasfassaden in Darmstadt so gestaltet werden, dass sie keine Gefahr mehr für Vögel darstellen.

>>> Wir unterstützen die Naturschutzverbände in ihren Bemühungen um ausreichend Nistmöglichkeiten für unsere heimische Tierwelt wie Insekten, Vögel, Fledermäuse oder Siebenschläfer.

>>> Wir wollen das Tierheim stärker unterstützen. Mit Aufklärungskampagnen und durch die Einbeziehung von Schulen und Kindergärten sollen leichtfertige Tier-Anschaffungen vermieden werden. Bei einem bestehenden Tierwunsch sollte der Gang ins Tierheim anstatt zum Züchter an erster Stelle stehen.

Teilhabe und Akzeptanz **Konzepte für ein gerechtes Darmstadt**

Wir GRÜNE gestalten seit mehr als zehn Jahren die Sozialpolitik in Darmstadt. Die gute und innovative Arbeit der vergangenen Jahre wollen wir fortsetzen und dabei die Angebote weiterentwickeln und ausbauen.

Unser Ziel ist es, Inklusion und Teilhabe in Darmstadt zu verwirklichen. Für uns GRÜNE heißt das: Jeder Mensch wird in seiner Individualität von der Gesellschaft akzeptiert. Jede*r kann in vollem Umfang am gesellschaftlichen Leben teilhaben, die eigenen Fähigkeiten frei entfalten und ein selbstbestimmtes Leben führen.

Eine inklusive Gesellschaft bietet Menschen mit und ohne Behinderungen, jeder sozialen oder ethnischen Herkunft, sexuellen Identität, Religion, Weltanschauung und jeden Alters gleiche Rechte und Chancen sowie gute Lebensbedingungen und schützt sie vor Diskriminierung und Gewalt. Wir wollen insbesondere dort handeln, wo Menschen ihrer Zukunftschancen und ihrer Selbstbestimmung beraubt werden, weil sie in Armut leben müssen. Inklusion im umfassenden Sinne ist die Grundlage für sozialen Frieden in Darmstadt.

Prävention – Partizipation – Sozialraumorientierung sind die Leitlinien für unsere emanzipatorische Sozialpolitik; sie wirken vorbeugend und kleinräumig. Wir werden auch weiterhin alle Formen sozialer Ausgrenzung analysieren und da, wo wir Einfluss haben, frühzeitig gegensteuern. Es gilt, immer einen Schritt vor der Problemlage zu sein.

Die Basis für Teilhabegerechtigkeit ist eine verlässliche und mit den freien Trägern abgestimmte und gemeinsam konzipierte Sozialpolitik. Dabei ist Beteiligung GRÜNES Grundprinzip und wird neben den kommunalen Aktivitäten unter anderem auch in Kooperation mit funktionierender Gemeinwesenarbeit praktiziert.

Die Corona-Krise betrifft und beeinträchtigt alle, in besonderem Maße aber einkommensarme Menschen. Hier wollen wir genau hinschauen und mit Konzepten und Hilfsleistungen entgegenwirken.

Dass Sozialpolitik auch die finanzielle Absicherung der Träger und Vereine gewährleisten muss, versteht sich für uns von selbst. Daher haben wir dafür gesorgt, dass die Finanzmittel für die soziale Infrastruktur auch 2021 in voller Höhe zur Verfügung stehen und größtenteils dynamisiert werden. An entsprechend identifizierten Stellen sollen sie sogar weiter ausgebaut werden, um damit die sozialen Einrichtungen zu stärken.

1. Eine Stadt für alle Menschen

1.1. Miteinander im Dialog

Angesichts einer sich verfestigenden sozialen Spaltung nehmen wir zunehmend Zukunftsängste und Sorgen um den gesellschaftlichen Zusammenhalt wahr. Die soziale Herkunft entscheidet immer häufiger über den Lebensweg. Abstiegsängste und Kummer gefährden das soziale Miteinander und schwächen die Akzeptanz der Demokratie. Uns GRÜNEN ist eine Gesprächskultur wichtig, die sicherstellt, dass alle Menschen miteinbezogen und an den Entscheidungen beteiligt werden. Mitbestimmung zuzulassen heißt, einen ständigen Prozess des Auslotens einzugehen und immer wieder miteinander in Kommunikation zu sein sowie flexibel auf die Bedürfnisse und Bedarfe reagieren zu können.

Bei gelebter Teilhabe gibt es keine Beschränkungen, wie viel Partizipation es sein darf und wie viel nicht. Aufgabe ist es, Rahmenbedingungen durch Angebote und entsprechende Konzepte zu schaffen, die dies ermöglichen. Wir GRÜNE haben ein Bürgerbeteiligungsmodell etabliert, das deutschlandweit Beachtung und Nachahmung findet. Es wird kontinuierlich evaluiert und weiterentwickelt. Gerade der Bereich der Beteiligung von jungen Menschen und sozial Benachteiligten wird ausgeweitet.

1.2. Teilhabechancen von Menschen mit Behinderung stärken

Die Schlüsselbegriffe der UN-Behindertenrechtskonvention – Würde, Inklusion, Teilhabe, Selbstbestimmung, Empowerment, Chancengleichheit und Barrierefreiheit – sind für uns Leitlinien in der Arbeit gemeinsam mit Verbänden, Vereinen und Menschen mit Behinderung.

Inklusion ist ein Querschnittsthema, denn Menschen mit Behinderung stoßen vielerorts auf Barrieren und Ausgrenzung. In einer inklusiven Gesellschaft müssen die Strukturen so beschaffen sein, dass sie für Menschen mit Behinderungen nicht weitere Hürden darstellen.

Menschen mit Behinderungen sollen in allen Lebensbereichen – von ihrer eigenen Wohnung über öffentliche Verkehrsmittel bis hin zum Sportstadion oder Theater – selbstverständlich und gleichberechtigt teilhaben können. > *Kultur* Wir wollen ein Schulsystem, das alle Kinder – mit und ohne Behinderungen – ihren Bedürfnissen gemäß fördert. > *Bildung* Menschen mit Behinderung sollen Berufe ausüben können, die ihren Wünschen und Fähigkeiten entsprechen. Eine Veränderung des Betreuungs- und Bildungssystems in Richtung Inklusion ist ein wesentlicher Schritt zu einer Gesellschaft, in der tatsächlich alle einbezogen sind.

1.2.1. Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention

Für die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention haben wir gemeinsam mit Vereinen, Verbänden und Menschen mit Behinderung den kommunalen Aktionsplan „Auf dem Weg zur inklusiven Stadt“ entwickelt, den wir fortschreiben wollen. Bisher umfasst er 100 Maßnahmen. Die Evaluation zeigt, dass vieles davon bereits umgesetzt wird. So wird beispielsweise in den

Darmstädter Kitas inklusiv gearbeitet. Neue Schulen sind inklusionsgerecht gestaltet. Diesen Weg wollen und müssen wir fortsetzen und weitere Maßnahmen entwickeln.

Unser Ziel ist es, eine grundsätzliche gesellschaftspolitische Veränderung in den Köpfen der Menschen herbeizuführen, einen Paradigmenwechsel, der Teilhabe und Chancen für alle gewährleistet und die notwendigen Rahmenbedingungen dafür schafft.

>>> Wir wollen weiter die Selbsthilfe und Selbstorganisation von Menschen mit Behinderung stärken.

>>> Das erfolgreiche Modell „Inklusives Martinsviertel“ soll auf weitere Stadteile übertragen werden.

>>> Wir wollen weitere öffentliche Gebäude sowie Bus- und Straßenbahn-Haltestellen barrierefrei ausbauen. Auch öffentliche Sanitäreinrichtungen sollen barrierefrei umgestaltet werden.

>>> Mit dem Leseklub im Eigenbetrieb Darmstädter Werkstätten und Wohneinrichtungen wurde die Grundlage für das Verständnis für „Leichte Sprache“ gelegt. Das Angebot wollen wir ausbauen, damit alle Menschen verstehen, was in der Stadt passiert.

>>> Den Ausbau der digitalen Teilhabe für alle unterstützen wir. Dafür soll das Projekt „Digital für Alle“ weiter geführt und der Nutzen von Digitalisierung für alle Menschen vorangebracht werden.

>>> Um selbstbestimmtes Wohnen zu ermöglichen, ist Inklusion bei der Stadtentwicklung und in der Wohnungsbaupolitik auch künftig von zentraler Bedeutung. Wir wollen ausreichend inklusive Wohnmöglichkeiten und inklusive Wohnprojekte schaffen.

>>> Um Inklusion in Kitas und Schulen erfolgreich umsetzen zu können, braucht es ausreichend finanzielle Mittel. Wir setzen uns dafür ein, dass die Maßnahmen auf Landesebene mehr Unterstützung erfahren, um die Tätigkeit der Inklusionskräfte aufzuwerten und adäquat zu entlohnen.

1.3. Armut und soziale Ausgrenzung verhindern

Darmstadt ist eine wirtschaftlich prosperierende Großstadt mit einem stabilen Arbeitsmarkt – insbesondere für gut- und hochqualifizierte Beschäftigte. Gleichzeitig wohnen in Darmstadt immer mehr Menschen, die auf SGB II oder XII-Leistungen (Hartz IV oder Sozialhilfe) angewiesen sind. Ein Drittel der Leistungsberechtigten im Jobcenter ist erwerbstätig, teilweise sogar in Vollzeit. Dies zeigt, dass auch Erwerbsarbeit nicht vor Inanspruchnahme von Leistungen schützt und die Frage von Mindestlohn und Tarifvereinbarungen direkt auf die Kommune wirken.

Auch künftig wird es deshalb die entscheidende Herausforderung sein, Armut, soziale Ausgrenzung und daraus entstehende Benachteiligungen zu verhindern. Gute Bildung, gute Infrastruktur und Zugang zum Arbeitsmarkt sind zentrale Voraussetzungen.

Armut schadet uns allen: den Menschen, die um ihre Zukunftschancen und die Aussicht auf ein selbstbestimmtes Leben beraubt werden, ebenso wie dem gemeinsamen Miteinander, das

auf die Talente und Fähigkeiten aller angewiesen ist. Wir GRÜNE wollen, dass jede*r mit eigener Anstrengung und der solidarischen Unterstützung unserer Stadtgesellschaft ein gutes Leben führen kann. Sozialpolitik muss flexibel und schnell auf Anforderungen reagieren können. Sie ist kein Solitär, sondern baut auf die enge Verknüpfung von Arbeitsmarkt-, Wirtschafts-, Beschäftigungs-, Wohnungs- und Stadtentwicklungspolitik. Diese Aufgabe leistet das Sozialdezernat in sehr guter Kooperation mit der Liga der Freien Wohlfahrtspflege, den Vereinen, Verbänden und Initiativen. Die soziale Infrastruktur ist gut ausgebaut und finanziell abgesichert. Um Maßnahmen strategisch und gezielt planen und umsetzen zu können, haben wir dazu beigetragen, dass die Sozial-, Jugendhilfe- und Altenhilfeplanung und sozialpolitisch koordinierende Aufgaben in der Stadt gestärkt und personell ausgebaut wurden.

>>> Wir wollen den Sozialatlas, den Versorgungsbericht Kinderbetreuung, die Sozialplanung für die Bedarfe Älterer, die Pflegebedarfsplanung oder auch den Bildungsbericht fortschreiben und daraus Maßnahmen ableiten, die kommunal zu sozialer Gerechtigkeit und Bildungsgerechtigkeit beitragen.

1.3.1. Soziale Stadt – Sozialer Zusammenhalt

Die Erfahrungen aus den Städtebauförderprojekten „Soziale Stadt“ haben gezeigt, dass die Beteiligung der Bevölkerung der Schlüssel zum Erfolg für die Entwicklung der Quartiere ist. Gemeinwesenarbeit setzt auf emanzipatorische, stärkende Sozialarbeit in den Quartieren und damit auf Selbstbestimmung und Politisierung insbesondere von benachteiligten Bevölkerungsgruppen. Im Kern geht es darum, dass sich Menschen für ihre Bedarfe und Lebensbedingungen selbst einsetzen, sich am politischen Geschehen beteiligen und damit erkennen, dass Beteiligung wirkungsvoll sein kann. Gerade in benachteiligten Quartieren ist Gemeinwesenarbeit das zentrale Instrument gegen Armut und soziale Ausgrenzung. Es ist uns GRÜNEN gelungen, nach Beendigung des Programms „Soziale Stadt“ im Stadtteil Eberstadt-Süd die Arbeit der Stadtteilwerkstatt nachhaltig zu sichern.

Auch für Kranichstein stehen Mittel zur nachhaltigen Fortführung der Stadtteilwerkstatt zur Verfügung. > *Stadtteile* Das Pallaswiesen-/Mornewegviertel (Pa*Mo) wurde 2014 ebenfalls in das Soziale-Stadt-Programm (heute „Sozialer Zusammenhalt“) aufgenommen. Das integrierte Handlungskonzept wurde hier um die Schwerpunkte Kultur und Klimaschutz erweitert. >

Kultur Ein Verkehrs- und Mobilitätskonzept haben wir 2020 bereits angestoßen.

Das neue Quartier in der Lincoln-Siedlung hat von Anfang an ein Quartiersmanagement erhalten, um die Nachbarschaften gut begleitet auf den Weg zu bringen.

>>> Wir stützen und stabilisieren Stadtteile und Quartiere mit besonderem Entwicklungsbedarf, befördern Solidarität, stärken Gemeinschaft und soziales Miteinander und wirken Ausgrenzung entgegen. So wollen wir die Gemeinwesenarbeit in Kranichstein, Arheilgen, Eberstadt-Süd, im Pallaswiesen/Mornewegviertel (Pa*Mo), im Akazienweg und in der Lincoln-Siedlung verstetigen. Dort, wo es möglich ist, wollen wir dafür u.a. das Programm „Sozialer Zusammenhalt“ in Anspruch nehmen. > *Stadtteile*

>>> Auch andere Stadtteile und Quartiere wollen wir in den Blick nehmen und frühzeitig durch funktionierendes Quartiersmanagement Strukturen und nachbarschaftliches Miteinander stärken.

>>> Wir unterstützen in den Stadtteilen und Quartieren auch ehrenamtliche Initiativen, die nachbarschaftliches Engagement und soziales Miteinander fördern und Begegnungsräume anbieten. > *Stadtteile*

1.3.2. Teilhabecard

Mit der Einführung der Teilhabecard haben wir ein umfassendes Angebot für Menschen mit geringem Einkommen etabliert. Von der kostenlosen Nutzung Darmstädter Schwimmbäder, kostenlosem Musikunterricht an der Akademie für Tonkunst bis hin zu ermäßigtem bzw. freiem Eintritt zu kulturellen Einrichtungen bietet sie eine Fülle von sozialen, sportlichen und kulturellen Teilhabemöglichkeiten. Dieses Vorzeigemodell, in das auch das Bildungs- und Teilhabepaket für Kinder und Jugendliche einfließt, wird gut angenommen.

>>> Wir wollen dafür sorgen, dass noch mehr berechnigte Menschen die Teilhabecard nutzen.

1.3.3. Sozialticket

Zur Teilhabe gehört auch Mobilität. Deshalb wurde 2019 das Sozialticket eingeführt. Die Monatskarte wird zu einem Drittel von der Stadt bezuschusst und kann von Menschen in Anspruch genommen werden, die Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II (SGB II), dem Sozialgesetzbuch XII (SGB XII) und dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) erhalten. Der in Eigenleistung zu erbringende Restbetrag entspricht dem, was im Harz-IV-Regelsatz für Fahrtkosten vorgesehen ist.

>>> Das Sozialticket soll perspektivisch für die Zielgruppen weiter ausgebaut bzw. vergünstigt angeboten werden, die keinen Anspruch auf das hessenweite Ticket für Senior*innen oder Schüler*innen haben.

2. Mit und für Familien in Darmstadt

Familienpolitik ist ein zentraler Kern unserer Gesellschafts- und Sozialpolitik. Familienbilder ändern sich ständig. Heute ist Familienleben vielfältiger denn je. An der breiten Palette unterschiedlicher Lebensentwürfe müssen sich die Angebote für Familien in unserer Stadt orientieren. Als kinderfreundliche Stadt unterstützen wir Familien in ihrer Pluralität bei der Aufgabe, ihre Kinder bestmöglich aufwachsen zu lassen. Alle Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf kindgerechte Verhältnisse: Freiräume zum Spielen, gesunde Ernährung, gute Bildung, bestmögliche Förderung und gleiche Chancen. Um Kindern ein gutes Leben zu bieten, brauchen Eltern gute familienfreundliche Wohnverhältnisse, flexible Arbeitszeiten, ein breites Angebot an Teilzeitstellen, eine flächendeckende, qualitativ gute Kinderbetreuung – für alle Altersstufen –, hochwertige Beratungs-, Unterstützungs- und Bildungsangebote sowie eine

vielfältige Kulturlandschaft. Familienpolitik muss sich auch den wachsenden Herausforderungen des demografischen Wandels stellen. Beruf und Pflege für Mütter und Väter, das Miteinander von Jung und Alt sowie intergenerative Konzepte sollen in allen Bereichen des gemeinsamen Lebens in unserer Stadt Berücksichtigung finden.

2.1. Anlaufstellen für Familien

Die Stärkung der familienpolitischen Infrastruktur in Darmstadt ist ein dauerhaftes Thema und von besonderer Bedeutung, denn die Anforderungen an Familien wachsen und damit steigt der Unterstützungsbedarf. Bei manchen reicht das Geld nicht, bei anderen fehlt es an Zeit und besonders Alleinerziehende – in der Mehrheit Frauen – sind häufig mehrfachen Belastungen ausgesetzt. Anlaufstellen für Familien sind Mehrgenerationenhäuser, Beratungsstellen und Treffpunkte für alle Generationen und Nationalitäten. Einrichtungen wie das kommunale Familienzentrum mit der Erziehungsberatung und Familienbildungsstätte gehören ebenso dazu wie die Angebote zahlreicher freier Träger bei den „Frühen Hilfen“. Wir investieren in die Lebensqualität der Familien, in die Chancengerechtigkeit und sichern frühkindliche Bildung auf höchstem Niveau. Das spiegelt sich im Etat für Familien, Kinder und Jugendliche wider, der im Haushalt 2021 mit 192,6 Mio. Euro so hoch ist wie nie zuvor (Vergleich 2011: 71,9 Mio. Euro).

>>> Das Angebot des städtischen Familienzentrums wollen wir nachhaltig sichern und stärken.

>>> Um bereits beim Start ins Leben Schwangere und Familien bestmöglich zu unterstützen, werden die „Frühen Hilfen“ mit einfach zugänglichen, wohnortnahen und präventiven Angeboten weiter ausgebaut. Alle Eltern erhalten von Geburt des Kindes an Informationen und Rat über familienunterstützende und -begleitende Dienste sowie Anlaufstellen, an die sie sich bei Fragen und in Notsituationen wenden können.

>>> Das bewährte Projekt „Kinder schützen – Familien fördern“ wollen wir fortsetzen. Projekte wie „Brücken bauen in frühe Bildung“, die Förderung der frühkindlichen Teilhabe in Kindertagesstätten, wollen wir über die Bundesförderung hinaus etablieren.

>>> Wickeltische sollen in allen städtischen Gebäuden – auch auf den Herrentoiletten – eingerichtet werden.

2.2. Kinderschutz

Kinder haben ein Recht darauf, gesund und geborgen aufzuwachsen. Der Schutz der körperlichen, geistigen und seelischen Gesundheit eines jeden Kindes hat für uns GRÜNE absolute Priorität.

Wichtig sind Anlaufstellen, die für Kinder und Jugendliche da sind und die sie leicht erreichen können. Dafür braucht es einen Ausbau an Präventions- und Aufklärungsprojekten.

Beratungsstellen wie der Kinderschutzbund, Wildwasser oder die Schulsozialarbeit sind Angebote, die Brücken bauen können. Auch andere Träger der Jugendhilfe, wie Kinder- und

Jugendhäuser sowie Träger mit freien Angeboten, öffnen Zugänge, wenn Kinder und Jugendliche Hilfe suchen. Sie bieten eine sehr gute Basis für die Beziehungsarbeit und damit der Vertrauensbildung.

Selbstverständlich ist die Arbeit im Jugendamt so zu gestalten, dass der Schutzauftrag durch einen guten Personalschlüssel optimal gewährleistet ist.

2.3. Vereinbarkeit von Beruf und Familie – Familienpolitik als Standortfaktor

Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie hat einen hohen Stellenwert in unserer Stadt. Familienpolitik ist ein Standortfaktor. Dies machen auch die kontinuierlichen Befragungen der Bürger*innen deutlich.

Die Internet-Plattform www.familien-willkommen.de mit ihrem stets aktuellen Überblick zu den familienpolitischen Angeboten in Darmstadt ist im Frauenbüro angesiedelt. Sie ist bei der Bevölkerung und bei Darmstädter Unternehmen etabliert und beliebt.

Wir setzen uns weiterhin dafür ein, dass die Quote, wie sie in unserer GRÜNEN Partei seit vielen Jahren Standard ist, auch bei der Besetzung von Positionen in Aufsichtsräten und Vorstände gewährleistet wird. In den Unternehmen der Stadtwirtschaft kommen wir diesem Ziel näher. Hier wollen wir noch mehr Positionen mit Frauen und divers besetzen. Quote heißt für uns eine paritätische Besetzung, – nicht eine von zehn Personen! Um die paritätische Verteilung von Familien- und Erwerbsarbeit zu erreichen, wollen wir die familienpolitische Infrastruktur weiter ausbauen, insbesondere die Kinderbetreuung. > *Frauenpolitik*

>>> Familienfreundliche Arbeitsbedingungen bedeuten auch, die Belange von Familien bei der Einberufung von Sitzungen und Arbeitsgruppen zu berücksichtigen – dazu schlagen wir familiengerechte Zeitfenster vor. Wir werben auch im Hinblick auf politische Sitzungen für diese Zeitfenster, damit sich Beruf und Familie mit der Übernahme eines politischen Mandats vereinbaren lassen.

2.3.1. Ausbau der Kinderbetreuung

Für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie und eine optimale Förderung der Kinder ist eine qualitativ gute Kinderbetreuung absolut wichtig, das hat die Corona-Krise einmal mehr deutlich gemacht.

Wir GRÜNE nehmen die Anliegen der Darmstädter Eltern ernst und handeln schon seit zehn Jahren im Bereich der Kinderbetreuung im Sinne der Eltern und Kinder. Dabei sind Qualität und Quantität unsere Leitlinien.

Mit dem 5-Mio.-Euro-Sofortprogramm für den Ausbau der U3- und Ü3-Betreuung hat unsere Koalition 2011 auf die enormen Defizite reagiert und wichtige Akzente gesetzt. Seither konnten über 1.000 Kita-Plätze geschaffen werden. Die Betreuungsinfrastruktur wurde in Kooperation mit den freien Trägern, aber auch in städtischer Trägerschaft entwickelt. Mit mehreren Neubauten wurden und werden aktuell beispielsweise in Eberstadt, Wixhausen, Arheilgen, Kranichstein und in Darmstadt-Mitte baulich, inhaltlich und konzeptionell

hervorragende Angebote erstellt. Dieser enorme Ausbau fand bundesweit Beachtung. Die aktuellen Versorgungsquoten liegen trotz Bevölkerungsanstieg im U3-Bereich bei 42 %, im Kindergarten-Segment bei 102,6 % (Stand 2017/18). Der Rechtsanspruch auf einen Kinderbetreuungsplatz ist in jedem Fall gewährleistet.

Das Wachstum der Darmstädter Bevölkerung wird sich fortsetzen. Folglich bedarf es auch weiterhin eines engagierten Ausbaus der Kapazitäten in der Kinderbetreuung. Für die kommenden Jahre ist die Umsetzung von über 330 U3- und über 830 Ü3-Plätzen vorgesehen. Die Ausbaustandorte liegen sowohl in den Konversionsflächen als auch in bestehenden, bisher unterversorgten Quartieren. Die finanziellen Aufwendungen für Kinderbetreuung sind auf über 100 Mio. Euro jährlich gestiegen (Vergleich 2011: 38,7 Mio. Euro).

Als gute und anerkannte Betreuungsmöglichkeit mit einem Anteil von ca. 30 % im U3-Bereich gehört die Tagespflege ebenfalls in das Ausbauprogramm. Durch die Änderung der Tageseltern-Satzung wurden die Angebote der Tagespflege an die Rahmenbedingungen in städtischen Kitas angepasst. Damit sind sie für Eltern nochmals attraktiver geworden. Mit dem Qualifizierungsprogramm für Tagespflegepersonen werden die Qualitätsstandards kontinuierlich erweitert. Die Neufassung der Kindertagespflege folgt dem Leitbild der individuellen, vielseitigen Betreuung und setzt die Kindertagespflege gleichrangig mit den anderen Betreuungsangeboten.

>>> Wir werden den bedarfsgerechten Ausbau der Kinderbetreuung weiterhin über den Versorgungsbericht „Kinderbetreuung“ im Blick behalten und bei weiterem Anstieg der Bevölkerung dafür sorgen, dass die Anzahl der Betreuungsplätze entsprechend zeitnah durch neue Projekte angepasst wird.

>>> Wir GRÜNE fördern flexible Kita-Öffnungszeiten, die den Schicht- und Arbeitszeiten der Eltern angepasst sind – bei gleichzeitiger Festlegung einer maximalen Aufenthaltszeit pro Kind.

2.3.2. Qualitätsoffensive Kinderbetreuung

Laut dem „Länderreport Frühkindliche Bildungssysteme 2017“ der Bertelsmann-Stiftung liegt Darmstadt bei der Kita-Qualität in Hessen an der Spitze. Mit einem Verhältnis von 1 Fachkraft zu 3,1 Kindern in den Krippen und 1 zu 7,6 in den Kindergärten hat die Stadt hessenweit den besten Betreuungsschlüssel. Die Qualitätsstandards in diesem Bereich gehen weit über die Regelungen des Kindergartenförderungsgesetzes hinaus. Bei der Förderung der Kinder liegt der Fokus auf den Bereichen Partizipation, Sprache, Bewegung und gesunde Ernährung.

>>> Die gute Arbeit der pädagogischen Fachkräfte muss finanziell entsprechend gewürdigt werden. Wir setzen uns dafür ein, dass künftig die Entgeltgruppe 8b bezahlt wird.

>>> Jede Kita soll in die Lage versetzt werden, ein eigenständiges pädagogisches Profil zu entwickeln.

>>> Wir setzen uns dafür ein, dass in möglichst vielen Kitas täglich frisch gekocht wird.

Ernährung ist ein wichtiger Bestandteil des Bildungsauftrags und stellt sicher, dass alle Kita-Kinder eine gesunde Mahlzeit pro Tag erhalten. > Umwelt- und Naturschutz > Bildung

Zudem wurden durch die Qualitätsoffensive Fachberatungsstellen geschaffen, Fortbildungsmittel erhöht, Weichen für die Nachwuchsförderung gestellt und vieles mehr. Auch darüber hinaus wurden weitergehende Standards gesetzt. Mit der Aufstockung der Betriebskostenzuschüsse auf eine 100%-Förderung für alle Träger, die nach den Darmstädter Qualitätsstandards arbeiten – also auch für die kleinen freien Träger, die zuvor mit 75 % der Förderung auskommen mussten – wurde die Kinderbetreuung auf breiter Basis abgesichert.

>>> So wie schulische Bildung beitragsfrei ist, muss auch die vorschulische Kinderbetreuung beitragsfrei gestaltet sein. Wir GRÜNE verstehen dies als gesellschaftlichen Auftrag, der sich aus den Kinderrechten ableitet. Für die Umsetzung dieser Idee suchen wir auf Landesebene Bündnispartner*innen.

>>> Wir unterstützen die bereits bestehende enge Zusammenarbeit verschiedener Kitas mit dem Familienzentrum im Rahmen des Projektes Kita-FAZ, um einen niederschweligen und gebündelten Zugang zu Unterstützungsleistungen zu ermöglichen. Wir werben dafür, dass noch mehr Kitas diesen Weg einschlagen und den Zuschuss des Landes dafür nutzen.

2.3.3. Sprache ist der Schlüssel zur Welt

Im Hinblick auf die Internationalität Darmstadts halten wir es für wichtig, auch künftig den Fokus auf frühe Sprachförderung zu legen, denn Sprache ist der Schlüssel zur Welt. Wir unterstützen daher die Bewerbungsinitiativen für Sprachförderprojekte und setzen uns für eine Co-Finanzierung ein.

>>> Jede Darmstädter Kita soll eine Sprach-Kita werden.

>>> Die Zusammenarbeit mit universitären Einrichtungen wollen wir fördern und weiterentwickeln.

>>> Die Sprachkompetenzerfassung soll ausgebaut und in jeder Kita institutionalisiert werden.

Der Besuch einer Kita wirkt sich in vielerlei Hinsicht positiv auf die Start- und Bildungschancen von Kindern aus, insbesondere was die Sprachkompetenzen anbelangt. Obwohl alle Kinder ab dem vollendeten ersten Lebensjahr einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz haben, besuchen gerade Kinder aus benachteiligten Familien oft keine Kindertagesstätte oder Kindertagespflege. Der Bildungsbericht zeigt, dass bestimmte Lebenslagen mit besonderen Zugangshürden einhergehen, die die Teilhabe an früher Bildung behindern.

>>> Mithilfe des Bundesprogramms „Kita-Einstieg: Brücken bauen in frühe Bildung“ wollen wir den Zugang zu Kitas für Kinder aus benachteiligten Familien fördern.

2.3.4. Schulkindbetreuung

Auch nach der Kita-Zeit benötigen Eltern für ihre Kinder ein verlässliches Bildungs- und Betreuungsangebot. Daher setzen wir uns für den qualitativen Ausbau von Ganztagsbetreuung mit verlässlichen Rahmenbedingungen und Strukturen ein. Die Zahl junger Familien in Darmstadt steigt konstant, deshalb muss die Grundschulkindbetreuung weiter ausgebaut werden. In den vergangenen Jahren wurde bereits die Betreuung am Ort der Schule enorm ausgeweitet. Die Verzahnung mit Ganztagsschulprogrammen und dem „Pakt für den Nachmittag“ unterstützen wir ausdrücklich. Die Kooperation von Jugendhilfe und Schule wird in diesem Zusammenhang gestärkt. Die Einbindung von Vereinen in den Ganztags an der Schule ist bereits im Gange. Auch in diesem Bereich steht die Qualität der Betreuung im Mittelpunkt. > *Bildung*

>>> Vorrangiges Ziel ist für uns GRÜNE die zügige Entwicklung und der Ausbau von inklusiven, rhythmisierten, gebundenen Ganztagschulen, in denen alle Kinder gemeinsam lernen und spielen. Für uns GRÜNE geht es dabei immer auch um Bildungsgerechtigkeit. Jedes Kind soll, unabhängig von seiner Herkunft, eine faire Chance haben. Außerfamiliäre Unterstützung spielt dabei eine entscheidende Rolle.

Auch bei der längeren Ferienbetreuung für Schulkinder gibt es Erfolge. Seit 2019 werden sechs Ferienwochen mehr als bisher mit Betreuung abgedeckt. Für berufstätige Eltern und Erziehungsberechtigte bedeutet das einen besseren Einklang von betrieblicher Urlaubszeit und Schulferien.

>>> Die Kooperation schulischer Angebote mit der kommunalen Kinder- und Jugendarbeit wollen wir intensivieren. So wollen wir beispielsweise die Initiative „Darmstädter Aktive Ferien“ sozialraumorientiert ausbauen und mit den Ferienprogrammen der Betreuenden Grundschulen verbinden.

>>> Im Programm der Ferienspiele sollen inklusive Angebote noch stärker ausgebaut und weiterhin gesondert ausgewiesen werden.

3. Die kinder- und jugendgerechte Stadt

Die Anforderungen an die Kinder- und Jugendarbeit haben sich im Laufe der letzten Jahre rasant verändert. Jedes fünfte Kind in Darmstadt lebt heute in einer Familie mit Leistungstransfer und ist damit von Armut betroffen. Wichtigste Anforderung ist es, eine frühe soziale Ausgrenzung von Kindern und Jugendlichen zu verhindern. Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II oder XII für Kinder und Jugendliche müssen bedarfsgerecht angepasst werden. Richtung Bundesregierung werben wir dafür, dass die Kindergrundsicherung bedarfsgerecht angepasst wird.

Um Chancen- und Teilhabegerechtigkeit für alle Kinder und Jugendliche zu gewährleisten, setzen wir GRÜNE uns für Bildungsgerechtigkeit ein. Wir wollen alle Übergänge im

Bildungsverlauf – Familie/Kita, Kita/Grundschule, Grundschule/weiterführende Schule – so begleiten, dass alle Kinder die beste Förderung und die besten Voraussetzungen erhalten. Dafür wurden Maßnahmen im Rahmen des Bildungsberichts aufgelegt, die kontinuierlich evaluiert werden. > *Bildung*

>>> Beim Übergang von der Schule in die Ausbildung haben Bildungsbenachteiligungen negative Auswirkungen. Um dem zu begegnen, soll ein effektives und niedrigschwelliges Angebot der Jugendberufshilfe Unterstützung leisten. Jugendliche sind mit ihren Stärken und Kompetenzen wahrzunehmen. Die Jugendberufsagentur bündelt die Angebote und berät individuell und zielgerichtet. Die Kooperation mit Schulen, freien Trägern und der Wirtschaft soll verstärkt werden, sodass Jugendliche mit geringer Ausbildungsreife dennoch Chancen auf eine Ausbildung erhalten.

>>> Die Angebote der sozialraumorientierten Schulsozialarbeit stützen Schüler*innen pädagogisch aber auch hinsichtlich der bildungsbiografischen Entwicklung. Die Schulsozialarbeit wollen wir weiter bedarfsgerecht ausbauen.

3.1. Kinder- und Jugendarbeit

Kinder und Jugendliche zu fördern und ihre Kompetenzen zu entwickeln, ist auch Aufgabe der außerschulischen Bildungsarbeit. Hierfür haben wir die Kinder- und Jugendarbeit in Darmstadt neu strukturiert. Das aktuelle Rahmenkonzept entspricht den Anforderungen an eine moderne, an den Interessen und Lebenslagen der Heranwachsenden orientierten Kinder- und Jugendarbeit. Kinder und Jugendliche leben in digitalen Welten, ihr Alltag und ihr Freizeitverhalten haben sich verändert. Diese Entwicklung schlägt sich insbesondere in der offenen Kinder- und Jugendarbeit nieder. Von daher müssen hier Angebote angepasst werden. Auf Antrag von uns GRÜNEN wurde das Mediendiplom eingeführt. Es bietet sowohl Informationen für Eltern, Lehr- und Fachkräfte, vor allem aber Medienkompetenzseminare für Kinder und Jugendliche. Diese Angebote werden jetzt im Haus der digitalen Medienbildung im Rahmen der Digitalstadt verstetigt.

>>> Neben dem Ausbau der digitalen Infrastruktur ist für uns Medienkompetenz von zentraler Bedeutung. Die Angebote wollen wir kontinuierlich an die Bedarfe anpassen und ausbauen. >

Bildung > Digitales

>>> Wir unterstützen niedrigschwellige, kostenfreie Zugänge zu Sport und Bewegung in den Stadtteilen. > *Sport*

Wir wollen Kinder und Jugendliche zur Teilhabe befähigen und ihnen diesbezüglich Unterstützung, Stärkung und Selbstbestimmung sowie Räume für Entwicklung bieten. Dafür hält die Stadt zahlreiche Kinder- und Jugendhäuser als Anlauforte bereit und schafft neue Einrichtungen. 2019 wurden erstmalig Qualitätsstandards definiert, die für alle Träger bindend sind. Neue Quartiere wurden mit einbezogen und Lücken in der bisherigen Angebotsstruktur geschlossen. Neu ist auch die Unterscheidung zwischen sozialraumorientierten und stadtweiten Angeboten. Jugendhäuser wie das neu eröffnete

„Ju*Ma“ im Martinsviertel bilden das Kernstück der offenen Kinder- und Jugendarbeit in den Stadtteilen. Hinzu kommen Projekte von Organisationen mit spezifischer Fachexpertise. So wurde beispielsweise die Trägerschaft der Baashalle an den Verein Netzwerk ROPE übergeben. Er arbeitet in ganz Darmstadt mit Kindern und Jugendlichen im Bereich Sport, Bewegung und Gesundheit.

>>> Wir GRÜNE setzen uns für Kooperationsprojekte der offenen Kinder- und Jugendarbeit in den Quartieren ein. Thematische Schwerpunkte dabei sind Medien, Vielfalt, Ernährung, Bewegung, Gesundheit, Kultur und Kreativität.

>>> Damit Jugendliche angemessen betreut werden können, müssen auch ihre Betreuer*innen digitale Kompetenzen besitzen. Die Ausbildung im Umgang mit Digitalisierung für Mitarbeiter*innen in der Jugendarbeit wollen wir fördern.

>>> Wir wollen im ganzen Stadtgebiet Orte zur Verfügung stellen, die kosten- und barrierefrei als Treffpunkte genutzt werden können, z.B Oetinger Villa, Parkourpark in Bessungen. Dazu gehört auch der bedarfsgerechte Ausbau der Kinder- und Jugendzentren.

>>> Wir wollen adäquate Programme entwickeln, damit sich Jugendliche, sozialpädagogische Fachkräfte und Ansprechpersonen unter Einhaltung der datenschutzrechtlichen Vorgaben digital vernetzen und austauschen können.

3.2. Sucht- und Drogenhilfe

Zur Stärkung von Kindern und Jugendlichen gehören präventive Angebote auch im Rahmen der kommunalen Sucht- und Drogenhilfe. > *Gesundheit*

>>> Wir setzen uns dafür ein, dass der freie Träger Netzwerk ROPE e.V. im Rahmen seiner Programme in der offenen Kinder- und Jugendarbeit auch die Suchtprävention in Form direkter Angebote und der Schulung von Fachkräften übernimmt. Dies soll durch Landesmittel unterstützt werden.

3.3. Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen

Eine kinder- und jugendgerechte Stadtentwicklung bezieht Kinder und Jugendliche aktiv ein und berücksichtigt bei allen Entwicklungsprojekten ihre Bedürfnisse. Denn egal, ob Schule, Freizeit oder Wohnviertel: Kinder und Jugendliche wissen, was sie brauchen und haben ein Recht darauf mitzureden.

Wir GRÜNE setzen uns flächendeckend für echte Mitwirkungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche ein. Mit dem Jugendforum und dem Jugendkongress haben sich wichtige Beteiligungsgremien etabliert, zum Beispiel bei der Entwicklung neuer Spielflächen und Spielplätze. Wir nehmen Kinder und Jugendliche mit ihren Anliegen ernst und wollen sie dazu ermutigen, eine eigene Identität zu entwickeln. Ziel unserer Kinder- und Jugendpolitik ist es, gute Voraussetzungen dafür zu schaffen. Für uns gilt: Alle Jugendlichen gehören dazu, ganz gleich welcher Herkunft oder sexuellen Identität, ob mit oder ohne Behinderung. Damit alle die gleichen Chancen haben, sollen sie gezielt gefördert und geschützt werden, wo Familien

dies nicht leisten können. Wir stehen für eine emanzipatorische Jugendpolitik. Das bedeutet ein Mehr an sozialer Gerechtigkeit, Selbstverantwortlichkeit und Eigenständigkeit für Jugendliche.

Wir GRÜNE sind grundsätzlich der Überzeugung, dass zur Verbesserung der Mitbestimmungsrechte von Jugendlichen das aktive und passive Wahlalter auf kommunaler Ebene auf 16 Jahren abzusenken ist. Darüber ist auf Landesebene zu entscheiden.

Um Jugendliche in die Stadtpolitik einzubeziehen, wollen wir ein mit ihnen abgestimmtes Beteiligungsformat etablieren. Darüber könnten sie zum Beispiel Antrags- und Rederecht in den Ausschüssen der Stadt und einen beratenden Sitz in kommunalen Fachausschüssen und Beiräten bekommen.

Die Einflussmöglichkeiten des Stadtschüler*innenrats Darmstadt wollen wir ausbauen. Er soll einen beratenden Sitz im Schulausschuss und erweiterte finanzielle Mittel erhalten. Um die Vertretungsstruktur zu stärken, muss eine Geschäftsführung eingeführt werden.

>>> Kinderrechte sollen ein fester Bestandteil im öffentlichen Leben werden. Die Kommune soll sich als „kinderfreundliche Kommune“ zertifizieren. Kinder können eine/n Kinderbürgermeister*in wählen.

>>> Wir wollen Debatten über ein gutes Miteinander im öffentlichen Raum anstoßen und diskriminierungsfrei durchführen. Dabei wollen wir die Bedarfe von Jugendlichen im Rahmen einer Studie besonders in den Blick nehmen.

>>> Um Kinder zu beteiligen, wollen wir die Partizipation in den Kitas fördern.

>>> Auch Partizipationsmöglichkeiten in der Jugendarbeit wollen wir stärken und ausbauen. Die Konzepte sollen mit den Jugendlichen gemeinsam erarbeitet werden. Dabei spielt das Jugendforum eine zentrale Rolle. Das wollen wir stärken.

>>> Bürgerbeteiligung wollen wir so gestalten, dass auch junge Menschen sich angesprochen fühlen. Dafür wollen wir die Leitlinien für eine gute Bürgerbeteiligung unter Beteiligung der Jugendlichen fortschreiben.

3.4. Politische und kulturelle Bildung für Kinder und Jugendliche

Um das politische Bewusstsein zu stärken, soll das Angebot an altersgerechter, politischer Bildung erweitert werden. Wir setzen uns für außerschulische Bildungsprojekte ein, um Jugendliche zu fördern und sie bei der Entwicklung von Kompetenzen zu unterstützen. Zudem wollen wir in kulturellen Einrichtungen gezielte Angebote für Jugendliche schaffen und vorhandene weiter ausbauen (z.B. besondere Aufführungen im Staatstheater und in der Freien Szene). Es gilt, studentische Kooperationen mit kulturellen Einrichtungen zu fördern. > *Kultur*

3.4.1. Subkultur und Freiräume für Entfaltung

Wir GRÜNE erkennen und akzeptieren temporäre Jugendbewegungen und sehen neue Interpretationen von vorherrschender Kultur als Bereicherung für unsere Gesellschaft an. So leistet beispielsweise die Oetinger Villa für Darmstadt seit mehr als zwanzig Jahren wichtige

Jugend- und Kulturarbeit. Uns GRÜNEN ist es wichtig, dass diese eigenständige Subkultur Teil der Darmstädter Kulturlandschaft bleibt und auch weiterhin einen Kontrapunkt zu den etablierten Kultureinrichtungen der Stadt bietet. Auch in der offenen Kinder- und Jugendarbeit wird mit dem stadtweiten Angebot ein besonderer Akzent gesetzt. > *Kultur*
>>> Wir nehmen die Jugendlichen in ihren kulturellen Ausdrucksformen ernst. Dafür sollen z.B. weiterhin legale Wände für Graffiti bereitgestellt werden. Auch wollen wir die Infrastruktur für Jugendszenen weiter ausbauen, z.B. mit Angeboten wie BMX-Parcours.
>>> Wir wollen ein Kinder-Mit-Mach-Festival Kultur für und mit Kindern veranstalten.
>>> Wir wollen die Idee eines Kindermuseums prüfen. Exponate von und für Kinder sollen die künstlerische Vielfalt junger Menschen zeigen und fördern.

3.5. Vergünstigte ÖPNV-Tickets während des Gap-Years

Für zahlreiche Bevölkerungsgruppen gibt es bereits vergünstigte ÖPNV-Tarife. > *Stadtentwicklung und Mobilität* Anders als Schüler*innen, Studierende und Auszubildende werden junge Menschen in sogenannten Gap-Years, also der Auszeit zwischen zwei Lebensabschnitten, zum Beispiel die Zeit nach dem Abitur oder dem abgeschlossenen Studium, dabei nicht berücksichtigt. Dabei ist es für diese Gruppe ebenso wichtig, sich günstig fortbewegen zu können, um in der Phase der Interessenfindung beispielsweise zu Arbeitsmessen, Praktika, Vorträgen, Aktionen, Demonstrationen oder sonstigen Fortbildungsmöglichkeiten zu gelangen. Dies darf keine Frage des Geldes sein.
>>> Wir setzen uns dafür ein, dass junge Menschen in sogenannten Gap-Years Anspruch auf vergünstigte ÖPNV-Tickets erhalten.

4. Queeres Darmstadt

Lieb doch, wen du willst! Wir GRÜNE machen uns stark für ein vielfältiges, buntes und tolerantes Darmstadt und setzen uns für die Rechte und Akzeptanz von lesbischen, schwulen, bi, trans*, inter* und queeren Menschen (LSBT*IQ) ein. Wir sind am Ziel, wenn queeres Leben in Darmstadt selbstverständlich ist und sich LSBT*IQ nicht mehr vor Diskriminierung und Benachteiligung fürchten müssen. > *Queeres Darmstadt*

5. Bürgerschaftliches Engagement

Um unsere Demokratie lebendig zu halten, ist es uns GRÜNEN wichtig, dass die Menschen sich engagieren. Wir sind überzeugt, dass eine starke Zivilgesellschaft das Rückgrat unserer Demokratie ist. Engagement kann von klein an gelebt werden – unabhängig von Herkunft oder sozialem Status. Engagement ist vielfältig und bunt: Es reicht von der Feuerwehr bis zur Geflüchteten- und Nachbarschaftshilfe, vom Chor über den Sportverein bis zum Engagement im religiösen Kontext. Es erstreckt sich vom Einsatz für Umwelt oder Menschenrechte bis hin

zum Kampf für globale Gerechtigkeit. Verpflichtende soziale Dienste lehnen wir ab. Stattdessen setzen wir auf den ureigenen Wunsch von Menschen, mitzugestalten. Nur wer sich freiwillig engagiert, ist wirklich mit Leidenschaft bei der Sache. Auch die Tendenz, Engagement zu entlohnen, führt in die falsche Richtung. Sie schafft neue Abhängigkeiten und verändert die ursprüngliche Motivation.

Zivilgesellschaftliches Engagement ist freiwillig und selbstbestimmt organisiert. Darin liegt seine Stärke, dadurch entfaltet es auch ein kritisches Potenzial: Es spürt Lücken im staatlichen und behördlichen Handeln auf. Es zeigt, was zu tun ist und wie es gehen kann. Engagement ist dabei aber kein Ersatz für Aufgaben, die die öffentliche Hand übernehmen muss.

>>> Wir fördern das Ehrenamt, erkennen es an und stärken seine Attraktivität.

>>> Wir wollen die Ehrungen der Stadt für ehrenamtlich engagierte Menschen weiter aufrechterhalten.

>>> Wir wirken – gerade bei Arbeitgeber*innen – auf eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und ehrenamtlichem Engagement hin.

>>> Gerade für junge Menschen wollen wir Anreize schaffen, sich ehrenamtlich zu engagieren. Die Jugendleiter*innen-Ausbildung ist eine wichtige Voraussetzung z. B. für die Ferienspiele. Wir wollen die Rabattangebote der Karte für Jugendleiter*innen (JuLeiCa) weiter ausbauen.

>>> Wir wollen die Ehrenamtskarte für Vergünstigungen im kulturellen Bereich weiter ausbauen. Denn wir erkennen das Engagement an und honorieren es mit günstigeren Eintrittspreisen.

>>> Projekte, die mit Ehrenamtlichen gestaltet werden, brauchen hauptamtliche Begleitung. Wir setzen uns dafür ein, dass weiterhin die entsprechenden Ressourcen wie aktuell in der Freiwilligenagentur zur Verfügung gestellt werden.

6. Selbstbestimmt älter werden

Darmstadt wächst – Wachstum und Demografie vergrößern erfreulicherweise die Anzahl der älteren Bürger*innen. Die Lebensentwürfe und Lebenssituationen der älteren Menschen sind sehr unterschiedlich und benötigen eine differenzierte Betrachtung.

Grundsatz unserer politischen Arbeit ist es, ältere Menschen als Expert*innen in eigener Sache in die Entwicklung und Gestaltung der Senior*innen-Politik einzubeziehen. Es ist uns gelungen, in einem ausführlichen Beteiligungsprozess und in Dialog-Runden eine Interessenvertretung für ältere Menschen in Darmstadt zu etablieren. Unterstützt wird die Interessenvertretung, die einem Beirat nach §8c der Hessischen Gemeindeordnung gleichkommt, durch die Verwaltung und das Sozialdezernat. Durch das Delegationsprinzip wird sichergestellt, dass auch die Interessen benachteiligter Personengruppen einfließen und wahrgenommen werden. Die GRÜNEN Alten haben einen gewählten Sitz in der Interessenvertretung und gestalten die Arbeit aktiv mit.

6.1. Schlüsselprojekt: Vorsicht – Rücksicht – Nachsicht

Viele ältere Menschen nehmen aktiv am gesellschaftlichen Leben teil und bringen sich ein. Dennoch gibt es Senior*innen deren Mobilität und Aktivität nachlässt. Das kann zu Isolation und zum Ausschluss von Teilhabe bis hin zu Depressionen im Alter führen. Durch die zunehmende Schnelllebigkeit empfinden einige Ältere das Leben unüberschaubar, hektisch und bisweilen rücksichtslos. Dem wollen wir mit einer Kampagne entgegenwirken. Unter dem Motto „Vorsicht – Rücksicht – Nachsicht“ soll ein Dialog zwischen den Generationen angestoßen werden. Die Bewegung muss alle Altersgruppen umfassen und auf materieller, sozialer und emotionaler Ebene angelegt sein. In die Entscheidungen GRÜNER Politik in Darmstadt wollen wir die Bedürfnisse der älteren Bevölkerung noch stärker als bisher einfließen lassen.

6.2. Wohnen im Alter

Der Gedanke, in Darmstadt vermehrt Quartiere in den Stadtvierteln zu schaffen, in denen ältere Menschen sich bewegen und entwickeln können, spielt eine zentrale und nachhaltige Rolle für die Sozialpolitik und die Stadtentwicklung. Altersgerechtes, generationenübergreifendes Wohnen wird in den nächsten Jahrzehnten eine immer größere Nachfrage erfahren. Dies wird auch für die Wohnungsbaugesellschaften eine wichtige Aufgabe sein, insbesondere die Frage, wie eine barrierefreie/barrierearme Wohnraumanpassung mit kreativen Konzepten und Finanzierungsmodellen gelingen kann. In die städtebauliche Entwicklung müssen auch künftig, ähnlich wie in der Lincoln-Siedlung, generationenübergreifende Anforderungen an gemeinschaftliches Wohnen und Leben einfließen. > *Stadtentwicklung und Mobilität*

Wir wollen altersgerechtes Wohnen im Quartier unterstützen. Dazu gehören Beratungsangebote, Treffpunkte und Begegnungscafés nach dem Motto „so lange wie möglich, so selbständig wie möglich in den eigenen vier Wänden“. In einigen Stadtteilen, wie z.B. in Eberstadt, Wixhausen, Arheilgen, Kranichstein, der Waldkolonie und in der Postsiedlung gibt es bereits einige solcher Projekte. Erfolgreich sind diese Initiativen insbesondere dann, wenn sie von unten gewachsen sind.

>>> Wir GRÜNE werden verstärkt auf Wohnprojekte und Initiativen zugehen, die Mehrgenerationenprojekte und andere altersgerechte Wohnmöglichkeiten schon umgesetzt haben oder gegenwärtig aufbauen. Diese wollen wir unterstützen.

>>> Die Stadtentwicklung wollen wir altersgerecht ausrichten.

6.3. Mobilität im Alter

Ein faires und rücksichtsvolles Miteinander ist insbesondere im Straßenverkehr, auf Wegen und öffentlichen Plätzen wichtig. Dabei gilt es, schwächere Verkehrsteilnehmer*innen wie Ältere oder mobilitätseingeschränkte Menschen besonders zu berücksichtigen und zu schützen. > *Stadtentwicklung und Mobilität*

Die Fußgängerzone wurde ursprünglich für Fußgänger*innen geschaffen. Der zunehmende Liefer- und Radverkehr konkurriert mit dem Ziel nach Aufenthaltsqualität und Sicherheit. Gerade weil der Platz in unserer wachsenden Stadt knapper wird, werden Rücksicht und regelkonformes Verhalten wichtiger.

>>> Wir setzen uns für Informationskampagnen für ein freundliches und respektvolles Miteinander im Straßenverkehr ein, das auch über Neuerungen der Straßenverkehrsordnung informiert.

>>> Wir setzen uns für barrierefreie Fußwege mit möglichst ebenem Belag ein.

>>> Wir wollen die Mobilität der Senior*innen noch weiter unterstützen. Alternative Transportmöglichkeiten wie On-demand- oder Shuttleservices sollen in die Teilhabecard integriert werden.

>>> Wir fördern Mobilitätsangebote für ältere Menschen, die nicht eigenständig den ÖPNV nutzen können. Den von uns GRÜNEN initiierten kostenlosen mobilen Begleitservice von Haustür zu Haustür wollen wir verstetigen.

6.4. Altenhilfe

Die Bandbreite unserer GRÜNEN Sozialpolitik für Senior*innen reicht von aktiver Teilhabe älterer Menschen an den Entwicklungen und Entscheidungen der Altenhilfe bis zur existenzsichernden Unterstützung durch Transferleistungen oder auch die Verhinderung von sozialer Isolation im Alter.

Insbesondere letzterer Aspekt ist durch die Corona-Pandemie verstärkt worden. Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass die Rücksichtnahme auf die besonderen Risikofaktoren für Ältere nicht zu weiterer Isolation und Vereinsamung führen. Wir machen uns dafür stark, dass die Menschen in den Alten- und Pflegeheimen – Bewohner*innen und Mitarbeiter*innen – geschützt und unterstützt werden.

>>> Wir setzen uns für eine bessere Bezahlung von Menschen in sozialen und pflegenden Berufen ein.

Um die Leitlinie der Darmstädter Altenhilfeplanung, „so lange wie möglich – so selbstständig wie möglich“, zu realisieren, brauchen wir unterschiedliche Ansätze in der stationären und ambulanten pflegerischen Versorgung. Der erstellte Altenhilfe- und Pflegebedarfsplan analysiert detailliert die Anforderungen an eine passgenaue Bedarfsplanung. Durch die hervorragende Kooperation innerhalb der Fachkonferenz „Altenhilfe“, die als Zusammenschluss von allen an der Altenhilfe beteiligten Institutionen regelmäßig tagt, können altenhilfepolitische Themen zeitnah und zielgerichtet aufgegriffen und bearbeitet werden.

>>> Wir wollen die stadtteilbezogene Versorgungssicherheit im Alter und bei Pflege weiterhin unterstützen und auf alle Quartiere ausweiten.

>>> Wir unterstützen die Wahlfreiheit von älteren Menschen hinsichtlich der Frage, ob sie in stationären Einrichtungen oder ambulant pflegerisch betreut werden möchten. Deshalb

brauchen wir eine umfassende Infrastruktur.

>>> Wir unterstützen den Ausbau von Tagespflegeangeboten für pflegebedürftige und demenziell erkrankte Menschen.

>>> Wir setzen uns für ein ineinandergreifendes Schnittstellenmanagement mit Unterstützungssystemen und begleitenden Beratungsangeboten ein, welches die Übergänge von beispielsweise stationärer zu ambulanter Pflege und umgekehrt oder Entlassungsmanagement bei Alleinstehenden im Krankenhaus gestaltet.

Immer mehr ältere Menschen in Darmstadt können ihren Lebensunterhalt nicht von der eigenen Rente bestreiten und beziehen Grundsicherung (oder andere Leistungen nach den Sozialgesetzbüchern wie „Hilfe zur Pflege“, „Hilfe zur Gesundheit“ usw.). Da diese Leistungen am Existenzminimum orientiert sind, ist es notwendig, flankierende Unterstützung zur Teilhabe zu gewährleisten. Mit der Umwandlung der Seniorencard in die Teilhabecard sind die sozialen und kulturellen Angebote für einkommensschwache Senior*innen stark ausgebaut worden. Das hessenweit geltende Senior*innen-Ticket ist eine gute Initiative der Landesregierung zur Stärkung der Mobilität von Älteren zu einem sehr günstigen Preis (1 Euro pro Tag).

6.5. Pflegebedarfsplanung

Mit der Einrichtung des Pflegestützpunktes und des Fachdienstes „Pflege“ in der Verwaltung hat Darmstadt bereits einen wichtigen Schritt zu einer bedarfsgerechten Beratung rund um das Thema „Pflege“ getan. Der Pflegestützpunkt ist als Fach- und Beratungsstelle höchst anerkannt.

>>> Wir wollen die Angebote des Pflegestützpunktes vermehrt in die Stadtteile tragen und quartiersbezogene Angebote ausbauen. Wir werden uns bei den Pflegekassen für eine Unterstützung des Ausbaus einsetzen.

>>> Der vom GRÜN geführten Magistrat aufgestellte Pflegebedarfsplan von 2018 bis 2025 für die Bedarfe Älterer wird umgesetzt und soll bedarfsgerecht weiterentwickelt und fortgeführt werden.

Politik für und mit Senior*innen muss auch die Belange von Migrant*innen aufgreifen.

>>> Gemeinsam mit MigrantInnenselbstorganisationen und Facheinrichtungen werden wir an der interkulturellen Öffnung der Altenhilfe weiter arbeiten und dabei Begegnung, Kommunikation und Miteinander fördern, wobei insbesondere eine kultursensible Altenpflege zu entwickeln ist.

7. Bezahlbares Wohnen

Um den Wohnungsbau – insbesondere für niedrige und mittlere Einkommensgruppen – weiter voranzutreiben und politisch zu steuern, hat der GRÜN geführte Magistrat 2019 alle

Maßnahmen in einem „Wohnungspolitischen Konzept“ gebündelt. Jedes geeignete Instrument von der Sozialquote (siehe unten), über die einkommensabhängige Mietendeckelung bis zur sozialgerechten Bodennutzung wurde angeschaut und bewertet, sodass sie seither noch wirkungsvoller zum Einsatz gebracht werden können.

Insbesondere mit dem von uns GRÜNEN initiierten Quotenbeschluss für am Wohnungsmarkt benachteiligte Menschen haben wir sichergestellt, dass bei der Vergabe städtischer Wohnbaugrundstücke 25 % als geförderte Wohnungen für geringe Einkommen und 20 % als Wohnraum für Menschen mit mittlerem Einkommen errichtet werden. Durch Neubau und Ankauf von Belegungsrechten durch die Stadt wird der Anteil an Sozialwohnungen weiter ausgebaut. > *Stadtentwicklung und Mobilität*

Unser Augenmerk gilt auch weiterhin dem Mietspiegel in Darmstadt, den wir qualifiziert alle zwei Jahre fortschreiben bzw. neu aufstellen. Er ist die bestimmende Vorgabe dafür, dass Mieten und Mietnebenkosten einer verantwortlichen Entwicklung unterliegen.

7.1. Preisdämpfendes Engagement der bauverein AG

Das Engagement der bauverein AG wirkt sich preisdämpfend auf den Darmstädter Wohnungsmarkt aus. Das gilt auch für die Mieten des Bauvereins: Die durchschnittliche Miete beträgt 7,43 Euro/m². Im geförderten Bereich liegt sie bei 78 % der Wohnungen bei 6,50 Euro/m² und weniger. Im Durchschnitt liegen die geförderten Wohnungen in Darmstadt bei 5,75 Euro/m².

Für die kommenden Jahre plant die bauverein AG über 3.100 neue Wohnungen, davon werden über 1.500 geförderte Wohnungen sein. Zudem hat sich das Unternehmen dazu verpflichtet, alle auslaufenden Belegungsrechte mit der Stadt Darmstadt um zehn Jahre zu verlängern. Sie trägt damit in erheblichem Maße zur Verbesserung der Lage auf dem Darmstädter Wohnungsmarkt bei. > *Stadtentwicklung und Mobilität* > *Wirtschaft und Finanzen*

Dies ist ein sichtbarer Erfolg GRÜNER Sozial- und Wohnungsbaupolitik in Darmstadt. Im Rahmen der Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes wurde auch die Energieversorgung für einkommensschwache Haushalte in einem Teilprojekt aufgegriffen und Vereinbarungen u.a. mit der ENTEGA und den Beratungsstellen zur Sicherung der Stromlieferung für überschuldete Haushalte getroffen.

Im Sozialdezernat wurde eine Koordinationsstelle für Wohnprojekte eingerichtet, die als zentrale Ansprechstelle im Wohnungsamt fungiert. Wohnprojekte haben für uns eine wichtige soziale Funktion zur Stärkung des Gemeinwesens in Quartieren und leisten einen Beitrag für nachbarschaftliches Miteinander.

>>> Luxussanierungen verdrängen Menschen mit kleinem Geldbeutel aus den Quartieren. Damit bezahlbare Wohnungen erhalten bleiben, wollen wir uns noch stärker für den Milieuschutz einsetzen.

>>> Gemeinwesenarbeit als Strategie gegen Armut und soziale Ausgrenzung werden wir ausweiten und auch in neuen Quartieren etablieren.

7.2. Unterstützung in der Krise, Wohnungslosigkeit verhindern

Der Ausbau präventiver Angebote und eine Krisenunterstützung sind von großer Bedeutung in der Unterstützung von Personen/Haushalten in sehr schwierigen Lebenslagen. Mit der Verzahnung der städtischen Schuldnerberatung mit der Wohnungssicherungsstelle konnten Synergien erfolgreich hergestellt werden, um Wohnraum zu erhalten und die Existenz zu sichern.

Auch wurde mit dem an Zielgruppen orientierten Konzept der Wohnungslosenhilfe eine gute Grundlage für die Versorgung obdachloser Menschen geschaffen. In enger Zusammenarbeit der Verwaltung mit freien Trägern werden die Menschen adäquat untergebracht und durch sozialpädagogische Fachkräfte entsprechend beraten und unterstützt.

>>> Neben der Bereitstellung von Unterkünften werden die Obdachloseneinrichtungen weiterhin mit Mitteln für entsprechendes Fachpersonal ausgestattet. Ziel ist es, die Menschen bei der Bewältigung ihrer Probleme zu unterstützen und sie zu befähigen, perspektivisch wieder ein eigenständiges Leben in eigenem Wohnraum zu führen.

>>> Wir setzen uns für den bedarfsgerechten Ausbau zielgruppenspezifischer Angebote in der Obdachlosenhilfe ein, wie zum Beispiel die Ausweitung von Unterstützung für psychisch kranke wohnungslose Frauen und Männer, damit die Menschen, neben einer Unterkunft, auch die entsprechende medizinische Unterstützung erhalten. > *Gesundheit*

>>> Die Wohnungssicherungsstelle ist die präventive Fachstelle zur Verhinderung von Obdachlosigkeit. Ihr Angebot wollen wir weiter stärken und ausbauen, ebenso wie die Angebote der Fachstelle für Schuldnerberatung.

8. Existenzsicherung und Erwerbsarbeit

Eigenständige und menschenwürdige Existenzsicherung steht im Mittelpunkt kommunaler Sozialpolitik. Menschen, die ihren Lebensunterhalt nicht durch Erwerbsarbeit sicherstellen können, haben ein Recht auf Unterstützung und Förderung.

Für Migrant*innen, Frauen, Geflüchtete, schwerbehinderte Menschen und sogenannte „Altbewerber*innen“ ist es besonders schwer, auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen, wenn sie keine ausreichende Qualifikation haben oder wie bei vielen Geflüchteten nicht nachweisen können. Das Jobcenter ist nach SGB II angehalten, für diese Zielgruppen spezielle Angebote in Kooperation mit Bildungsträgern zu entwickeln. Die weitergehende interkulturelle Öffnung der Einrichtung mit Schulungen zur interkulturellen Kompetenz unterstützen wir.

Immer noch gibt es viele Menschen mit unsicheren oder schlecht entlohnten Jobs. Die meisten davon sind Frauen, insbesondere Alleinerziehende. > *Frauenpolitik* Ein Drittel der Beziehenden von SGB II-Leistungen gehen einer größtenteils Vollzeiterwerbsarbeit nach. Gleichzeitig erleben wir einen fundamentalen Wandel der Arbeit. Sie wird immer digitaler, mobiler und vernetzter. Wir GRÜNE wollen diese Entwicklungen fair für alle gestalten. Jede*r

braucht eine berufliche Perspektive und soll unter guten Bedingungen arbeiten können. Erwerbsarbeit ist für die meisten Menschen ein zentraler Teil ihres Lebens. Sie stecken Energie, Lebenszeit, Können und Kreativität in ihre Aufgaben. Bei guter Arbeit wissen sie sich gebraucht und finden Anerkennung. Darin liegt die große Bedeutung der Erwerbsarbeit für unsere Gesellschaft.

Wir GRÜNE wollen den Arbeitsmarkt so gestalten, dass alle profitieren. Unser Maßstab ist gute Arbeit für alle. Wir setzen uns für faire Löhne ein und wollen Leiharbeit, befristete Jobs und Minijobs eindämmen. Frauen und Männer müssen endlich gleich bezahlt werden, wir wollen gute und regelmäßige Weiterbildung und familienfreundliche Arbeitszeiten. > *Frauenpolitik*
Wir flankieren die Aufgaben der gemeinsamen Einrichtung Jobcenter mit einem kommunalen Beschäftigungsförderungsprogramm für besonders benachteiligte Menschen auf dem Arbeitsmarkt. Das wollen wir weiter führen und damit Teilhabechancen auf dem Arbeitsmarkt und zur Hinführung zum Arbeitsmarkt ermöglichen.

>>> Wir setzen uns bei Arbeitgeber*innen für attraktive und familienfreundliche Arbeitsbedingungen ein, auch um Fachkräfte gewinnen zu können und dadurch dem Fachkräftemangel entgegenzutreten.

>>> Familienfreundliche Personalpolitik muss in allen Unternehmen Standard werden. Wir setzen uns für eine gerechte Verteilung von Familien- und Erwerbsarbeit ein.

>>> Wir setzen uns dafür ein, dass die kommunalen Ausbildungs- und Beschäftigungsförderungsprogramme für Langzeitarbeitslose, Sprachförderprogramme sowie Förderprogramme für Geflüchtete weiterhin angeboten werden.

>>> Wir begrüßen die Beschäftigung von Langzeitarbeitslosen bei der Stadt im Rahmen des Teilhabechancengesetzes.

>>> Wir nehmen bei der Arbeitsmarktförderung besonders Frauen und Alleinerziehende in den Fokus und wollen geschlechtsspezifische Angebote ausbauen. > *Frauenpolitik*

Schutz eines der höchsten menschlichen Güter.

Gesundheit ist eines der höchsten menschlichen Güter. Das hat die Corona-Pandemie im Frühjahr 2020 deutlich gezeigt. Gesundheitsversorgung im Rahmen kommunaler Daseinsvorsorge ist für uns GRÜNE von besonderer Bedeutung und bestimmt unser Handeln in allen gesundheitspolitischen Themenbereichen. Der Zugang zu gesundheitlicher Prävention und medizinischer Behandlung ist existenziell und muss für alle Menschen möglich sein, sowohl im ambulanten als auch im stationären Bereich. Daran arbeiten wir GRÜNE weiterhin mit guten und bedarfsorientierten politischen Konzepten.

1. Kommunale Daseinsvorsorge: Stärkung des Gesundheitsstandortes

Früh haben wir uns dafür eingesetzt, das Klinikum Darmstadt als kommunales Krankenhaus der Maximalversorgung nicht zu verkaufen, sondern als wichtige Daseinsvorsorge zu verstehen und es auszubauen. So ist ein starker Arbeitgeber entstanden, der mehr als 3.300 Menschen sichere Arbeitsplätze bereitstellt. Der Markt im Gesundheitssektor wird auch durch private Anbieter*innen und Fachkliniken bestimmt, wo Renditeerwartungen und Gewinnmaximierung häufig die vorrangige Entscheidungsgrundlage darstellen. Eine solche kapitalorientierte Ausrichtung geht aber weitgehend am Bedarf der Bevölkerung vorbei. Mit dem Verständnis, Gesundheitsangebote als wesentlichen Beitrag für die Bürger*innen zu definieren und den politischen Einfluss darauf zu erhalten, stehen wir GRÜNE für die kommunale Trägerschaft des Klinikums.

In den vergangenen Jahren wurden insgesamt 240 Millionen Euro in das Klinikum Darmstadt investiert. Alle Projektschritte konnten im zeitlichen und finanziellen Rahmenplan verwirklicht werden: die Errichtung und Eröffnung des Helikopterlandeplatzes, die Inbetriebnahme des zentralen Neubaus an der Grafenstraße und der Auszug aus der Liegenschaft in Eberstadt. Investiert wurde auch in den Ausbau der medizinischen Versorgung und in neue Medizintechnik. Das Marienhospital Darmstadt konnte als Standort erhalten bleiben und wird als Zentrum für psychosoziale Medizin und neurologische Frührehabilitation ausgebaut.

In der Corona-Krise hat das Klinikum Darmstadt für die Gesundheit der Menschen besondere Verantwortung übernommen: Als eines von sechs koordinierenden hessischen Krankenhäusern verteilte es die Patient*innen während der Pandemie über 16 Einrichtungen in Südhessen. Das Krisenmanagement funktionierte sehr gut. Sowohl allen Corona- als auch regulären Patient*innen konnte geholfen werden, und sie erhielten eine bestmögliche Versorgung. Ein leer stehendes Klinikgebäude in Eberstadt wurde von der Stadt kurzfristig als

Behelfskrankenhaus eingerichtet.

Wir alle kennen die Bilder aus anderen Ländern, in denen die Eindämmung der Pandemie weniger erfolgreich war. Diese schlimmen Zustände haben wir in Darmstadt nicht erlebt, auch weil wir unseren Gesundheitsstandort insgesamt in den letzten Jahren kommunal gestärkt haben.

In der Corona-Krise hat sich das Netzwerk zwischen Einrichtungen der Kommune und des Landes sowie aktiven Bürger*innen, das 2015 für die Aufnahme von Flüchtlingen geknüpft wurde, als immer noch tragfähig erwiesen.

2. Pandemien und One-Health-Ansatz

Ausbrüche von Infektionskrankheiten werden immer häufiger. Drei von fünf sind dabei tierischen Ursprungs. Beispiele dafür sind Sars, Mers – und jetzt Corona. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) hat sich deshalb schon vor gut zehn Jahren dem One-Health-Ansatz verschrieben. Dahinter steht die Überzeugung, dass die Gesundheit von Tieren, Menschen und der Umwelt zusammengehören. Wir müssen die Gesundheit von Menschen verbessern, in Tiergesundheit investieren und dürfen deren Lebensräume nicht zerstören, damit es nicht zu Zoonosen kommt.

>>> Wir wollen den schon vorhandenen Pandemieplan der Stadt kritisch überarbeiten, sodass wir auch auf zukünftige länder- und kontinentübergreifende Ausbreitungen von Krankheiten gut vorbereitet sind.

>>> Wir GRÜNE unterstützen das Vorhalten von Schutzausrüstung auf kommunaler Ebene, um auch in Zukunft keine Engpässe in den Darmstädter Gesundheitseinrichtungen zu haben.

3. Gesundheitsämter stärken und reformieren

Wir GRÜNE wollen eine bessere Pandemie-Vorsorge: Die Corona-Krise hat gezeigt, dass die Gesundheitsämter personell und strukturell gestärkt werden müssen. Sie treffen weitreichende Entscheidungen und regeln, wer getestet wird. Die Mitarbeitenden verfolgen die Ausbreitung des Virus, überprüfen die Kontaktwege und müssen diese früh unterbrechen. Das geht nur mit ausreichendem Personal und zunehmender Digitalisierung.

>>> Wir GRÜNE wollen über unseren kommunalen Anteil am Zweckverband „Gesundheitsamt Darmstadt/Darmstadt-Dieburg“ unseren Einfluss nutzen, um das Amt insgesamt zu reformieren und seine Dienste nah am Menschen auszurichten.

>>> Personelle Neuanstellungen sollen mit wichtigen gesundheitspolitischen und aufsuchenden Bereichen verknüpft werden. Dazu zählen die psychosoziale Versorgung, Sprachförderung, Prävention, aber auch der Ausbau der Kontrollmöglichkeiten rund um das Thema Hygiene im Veterinär- sowie Gastronomiesektor.

4. Inklusion

Im kommunalen Projekt „Barrierefreie Gesundheitsversorgung“ sind gute Vorarbeiten geleistet worden, diese fließen in die Inklusionsberatung ein. Zudem wurden in Projekten unter

anderem zu den Themen Zugänglichkeit, Hörprobleme und Lesen von Beipackzetteln/Einfache Sprache wichtige Grundlagen erarbeitet.

>>> Der Aktionsplan „Auf dem Weg in eine inklusive Gesellschaft“, der auf Grundlage der 2008 in Kraft getretenen UN-Behindertenrechtskonvention erfolgt ist, soll evaluiert und weiter bearbeitet werden.

5. Betriebliche Gesundheitsvorsorge

Bei der betrieblichen Gesundheitsvorsorge geht die Stadtverwaltung mit gutem Beispiel voran und hat diese mit zusätzlichen Angeboten wie Gesundheitstage und sportlichen Angebote, Sucht- und Sozialberatung weiter ausgebaut.

>>> Wir setzen uns dafür ein, dass weitere Angebote für psychosoziale Hilfestellungen und den Schutz vor sexueller Belästigung folgen.

6. Palliativ- und Hospizdienste

Palliativ- und Hospizdienste leisten einen unschätzbaren Beitrag bei der Unterstützung und Begleitung schwerkranker und sterbender Menschen. Bis zuletzt in einer guten Atmosphäre, schmerzfrei und selbstbestimmt zu leben, ist unser Bestreben. Als Kommune hat Darmstadt die Charta zur Betreuung Schwerstkranker und sterbender Menschen unterzeichnet. Insbesondere die ehrenamtlich Aktiven in der Hospizarbeit haben höchsten Respekt verdient.

>>> Die Arbeit der Palliativ- und Hospizdienste – auch überkonfessionell – wollen wir weiterhin unterstützen und fördern und den Ausbau der Trauerbegleitung stärken.

7. Geburtshilfe

Wir konnten die Vielfalt der Entbindungsmöglichkeiten erhalten. Beide Darmstädter Geburtskliniken bauen ihre Angebote aus. Das Alice Hospital erweitert seine Kreißsäle. Die große Geburtsklinik im Klinikum Darmstadt bietet unter einem Dach alle Geburten an: von der hebammengeleiteten (interventionsarmen) Geburt bis zur Möglichkeit, direkt nach einem Notkaiserschnitt im angeschlossenen Perinatalzentrum Neugeborene und Frühgeborene in der Intensivstation zu versorgen.

Wir GRÜNE setzen uns für Hebammen ein. Als Ergebnis des „Runden Tisches Geburtshilfe“ ist in Darmstadt eine Hebammenambulanz ins Leben gerufen worden, an die sich Frauen und Familien wenden können, die für die Vor- oder Nachsorge keine eigene Hebamme gefunden haben. Gemeinsam mit Frankfurt haben wir eine Hebammenschule an den Start gebracht. Das kommunale Klinikum bildet bereits seit 2018 jedes Jahr acht Hebammen und Entbindungspfleger aus. Die anstehende Umwandlung der Ausbildung in einen Bachelorstudiengang muss lückenlos und wohnortnah sichergestellt werden.

>>> Wir werden auch in der kommenden Legislaturperiode alle kommunalpolitisch möglichen Maßnahmen ergreifen, damit sich mehr Freie Hebammen in Darmstadt ansiedeln und weiter ausgebildet werden.

8. Prävention – Gründung eines Hauses der Gesundheit

Wir setzen in unserer GRÜNEN Gesundheits- und Sozialpolitik auf den Ausbau der guten Beratungs- und Anlaufstruktur. Beispiele sind die Angebote im Gesundheitsamt, die Krisenintervention, die muttersprachliche Beratung für Migrant*innen und die psychosoziale Beratung sowie die Familien- und Erziehungsberatung, Frühe Hilfen und die Frühförderung der Caritas.

Ein dichtes Netz von Beratungsstellen in den Stadtteilen, eine frühzeitige Gesundheitserziehung, die Förderung von Bewegung und von gesundem Essen sind die wichtigsten Pfeiler der Prävention, diese wollen wir stärken und ausbauen. Wir setzen uns dafür ein, sozialraumorientierte niederschwellige Unterstützungsangebote innerhalb eines Hauses der Gesundheit zu etablieren.

Diese Einrichtung ist der Hort von Gemeinwesenarbeit, der dicht an den Familien dranbleibt, schnell intervenieren kann und leicht erreichbar ist. Sie hat Lotsenfunktion, leistet Krisenintervention auch in der Suizidprävention, vermeidet Erkrankungsspiralen und stärkt die Selbsthilfe.

>>> Als erste Anlaufstelle bei gesundheitlichen Problemen oder Fragestellungen soll ein „Haus der Gesundheit“ ins Leben gerufen werden – analog zum Pflegestützpunkt. So können gerade sozial Benachteiligte oder Menschen mit Migrationshintergrund frühzeitig erreicht werden.

9. Gesundheitsversorgung für sozial benachteiligte Menschen

Zu einer gelungenen Gesundheitspolitik gehört die Bekämpfung von Armut zwingend dazu. Auch die jüngste Pandemie hat gezeigt, dass Erkrankungen immer auch soziale Komponenten haben: Mit dem Sars-Cov2-Virus haben sich vor allem ärmere Menschen in prekären Lebens- und Wohnsituationen infiziert.

>>> Wir GRÜNE wollen sozial benachteiligten Menschen den Zugang zum Gesundheitssystem erleichtern – auch dafür ist das „Haus der Gesundheit“ konzipiert. > Gesellschaftspolitik

10. Gesundheitserziehung und gesunde Ernährung

Im Sinne der Prävention ist es unser Ziel, Bewegung und gesunde Ernährung früh zu fördern. Laut Aussage des AOK-Bundesverbandes vom Juni 2020, verfügen mehr als 53 % der Deutschen über eine problematische bis nicht angemessene Ernährungskompetenz. Allein auf junge Erwachsene bezogen steigt diese Rate auf 63 %. Die aktuelle „Nationale Kinder- und Jugendstudie“ der Bundesregierung spricht von einem mehr als vierfach höheren Adipositas-Risiko bei Kindern aus sozioökonomisch benachteiligten Familien.

>>> Wir streben deshalb in Darmstadt eine flächendeckende Versorgung der Kindertagesstätten und Schulen mit gesundem Mittagessen aus regionalen Bioprodukten und möglichst zertifizierten Menülinien an. Dabei soll der Eigenbetrieb für kommunale

Aufgaben und Dienstleistungen (EAD) perspektivisch möglichst viele Schulen in Darmstadt mit Mahlzeiten beliefern. > Umwelt- und Naturschutz > Klimaschutz > Bildung

>>> Des Weiteren setzen wir uns für den Bau von neuen Küchen in Schulen ein, um das Essen ortsnah zubereiten zu können.

>>> Ebenso soll die Handlungs- und Ernährungskompetenz in allen Bildungseinrichtungen von der Kinderkrippe bis zur Sekundarschule mit konsequent umgesetzter und geförderter Gesundheitsbildung gestärkt werden. > Bildung

11. Zukunft Pflege – Gesundheitslots*innen in allen Stadtteilen

Wir GRÜNE wollen die Gemeindeschwester 2.0, das heißt, Gesundheitslots*innen in allen Stadtteilen als Unterstützende und Ansprechpersonen für alle Familien. Daher setzen wir uns dafür ein, die erhobene Pflegebedarfsplanung umzusetzen – gemeinsam mit den Trägern. Wir wollen bedarfsgerecht weitere Pflegeangebote im Sozialraum schaffen und stärken. Ziel dabei ist, allen Menschen ein Leben so lange und so selbständig wie möglich zu gewährleisten.

Daran arbeiten wir weiter, zum Beispiel im Projekt „Hiergeblieben“.

Das Beratungsangebot des Pflegestützpunktes als erste Anlaufstelle wollen wir weiter ausbauen und das kommunale Projekt „Übergangsmangement zwischen stationärem Aufenthalt und Versorgung zu Hause“ weiter entwickeln.

>>> Wir wollen ein Beratungsangebot für den Schritt in die Selbständigkeit in der Care-Arbeit schaffen, um so auch der demografischen Entwicklung Sorge zu tragen.

>>> Wir GRÜNE setzen uns für einen Ausbildungsverbund der Alten- und Pflegeheime ein.

>>> Care-Arbeiten sollen mehr Zeit, ein besseres Image, mehr Geld und Unterstützung erfahren.

>>> Wir setzen uns dafür ein, dass Pflege- und Care-Räte eingesetzt werden. So lassen sich vielfältige Strukturen und Angebote aufbauen, die an den Bedürfnissen der Nutzer*innen ausgerichtet sind.

12. Die alternde Gesellschaft: Demografie und Demenz

Um dem demografischen Wandel und der alternden Gesellschaft sinnvolle Ideen und Projekte zur Seite zu stellen, fördern wir GRÜNE innovative Konzepte in allen Lebenslagen, auch in der Care- und Pflegearbeit. Die Fachkonferenz Altenhilfe treibt eine abgestimmte Pflegebedarfsermittlung voran. Die Mitgliedschaft im Gesunde-Städte-Netzwerk rückt die soziale Teilhabe und inklusiven Gesundheitsangebote für alle weiter in den Fokus.

Das Demenzforum Darmstadt hat gemeinsam mit Stadt, Kirchen und Vereinen das Projekt „Demenzfreundliche Stadt“ entwickelt. Ziel ist es, die Menschen im Umgang mit Demenzkranken zu schulen, um Berührungspunkte abzubauen. Veranstaltungen sollen Kranke und Gesunde, Alte und Junge zusammenbringen, um die Demenzkranken in der Stadt besser zu integrieren.

>>> Wir GRÜNE wollen in den Quartieren bedarfsgerechte Angebote für Pflegebedürftige und Demenzkranke strukturell ausbauen und so die Sozialräume insgesamt stärken, etwa durch

Tagesangebote in den Stadtteilen als Angebote im „Haus der Gesundheit“.

>>> Wir setzen uns dafür ein, dass auf Bundesebene der Personalschlüssel für die Anzahl der Altenpfleger*innen im Verhältnis zu den Bewohner*innen verbessert wird.

13. Medizin und Digitalisierung

Digitalisierung muss den Menschen nützen. Der Datenschutz erfordert zu Recht höchste Anforderungen, wenn es um medizinische und gesundheitliche Angaben geht. Ethische Fragen müssen gestellt und beantwortet werden. Die weitere Entwicklung der digitalen Medizin benötigt deshalb für einen breiten Konsens den Dialog mit den Bürger*innen. Die Herausforderung für die Politik und besonders für GRÜNE Politik besteht in der Verantwortung, die Fortschritte für die Gesundheit der Bürger*innen durch digitale Medizin mit dem Datenschutz abzuwägen, damit am Ende nicht der durchleuchtete und genetisch transparente Mensch steht, der dabei seine Souveränität einbüßt.

Auch darf die Rationalisierung im Gesundheitswesen nicht dazu führen, dass immer mehr Stellen abgebaut und die medizinische Versorgung entpersönlicht wird. Wir wollen die Chancen der Digitalisierung vielmehr nutzen, um Zeit für Pflege und ärztliche Versorgung zu schaffen, die Sicherheit in der medizinischen Behandlung zu erhöhen sowie Doppeluntersuchungen zu vermeiden. Bei all dem darf niemand ausgeschlossen werden, der nur analog unterwegs ist. Zudem geht es auch um Nachhaltigkeit im Verbrauch von Energie und medizinischer Technik.

>>> Wir wollen, dass eine notwendige IT-Infrastruktur in Darmstadt aufgebaut wird, die eine verantwortungsvolle Verwendung der digitalen Patientenakte ermöglicht und die besten Standards der IT-Sicherheit

und der ethischen Leitlinien beachtet. Das neue hessische Kompetenzzentrum für verantwortungsbewusste Digitalisierung, das 2019 an der TU Darmstadt gegründet wurde, soll dabei einbezogen werden.

>>> Wir setzen uns für eine Verbesserung von digitalen Schnittstellen in diagnostischen und therapeutischen Prozessen ein, die die Kommunikation zwischen Krankenhäusern, Gesundheitsamt, niedergelassenen Ärzten und Pflegeeinrichtungen zum Wohl der Patient*innen verbessern.

>>> Wir tragen Sorge dafür, dass die Bürger*innen über digitale Medizin von der Kita bis zur Pflege informiert werden und beziehen die Selbsthilfegruppen im medizinischen Bereich in den öffentlichen Diskurs ein.

>>> Wir unterstützen die Initiative des Magistrats hinsichtlich der Gründung eines Kompetenzzentrums für Digitale Medizin Darmstadt. Damit sollen digitalmedizinische Anwendungen und eine Vernetzung von Kliniken und Forschungseinrichtungen gefördert und eine Datenplattform etabliert werden.

14. Gender-Medizin

Bisher ist die Medizin in Deutschland – trotz steigender Zahlen von Medizinstudentinnen – hauptsächlich männlich geprägt: sowohl was die Führungsstrukturen angeht als auch den Blickwinkel. Die Wirksamkeit von Medikamenten wird vorrangig an Männern getestet, Studien werden nicht gendergerecht aufgesetzt. Viele weibliche Krankheiten bleiben unerforscht und weibliche Symptomatik ausgeblendet. Das Gleiche gilt für die Belange der Kinder, die in Medizin und Forschung einen größeren Stellenwert einnehmen müssen.

>>> Wir GRÜNE setzen uns für eine gendergerechte Medizin ein und fordern, für Frauen eine geschlechtergerechte Behandlung, Forschung und Therapieauswahl.

15. Versorgung HIV-positiver Menschen

Mittlerweile gibt es sehr wirkungsvolle Medikamente, die es den meisten HIV-positiven Menschen ermöglichen, ein fast normales Leben zu führen und verhindern, dass es zu einer Aids-Erkrankung kommt. Die Therapie ist komplex, deshalb wird sie nur von sogenannten Schwerpunktärzten angeboten, die auf HIV spezialisiert sind. In Darmstadt ist die Schwerpunktpraxis am Klinikum angesiedelt.

>>> Wir werden sicherstellen, dass auch in Zukunft die Versorgung von HIV-positiven Menschen in Darmstadt möglich ist.

16. Versorgungsquoten von Ärzt*innen, Fachärzt*innen

Eine gute Versorgung mit Ärzt*innen und Fachärzt*innen innerhalb der Stadtteile ist uns wichtig. In Gesprächen mit den Kostenträgern und der Kassenärztlichen Vereinigung setzen wir uns für eine Umsetzung ein. Ein gelungenes Beispiel ist die Kinderarztversorgung in Eberstadt.

Zeitnah einen ambulanten oder stationären Therapieplatz zu bekommen, ist weiterhin schwierig – sowohl bei Psycholog*innen, Psychiater*innen oder auch Psychotherapeut*innen.

>>> Wir GRÜNE machen uns bei der Kassenärztlichen Vereinigung für einen Ausbau der therapeutischen Versorgung stark.

>>> Unser Ziel ist die Schaffung von dezentralen gemeindepsychologischen Zentren und der Ausbau der muttersprachlichen Angebote für Migrant*innen.

17. Psychische Krankheiten und Suizidprävention

Psychische Krankheiten und Suizidprävention sind Querschnittsthemen, die in nahezu alle Lebensbereiche hineinreichen, private, berufliche, ökonomische, gesundheitliche, um die Wesentlichen zu nennen. Sie werden nach wie vor zu wenig beachtet und sind häufig geprägt von Vorurteilen und Stigmatisierungen. Die jährlichen Dokumentationen der Krankenkassen zeigen, dass die Arbeitsunfähigkeitstage von Menschen wegen einer psychischen Erkrankung stetig zunehmen und oft im Ranking den vordersten Platz einnehmen. Vielerorts ist die fachärztliche und therapeutische Versorgung völlig unzureichend. In der Regel fehlen Präventionsprogramme.

Dieser prekären Situation möchten wir durch die Stärkung ambulanter Dienste entgegenwirken. Ein gelungenes Beispiel ist der psychosoziale Krisendienst des Caritasverbandes Darmstadt e.V. mit seinen umfassenden Präventiv- und Akutangeboten. Ein psychosozialer Krisendienst hilft schnell und qualifiziert in akuten seelischen und psychiatrischen Notsituationen. Er steht Betroffenen, Angehörigen und weiteren Beteiligten zur Seite. Auch dann, wenn alle anderen Institutionen geschlossen haben. Wir wollen die Synergieeffekte in der Zusammenarbeit von freien Trägern mit dem öffentlichen Gesundheitsdienst nutzen und die bestehenden Strukturen sichern.

>>> Darmstadt braucht einen Krisendienst, der an 24 Stunden 365 Tage im Jahr zur Verfügung steht und durch Fachkräfte begleitet wird. Er soll aus einem Team von Expert*innen bestehen, das auch die zentrale Netzwerkarbeit zur Rettungskette Polizei, Notärzt*in und Feuerwehr aufbaut und pflegt.

>>> Der Krisendienst soll auch am Wochenende Kriseninterventionen, Gesprächsangebote und Hausbesuche mit multiprofessionellen ambulanten Teams bieten. Rückzugsräume bzw. eine Krisenpension sind weitere wesentliche Bausteine, den der Caritasverband bereits vorhält.

>>> Wir wollen ein Konzept zur Suizidprävention erarbeiten, das alle Altersgruppen berücksichtigt.

>>> Viele konflikthafte oder gefährliche Situationen im öffentlichen Raum haben einen – oft unentdeckten – psychiatrischen Hintergrund. Wir wollen den sozialpsychiatrischen Dienst im Gesundheitsamt in die Lage versetzen, in solchen Fällen Kriseninterventionen vor Ort zu leisten, aber auch Ordnungsbehörden und Polizei in dieser Hinsicht besser zu schulen.

18. Drogenpolitik

Darmstadt ist nicht der Hotspot der Drogenszene des Rhein-Main-Gebietes. Dennoch nehmen auch Menschen in unserer Stadt Drogen. Es gibt eine veränderte Drogenkultur, die kulturell und gesellschaftspolitisch neue Antworten braucht. Neue Drogen wie beispielsweise die Legal Highs, die über das Internet nahezu frei verfügbar sind, führen zu anderen Strukturen von Nutzer*innen und Abhängigen. Der Gebrauch von legalen und illegalen Drogen ist Teil der gesellschaftlichen Realität und wird es auch künftig bleiben. Beim Thema Sucht kommt es nicht auf die Legalität der Droge, sondern auf das Konsumverhalten an.

Die Ursachen für die Entwicklung von Sucht sind vielfältig, gleichgültig ob es sich um legale oder illegale Drogen handelt – gesellschaftliche, soziale, kulturelle und individuelle Einflussfaktoren spielen dabei eine Rolle.

In der GRÜNEN Drogenpolitik gilt die Prämisse, dass der Konsum legaler und illegaler Drogen differenziert betrachtet werden muss: nach Ursachen und Wirkungen, Alters- und Zielgruppen, risikoarmen und riskantem Konsum und der Hilfebedürftigkeit der/des Einzelnen.

>>> Wir GRÜNEN setzen uns in Darmstadt für ein abgestimmtes und differenziertes System aus Prävention, Beratung, Therapie und niedrigschwelligen Hilfen ein. Repression und

Kriminalisierung von Konsument*innen sind keine Mittel einer progressiven Drogenpolitik.

>>> Zudem machen wir uns für den Erhalt der Substitutionsambulanz stark.

Handel und Konsum von Drogen im öffentlichen Raum führen immer wieder zu Konflikten innerhalb der Stadtgesellschaft. Es braucht den beständigen Dialog zwischen allen Beteiligten sowie eine Bereitschaft der Politik, Angebote zu überdenken und – je nach Bedarf – zu modifizieren. Eine pragmatische Drogenpolitik muss kontinuierlich alle Gruppen im Blick behalten. Wir wollen, dass es eine passgenaue Betreuung und Angebotsstruktur für Drogenkonsument*innen gibt. Es bedarf der besonderen Unterstützung in Form von Beschäftigungs-, Qualifizierungs- und tagesstrukturierenden Maßnahmen.

>>> Wir setzen uns weiterhin für einen Neubau der Drogenhilfe Scentral ein.

Im Zusammenhang mit alternden Drogenabhängigen und der älter werdenden Gesellschaft stellen sich zudem neue Fragen und konkrete Herausforderungen: Wie können adäquate Pflegeangebote für ältere Drogenkonsument*innen aussehen? Mit welchen Hilfsangeboten sind Menschen erreichbar, die im hohen Alter eine Abhängigkeit von Medikamenten oder Alkohol entwickeln? Auf diese Fragen müssen Antworten gefunden werden. Dabei setzen wir uns insbesondere für eine kontinuierliche interkommunale Zusammenarbeit ein.

Bleibende Aufgaben stellen sich auch im Bereich der nicht stoffgebundenen Süchte wie Glücks- und Computerspiel sowie Mediennutzung. Mit Prävention und Frühintervention wollen wir GRÜNE vor allem jene erreichen, deren Konsumverhalten riskant, aber öffentlich unauffällig ist.

Um eine konsequente Weiterentwicklung der Drogenpolitik geht es schließlich auch im Bereich Alkohol. Der Konsum ist bei Jugendlichen in den letzten Jahren kontinuierlich zurückgegangen. Dennoch bestimmt das Thema Alkohol in Parks und auf Plätzen verstärkt die öffentliche Wahrnehmung und erfordert konsequente und zielgerichtete Maßnahmen, um das Zusammenleben in Darmstadt positiv zu gestalten. Auch hier sind gemeinsame Anstrengungen aller Beteiligten zu unternehmen, um erfolgreich die Balance zwischen dem Bedürfnis nach persönlichen Freiräumen und gemeinschaftsverträglichem Verhalten zu finden.

Wir sprechen uns dennoch gegen ein Alkoholverbot im öffentlichen Raum aus. Gleichzeitig setzen wir uns auch in diesem Bereich für mehr Aufklärung über risikobewussten Konsum und Unterstützungsangebote für süchtige Konsument*innen ein.

Cannabis ist die meist konsumierte illegale Droge. Sie spielt im Alltag der Jugendlichen und jungen Erwachsenen nach wie vor eine große Rolle und begleitet sie auch im Erwachsenenleben. Trotz des Verbots probiert jeder zweite junge Mensch Cannabis mindestens einmal aus. Es steht außer Frage: Der Konsum kann abhängig machen und schwerwiegende Folgen haben – vor allem im Gehirn von Heranwachsenden. Es geht uns beim Umgang mit Cannabis nicht um eine Relativierung der möglichen Folgen und nicht um eine Idealisierung dieser Droge, sondern um ein rationales Vorgehen.

>>> Wir GRÜNE wollen mutig mit kommunalen Projekten vorangehen und rechtliche und gesundheitspolitische Räume im Hinblick auf die kontrollierte und regulierte Cannabis-Freigabe ausloten.

>>> Wir wollen Pilotprojekte wie die Einrichtung kontrollierter Cannabis-Abgabestellen auf den Weg bringen – am liebsten gemeinsam mit anderen Kommunen, falls nötig, aber auch allein.

Parallel zu einer Legalisierung wollen wir die Prävention und den Jugendschutz stärken und im Zusammenhang mit einer notwendigen Entkriminalisierung neu konzipieren. Wir setzen uns dafür ein, dass geprüft wird, wie ein wirksamer Jugendschutz aussehen kann, der ein offenes Gespräch über das Konsumverhalten fördert und Menschen nicht in die Hände von Dealer*innen treibt und einem illegalen Markt ausliefert.

Die Qualität der auf dem Schwarzmarkt erhältlichen verbotenen Substanzen ist hochproblematisch. Ihr Konsum ist aus unterschiedlichen Gründen mit hohen Risiken behaftet. Das Land Hessen hat deshalb das Projekt „Druck Checking“ entwickelt. Dabei können Drogenkonsument*innen illegale Drogen mit einem Schnelltest auf die Zusammensetzung hin prüfen lassen, um die Wirkung besser abzuschätzen und sich vor Risiken durch Überdosierung oder Verunreinigung zu schützen. Die strukturierte Qualitätskontrolle bietet zudem die Möglichkeit zur Kontaktaufnahme einschließlich gezielter Beratung und fördert das Risikobewusstsein der Konsumierenden.

>>> Um die Drogen-Konsument*innen besser zu schützen, wollen wir ein „Drug Checking“ auch in Darmstadt umsetzen.

19. Prostitution

Wir GRÜNE setzen uns mit Modellprojekten für die Gesundheit von Menschen ein, die in der Straßenprostitution tätig sind. Wir wollen ihnen Ausstiegsszenarien anbieten und Hilfestellungen geben – zur Gesundheitsprävention und zum Schutz vor Gewalt.

>>> Das Projekt OYA, in dem ein Träger beauftragt ist, mit Frauen in der Prostitution Kontakt aufzunehmen und sie zu beraten, soll ausgebaut und gestärkt werden.

1. Vielfalt, Demokratie und Weltoffenheit vertreten und leben

1.1. Vielfalt anerkennen und zum Standard entwickeln

Die Tatsache, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist, ist erst seit kurzer Zeit Konsens; lange galt das Prinzip einer homogenen Mehrheitsgesellschaft. Heute haben 40 % der in Darmstadt lebenden Menschen einen Migrationshintergrund, das heißt, sie haben eigene Migrationserfahrung oder einen Elternteil, der im Ausland geboren ist. Sie alle sind längst zu einem selbstverständlichen und nicht mehr wegzudenkenden Teil unserer Stadt geworden. Für die meisten ist die Zugehörigkeit zu Deutschland und zu Darmstadt selbstverständlich. „Menschen mit Migrationshintergrund“ bezeichnen sich selbst mittlerweile als „neue Deutsche“ und ihre Organisationen als neue Deutsche Organisationen. Dieser grundlegenden Veränderung in der Selbstwahrnehmung muss heute eine Veränderung unserer Selbstwahrnehmung als Gesellschaft folgen. Alt-Bundespräsident Gauck hat bereits 2014 von einem „neuen deutschen Wir“ gesprochen und die Notwendigkeit einer „Einheit der Verschiedenen“ betont. Nicht umsonst finden wir neben dem Begriff der Einwanderungsgesellschaft immer häufiger den der Vielfaltsgesellschaft.

1.2. Unantastbarkeit der demokratischen Werte und der Menschenwürde

Verschiedenheit und Vielfalt sind kreativ und können unsere Gesellschaft mit Blick auf die Gesamtheit gestaltend und in großen Schritten voranbringen. Verschiedenheit und Vielfalt können jedoch auch Angst und Unsicherheit bis hin zu Ablehnung hervorrufen. Das zeigen uns die politischen Entwicklungen der letzten Jahre: welt-, bundesweit und auch in Darmstadt erleben wir Abwehr gegen Zuwanderung, gegen die Aufnahme von geflüchteten Menschen, allgemeine Ressentiments gegen Migrant*innen, gegen die „neuen Deutschen“, gegen internationale Vernetzungen. Wir erleben den Rückzug ins Nationale, das vermeintlich Sicherheit bieten soll und wir erleben in manchen Fällen die Ablehnung unserer demokratischen Werte.

Diesen Rückzug beziehungsweise das Verharren im Nationalen, die Ablehnung von Vielfalt bis hin zur Ablehnung demokratischer Werte finden wir aber auch unter Zugewanderten. Wir brauchen daher eine stabile Grundlage, auf der wir die mit Vielfältigkeit, Verschiedenheit aber auch mit Benachteiligung verbundenen Herausforderungen gut und im Sinne des Gemeinwohls meistern können. Unsere Demokratie und unser Grundgesetz sind diese Grundlage. Es sind unsere demokratischen und solidarischen Werte und es ist die Unantastbarkeit der Würde des Menschen.

Hierfür müssen wir uns stark machen. Wir dürfen antidemokratischen Haltungen keinen Raum lassen.

>>> Wir GRÜNE werden daher unsere Anstrengungen noch stärker auf die Demokratieförderung in unserer Stadt lenken.

1.3. Darmstadt lebt seine Weltoffenheit und Internationalität nach innen und außen

Wir sind und bleiben eine weltoffene Stadt! Wir haben die erste Phase der Fluchtzuwanderung erfolgreich mit Hilfe der gesamten Stadtbevölkerung bewältigt. In den nächsten Jahren steht die Integration der nach Darmstadt geflüchteten Menschen, die hier ihre neue Heimat gefunden haben, im Fokus. Dazu setzen wir bereits in allen gesellschaftlichen Bereichen die für eine erfolgreiche Integration notwendigen Maßnahmen um und werden sie gemeinsam mit allen relevanten Akteur*innen weiterentwickeln.

>>> Wir sind bereit, mehr Geflüchtete, als uns von Bund und Land zugewiesen werden, in unserer Stadt aufzunehmen. Wir unterstützen die Seenotrettung und verurteilen deren Kriminalisierung!

>>> Wir haben den Beitritt Darmstadts zum bundesweiten Bündnis „Städte Sicherer Häfen“ unterstützt und werden weiterhin auf die Landes- und Bundesregierung einwirken, damit Darmstadt weitere Geflüchtete aus der Seenotrettung aufnehmen kann.

Unsere Weltoffenheit wollen wir durch eine noch stärkere und aktivere Rolle Darmstadts in der Welt leben. Die Covid-19-Pandemie hat noch deutlicher als die Finanzkrise der vorigen Dekade gezeigt, dass Städte und urbane Räume an vorderster Front bei der Bewältigung globaler Entwicklungen stehen und in kürzester Zeit tragfähige Lösungen für transnationale Problemen finden und implementieren. In Darmstadt haben wir hervorragende und exportfähige Strukturen und Modelle, mit denen wir das starke Profil Darmstadts in der Welt noch sichtbarer machen wollen und mit denen wir gemeinsam mit unseren Partner*innen an lokalen Lösungen für transnationale Probleme arbeiten möchten.

2. Interkulturelle Öffnung, Empowerment und eine gelebte Willkommens- und Anerkennungskultur

2.1. Strukturelle Benachteiligung abbauen und die gleichberechtigte Teilhabe vorantreiben

Die Integration von Zugewanderten, die wir als deren gleichberechtigte Teilhabe in allen gesellschaftlichen Bereichen verstehen, schreitet voran. Dennoch stehen wir in der Gestaltung der Einwanderungs- bzw. Vielfaltsgesellschaft noch immer vor „alten“ Herausforderungen: Noch immer gibt es strukturelle Benachteiligung, noch immer ist die gleichberechtigte Teilhabe von Zugewanderten auf dem Arbeitsmarkt, im Bildungswesen, beim Zugang zur gesundheitlichen Versorgung, in der Bürgerbeteiligung und politischen Partizipation, auf dem Wohnungsmarkt, etc. erschwert.

>>> Wir werden weiterhin daran arbeiten, dass die sichtbaren und die nicht sichtbaren Zugangsbarrieren abgebaut werden, dass die interkulturelle Öffnung und eine Willkommens- und Anerkennungskultur in unseren Organisationen umgesetzt und gelebt wird und dass wir Zugewanderte in ihren Ressourcen stärken. Dies sind die zentralen Aufgaben eines kommunalen Integrationsmanagements.

Unsere Stadtverwaltung ist die „Visitenkarte“ unserer Stadt! Wir verfolgen als zentrales Ziel der interkulturellen Öffnung, die Strukturen unserer Organisationen den Herausforderungen der Einwanderungs- und Vielfaltsgesellschaft anzupassen:

>>> Wir möchten den Anteil der Beschäftigten mit Migrationshintergrund erhöhen.

>>> Wir werden die Angebote und Dienstleistungen unserer Ämter noch stärker entsprechend den Bedarfen einer Einwanderungsgesellschaft entwickeln.

>>> Wir werden die Partizipation von Zugewanderten an unseren Bürgerbeteiligungsprozessen und die Willkommens- und Anerkennungskultur noch stärker fördern.

Wir werden bei der Entwicklung von Maßnahmen in allen Handlungsfeldern – Bildung, Soziales, Gesundheit, Arbeitsmarkt, Wohnen – und für alle Zielgruppen – Kinder, Jugendliche, Frauen, Ältere, Familien – immer darauf achten, dass Integration als Querschnittsthema berücksichtigt wird.

2.2. Kommunales Integrationsmanagement durch die Gestaltung von Vielfalt

Wir werden im Rahmen des WIR-Programms (Wegweisende Integrationsansätze Realisieren) des Landes Hessen im Amt für Interkulturelles und Internationales ein WIR-Vielfaltszentrum einrichten, das diesen Prozess der Interkulturellen Öffnung weiter vorantreibt, das die Teilhabe von Zugewanderten an den Angeboten durch Empowermentstrategien stärkt und das das Ehrenamtsengagement mit Zugewanderten intensiviert.

Wir unterstützen die Weiterführung und Intensivierung von Elternbildungs- und -partizipationsprojekten an Darmstädter Schulen und Kitas sowie die Stärkung der Communities und ihrer Selbstorganisationen durch die Förderung zahlreicher Bildungsprojekte.

>>> Wir setzen uns für eine stärkere Beteiligung von MigrantInnenselbstorganisationen an Maßnahmen zur Demokratieförderung insbesondere mit einem neuen Modellprojekt (Darmstädter MSOs aktiv für Demokratie - DAMAfD) ein. Das Ehrenamt in der Arbeit mit Neuzugewanderten wollen wir mit einem weiteren neuen Modellprojekt (Darmstädter trifft Neu-Darmstädter) stärken.

>>> Wir wollen das kommunale Integrationsmanagement für die Menschen, die zu uns geflüchtet sind und in Darmstadt ihre neue Heimat gefunden haben sowie für alle Zugewanderten mit den relevanten Akteur*innen der Stadt in Integrationsforen weiterentwickeln. Dabei werden wir uns an den Erfolgsfaktoren und Handlungsempfehlungen

orientieren, die im Wegweiser „Vom Zufluchtsort zur Heimat“ aufgeführt sind.

>>> Und wir werden die Kampagne „Darmstadt bleibt weltoffen“ weiterführen.

2.3. Wichtige Integrationshelfer*innen: Mehrsprachigkeit, Vermittlungskräfte, Spracherwerb

Wir werden weiterhin und verstärkt den Einsatz von interkulturellen Vermittlungskräften, die die Arbeit von Fachkräften in Schulen, in Kitas, im Gesundheitswesen stark erleichtern, unterstützen.

Ebenso wollen wir, dass weiterhin für diejenigen, die der deutschen Sprache nicht mächtig sind, wichtige Informationen mehrsprachig und in einfacher Sprache als Printversion sowie als online abrufbares Material aufgelegt wird. Wie wichtig und hilfreich diese mehrsprachigen Angebote sind, ist während der Corona-Pandemie deutlich geworden. Auch die Neubürgerbroschüre, die mittlerweile neben Deutsch auch auf Englisch, Französisch, Spanisch, Türkisch, Arabisch, Russisch und Polnisch aufgelegt ist, unterstützt mit ihren Handreichungen Neubürger*innen. Sie ist ein klares Zeichen gelebter Willkommenskultur.

>>> Wir werden die Integrationskurse und auch die zusätzlichen Spracherwerbsangebote weiter ausbauen und gleichzeitig unsere Forderungen an Land und Bund aufrechterhalten, vermehrt und unbürokratisch Maßnahmen und Programme aufzulegen, die es Stadt und freien Trägern ermöglichen, dem hohen Bedarf an Deutsch-Kursen gerecht zu werden.

3. Demokratieförderung, Antidiskriminierung, Erinnerungsarbeit und Extremismusprävention

3.1. Die aufgeklärte demokratische Haltung der Stadtbevölkerung stärken

Wir sind überzeugt, dass die Gestaltung einer weltoffenen Einwanderungs- und Vielfaltsgesellschaft nur mit intensiver Demokratieförderung, Antirassismusbearbeitung, Erinnerungsarbeit und Extremismusprävention gelingen wird. Dies wird besonders durch aktuelle gesellschaftliche Entwicklungen – sei es in Form rechtsextremer oder radikalreligiöser Tendenzen oder in Form einer sich verschärfenden gesellschaftlichen Konflikt- und Spaltungslinie deutlich. Diese Spaltungslinie, die sich mit den Themen Migration und Einwanderung vertieft hat, drückt sich besonders im Erstarken nationalistischer und antidemokratischer Haltungen in unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen aus.

>>>> Um diesen Entwicklungen präventiv zu begegnen und etwas entgegenzusetzen, setzen wir uns ein für die Stärkung zivilgesellschaftlicher Kräfte und der Akteur*innen in bildungspolitischen und pädagogischen Handlungsfeldern, für die Förderung demokratischer Teilhabe und für ein vielfältiges, gewaltfreies und demokratisches Miteinander.

Bereits seit über zehn Jahren setzt Darmstadt Bundesprogramme zur Demokratieförderung auf kommunaler Ebene in einer Lokalen Partnerschaft für Demokratie um. Wir wollen, dass die im Jahr 2017 im Rahmen des Programms „Demokratie Leben!“ zum ersten Mal als

Veranstaltungsreihen konzipierte Demokratiereihe weiter durchgeführt wird. Fachkräfte und die breite Öffentlichkeit sollen weiter sensibilisiert und im Umgang mit antidemokratischen Haltungen gestärkt werden. Dazu gehört die Auseinandersetzung mit Themen wie Nationalismus und Populismus in der Einwanderungsgesellschaft, Antiziganismus und Antisemitismus, Homophobie, Muslimfeindlichkeit und radikalreligiöse Tendenzen. Unterschiedliche Veranstaltungsformate wie Workshops, Informationsveranstaltungen, Demokratiekonferenzen, Podiumsdiskussionen, Projekte und Aktivitäten unter anderem auch mit Jugendlichen im schulischen und außerschulischen Bereich sollen weiterhin dazu dienen, unserer Stadtbevölkerung und unsere Fachkräfte in ihrer aufgeklärten demokratischen Haltung zu stärken.

Die erfolgreiche und wirksame Umsetzung solcher Projekte braucht eine breite Basis und ein gut funktionierendes Netzwerk: In der Partnerschaft für Demokratie und der AG Aktion Weltoffenes Darmstadt! sind Vertreter*innen aus den Bereichen Politik, Wirtschaft und Arbeit, Bildung und Religion vertreten, darunter die christlichen Kirchen, die Jüdische Gemeinde, MigrantInnenselbstorganisationen, Hochschulen, Schulen, Studierendenvertretung, Jugendring, Vertretung der Schüler*innen und Gewerkschaften (Gewerkschaftsjugend). Ein besonderes Kennzeichen des Darmstädter Netzwerks ist die Einbeziehung und die aktive und gestaltende Teilnahme von Vertreter*innen der Minderheiten, so der Landesverbands der deutschen Sinti und Roma oder die Interessengemeinschaft der Darmstädter MigrantInnenselbstorganisationen.

>>> Die Netzwerke „Partnerschaft für Demokratie“ und „AG Aktion Weltoffenes Darmstadt!“ sollen weiter ausgebaut und in ihrer ehrenamtlichen Arbeit gestärkt werden.

>>> Wir werden auch in den nächsten Jahren den Preis für Gesicht zeigen! verleihen und damit ein deutliches Zeichen für Zivilcourage setzen.

3.2. Erinnerungsarbeit als Aufklärung und Zukunftsaufgabe

In Darmstadt gehen Demokratieförderung, Antirassismuarbeit und Erinnerungsarbeit Hand in Hand. Wir verstehen Erinnerungsarbeit als Aufklärung und Zukunftsaufgabe und sind überzeugt, dass diese Arbeit angesichts der aktuellen (welt-)politischen Lage zunehmend wichtiger wird. In Darmstadt gibt es eine lange Tradition des Gedenkens an die Zeit des Nationalsozialismus und der Kontaktpflege zu den ehemaligen Darmstädter jüdischen Mitbürger*innen. Wir betonen die Bedeutung der Darmstädter Gedenkjahre „Gegen das Vergessen!“, die sich mit ihren jeweiligen Schwerpunktsetzungen intensiv mit dem Nationalsozialismus, der Verfolgung und Vernichtung von Juden, Sinti und Roma im Holocaust sowie dem II. Weltkrieg auseinandersetzen.

>>> Wir werden in 2021 mit zahlreichen Veranstaltungen im Rahmen der Kölner Initiative „1700 Jahre Jüdisches Leben in Deutschland“ die jahrhundertlange Präsenz jüdischen Lebens in unserer Region sichtbar machen. > Kultur

Das gebündelte Engagement vieler zivilgesellschaftlicher Gruppen und Initiativen, darunter viele aktive Schüler*innen, hält unsere wichtige Tradition der Erinnerung am Leben und füllt sie auch mit Leben. Im Sinne der Erinnerungsarbeit als Aufklärung und Zukunftsaufgabe halten wir auch die Auseinandersetzung mit unserer jüngeren Vergangenheit für ausgesprochen wichtig, wie beispielsweise das Gedenken an die rassistischen Angriffe in Hoyerswerda, das sich 2021 zum 30. Mal jährt. Wir werden auch in Zukunft Themen unserer neueren Vergangenheit bearbeiten.

3.3. Auf allen Ebenen vernetzt für eine demokratische und solidarische Gesellschaft

In diesem Sinne unterstützen wir das Hessische Plädoyer für ein solidarisches Zusammenleben, das unter dem Motto „Die Würde des Menschen zu schützen ist Sinn der Demokratie“ steht und dessen Unterzeichnende sich klar und eindeutig gegen Rassismus, Menschenfeindlichkeit und Ausgrenzung wenden und für die Freiheit als Kern der Menschenwürde sowie für Gleichheit, Respekt und Teilhabe in unserer Gesellschaft positionieren.

>>> Letztendlich werden wir die internationale Vernetzung im Bereich der Demokratieförderung, die wir mit dem Beitritt zur europäischen Städtekoalition gegen Rassismus der UNESCO eingeleitet haben, ausbauen und vorantreiben.

3.4. Proaktiv gegen jede Form von Diskriminierung handeln

Diskriminierung aufgrund der ethnischen Zugehörigkeit, aufgrund des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung oder aufgrund einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität nehmen wir in unserer Stadtgesellschaft nicht hin! Wir sehen es weiterhin als notwendig an, auf kommunaler Ebene proaktiv, steuernd und präventiv zu handeln. Ein*e lokale*r Antidiskriminierungsbeauftragte*r könnte hier durch Bedarfserhebung und Entwicklung einer Antidiskriminierungsrichtlinie Maßnahmen gezielt koordinieren und umsetzen.

Wir haben bereits mit der Einrichtung einer Koordinierungsstelle LSBT*IQ den ersten Schritt getan, damit Diskriminierung aufgrund von Geschlecht und sexueller Zugehörigkeit entgegengewirkt wird. > *Queeres Darmstadt*

>>>> Es existieren weitere Diskriminierungsmerkmale wie Alter, Ethnie oder Weltanschauung und wir werden Maßnahmen entwickeln, die dazu beitragen, dass in unserer Stadt kein Mensch einen anderen diskriminieren kann.

>>> Wir setzen uns darüber hinaus für ein Antidiskriminierungsgesetz auf Landesebene (siehe Forderungen an Land und Bund) ein.

3.5. Präventiv gegen jede Form des Extremismus

Das Erstarken extremistischer Ideologien und Haltungen und der Gefahr der gesellschaftlichen Spaltung müssen wir auch auf lokaler Ebene etwas entgegensetzen. Neben rechtsextremen Tendenzen müssen wir uns in Darmstadt seit einiger Zeit auch mit

radikalreligiösen Tendenzen (insbesondere Salafismus) sowie Muslimfeindlichkeit als immer größere Herausforderung auseinandersetzen.

Wir haben daher die Einrichtung einer DEXT-Fachstelle (Demokratieförderung und Extremismusprävention) beim Amt für Interkulturelles und Internationales unterstützt, die insbesondere Fachkräfte im Umgang mit demokratiefeindlichen und extremistischen Tendenzen Handlungssicherheit geben soll. Primär sollen folgende Zielgruppen erreicht werden: Lehrkräfte und Erzieher*innen in Schulen und Kitas, Fachkräfte aus der Kinder- und Jugendarbeit und der Schulsozialarbeit, MigrantInnenselbstorganisationen (Vereine von Migrant*innen), Jugendverbände und -einrichtungen, Vereine, Ämter (insbesondere das Jugendamt), Akteur*innen der Stadtteilarbeit und die breite Öffentlichkeit. Sekundär ebenfalls erreicht werden sollen: Politik und Verwaltung, Sportvereine, Bildungseinrichtungen, Geflüchtete und Geflüchtetenhilfe.

4. Internationalisierung und Vernetzung, europäischer Zusammenhalt und nachhaltige Entwicklung weltweit

4.1. Eine internationale Wissenschaftsstadt braucht eine international ausgerichtete Stadtverwaltung

Die Stadt Darmstadt als international ausgerichteter Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort braucht eine international handelnde Verwaltung. So vielfältig und international ausgerichtet die Wirtschaft, die Wissenschaft, die Kultur und die Bevölkerung Darmstadts sind, so international ausgerichtet soll auch ihre Verwaltung werden.

>>> Wir möchten eine Internationalisierungsstrategie für unsere kommunale Verwaltung, die die Fachämter und Einrichtungen der Stadtverwaltung gemeinsam gestalten sollen.

Der Austausch mit unseren Partnerstädten und mit anderen Kommunen im Ausland kann unsere Innovationskraft erhöhen und neue Ideen für Problemlösungen bringen. Damit erreichen wir höhere Servicequalität, Effektivität und Effizienz auch für die Bürger*innen unserer Stadt. Internationalität soll eine Querschnittsaufgabe in unserer Verwaltung werden.

4.2. Mit internationalem kommunalem Fachaustausch Ressourcen für die Stadt gewinnen

Wir möchten den internationalen kommunalen Fachaustausch zu einem strategischen Ziel der Stadt machen. Die Wissenschaftsstadt Darmstadt pflegt seit über sechs Jahrzehnten partnerschaftliche Beziehungen zu 15 Städten in Europa und seit 2017 mit der Stadt San Antonio in den USA sowie eine Städtefreundschaft mit Naharyia in Israel. Die zahlreichen Bürger-, Schul- und Kulturaustausche mit unvergesslichen Festen dank der Beteiligung vieler engagierter Darmstädter*innen bereicherten das Leben in Darmstadt über ein halbes Jahrhundert. Sie sind selbstverständlicher Bestandteil des öffentlichen Lebens geworden. Persönliche Beziehungen zwischen Einwohner*innen beiderseits sind entstanden, engagierte

Bürger*innen aus Darmstadt gründeten Partnerschaftsvereine.

Diese über Jahrzehnte gewachsenen Beziehungen von Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft zu den Partnerkommunen im Rahmen der Städtepartnerschaften bieten nun eine breite Basis für erweiterte Zusammenarbeit auf der Fachebene zum Wohle aller Menschen.

Gerade die aktuelle Corona-Krise hat die Notwendigkeit für intensiveren Fachaustausch zwischen Städten deutlich gemacht und beispiellos gezeigt, dass städtepartnerschaftliche Beziehungen besonders vertrauensvolle und daher effiziente Kommunikationswege bieten. Wir sehen diese Arbeit in vielen Bereichen als Exportmodell: in der nachhaltigen Stadtentwicklung, der Kulturförderung, dem Klimaschutz, der Demokratieförderung und dem kommunalen Integrationsmanagement, in den Bereichen Soziales und Gesundheit, in der Frauenpolitik oder in der Bürgerbeteiligung. Wir wollen unsere Best-Practices und unsere Expertise mit unseren Partnerstädten und anderen Kommunen im Ausland teilen und gemeinsam mit ihnen an Problemlösungen für unsere Zeit und für das Gemeinwohl arbeiten.

4.3. Europäischen Zusammenhalt stärken

Durch die historische Entwicklung der Städtepartnerschaften war europapolitische Arbeit lange Zeit eingebettet in die Maßnahmen und Aktivitäten von Städtepartnerschaften, im weitesten Sinne als übergeordnetes Ziel der „Vermittlung des europäischen Gedankens durch Völkerverständigung“. Bei der Mehrheit der Bürger*innen Europas hat sich ein starkes europäisches Bewusstsein und eine europäische Identität etabliert. Die Entwicklungen der letzten Jahre und insbesondere die zum Teil rückwärtsgewandten Entwicklungen wie das Erstarken nationaler Ideologien mit autoritären und undemokratischen Tendenzen in der Regierungsführung mancher europäischer Länder fordert uns dringend auf, die europapolitische Arbeit von heute neu zu denken.

Wir stehen hinter der „Stuttgarter Europapolitischen Deklaration“ 2018, mit der der Deutsche Städte- und Gemeindebund die Forderung an die EU richtet, „politische Verantwortung für die Kommunen zu schaffen und die Partnerschaft zwischen EU und Kommunen zu sichern!“

Wir wollen europapolitische Themen stärker in die Öffentlichkeit bringen und noch mehr für Europa werben. Hierbei werden Erinnerungskultur und die kritische Auseinandersetzung mit der europäischen Migrations- und Minderheitenpolitik weiterhin zentral sein.

>>> Wir verstehen die Zukunft eines weltoffenen Darmstadts nur in einem vereinten Europa und unterstützen die Arbeit von Bürgerinitiativen wie Pulse of Europe.

4.4. Mit Städtediplomatie in internationale Netzwerke einwirken

Wir setzen uns für eine nachhaltige, soziale und ökologische Welt ein und möchten über die Grenzen Europas hinaus die internationale kommunale Zusammenarbeit stärken.

Bis vor wenigen Jahren beschränkte sich die Zuständigkeit der Städte und Kommunen in Außenbeziehungen hauptsächlich auf die Pflege von Städtepartnerschaften. Heute

übernehmen kommunale Partnerschaften oft die Funktion als Brückenbauer insbesondere dann, wenn sich auf der nationalstaatlichen Ebene Spannungen ergeben. Die Kontakte zwischen Städten bleiben ungeachtet politischer schwieriger Situationen – wie in jüngster Zeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den USA oder der Türkei – meistens bestehen und eröffnen einen Raum für Dialog.

Die internationale kommunale Zusammenarbeit wird endlich als wertvolle Ressource für die Außenbeziehungen der Bundesrepublik erkannt. Wir sind überzeugt, dass wir uns durch lokales Handeln und lokale Politiken an der Lösung globaler Probleme – wie des Klimawandels oder Fluchtbewegungen – im Rahmen der sogenannten „Städtediplomatie“ beteiligen müssen.

>>> Wir werden uns noch stärker in internationalen Netzwerken wie EU Mayors Konvent für Klimaschutz, Mayors for Peace, Mayors against Antisemitism, Städte gegen die Todesstrafe (Cities for Life), Europäische Städtekoalition gegen Rassismus oder Rainbow Cities Network einbringen und diese aktiv mitgestalten.

>>> Wir wollen noch einen Schritt weiter gehen und die Stadtbevölkerung an der Gestaltung des internationalen Profils Darmstadts beteiligen. Wir werden ein Konzept und geeignete Maßnahmen zur Einführung der „Bürgerdiplomatie“ in Darmstadt entwickeln.

4.5. Für eine gerechtere Welt durch nachhaltige Entwicklung

Wir bekennen uns zu unserer Verantwortung für eine nachhaltige globale Entwicklung und haben bereits im November 2018 die Einrichtung einer Koordinationsstelle kommunaler Entwicklungspolitik befürwortet und unterstützt.

Wir wollen für ein friedlicheres und gerechteres Miteinander auch in anderen Ländern der Welt die Umsetzung der Agenda 2030 der Vereinten Nationen umsetzen. Die Durchführung von Maßnahmen in den unten aufgeführten Bereichen der SDGs (Sustainable Development Goals / Ziele für nachhaltige Entwicklung) unterstützen wir: Soziales, Migration und Entwicklung, Klimaschutz und Mobilität, nachhaltige Städte und Gemeinden, nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster sowie Partnerschaften.

Wir wollen eine engere Zusammenarbeit mit den Partnerstädten hinsichtlich Themen der kommunalen Entwicklungspolitik und streben gemeinsame Projekte an, zum Beispiel mit San Antonio und Bursa in den Bereichen Zuwanderung und Flucht oder Fachaustausch und gemeinsame Projekte zwischen Sozialen Diensten, Frauenförderung und Bürgerbeteiligung mit Ushgorod.

Frauenpolitik war von Anfang an international. Ob über Programme zu Städtepartnerschaften, in internationalen Konferenzen oder in Projekten der kommunalen Entwicklungspolitik will die Stadt den Dialog zwischen Politik und Zivilgesellschaft, d.h. mit Frauenrechtlerinnen und Frauenvereinen im und aus dem Ausland intensivieren. Dies unterstützen wir. Auch im Rahmen der internationalen Jugendarbeit sollen Mädchen in Ländern des globalen Südens eine besondere Zielgruppe sein, um ihnen durch Bildung und zivilgesellschaftliche Teilhabe

neue Lebensentwürfe zu ermöglichen.

>>> Auch gegen die Gewalt gegen Frauen in Konfliktregionen soll Darmstadt durch zielgerichtete Projekte aktiv werden. Wir setzen unser Know How zu ihrem Schutz und für eine frauenfreundlichere Welt ein. > Frauenpolitik

Um auf den Klimawandel konzertiert zu reagieren wollen wir anderen Städten im Ausland, vor allem in unserer Partnerstadt Ushgorod, mehr Unterstützung bei der Einführung von Maßnahmen zu Abfallwirtschaft und Mobilität bieten. Diese sollen zudem zur gezielten Verbesserung des lokalen Kleinklimas beitragen, mehr Lebens- und Aufenthaltsqualität sichern und die Gesundheit der Menschen schützen.

Die bisher erfolgreiche Arbeit innerhalb des bundesweiten Bündnisses „Städte Sicherer Häfen“ soll im Rahmen von Entwicklungspartnerschaften erweitert werden, um zusammen mit anderen Partnerstädten und Städten im globalen Süden daran mitzuwirken, die Fluchtursachen zu minimieren.

Ein besonderes Augenmerk lenken wir dabei auf die Einbindung der Migrantengemeinschaften und ihrer Selbstorganisationen in die internationale Zusammenarbeit und die kommunale Entwicklungspolitik.

5. Forderungen an Bund und Land

Eine weltoffene und international ausgerichtete Einwanderungs- und Vielfaltsgesellschaft wird lokal und vor Ort gestaltet, von und mit den Menschen, die dort leben. Das tun wir und das wollen wir auch weiterhin tun.

Viele Zuständigkeiten liegen allerdings noch immer auf Landes- und Bundesebene, weshalb die Kommunen nicht alle Hebel in der Hand haben, um notwendige Veränderungen einzuführen.

>>> Wir fordern daher von Bund und Land die Schaffung gesetzlicher Grundlagen und die Entwicklung von Programmen, damit die Kommunen mehr Handlungs- und Gestaltungsmöglichkeiten haben.

5.1. Für ein modernes Einwanderungsgesetz

Wir unterstützen die Forderungen der Bundespartei Bündnis 90/DIE GRÜNEN nach einem modernen Einwanderungsgesetz, das – anders als das „Fachkräfteeinwanderungsgesetz“ der Bundesregierung – die Interessen und Talente der Menschen mit und ohne sicheren Aufenthaltsstatus, der Herkunftsstaaten und Deutschlands, in Einklang bringt. Wir setzen uns gerade angesichts der neuen Zuwanderung durch Geflüchtete für ein neues Einwanderungsgesetz ein, das mehr Menschen die Möglichkeit gibt einzuwandern, das bürokratische Hürden abbaut und Eingewanderten in Deutschland ein selbstbestimmtes Leben ermöglicht.

>>> Wir fordern ein Einwanderungsgesetz, das Asylsuchenden und Geduldeten – bei

beruflicher Eignung – einen Aufenthaltsrechtlichen „Spurwechsel“ in den deutschen Arbeitsmarkt ermöglicht.

Die bislang bestehende Undurchlässigkeit für Asylsuchende, einen anderen Aufenthaltstitel zu erhalten, hat dazu beigetragen, dass viele Menschen seit langer Zeit durchgehend geduldet werden, aber nicht arbeiten und teilhaben dürfen und ihre Potenziale versanden.

5.2. Für die kommunale Aufnahme von aus Seenot geretteter Geflüchteter

Wir unterstützen die Forderungen der Städte, die sich – wie Darmstadt – als Mitglied im Bündnis der Seebrücke „Städte Sicherer Häfen“ an Bund und Land wenden. Wir fordern von der Bundesregierung und dem Bundesinnenminister, dass diese sich für eine langfristige Lösung zur Sicherung der Aufnahme aus Seenot geretteter Menschen auf europäischer Ebene einsetzen.

>>> Wir fordern die schnellstmögliche Zusage, dass die aufnahmebereiten Kommunen und Gemeinden die aus Seenot im Mittelmeer geretteten Geflüchteten auch aufnehmen können und diese bei Aufnahme, Unterbringung und Finanzierung zu unterstützen.

>>> Wir fordern eine Bund-Länder-Vereinbarung im Sinne einer direkten Aufnahme von aus Seenot Geretteter.

5.3. Für ein Kommunales Wahlrecht

Wir haben auf kommunaler Ebene die Partizipationsmöglichkeiten von Migrant*innen soweit wie möglich ausgeschöpft und die Einführung des Antrags- und Rederechts für den Ausländerbeirat in der Stadtverordnetenversammlung und ihren Ausschüssen aktiv unterstützt. Wir stehen zu einer Beibehaltung des Ausländerbeirats in Darmstadt und fordern weiterhin das kommunale Wahlrecht für alle!

Denn eine Gesellschaft, die einen Teil der Bevölkerung von politischen Entscheidungen ausschließt, verliert ihre demokratischen Grundlagen. Wir können es uns nicht länger leisten, zwei Drittel der ausländischen Bevölkerung von der politischen Willensbildung durch Wahlen auszuschließen.

5.4. Für ein Antidiskriminierungsgesetz

Wir fordern ein hessisches Antidiskriminierungsgesetz, das die Lücken des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) auf Bundesebene wirksam schließt. In dieses Gesetz sollen Schulen und Behörden einbezogen sein. Beschwerdestellen für rassistische und rechtsextreme Vorfälle in diesen Bereichen sowie ein Verbandsklagerecht sollen darin vorgesehen sein. Darüber hinaus soll in der hessischen Verfassung Anti-Rassismus als Staatsziel eingeführt werden.

LSBT*IQ sind sichtbarer – Darmstadt ist queerer geworden Konzepte für lesbische, schwule, bi, trans*, inter* und queere Menschen

Wir GRÜNE setzen uns für die Rechte und Akzeptanz von lesbischen, schwulen, bi, trans*, inter* und queeren Menschen (LSBT*IQ) ein. Wir stellen uns der Diskriminierung von LSBT*IQ entgegen und wollen die enge Zusammenarbeit mit den LSBT*IQ-Akteur*innen in Darmstadt, insbesondere mit dem Verein vielbunt, weiter vertiefen.

vielbunt feierte unlängst sein zehnjähriges Bestehen. Seit seiner Gründung leistet der ehrenamtlich organisierte Verein einen wichtigen Beitrag zu einer toleranten und vielfältigen Stadtgesellschaft. Er gibt queeren Menschen ein Gesicht und wirkt durch Aufklärung homo- und transfeindlicher Diskriminierung entgegen.

Dies unterstützen wir GRÜNE ausdrücklich. Wir sind am Ziel, wenn queeres Leben in Darmstadt selbstverständlich ist und sich LSBT*IQ nicht mehr vor Diskriminierung und Benachteiligung fürchten müssen.

LSBT*IQ sind sichtbarer – Darmstadt ist queerer geworden. Die Stadt zeigt seit Jahren Flagge, ob zum Christopher Street Day, zum Internationalen Tag gegen Homo-, Bi- und Trans*feindlichkeit (IDAHOBIT) oder zum Jahrestag des Stonewall Aufstands in New York. 2016 wurde in der Oetinger Villa eines der bundesweit ersten queeren Zentren geschaffen. Unter der Trägerschaft von vielbunt gibt es dort offene Jugendarbeit, kulturelle Veranstaltungen und Beratungsangebote. 2020 wurde der Prozess für die Errichtung eines Denkmals für die nach §175 verfolgte Homosexuellen abgeschlossen und eine LSBT*IQ-Stelle in der Stadtverwaltung eingerichtet.

>>> Wir setzen uns dafür ein, dass die städtische Koordinierungsstelle ausgebaut wird, um die Diversitykompetenz der Verwaltung weiter zu stärken.

>>> Unser Ziel ist es, in Zusammenarbeit mit vielbunt, der queeren Community in Darmstadt, der LSBT*IQ-Netzwerkstelle Südhessen sowie der Antidiskriminierungsstelle des Landes Hessen und weiteren LSBT*IQ-Akteur*innen Strategien zu erarbeiten und umzusetzen, um queeres Leben in Darmstadt noch stärker zu unterstützen und die Akzeptanz weiter zu fördern.

1. SCHLAU – Aufklärungsarbeit an Schulen

Mit seinem deutschlandweit vorbildlichen Projekt SCHLAU bietet der Verein vielbunt Workshops für Schulklassen und Jugendgruppen an, um hinsichtlich Fragen sexueller Orientierung und geschlechtlicher Identitäten ins Gespräch zu kommen und zu sensibilisieren. Diese Arbeit wird von der Stadt unterstützt und gefördert. > *Bildung*

>>> Wir möchten das Projekt mit einer hauptamtlichen Stelle zur Terminkoordination unterstützen. Diese soll beim Träger vielbunt angesiedelt werden.

>>> Wir setzen uns dafür ein, dass an Schulen qualifizierte Personen benannt werden, die als Ansprechpartner*in für queere Themen zur Verfügung stehen.

2. Bildungsangebote für Mitarbeitende in Kitas

Familienformen werden immer vielfältiger. Es gibt Patchwork- oder Einelternfamilien sowie sogenannte Regenbogenfamilien, in denen mindestens ein Elternteil schwul, lesbisch, bisexuell oder transgeschlechtlich lebt. Auch die geschlechtliche Identität bei Kindern ist nicht immer eindeutig. In Kitas gibt es inter- und transgeschlechtliche Heranwachsende sowie Kinder, die sich später einmal als lesbisch, schwul oder bisexuell identifizieren. Erzieher*innen und Pädagog*innen erleben dies in ihrem Kita-Alltag, sind aber im Umgang diesbezüglich wenig geschult.

>>> Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass die Bildungsangebote für Erzieher*innen um queere Themen erweitert werden, um den Bedürfnissen von inter- und transgeschlechtlichen Kindern gerecht zu werden.

3. Geschlechtsneutrale Toiletten und Sanitäranlagen

In vielen europäischen Ländern sind Unisex-Toiletten bereits Normalität. Sie stehen allen zur Verfügung, sodass der Zwang entfällt, sich beim Gang auf die Toilette für ein Geschlecht entscheiden zu müssen. Zudem werden trans- und intersexuellen Menschen vor dem Vorwurf geschützt, das vermeintlich falsche WC zu nutzen.

>>> Wir setzen uns dafür ein, dass in öffentlichen Gebäuden insbesondere im Zusammenhang mit Renovierungs- und Umbaumaßnahmen sowie bei Neubauten vermehrt geschlechtsneutrale Toiletten einrichtet werden.

>>> In Sportstätten soll bei Baumaßnahmen auf die Verfügbarkeit geschlechtsneutraler Umkleiden und Sanitäranlagen geachtet werden. > Sport

4. Unterbringungsmöglichkeiten für queere Jugendliche bei häuslichen Konflikten

Gerade in der Phase der Identitätsfindung kann es für queere Jugendliche zu Konflikten im Elternhaus kommen, wenn Eltern oder Erziehungsberechtigte eine LSBT*IQ-Identität nicht akzeptieren. Werden die Jugendlichen in ihrer Entwicklung diskriminiert, eingeschränkt oder kommt es gar zu körperlicher Gewalt können psychische Problem die Folge sein.

>>> Wir setzen uns dafür ein, dass das städtische Angebot an betreuten Unterkunftsmöglichkeiten dahingehend erweitert wird, dass auch queere Jugendliche adäquat aufgenommen werden können.

5. Queer im Alter

In Deutschland leben schätzungsweise rund eine Millionen über 65-Jährige, die sich als Lesben, Schwule, Bisexuelle, trans- und intergeschlechtliche Menschen identifizieren. So

vielfältig und unterschiedlich sie und ihre Lebensgeschichten auch sind, was viele von ihnen verbindet, ist die gemeinsame Erfahrung von Ablehnung, Ausgrenzung, Diskriminierung, Denunziation und teilweise auch von Gewalt und Strafverfolgung aufgrund ihrer sexuellen Orientierung und/oder geschlechtlichen Identitäten.

Im Alter sind LSBT*IQ dieser sogenannten Baby-Boomer-Generation aufgrund geringerer familiärer Unterstützung beziehungsweise höherer Kinderlosigkeit stärker auf professionelle Einrichtungen der Altenhilfe angewiesen. Gleichzeitig ziehen sie sich nach allgemeiner Einschätzung aus Wissenschaft und Praxis in Pflegeheimen zunehmend zurück. Oder sie bleiben als LSBT*IQ unsichtbar, da die eigene Identität aus Angst vor erneuter Zurückweisung nicht selten verborgen gehalten wird.

>>> Wir wollen für queere Menschen im Alter ein diskriminierungsfreies Umfeld schaffen, in dem sie Akzeptanz und Respekt erfahren. Dafür sollen den Mitarbeiter*innen von entsprechenden Einrichtungen und Pflegediensten Schulungen und Fortbildungsmaterial angeboten werden. Wo nötig, sind vor Ort Beratungsmöglichkeiten zu schaffen.

>>> Ferner setzen wir uns dafür ein, dass in Kooperation mit dem Seniorenbeirat Maßnahmen für queere Senior*innen erarbeitet werden.

6. LSBT*IQ noch sichtbarer machen

Die Präsenz von LSBT*IQ in Werbung und Film-Produktionen erhöht ihre Akzeptanz innerhalb der Bevölkerung. Zu diesem Ergebnis kam Ende 2019 eine repräsentative Umfrage der amerikanischen LSBT*IQ-Organisation GLAAD und des Konsumgüter-Konzerns Procter & Gamble unter über 2.000 erwachsenen US-Bürger*innen.

>>> Wir setzen uns dafür ein, dass die Stadt sowie die kommunalen Unternehmen in Werbeanzeigen und Publikationen darauf achten, die Vielfalt unserer Bürgerschaft zu zeigen, beispielsweise durch die Abbildung von Regenbogenfamilien.

>>> Uns ist es wichtig, dass in Kindertagesstätten und Schulen auch Bücher angeschafft werden, die die vielfältigen Lebensweisen altersangemessen thematisieren.

7. Queer international

Der Stonewall-Aufstand in der New Yorker Christopher Street im Jahr 1969 markiert einen Wendepunkt in der Geschichte sexueller Minderheiten. Seither setzen sie sich in den USA sowie in vielen anderen Ländern der Welt selbstbewusst für ihre Rechte ein. Doch nicht überall sind sie akzeptiert und rechtlich gleichgestellt. Auch in einigen unserer Partnerstädte erfahren LSBT*IQ Ausgrenzung.

Unter den Geflüchteten, die in den vergangenen Jahren nach Darmstadt kamen, sind ebenfalls queere Menschen. Diese haben es in den Gemeinschaftsunterkünften oft besonders schwer, da in vielen Kulturen Trans- und Homofeindlichkeit noch weit verbreitet sind.

>>> Wir setzen uns für Schulungsangebote innerhalb des Bereichs Asyl- und Ausländerwesen ein, um Beschäftigte für die Bedarfe queerer Menschen zu sensibilisieren und

Lösungsmöglichkeiten in Fragen der Unterbringung zu erarbeiten.

>>> Wir wollen die politische Teilhabe und gesellschaftliche Akzeptanz von LSBT*IQ in unseren internationalen Partnerstädten durch gegenseitigen Austausch weiter verbessern.

8. Queer im Sport

Sport ist traditionell von einer eindeutigen Trennung nach Stereotypen geprägt. Im Training, in Wettkämpfen, auf Weltranglisten und bei Olympia ist die Aufteilung nach Mann und Frau grundlegendes Prinzip. An gemeinschaftlichen sportlichen Aktivitäten teilzunehmen, stellt daher für queere Menschen meist eine Herausforderung dar.

>>> Wir setzen uns dafür ein, dass mehr Sportangebote für queere Menschen initiiert werden.

>>> Vereine, die Projekte für trans* und inter* Jugendliche und Erwachsene sowie LSBT*IQ-Menschen im Allgemeinen schaffen möchten, sollen bei der Umsetzung dieser Projekte von der Stadt unterstützt werden. Die städtische LSBT*IQ-Stelle soll hierbei eine koordinierende Rolle einnehmen.

Selbstbestimmung, Gleichberechtigung und die Hälfte der Zeit, Macht und Verantwortung den Frauen

Die Parteigeschichte und Politik der GRÜNEN ist geprägt von Feminismus und dem Kampf für Gleichberechtigung. In Darmstadt sind wir bereits 1985 mit einer weiblichen Spitze in die Stadtverordnetenversammlung eingezogen. Wir haben gemeinsam viel erreicht. Frauen haben sich mehr Rechte, mehr Chancen und mehr Repräsentanz erkämpft. Aber wir sind noch lange nicht am Ziel und müssen uns weiter engagiert gegen Ewiggestrige und Tendenzen der Retraditionalisierung stellen.

Bis Selbstbestimmung, Gleichberechtigung und die Hälfte der Zeit, Macht und Verantwortung für Frauen Realität werden, bleibt eine offensive Frauenpolitik eines unserer Kernthemen. Wir GRÜNE stehen für eine eigenständige Frauenpolitik und setzen uns gleichzeitig dafür ein, dass die Bedürfnisse von Frauen und Mädchen auch in allen anderen Politikfeldern endlich die Berücksichtigung erfahren, die sie verdienen.

1. Selbstbestimmung

Wir wollen, dass Frauen in allen Lebensphasen und in allen Lebensentwürfen ein selbstbestimmtes und gewaltfreies Leben ermöglicht wird.

1.1. Schutz vor häuslicher Gewalt

Sexualisierte, physische und psychische Gewalt gegen Frauen insbesondere im häuslichen Bereich ist für viele Frauen leider immer noch Alltag. Nur wer ausreichend Unterstützung und Schutz vor Gewalt durch sicher finanzierte Strukturen und Hilfsangebote auf Augenhöhe erfährt, kann auch selbstbestimmt und frei leben. Deswegen ist die Stärkung von Frauenrechten, die Ausweitung und Festigung des Gewaltschutzes sowie dessen gute und sichere Finanzierung für uns GRÜNE unverhandelbar.

In den Corona-Zeiten hat sich gezeigt: In Darmstadt besteht bereits ein sehr gutes Netzwerk gegen häusliche Gewalt. Die präventiven Maßnahmen wurden in den vergangenen Jahren ausgebaut, das Frauenhaus, die Fachberatungsstelle gegen sexuelle Gewalt sowie eine wirkungsvolle Täterarbeit stehen auf einem sicheren finanziellen Fundament. Das reicht aber noch nicht. Die Verhütung geschlechtsspezifischer Gewalt ist für uns weiterhin ein zentrales Thema.

>>> Wir setzen uns dafür ein, dass die Istanbul-Konvention auf kommunaler Ebene umfassend umgesetzt wird. Ausgehend von einer Bestandsaufnahme werden wir eine Bewertung vornehmen und weitere Schutzmaßnahmen und passgenaue Hilfsangebote auf den Weg

bringen.

>>> Wir wollen die Kapazität des Frauenhauses analog zu den Forderungen der Istanbul-Konvention auf mindestens 16 Familienzimmer und barrierefreie Zugänglichkeit ausbauen.

Es muss klar sein, dass es in Darmstadt eine Null-Toleranz-Haltung gegenüber geschlechtsspezifischer Gewalt gilt. Prävention fängt für uns bereits im Kindesalter und mit gezielter Mädchen-Empowerment-Arbeit an. Neben finanzieller Unterstützung braucht es eine öffentliche Debatte über Gewaltverhältnisse und strukturelle Gewalt sowie Sensibilisierungsarbeit.

Da Gewaltschutz und Gewaltprävention gesellschaftliche Pflichtaufgaben sind, die kommunal gesteuert, aber von Bund und Land finanziert werden müssen, setzen wir uns als GRÜNE auch im Rahmen unserer Möglichkeiten auf Landes- und Bundesebene aktiv dafür ein, dass diese Themen den Stellenwert bekommen, den sie brauchen.

>>> Wir GRÜNE machen uns dafür stark, dass in Darmstadt jede Frau, ungeachtet ihrer Herkunft, Ethnie, ihres Alters oder ihres sozialen Status, auf ein breites Unterstützungsnetzwerk zurückgreifen kann.

1.2. Weitere Dimensionen von Gewaltschutz

Neben der Gewalt im häuslichen Nahbereich erfahren Frauen häufig auch in anderen Situationen sexualisierte und sexuelle Gewalt. Dabei trifft es oft sogenannte Randgruppen, wie zum Beispiel Frauen, die in Berufsfeldern arbeiten, die sozial wenig Ansehen genießen oder Frauen, die nur sporadisch einen oder gar keinen festen Wohnsitz haben. Für diese Fälle braucht es ein Auffangnetz in Darmstadt, an dem wir GRÜNE gemeinsam mit Trägern arbeiten wollen. Ein Beispiel für bereits bestehende und unterstützenswerte Strukturen ist das Projekt OYA als Ansprechpartner für Sexarbeiterinnen in der Straßenprostitution.

>>> Wir setzen uns dafür ein, dass der Gewaltschutz im nicht-häuslichen Bereich weiter ausgebaut wird.

Darmstadt ist nicht nur Wissenschaftsstadt, sondern bietet auch eine vielfältige Club- und Kulturszene. Das Abend- und Nachtleben steht für viele Frauen aber in Verbindung mit unangenehmen Situationen oder Grenzüberschreitungen. Kampagnen wie „Ist Luisa hier?“, die ein niederschwelliges Hilfsangebot für Frauen und Mädchen bei sexueller Belästigung darstellt und an der viele Clubs und Bars in Darmstadt bereits teilnehmen, unterstützen wir und wollen sie bekannter machen.

>>> Wir möchten, dass in allen Darmstädter Clubs kostenlose Schnelltests für K.O.-Tropfen zur Verfügung gestellt werden.

>>> Wir werden die öffentliche Debatte und Sensibilisierung weiter voran treiben, damit der Clubbesuch für alle Menschen ohne negative Zwischenfälle verläuft und auch der Heimweg sicher ist.

1.3. Freier Zugang zu Beratungsstellen

Zu einem selbstbestimmten Leben gehört auch die Möglichkeit, sich in allen Lebenslagen umfassend und ungehindert informieren zu können. Deswegen stehen wir GRÜNE in Darmstadt an der Seite aller Beratungsstellen, die für Frauen in schwierigen Situationen Anlaufstelle sind, insbesondere bei Fragen der Schwangerschaft und des Schwangerschaftsabbruchs.

>>> Wir stellen uns auch in Zukunft geschlossen Antifeminist*innen in den Weg, wenn diese – egal ob fundamentalistisch oder nationalistisch motiviert – den Zugang zu einer unabhängigen Beratung oder die Arbeit einer Beratungsstellen versuchen zu erschweren oder gar zu unterbinden.

1.4. Soforthilfe nach Vergewaltigungen

Die hohe Dunkelziffer bei Vergewaltigungen zeigt, dass die Anzeige von Fällen sexualisierter Gewalt erleichtert werden muss. Dennoch dürfen Betroffene in dieser psychisch oft stark belastenden Situation nicht zur Anzeige gedrängt werden, sondern sollten den Zeitpunkt ihrer Anzeige selbst wählen können. In Darmstadt gibt es daher bereits die Möglichkeit, nach einer Vergewaltigung medizinische Beweise aufzunehmen, ohne sofort Anzeige zu erstatten. Auf diese Möglichkeit sollten alle Betroffenen, die sich nach einer Vergewaltigung im Krankenhaus, Frauenhaus, Obdachlosenwohnheim oder sonstigen städtischen Einrichtungen melden, hingewiesen werden.

>>> Wir wollen die Möglichkeit der vertrauensvollen und medizinischen Soforthilfe nach Vergewaltigungen weiter bekannt machen und vor allem finanziell absichern.

>>> Wir machen uns für Sensibilisierungstrainings für die Polizei im Umgang mit Fällen sexualisierter Gewalt stark.

1.5. Frauen – und mädchenpolitische Netzwerkarbeit

In Darmstadt leben 80.528. Frauen und Mädchen (Stand 12.2019). Das sind 48,8 % der Bevölkerung. Ihre Interessen werden von zahlreichen Institutionen und Verbänden vertreten. Diese sind teilweise hauptamtlich, in weiten Teilen jedoch ehrenamtlich tätig. Sie bieten Angebote zur Gesundheitsförderung, zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie oder Integration und leisten einen wichtigen Beitrag zur Dokumentation Darmstädter Frauengeschichte sowie zur Frauen- und Sozialpolitik. Diese großartige Arbeit werden wir GRÜNE auch in Zukunft durch eine gute und planbare Finanzierung, sowie Vernetzung und Öffentlichkeitsarbeit sichern.

1.6. Mädchenarbeit – Run like a Girl!

Wir GRÜNE kämpfen dafür, dass alle Mädchen mit dem Bewusstsein aufwachsen, alles schaffen zu können, was sie wollen. Gezielte und adressatenorientierte Mädchenarbeit ist in diesem Zusammenhang ein wichtiges Politikfeld. Die bereits bestehenden Empowerment-

Programme, wie zum Beispiel Wen-Do-Selbstverteidigungskurse, unterstützen wir. Für uns bedeutet Mädchenarbeit, dass alle Mädchen und jungen Frauen – genauso wie sie sind und leben wollen – unterstützt, akzeptiert und gefördert werden. Wir unterstützen die am 26.09.2010 beschlossenen und vom gegenwärtigen Mädchen*arbeitskreis überarbeiteten Darmstädter Leitlinien zur Förderung der Mädchen*arbeit in der Kinder- und Jugendhilfe. Der neue Ansatz umfasst erstmalig Intersektionalität und Queer, versteht sich als explizit rassismuskritisch und antisexistisch und stellt sich gegen Homo- und Trans*feindlichkeiten. Essentiell dabei ist auch die Partizipation von Mädchen* und jungen Frauen.

>>> Wir wollen die Möglichkeiten bereitstellen, Wen-Do-Selbstverteidigungskurse in allen Stadtteilen in Darmstadt weiter auszubauen oder zu starten.

>>> Um Mädchen auch beruflich von den Einschränkungen gesellschaftlicher Rollenbilder frei zu machen, unterstützen wir den Girls Day in Darmstädter Schulen und Unternehmen.

1.7. Hygiene- und Verhütungsmittel dürfen kein Luxus sein

Ein zentraler Aspekt der Selbstbestimmung ist die Bestimmung über den eigenen Körper und die eigene Sexualität. Darmstädter*innen, die über wenig Einkommen verfügen, können über den Verhütungsmittelfonds eine anteilige Kostenübernahme für Verhütungsmittel beantragen. Diese Möglichkeit wollen wir ausbauen.

>>> Wir setzen uns für eine kostenfreie und unbürokratische Ausgabe von Menstruationsartikeln und Verhütungsmitteln in städtischen Einrichtungen wie Bibliotheken, Behörden, Beratungsstellen und öffentlichen Toiletten ein.

>>> Auch die in Darmstadt verfügbaren „Netten Toiletten“, bei denen man in teilnehmenden Restaurants und Geschäften kostenfrei die Toilette benutzen darf, möchten wir besser kennzeichnen und nach Möglichkeit ebenfalls mit kostenlosen Menstruationsartikeln ausstatten.

1.8. Selbstbestimmung in jedem Lebensalter

Frauen sind im Alter sehr viel häufiger von Altersarmut betroffen, was oft mit einer eingeschränkten Teilhabe im kulturellen und gesellschaftlichen Bereich einhergeht. Es braucht Unterstützungssysteme für alleinstehende, ältere Frauen und Konzepte, um die Herausforderungen und Schwierigkeiten von Altersarmut und Einsamkeit durch kommunale Maßnahmen zu lösen.

>>> Wir wollen die Selbstbestimmung im Alter – vor allem in den Quartieren – durch gezielte Projekte und Angebote fördern.

1.9. Selbstbestimmte und geschützte Räume

GRÜNE Frauenpolitik sucht den Dialog, hat aber auch im Blick, dass Frauen und Mädchen selbstbestimmte und geschützte Räume brauchen.

>>> Wir GRÜNE unterstützen Orte wie das Frauenzentrum und kämpfen für ihren Erhalt und entsprechende finanzielle Unterstützung.

1.10. Institutionalisierte Frauenpolitik

Institutionalisierte Frauenpolitik hat in Darmstadt mit dem Frauenbüro, den Frauenbeauftragten, den Frauenförderplänen und der Quote bei den Aufsichtsgremien eine lange Tradition. Zusammen mit den vielfältigen Frauengruppen und -organisationen haben wir in Darmstadt ein breites Frauennetzwerk, das an der Geschlechtergerechtigkeit arbeitet und für diese eintritt. Diese Art der Darmstädter Frauenpolitik wollen wir in den nächsten fünf Jahren in allen Bereichen der Stadtpolitik fortsetzen und stärken. Das Frauenbüro ist dabei die zentrale Fachstelle.

>>> Wir setzen uns dafür ein, dass auf allen Kommunikationswegen der Stadt gendergerechte Sprache verwendet wird.

2. Gleichberechtigung

Chancengerechtigkeit und Gleichberechtigung stehen für uns im Mittelpunkt. Dabei geht es auch darum, die Lebensentwürfe von Frauen in ihrer Vielfalt und Unterschiedlichkeit zu erkennen, zu akzeptieren und zu fördern.

2.1. Europäische Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene

Die Stadt hat 2015 die „Europäische Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene“ unterzeichnet. Wir GRÜNE bekennen uns ausdrücklich zu den Verpflichtungen und Maßnahmen der Charta in den Handlungsfeldern Erwerbsleben, Entscheidungsprozesse, geschlechtsspezifische Gewalt, Geschlechterstereotypen und Ressourcenverteilung. Deswegen haben wir in Darmstadt in der vergangenen Legislaturperiode zusammen mit Vertreter*innen aus Politik und Verwaltung sowie unter großer Beteiligung von Bürger*innen und Expert*innen einen „Ersten Gleichstellungsaktionsplan“ erarbeitet. Im „Ersten Aktionsplan“ liegt dabei der Fokus auf gleichberechtigter Teilhabe am Erwerbsleben. Viele der im EU-Programm vorgesehenen Maßnahmen wie Partizipation, Beratungs- und Unterstützungsstrukturen wurden in Darmstadt bereits umgesetzt. Zentral waren für uns auf dem bisherigen Weg dabei unter anderem die Einführung einer 50%-Quote bei der Besetzung städtischer Aufsichtsräte. Für deren tatsächliche Einhaltung setzen wir GRÜNE uns auch in der nächsten Legislatur konsequent ein. Die Stadtwirtschaft muss bei der Förderung und der Frage nach Frauen in Führungspositionen offensiv vorangehen. > *Wirtschaft und Finanzen*
Jetzt gilt es, den Gleichstellungsaktionsplan weiter umzusetzen und ständig zu evaluieren, anzupassen und weiterzuentwickeln sowie gleichzeitig einen „Zweiten Aktionsplan“ mit Schwerpunkt auf der Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt zu erarbeiten.

2.2. Arbeitsmarktpolitik für Frauen

Ein wichtiger Teil frauenpolitischer Forderungen und Maßnahmen ist die eigenständige Existenzsicherung von Frauen und damit ihre finanzielle Unabhängigkeit. Wir setzen uns für gleiche Karrierechancen für Mütter, Väter und Pflegende ein und fordern gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit. Es braucht einen gleichberechtigten Zugang zu Führungspositionen in Wirtschaft, öffentlicher Verwaltung, Wissenschaft und Forschung sowie lebensphasenorientierte Arbeitszeitmodelle.

In den kommenden fünf Jahren wollen wir die Chancengerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt für Mädchen und Frauen durch zielgruppenspezifische Maßnahmen und Projekte weiter verbessern.

Lokale Frauenbildungseinrichtungen, die im frauenpolitischen Netzwerk fest verankert sind, sollen gefördert werden, damit bedarfsgerechte Qualifizierungs- und Weiterbildungsangebote für Frauen ausreichend zur Verfügung stehen. Bereits bestehende Angebote wie Karriere-Netzwerke, Fortbildungsangebote und Empowerment-Programme für Frauen in der Stadtwirtschaft oder -verwaltung wollen wir noch bekannter machen, damit möglichst viele Frauen davon profitieren. Daneben wird in Darmstadt auch ein unternehmensübergreifendes Netzwerk entstehen, das die verfassungsrechtliche Verpflichtung zur Förderung von Frauen hier vor Ort umsetzt.

>>> Wir machen uns dafür stark, dass auch in den kommenden fünf Jahren städtische Mittel sowie Bundes- und EU-Gelder für die Qualifizierung von Frauen und für Wiedereinstiegsprogramme eingesetzt werden.

>>> Es ist auch künftig erforderlich, die Beschäftigungspolitik und Qualifizierungsprogramme zur Wiederaufnahme von Erwerbsarbeit (z. B. nach Arbeitslosigkeit oder bei beruflichem Wiedereinstieg) auf geschlechtsspezifische Anforderungen auszurichten.

>>> Wir werden gezielte Angebote im Bereich Berufswahl, Kampagnen für Entgeltgleichheit und Förderprogramme für Alleinerziehende auf den Weg bringen.

>>> Wir werden ein Zeichen setzen für die bessere Bezahlung von Menschen in sozialen und pflegenden Berufen. Deswegen wollen wir in Darmstadt bereits jetzt die Entgeltgruppe 8b statt 8a bezahlen.

>>> Auf die konsequente Umsetzung der vorhandenen Gesetze wie dem Hessischen Gleichberechtigungsgesetz werden wir in unserer Stadt ein besonderes Augenmerk legen – gerade der Öffentliche Dienst muss hier mit gutem Beispiel voran gehen.

>>> Mädchen und Frauen mit Fluchterfahrung wollen wir noch stärker durch gezielte Förderung und Angebote im Bereich von Sprache, psychosozialer Beratung sowie Aus- und Weiterbildung unterstützen.

2.3. Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie

Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie und ist nach wie vor ein zentrales Thema sowohl für Mütter als auch für Väter und von daher schwerpunktmäßig in unserem Wahlprogramm unter

dem Kapitel „Familienpolitik“ ausgeführt. > *Gesellschaftspolitik*

Familie umfasst vielfältige Formen. Insbesondere für Alleinerziehende – mehrheitlich Frauen – hängt die Teilhabe auf dem Arbeitsmarkt von der familienpolitischen Infrastruktur, wie Kinderbetreuung, der familienfreundlichen Personalpolitik der Arbeitgeber*innen usw. ab. In den städtischen Unternehmen und in der Verwaltung zeigen wir, dass Führung teilbar und auch in Teilzeit möglich ist und werben für eine familienfreundliche Personalpolitik. Sensibilisierung, Kooperationen und Anreize sind dabei wirksame Stellschrauben zur Förderung von Gleichstellung in Führungspositionen.

Zur GRÜNEN Erfolgsbilanz in Darmstadt zählt, dass unter unserer Federführung die Versorgung mit Kita-Plätzen bedarfsgerecht ausgebaut wurde. Bei den unter Dreijährigen – den U3s – haben wir eine Quote von 42 %, bei den über Dreijährigen – den Ü3s – liegt die Versorgung bei 102,6 % (31.12.2018). Diese Quoten sind über die letzten Jahre stabil geblieben, obwohl Darmstadt kontinuierlich wächst und viele Familien nach Darmstadt kommen.

>>> Wir treten für die Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie für alle Geschlechter sowie die strukturelle Unterstützung durch Kinderbetreuung ein.

>>> Familienfreundliche Personalpolitik in Unternehmen und Behörden wollen wir unterstützen.

>>> In den nächsten Jahren setzen wir GRÜNE weiter auf einen qualitativ hochwertigen und quantitativen notwendigen Ausbau der Betreuungsangebote. Ein Fokus liegt dabei auf der Schulkindbetreuung. Unser Ziel ist eine gebundene, inklusive, rhythmisierte Ganztagschule, die Qualität und Quantität, Bedürfnisse von Kindern und Eltern zusammendenkt. >

Gesellschaftspolitik > Bildung

Bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie geht es aber aus frauenpolitischer Sicht auch um die gleichberechtigte Verteilung von Verantwortung, Zeit und Macht. Ziel GRÜNER Politik ist die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Erwerbs- und Familienarbeit, denn aktuell leisten Frauen durchschnittlich circa 50 % mehr unbezahlte Sorge- und Reproduktionsarbeit als Männer. Besonders deutlich wurde dies einmal mehr während des Corona-bedingten Lockdowns: Auch wenn sowohl Männer als auch Frauen im Homeoffice waren, übernahmen meist Letztere wie selbstverständlich die anfallenden Sorge-, Pflege- und Bildungsaufgaben. Dadurch waren sie einer enormen Belastung ausgesetzt und vernachlässigten teilweise ihre Erwerbsarbeit. Erste Studien unterstreichen, laut der Heinrich Böll Stiftung, die befürchtete Tendenz, dass es dadurch zu einer Retraditionalisierung der Geschlechterverhältnisse im Privaten kam.

Auch beziehen Mütter im Durchschnitt 13 Monate Elterngeld, während Väter die Leistung nur knapp vier Monate in Anspruch nehmen. Der Großteil der Väter, die Elterngeld beziehen, geht sogar nur zwei Monate in Elternzeit, denn das ist das gesetzlich vorgeschriebene Minimum, um den Bezugszeitraum zu verlängern.

>>> Wir GRÜNE machen uns für eine Sensibilisierung für ungerechte Verteilung und Entlohnung stark.

>>> Auf Bundesebene setzen wir uns dafür ein, dass sich die gesetzlichen Regelungen und die Strukturen ändern, um echte Gleichberechtigung und Wahlfreiheit für Erwerbs- und Familienarbeit zu ermöglichen und zu fördern.

>>> Grundsätzlich sehen wir Homeoffice als eine gute Möglichkeit an, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu steigern und wollen den Ausbau der Möglichkeiten fördern. Dabei muss jedoch unbedingt darauf geachtet werden, dass eine Trennung zwischen Berufs- und Privatleben bestehen bleibt.

>>> Die Arbeit im Homeoffice sollte daher immer freiwillig bleiben und die Begrenzung der Arbeitszeit gesichert werden.

2.4. Start-ups - the future is female

Darmstadt ist Wissenschafts- und Zukunftsstadt und damit ein attraktiver Standort für junge, kreative und spannende Start-ups. Wir GRÜNE wollen Start-ups unterstützen und dabei gezielt junge Unternehmerinnen fördern, denn nur circa 15 % aller Start-up-Gründer*innen in Deutschland sind weiblich. Ein wichtiger Ort für Ideenfindung und Konzepterstellung von Start-ups sind unter anderem Universitäten und Hochschulen. Deshalb streben wir in der Förderung auch eine Kooperation mit der Technischen Universität und den beiden Hochschulen in Darmstadt an.

>>> Wir GRÜNE wollen Kapitalgeber*innen, Investor*innen und junge Unternehmerinnen in Darmstadt zusammenbringen. Ein Förderprogramm soll dabei finanzielle Komponenten umfassen, aber auch Plattform und Netzwerk zum Austausch untereinander sowie mit Politik und Verwaltung sein.

>>> Wir wollen weiblichen Vorbildern, und denen, die es noch werden wollen, Raum geben, ihre Geschichten von Erfolg bis Niederlagen, zu erzählen.

2.5. Interkulturalität

Alle Frauen und Mädchen egal welcher Herkunft sind eine Bereicherung für Darmstadt. Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass ihre Perspektiven, Geschichten und Kompetenzen in Politik und Gesellschaft noch stärker gehört und eingebunden werden. Weiterhin müssen wir alle noch stärker für Formen intersektionaler Diskriminierung sensibilisiert werden, zum Beispiel bei dem pauschalen Absprechen von Sprach- und Bildungskompetenzen, der Wohnungssuche oder dem Zugang zum Arbeitsmarkt, und uns gegen jede Form der Diskriminierung aussprechen und einsetzen.

>>> Wir GRÜNE setzen uns für einen wechselseitigen Austausch von Kompetenzen und Perspektiven ein und unterstützen Initiativen der Selbstorganisation.

>>> Bereits bestehende Programme und Kooperationen wollen wir erhalten und ausbauen. Wir streben an, dass im Rahmen von Projekten wie dem „Girls Day“ oder Stadtteilprojekten zu

Selbstverteidigung und Empowerment noch gezielter Mädchen und junge Frauen mit migrantischer Perspektive angesprochen und eingebunden werden.

2.6. Gender Mainstreaming und Gender Budgeting

Die Verteilung der Ressourcen Geld und Zeit ist zentral bei der Gleichberechtigung der Geschlechter. Gender Budgeting ermöglicht die Analyse, Steuerung und Evaluation des Haushalts bei der Frage, ob und in welchem Umfang haushaltspolitische Entscheidungen einen Beitrag zur tatsächlichen Durchsetzung der Gleichberechtigung leisten und bestehende Nachteile beseitigen. Einnahmen und Ausgaben können mit dem Ziel restrukturiert werden, die Gleichstellung der Geschlechter, auch unter Berücksichtigung der unbezahlt geleisteten Arbeit, zu fördern. Wichtige Analysefelder sind dabei unter anderem die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, öffentlicher Nahverkehr und Infrastruktur wie Bibliotheken und kulturelle Einrichtungen.

>>> Wir GRÜNE setzen uns für die schrittweise Einführung des Gender Budgetings ein.

>>> Perspektivisch sollen alle kommunalpolitischen Maßnahmen im Hinblick auf Gender Budgeting geprüft werden.

2.7. Sport – Finanzen und Vorbilder

Sport spielt in Darmstadt traditionell eine wichtige Rolle. Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass Mädchen und Frauen im Sport gezielt gefördert werden. Dazu gehört, dass wir auch die Sportförderung unter dem Aspekt des Gender Budgetings analysieren und evaluieren. Gleichzeitig wollen wir uns auch die Rollen- und Aufgabenverteilung insbesondere in den ehrenamtlichen Strukturen anschauen und dort gemeinsam mit den Vereinen gezielte Maßnahmen zur Frauenförderung entwickeln und umsetzen.

>>> Wir wollen eine Vorbild-Kampagne in Darmstadt starten, um Mädchen und junge Frauen für den Sport zu begeistern, sei es als Hobby oder im Bereich des Leistungssports.

>>> Um die Gleichstellung auch in der Sprache zu berücksichtigen setzen wir uns für die Umbenennung der Auszeichnung „Darmstädter Sportler des Jahres“ in „Darmstädter Sportler*in des Jahres“ ein.

2.8. Preise und Kommissionen

Gleichberechtigung zeigt sich auch in der Anerkennung der Leistungen von Frauen.

>>> Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass bei der Verleihung von Preisen und der Benennung von Straßen sowohl Kommissionen paritätisch besetzt als auch die Preise und Straßennamen gleichmäßig vergeben werden.

2.9. Stadtentwicklung

Darmstadt ist eine Stadt für alle. Deswegen setzen wir uns dafür ein, dass frauenpolitische Gesichtspunkte bei der Stadt- und Quartiersentwicklung noch mehr Berücksichtigung finden.

Das betrifft Fragen der Raumverteilung, der Offenheit, aber auch der Ermöglichung von gesellschaftlichem Zusammenhalt durch eine inklusive und integrative Bau- und Gestaltungsweise. In Fragen der Sicherheit im öffentlichen Raum muss für uns GRÜNE auch das subjektive Sicherheitsempfinden in der Stadtentwicklung berücksichtigt werden. Passende Maßnahmen wie zum Beispiel eine erhöhte Präsenz von Ansprechpersonen der Sicherheitsbehörden wollen wir umsetzen. > *Ordnung und Sicherheit*

Zukunft durch gute Bildung

Gute Bildung ist der Schlüssel für Chancengleichheit und Teilhabe. Sie fördert die individuelle Entwicklung, sichert Beschäftigung und eigenständige Existenzsicherung, begünstigt Stadt- und Kulturentwicklung und ist bedeutsam für die Gestaltung der Stadt als attraktives Lebens- und Wohnumfeld und zugleich als Wirtschaftsstandort.

Bildungsbiografien setzen heute lebenslanges Lernen voraus. Deshalb heißt gute Bildung für alle, Bildung für alle Altersgruppen. Sie umfasst frühkindliche Grundbildung und Erwachsenenbildung, allgemeine Bildung und berufliche Bildung, schulische und außerschulische Bildung, formale und informelle Bildung, Hochschulbildung und Weiterbildung. Lern- und Bildungsorte sind vielfältig: Familien, Kindertagesstätten, Schulen, Kinder- und Jugendzentren, Vereine, Migrantenselbstorganisationen, Volkshochschulen, Familienzentren, Akademien, freie Bildungsträger, Betriebe, Kammern, Hochschulen, Universitäten und viele mehr.

Wirkungsvolle Bildung stellt die unterschiedlichen Anforderungen und Kompetenzen der Menschen in den Mittelpunkt. Angesichts der Herausforderungen der Wissensgesellschaft, der Strukturveränderungen durch Digitalisierung, des demografischen Wandels, des Rechtsanspruchs auf Inklusion und der Internationalisierung bedeutet gute Bildung, das Bildungssystem an den Biografien zu orientieren. Insofern wollen wir Bildungsstrukturen ermöglichen, die allen Menschen die Teilhabe an Bildung und individuell ausgerichteter Förderung eröffnen.

Die kommunalpolitischen Einflussmöglichkeiten auf Bildung sind vielfältig, müssen aber mit landespolitischen und bundespolitischen Verantwortlichkeiten zusammengedacht und zusammengeführt werden, damit die politischen Ebenen aufeinander wirken und konstruktiv ineinandergreifen.

1. Bildung für Chancen- und Teilhabegerechtigkeit

1.1. Integrierte und individuelle Förderung

Gute Bildung ist für uns GRÜNE mehr als nur Vorbereitung auf das Arbeitsleben und Qualifikation für einen flexiblen Arbeitsmarkt. Mit frühkindlicher Grundbildung und früher Sprachförderung wollen wir die Teilhabe, Inklusion und Integration aller Kinder von Beginn an unterstützen. Schulische Bildung muss Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen vielfältige Lernerlebnisse und -erfolge, Anregungen und soziale Kontakte ermöglichen. Statt einer Schulstruktur, die früh aussortiert, brauchen wir eine Schule, die die Lernenden integriert und individuell fördert und fordert – Begabte genauso wie Benachteiligte. Unabhängig von ihrer Herkunft und ihren sozialen Voraussetzungen muss jungen Menschen

die Möglichkeit geboten werden, sich individuell und ihren Neigungen beziehungsweise Talenten und Zielen entsprechend zu entwickeln.

Als unverzichtbare Bestandteile bei der Vermittlung guter Bildung stehen nach GRÜNEM Verständnis folgende Punkte im Zentrum:

- die Entwicklung einer individuellen und reflektierten, starken und selbstbewussten Persönlichkeit
- die Erziehung zu einem demokratischen Grundverständnis und verantwortlichem gesellschaftlichem Handeln
- das Erlernen sozialer, personaler und fachbezogener Kompetenzen

1.2. Gesellschaftliche Herausforderungen

Die größten Herausforderungen und zugleich auch Chancen für die Bildungspolitik sind derzeit die Gestaltung des technologischen und medialen Wandels, die Internationalisierung und globale Vernetzung, die Notwendigkeit des lebenslangen Lernens, die Pluralisierung der Lebenskonzepte und die Zunahme von Vielfalt. Weitere Entwicklungsanforderungen entstehen durch die Integration von Migrant*innen und die weitere Ausgestaltung der Bildungseinrichtungen zu Stätten lebendiger und selbstverständlicher Inklusion. Daraus entstehen auch neue Anforderungen an die Strukturen und die Organisation der Bildungsangebote in Darmstadt. Für uns GRÜNE bedeutet das:

- Kitas als Orte frühkindlicher Bildung sollen möglichst alle Kinder erreichen und die Sprach- und Persönlichkeitsentwicklung aktiv und auf einem hohen Qualitätsniveau unterstützen.
- Die städtische Schullandschaft ist bedarfsgerecht weiterzuentwickeln und auszubauen.
- Anschlüsse, Übergänge und Einstiege sollen möglichst passgenau in allen Lebensphasen möglich sein.
- Die Vernetzung und Kooperationen in regionalen Bildungslandschaften sind voranzubringen und zu stärken.

1.3. Inklusion statt Ausgrenzung

„Inklusive Bildung“ bedeutet, allen Menschen einen Zugang zu hochwertiger Bildung zu ermöglichen und sie in die Lage zu versetzen, ihre Potenziale zu entfalten. Dies schließt Benachteiligung jeder Art aus. Stattdessen sollen alle Menschen – Ältere, Migrant*innen, Menschen mit Behinderung, Arbeitslose etc. – gleiche Chancen auf dem Bildungs- und Arbeitsmarkt und in der Gesellschaft erhalten. Inklusive Bildung bedeutet gleichberechtigte Teilhabe an den Bildungsangeboten zur Entfaltung und Entwicklung der eigenen Möglichkeiten. Wir GRÜNE stehen für Konzepte einer Bildungspolitik,

- die zukunftsorientiert sind und jeder/jedem die Teilhabe an Bildung ermöglichen.
- die individuelle Förderung und Bildung von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen unabhängig von der sozialen Herkunft garantieren.
- die Vielfalt anerkennen und deren Potenziale nutzen.

1.4. Voraussetzung für gute Bildung sind gute Schulen

Darmstadts Stadtgesellschaft ist vielfältig. Aufgrund der Attraktivität des Standorts wird sie noch differenzierter und bunter werden. Entsprechend braucht Darmstadt eine vielfältige Schullandschaft, bestehend aus Grundschulen, Stadtteilschulen und Gesamtschulen, Förderschulen, Gymnasien, berufsbildenden Schulen und Schulen in freier Trägerschaft. GRÜNE Bildungspolitik möchte daher alle Schulen und Schulformen darin unterstützen, mit unterschiedlichen Profilen zur Kompetenzentwicklung beizutragen, um den Anspruch auf Persönlichkeitsbildung und Bildungsgerechtigkeit zu realisieren.

2. Schulbausanierungsprogramm: Ausreichend finanzielle Mittel für gute Raumkonzepte

Darmstadt ist Bildungsstadt. Die Vielfalt der unterschiedlichen Schulen innerhalb der Stadtgrenzen sucht ihresgleichen. Es gilt, diese weiterhin zu stärken und auszubauen. Bei Schulneubauten ist es wichtig, innovative Raumkonzepte zu entwickeln, die den aktuellen pädagogischen und sozialen Anforderungen gerecht werden. Für die Umsetzung der rhythmisierten gebundenen Ganztagschule sind beispielsweise Funktionsräume wie Mensen oder Aufenthaltsräume für die Mittagspause notwendig. Multiprofessionelle Teams wiederum benötigen vielfältige Differenzierungsräume, die auch für die diversen Betreuungsangebote sinnvoll nutzbar sein sollten. So gilt es, zunehmend Räume zu entwickeln, die ganz unterschiedlich einsetzbar sind.

Starre pädagogische Konzepte mit vorwiegend Frontalunterricht sind größtenteils überholt. Innovativer Unterricht ist in flexiblen, offenen und großzügigen Räumlichkeiten eher möglich als in engen und geschlossenen. Eine angenehme, helle Umgebung und Plätze, an denen in Ruhe etwas erarbeitet werden kann, machen es viel leichter, zeitgemäße Pädagogik einzusetzen. Neue Raumkonzepte sind insofern als Angebote und als Chancen für die Lehrer*innen zu verstehen. Auch hat die Corona-Krise gezeigt, dass weiterhin Waschbecken und Mittel zur Handhygiene in oder vor jedem Klassenraum wichtig sind.

2.1. Gute Schulbauten für Darmstadt

Das Schulbausanierungsprogramm zeigt transparent die bereits umgesetzten Projekte und die Priorität der anstehenden Sanierungsmaßnahmen. Neue Schulbauten entstehen in der Lincoln-Siedlung und im Ludwigshöhviertel. Auch bereits bestehende Schulen werden

entweder saniert oder erhalten Neubauten. Zu nennen ist hier die Bertold-Brecht-Schule, die Heinrich-Hoffmann-Schule und die Christoph-Graupner-Schule. Die Kyritzschule wurde wieder in Betrieb genommen. Darüber hinaus sieht der aktuelle Schulentwicklungsplan für die Primarstufe den Bau von zwei weiteren Grundschulen vor. Diese Projekte sollen schrittweise angegangen werden.

>>> Wir wollen das Schulbausanierungsprogramm fortsetzen, notwendige Schulneubauten auf den Weg bringen und diese Projekte weiterhin mit den notwendigen finanziellen Mitteln hinterlegen.

>>> Wir setzen uns dabei auch dafür ein, dass den Kindern und Jugendlichen ausreichend Entfaltungs- und Freiräume im kreativ-musischen oder im sportlichen Bereich zur Verfügung gestellt werden.

>>> Bei der Projektierung von Sanierungs- bzw. Neubaumaßnahmen für öffentliche Gebäude (Kitas, Schulen usw.) sollen künftig die Anforderungen an eine gesundheitsfördernde – und speziell auch pandemietaugliche – Ausgestaltung Berücksichtigung finden. Dazu soll vor dem Hintergrund der Erfahrungen während der Corona-Pandemie ein Konzept mit grundlegenden Kriterien und geeigneten baulichen Maßnahmen entwickelt werden.

2.2. Sanierung und Ausbau der Beruflichen Schulen

Nach Jahrzehnten des Stillstands werden derzeit mehr als 130 Mio. Euro in die Sanierung und Neugestaltung des Berufsschulzentrums Nord investiert. Damit ist es das größte Schulbauprojekt der Wissenschaftsstadt Darmstadt. In die Planung wurden die Lehrkräfte, die Kammern und die Schulleitungen einbezogen. Der erste Bauabschnitt ist fertiggestellt. Die Mensa eröffnet im Sommer 2021.

Auch haben wir erreicht, dass das Berufsschulzentrum Mitte umfangreich modernisiert wird. Beide Sanierungsprojekte erfolgen nach Kriterien der Energieeffizienz.

>>> Integriert werden soll am Berufsschulzentrum Nord auch ein Lernzentrum für Erneuerbare Energien. Es bietet eine ausgereifte Lernumgebung für den Erwerb fachlicher Kompetenzen in diesem Bereich – ein wichtiger und konkreter Beitrag zum Umgang mit der Klimakrise. > Klimaschutz

3. Inklusion konkret – Eine Chance für unser Schulsystem

Inklusion ist für uns Darmstädter GRÜNE weiterhin eine Herausforderung in der kommunalen Bildungspolitik. Sie findet täglich in den unterschiedlichsten Einrichtungen statt. Die Stadt hat als Schulträgerin inklusive Konzepte entwickelt und umgesetzt. Ein herausragendes Beispiel findet sich im Eberstädter Süden: Die Mühlhalschule als Förderschule mit dem Schwerpunkt „Lernen“ und die benachbarte Ludwig-Schwamb-Schule als Grundschule haben sich gemeinsam auf den Weg zur Inklusion gemacht. Diesen gilt es weiterhin positiv zu begleiten.

In der Lincoln-Siedlung entsteht zurzeit eine neue Grundschule für 400 Kinder. Die Schule soll alle Möglichkeiten einer inklusiven, gebundenen Ganztagschule erhalten. Das Modell zeigt, dass wir konsequent unser Ziel verfolgen, die baulichen Voraussetzungen für gute pädagogische Arbeit zu schaffen. > *Gesellschaftspolitik*

>>> Den Prozess der Inklusion werden wir weiter fördern.

>>> Wir setzen uns dafür ein, dass beim Aufbau der Schulangebote in den neuen Darmstädter Quartieren (z.B. im Ludwigshöhviertel) tragfähige Konzepte zur Inklusion modellhaft entwickelt, konsequent umgesetzt und evaluiert werden. Gleichzeitig soll erfolgreich Erprobtes auf das gesamte Stadtgebiet übertragen werden.

Inklusion gilt als Prinzip für alle Schulformen. Wir GRÜNE werden im Rahmen unserer Möglichkeiten alle Darmstädter Schulen auf ihrem inklusiven Weg unterstützen. Inklusion ist nicht zum Null-Tarif zu erreichen. Wir setzen uns dafür ein, dass auch innerhalb des Schulbausanierungsprogramms weiterhin ausreichend Mittel zur Verfügung gestellt werden, um die räumlichen Rahmenbedingungen für gute inklusive Schulen zu schaffen.

Des Weiteren werden wir den Arbeitskreis Inklusion, in dem unterschiedliche Bildungseinrichtungen sowie innere und äußere Schulverwaltung regelmäßig zusammenfinden, aufgreifen und den Erfahrungsaustausch intensivieren.

>>> Auf kommunaler Ebene werden wir bei Schulneubauten und Schulsanierungen folgende Aspekte berücksichtigen: barrierefreier Ausbau oder Umbau von Schulgebäuden, Bereitstellung von Differenzierungsräumen und Räumen für „praktisches Tun“, offene Lernlandschaften für einen multifunktionalen Einsatz, inklusionsgerechte Sanierung von Turnhallen und bedarfsgerechte Schaffung von Psychomotorikräumen.

4. Corona-Krise als Katalysator für eine Digitalisierungs- und Medienbildungsoffensive an Darmstädter Schulen

Durch die Corona-Krise wurde das Schulsystem vor große Herausforderungen gestellt. Viele Lehrer*innen haben mit Unterstützung der Eltern dazu beigetragen, sie zu meistern und versucht, mithilfe digitaler Werkzeuge den Bildungsauftrag der Schulen soweit wie möglich zu erfüllen. Dabei waren diejenigen erfolgreicher, bei denen die Digitalisierung in der Schule bereits vorangeschritten ist.

Die in der Krise gewonnenen Erfahrungen im Umgang mit digitalen Tools müssen genutzt und gewinnbringend für eine zukunftsweisende Gestaltung des Schulalltags eingebracht werden. Klassischer Unterricht und digitale Lern- und Arbeitsformen werden sich verstärkt ergänzen.

>>> Wir setzen uns dafür ein, dass die Digitalisierungsoffensive des Bundes von der Stadt unterstützt und vorangetrieben wird. Datenschutz und Rechtssicherheit müssen dabei gewährleistet bleiben.

Digitale Systeme sollen in Abstimmung mit den Erfordernissen der Schulen flexibel bereitgestellt werden. Dabei ist eine Verknüpfung mit dem Schulportal des Landes Hessen wünschenswert. Eine generelle Festlegung auf Hardware oder Softwaresysteme einzelner Anbieter*innen sollte möglichst vermieden werden. An den Stellen, an denen der Einsatz geeignet ist, wünschen wir uns die verstärkte Verwendung und die Weiterentwicklung von Open Source Software. Die Angebote der Digitalstadt im Bildungsbereich sollen ausgebaut und mit den Erfordernissen der Schulen vernetzt werden.

Zukünftig muss Schule noch stärker die Anforderungen an Lebens- und Arbeitswelt sowie Studium und Ausbildung reflektieren und digital vernetzen. Der Einsatz digitaler Medien und Plattformen leistet einen Beitrag dazu, die heutige Schülergeneration auf die Herausforderungen der zunehmend digitalen Arbeitswelt und des lebenslangen Lernens vorzubereiten. Zugleich unterstützt er die Möglichkeiten zur Individualisierung des Lernens (zum Beispiel Bereitstellung zusätzlicher Arbeits- und Übungsmaterialien; Tools für Feedback; Möglichkeiten, Lern- und Arbeitsergebnisse zu teilen) und zur engen Zusammenarbeit der Lehrkräfte.

Der im Herbst 2020 von der Stadtverordnetenversammlung beschlossene Medienentwicklungsplan der Wissenschaftsstadt Darmstadt stellt in diesem Prozess einen sehr wichtigen Meilenstein dar und beschreibt sowohl die Themen „Hardware“, „Software“ als auch „Support“ in vorbildlicher Weise. Neben der Verbesserung der Ausstattung an den Schulen selbst (schnellere Internetanbindung, WLAN-Ausbau, Hardware und Software in Klassenräumen und für Schüler*innen) wird auch das Thema eines systematischen Ausbaus von zentralen IT-Dienstleistungen beim Schulamt für die Schulen vorangetrieben.

>>> Wir unterstützen den mit dem Medienentwicklungsplan eingeschlagenen Weg der Digitalisierungsoffensive der Stadt und wollen dessen zügige Umsetzung und die daraus folgenden Schritte mit hoher Priorität sicherstellen.

>>> Wir setzen uns dafür ein, dass alle Schüler*innen einen gleichwertigen Zugang zu digitaler Bildung erhalten. Dies muss unabhängig von den finanziellen Verhältnissen der Familien oder der sozialen Lage erfolgen.

>>> Alle Schulen benötigen eine zukunftsfähige digitale Infrastruktur, um einen digital unterstützten Unterricht zu gewährleisten. Dafür braucht es an den großen Schulen ins Kollegium integriertes IT-Fachpersonal. Kleinere Schulen sollen durch das IT-Fachpersonal des Schulamtes unterstützt werden.

>>> Technische Ressourcen müssen an aktuelle IT-Standards angepasst werden.

>>> Den Lehrenden soll eine entsprechend ihren jeweiligen schulischen Anforderungen personengebundene Ausstattung zur Verfügung gestellt werden, beispielsweise Notebook, Headset, Dokumentenkamera und Webcam inklusive erforderlicher Software. Dabei können kommunale Mittel, Landes- und Bundesmittel in konstruktiver Weise zusammengefasst werden.

4.1. Medienpädagogik

Schulen brauchen ausgebildete Medienpädagog*innen. Diese müssen eng mit Lehrkräften und Schulsozialarbeiter*innen zusammenarbeiten. Im Interesse unserer Kinder und Jugendlichen ist es die gemeinsame Aufgabe aller an unseren Schulen Beschäftigten, eine zukunftsweisende Medienpädagogik unter Zuhilfenahme digitaler Technik pädagogisch und institutionell zu verzahnen.

Mit dem Medienentwicklungsplan wurde ein strategisches Konzept für die informationstechnische Ausstattung der Schulen im pädagogischen Bereich erarbeitet. Damit wurde zugleich die Basis für die konkreten Fortschritte im Bereich der Medienpädagogik in den kommenden Jahren geschaffen.

Das Mediendiplom bietet eine wesentliche Grundlage für die souveräne, kreative und strukturierte Nutzung digitaler Medien. Im Haus der digitalen Medienbildung gibt es Workshops, Online-Veranstaltungen und Diskussionsrunden für verschiedene Zielgruppen.

5. Schulentwicklung in der Bildungsregion Darmstadt und Darmstadt-Dieburg

Bei der Schulentwicklung ist es uns besonders wichtig, dass zur Entkopplung von sozialer Herkunft und Bildungserfolg beigetragen wird: Kinder und Jugendliche sollen, unabhängig vom Elternhaus, die gleichen Bildungschancen haben.

Wichtige Informationsgrundlagen für eine Analyse der städtischen Sozialräume sind der Demografiebericht 2017, der Sozialatlas 2018 und der 1. Bildungsbericht 2019. Sie geben einen guten kleinräumigen Überblick und zeigen die Bedingungen für das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen auf. Jedes Viertel hat andere Problemstellungen, auf die unterschiedlich reagiert werden sollte. Wichtig ist: Je klarer und detaillierter die Probleme benannt werden können, desto besser kann man mit passenden Konzepten reagieren und politisch nachsteuern.

Gemeinsam mit dem bereits vorliegenden Bildungsbericht bietet zudem der aktualisierte Schulentwicklungsplan eine gute Grundlage, um die Darmstädter Bildungs- und Betreuungslandschaft bedarfsorientiert weiterzuentwickeln und dort einzugreifen, wo noch Handlungsbedarf besteht.

So zeigt der 1. Bildungsbericht deutlich auf, wie und wo Bildung in Darmstadt immer noch von der Herkunft abhängt. Die Zahl der Kinder mit SGBII-Bezug hat sich in Kranichstein nicht verändert, in der Kirchtansiedlung ist die Zahl leicht gestiegen. In diesen Quartieren ist der Ausbau von Angeboten frühkindlicher Grundbildung und gezielter Sprachförderung besonders wichtig.

Neu ins Bewusstsein gerückt ist der Entwicklungsbedarf im Verlegerviertel. Die dort lebenden Familien erheben klare Forderungen zur Entwicklung des Sozialraums: nach einer eigenen Schule, nach mehr Grünflächen und einer besseren Betreuungssituation.

>>> Wir setzen uns dafür ein, dass die Forderungen der Familien im Verlegerviertel aufgegriffen und passende Entwicklungskonzepte für das Quartier entwickelt werden.

Anhand des aktuellen Schulentwicklungsplans für die Grund- und Förderschulen wird deutlich, dass der Übergang von der Primar- in die Sekundarstufe bei der Gruppe der Migrant*innen aus den verschiedenen Grundschulen sehr unterschiedlich ist.

>>> Hier sind Hintergründe zu klären und notwendige Anpassungsmaßnahmen anzustoßen. In Stadtteilen, in denen es laut Sozialatlas besonderen Entwicklungsbedarf gibt, soll dieser mit hoher Priorität verfolgt werden.

Die Zahl der an den Grundschulen betreuten Kinder nimmt stetig zu. Daran muss sich die Entwicklung der räumlichen Infrastruktur – also auch der Schulen orientieren. Bei den Planungen ist insgesamt für alle Schulformen das Wachstum der Stadt Darmstadt in den Blick zu nehmen und die Schullandschaft vorausschauend weiter zu gestalten.

Hinsichtlich des Zuschnitts der Grundschulbezirke wollen wir den Bevölkerungszug und die starke Dynamik der Schulentwicklung nutzen, um eine ausgewogene soziale Durchmischung innerhalb der Grundschulen zu erreichen.

>>> Im Süden von Eberstadt muss im Rahmen des Neuzuschnitts der Grundschulbezirke die isolierte Situation der Wilhelm-Hauff-Schule aufgelöst werden, damit in diesem wachsenden Stadtteil mit dem Bereich Klinikum neue gesellschaftliche Vernetzungen entstehen können. Damit wird ein weiterer Schritt hin zu mehr Chancengerechtigkeit realisiert. > Stadtteile

Stärken wollen wir in diesem Zusammenhang weiterhin die Eberstädter Gutenbergschule. Als offene Ganztagschule bietet sie den Jugendlichen schon jetzt – neben dem Kernunterrichtsprogramm und einer vorbildlichen Medienpädagogik – Möglichkeiten für vielfältige Aktivitäten. Durch das Jugendcafé „Kiste“ auf dem Schulhof ist sie mit dem Freizeitangebot vor Ort unmittelbar verbunden. > Stadtteile

>>> Wir setzen uns dafür ein, dass gemeinsam mit allen Akteur*innen eine Strategie entwickelt wird, wie die Gutenbergschule ihre Chancen noch besser nutzen, ihr Profil schärfen und sich zur attraktiven Schule für Kinder und Jugendlichen aus dem gesamten Süden Darmstadts weiterentwickeln kann.

5.1. Bildungsregion Darmstadt und Darmstadt-Dieburg

Wir betrachten den systematischen Ausbau einer regionalen Bildungslandschaft weiterhin als eine wichtige Aufgabe. Ziel einer Bildungsregion Darmstadt/Darmstadt-Dieburg ist, die unterschiedlichen Bildungsbereiche – von der vorschulischen Bildung bis zur Erwachsenenbildung – zwischen der Stadt Darmstadt und dem Landkreis Darmstadt-Dieburg abzustimmen, zu vernetzen und weiterzuentwickeln.

Die Menschen richten ihr Leben nicht nach den Stadtgrenzen und behördlichen Zuständigkeiten aus. Schon seit vielen Jahren beobachten wir im Betreuungs-, Schul- oder Ausbildungsbereich eine Gebietskörperschaft überschreitende Entwicklung. Ein wichtiger

Schritt war die Etablierung des Bildungsbeirats im Jahr 2013. Bildungsplanung wird als gemeinsame Aufgabe verstanden, um Lebens- und Lernorte im Sozialraum zu gestalten. Projekte, wie die Umsetzung des „Pakts für den Nachmittag“, wurden in der Bildungsregion Darmstadt und Darmstadt-Dieburg initiiert und eingeführt.

>>> Wir setzen uns dafür ein, dass die Gespräche zwischen Stadt und Landkreis zur gemeinsamen Entwicklung der Berufsbildenden Schulen intensiviert werden, um zukunftsfähige Zentren aufzubauen.

>>> Der Berufsschulentwicklungsplan ist in abgestimmter Planung zwischen Stadt und Landkreis zu verwirklichen. Eine gemeinsame Schulträgerschaft von Stadt und Landkreis bleibt für uns perspektivisch ein wichtiges Ziel.

>>> Berufsbildende Schulen sollen sich zukünftig verstärkt durch fachliche Schwerpunkte auszeichnen und Zentren der Erwachsenenbildung werden. Dafür ist eine Abstimmung in der Bildungsregion notwendig, die über Kreis- und Stadtgrenzen hinaus wirken sollte.

5.2. Bildungsatlas – Bildungsmonitoring

Bei der Arbeit des Bildungsbeirats geht es auch darum, einen Überblick über die vielfältigen in der Region angebotenen Aktivitäten und Projekte zu erhalten. Alle Angebote sollen weiterhin im „Bildungsatlas“ gesammelt und für Analysen und die Entwicklung von Bildungskonzepten genutzt werden.

Wir wollen auf der Grundlage des Bildungsatlases eine indikatorgestützte Berichterstattung und ein Monitoring implementieren, die kontinuierlich verlässliche Zahlen, Daten und Fakten für steuerungsrelevante Weichenstellungen und Entscheidungen bieten.

>>> Im Rahmen des Bildungsmonitorings sollen individuelle Bildungsbiografien erfasst und analysiert werden. Darüber hinaus ist es Ziel, die Durchlässigkeit und Nutzbarkeit des Bildungssystems für alle Bevölkerungsgruppen transparent zu machen.

>>> Aus dem Bildungsmonitoring werden wir kommunalpolitische Bildungsziele ableiten und umsetzen.

6. Ganztagschulkonzepte

Die Zeit der Corona-Pandemie hat noch einmal deutlich gezeigt, wie wichtig Schule als Sozial- und Lebensraum ist und welche hohe Bedeutung dem Schulsystem für die Organisation der Lebenssituation von Familien zukommt.

Auch nach der Kita-Zeit benötigen Eltern für ihre Kinder ein verlässliches Bildungs- und Betreuungsangebot. Die Zahl der an den Grundschulen betreuten Kinder nimmt stetig zu. Im Schuljahr 2018/19 wurden 2.368 Schüler*innen an Darmstädter Grundschulen am Nachmittag betreut. Das macht einen Anteil von rund 45 % aus, davon entfallen rund 33 % auf die Schulkindbetreuung und rund 12 % auf den Pakt für den Nachmittag. Im Schuljahr 2019/2020 sind drei weitere Grundschulen dem „Pakt für den Nachmittag“ beigetreten, sodass inzwischen

2.527 Darmstädter Kinder innerhalb der Grundschulen betreut werden.

>>> Das Spektrum an ganztägig arbeitenden Schulangeboten und die Bedeutung außerschulischer Lernorte wollen wir entsprechend stärken und ausbauen.

Der „Pakt für den Nachmittag“ hat zum Ziel, einen wesentlichen Beitrag zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie zu mehr Bildungsgerechtigkeit und Teilhabe in der Grundschulzeit zu leisten. Er stellt den Einstieg zu einer personellen und räumlichen Umgestaltung der Grundschule vom Lern- zum Lebensort dar. Wenn aus Lernorten Lebensorte werden, müssen Themen wie Bewegung, Sport, Kultur, Umwelt und Teamarbeit – um nur einige zu nennen – einen höheren Stellenwert in den Konzepten der Grundschulen erhalten. Dafür müssen das Staatliche Schulamt und die Jugendhilfe auch weiterhin auf Augenhöhe ins Gespräch kommen. > *Gesellschaftspolitik* Auch in den kommenden fünf Jahren soll der stetig steigende Bedarf an Schulkindebetreuungsplätzen gedeckt werden.

>>> Das Programm „Pakt für den Nachmittag“ wird von uns weiterhin unterstützt und soll ausgebaut werden.

>>> Vorrangiges Ziel ist für uns GRÜNE darüber hinaus die zügige Entwicklung und der Ausbau von rhythmisierten gebundenen Ganztagschulen. Dazu sind qualitativ hochwertige Konzepte zu entwickeln und umzusetzen.

6.1. Gestaltung von Schulen als Lern- und Lebensort

Bürgerbeteiligung ist uns GRÜNEN in allen Bereichen und für alle Bevölkerungsgruppen wichtig. Wenn es um das Thema „Schule“ geht, stehen bei uns die Schüler*innen im Mittelpunkt! Das bedeutet, wir werden sie zukünftig noch stärker in die Schulgestaltung einbeziehen. Schule ist so nicht nur Lern-, sondern auch Lebensort. Daher soll auch zukünftig, dass Schulhofsanierungsprogramm noch stärker in das Schulbausanierungsprogramm integriert werden.

>>> Wir setzen uns dafür ein, dass inklusive und kind- bzw. jugendgerechte Schulhöfe entwickelt und umgesetzt werden, deren Attraktivität in den jeweiligen Stadtteil ausstrahlt.

>>> Wichtig ist, dass das schulische Umfeld zum Aufenthalt im Freien und zur Bewegung einlädt. Dies führt auch zu einer verbesserten Identifikation mit der Schule.

>>> Das Umweltdiplom wollen wir fortführen und dabei den Fokus noch stärker als bisher auf Klimabildung setzen. > *Klimaschutz*

6.2. Gesundheitsfördernde Schule

Das Thema „Schule und Gesundheit“ wird durch verschiedene, meist unabhängige Förderprogramme abgebildet und umfasst im Wesentlichen die Bereiche Bewegung und Wahrnehmung, Ernährung und Konsum sowie Sucht- und Gewaltprävention.

Für die kommunalpolitische Handlungsebene ist uns GRÜNEN die flächendeckende Ausstattung der Schulen mit Mensen wichtig. Dabei wollen wir, dass für die Schüler*innen ein gesundes Essen regionaler Dienstleister (z. B. über den EAD) angeboten wird. Dies gelingt in

vielen Schulmensen schon heute. Außerdem soll im Voraus noch besser auf den Bedarf an Essen geschaut werden, um so Lebensmittelverschwendung zu vermeiden. Nicht verkaufte Essen sollen z.B. Initiativen wie Darmstädter Tafel e.V. oder Foodsharing Darmstadt e.V. zur Verfügung gestellt werden. Bei der Vergabe von Schulkiosk-Konzessionen wird darauf geachtet, dass die Betreiber möglichst vollwertige Nahrungsmittel und gesunde Getränke führen. > *Umwelt- und Naturschutz*

>>> Wir GRÜNE wollen ein kostengünstiges, gesundes Mittagessen für jedes Kind in Darmstädter Schulen. Die Produkte sollen den Kriterien regional, saisonal sowie biologisch entsprechen und täglich frisch zubereitet werden. > *Gesundheit* **Jeden Tag sollte mindestens ein veganes Gericht zur Verfügung stehen.** > *Umwelt- und Naturschutz*

>>> Den Aufbau und die Arbeit von Schulsanitätsdiensten wollen wir unterstützen und bei Bedarf für die Bereitstellung von geeigneten Räumlichkeiten sorgen.

6.3. Flexible Eingangsstufen

Die intensive Zusammenarbeit von Schulen und Kindertagesstätten im Rahmen der Arbeit des Bildungs- und Erziehungsplans und weiterer Kooperationen kann die Bildungschancen vieler Kinder deutlich verbessern. Der Übergang von der Kindertagesstätte in die Schule kann durch Vernetzung und Austausch im Sinne der Kinder gut begleitet werden.

>>> Wir GRÜNE wollen, dass Grundschulen, die dies wünschen, flexible Eingangsstufen einrichten können. Flexible Eingangsstufe bedeutet, dass die Kinder nach ihren individuellen Voraussetzungen die ersten beiden Schuljahre in einem oder zwei Jahren in altersgemischten Gruppen durchlaufen. Diese Wahlfreiheit ist abhängig von der Zustimmung des Landes und der Bereitstellung von entsprechenden Lehrerstellen.

7. Sozialraumorientierte Schulsozialarbeit

Schulen entwickeln ihre pädagogische Arbeit mit der Zielsetzung, Schüler*innen individuell zu fördern und zur umfassenden Entwicklung ihres persönlichen Potenzials anzuregen. Schule ist somit zentraler Lebens- und Erfahrungsort für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene.

Deshalb nehmen Schulen verstärkt ihre Verantwortung im Bereich der Persönlichkeitsstärkung und Prävention wahr und realisieren vielfältige Projekte, zum Beispiel zum Verhalten in Konflikten, zur Vermeidung von Schulabbrüchen, zur Suchtprävention, zur Bewältigung von Krisensituationen und zur Gewaltvermeidung.

In diesen Feldern besteht die Notwendigkeit, die Arbeit von Lehrkräften mit Angeboten und Möglichkeiten der Schulsozialarbeit konstruktiv zu verschränken.

Der flächendeckende, sozialraumorientierte Ausbau der Schulsozialarbeit wurde bereits realisiert, sodass alle Darmstädter Schulen an Schulsozialarbeit partizipieren. Die letzte Ausbaustufe auch an den Berufsbildenden Schulen wurde durchgeführt. Weitere Themenbereiche wurden in die Arbeit einbezogen, wie zum Beispiel die Unterstützung in

Fragen der sexuellen Identitätsfindung > *Queeres Darmstadt*, der Sucht- und Gewaltprävention sowie verschiedener psychischer Belastungen. Die Umsetzung der Schulsozialarbeit wird regelmäßig evaluiert und die Konzepte werden weiterentwickelt. Die zur Verfügung stehenden kommunalen Mittel werden dynamisiert, was für die Träger der Jugendhilfe zu einer Erhöhung der Zuschüsse führt.

>>> Wir setzen uns dafür ein, dass die Trennung zwischen Landesaufgaben und kommunaler Verantwortung in diesem Bereich überwunden wird. Die Möglichkeiten aller Beteiligten sollen sich an den Bedürfnissen der Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen orientieren und sinnvoll verknüpft werden.

>>> Wir wollen die konstruktive Zusammenarbeit in multiprofessionellen Teams fördern, damit sie zu einer Selbstverständlichkeit werden. Dabei müssen sich alle Beteiligten „auf Augenhöhe“ miteinander abstimmen und ihre Ansätze und Perspektiven zum Wohl der Kinder und Jugendlichen vernetzen.

>>> Wir fördern die sozialraumorientierte Ausrichtung der Schulsozialarbeit durch die vertiefte Vernetzung und Abstimmung der Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit, der Jugendberufshilfe und anderer Angebote mit der Arbeit an den Schulen.

8. Darmstadt als Standort berufsbildender Schulen stärken

Südhessen gehört zu den stärksten Wirtschaftsregionen Europas. Dies basiert vor allem auf der Innovationskraft der Unternehmen und dem Know-how ihrer Mitarbeiter*innen. Es müssen vielfältige Anstrengungen unternommen werden, dass alle Schüler*innen einen qualifizierten Abschluss erreichen und darauf aufbauend studien- oder berufsqualifizierende Bildungsgänge besuchen zu können. Die Darmstädter Schullandschaft soll allen Lernenden die Möglichkeit eröffnen, die Allgemeine Hochschulreife bzw. die Fachhochschulreife und/oder den Abschluss einer dualen Ausbildung zu erwerben.

Die von kommunalen Spitzenverbänden, Hessischer Landesregierung, Wirtschaftsverbänden, Gewerkschaften, Kammern und der Agentur für Arbeit 2020 verabschiedete „Erklärung der Partner des Bündnis Ausbildung Hessen zur Sicherstellung der dualen Ausbildung in Corona-Zeiten“ wird von uns unterstützt und verfolgt.

>>> Allen Jugendlichen ist ein dualer oder vollschulischer Ausbildungsplatz anzubieten, bzw. alle Jugendlichen werden bei ihrem Erwerb der Ausbildungsfähigkeit unterstützt.

8.1. Duales System der Berufsausbildung

Allgemeine und berufliche Bildung sind grundsätzlich gleichwertig. Vor diesem Hintergrund soll als Ziel eine höhere Anerkennung der dualen Berufsausbildung in der Gesellschaft erreicht werden. Das duale Berufsausbildungssystem gilt weltweit als vorbildlich. Die Verbindung von schulischem Lernen und betrieblicher Ausbildung gewährleistet eine hohe Qualifikation derer, die sie absolvieren. Berufsbildende Schulen sind dabei die Zentren, die den

schulischen Teil der dualen Berufsausbildung gewährleisten. Sie sind deshalb von großer Bedeutung für die Stärkung des Wirtschaftsstandorts Darmstadt und der Region Südhessen.

>>> Wir setzen uns dafür ein, dass die berufsbildenden Schulen der Stadt Darmstadt und des Landkreises Darmstadt-Dieburg zukünftig noch enger kooperieren. Dies soll insbesondere durch die Fortschreibung des gemeinsamen Berufsschulentwicklungsplanes und durch Kooperationen mit den berufsbildenden Schulen der umliegenden Landkreise geschehen.

8.2. Gendersensible Berufsorientierung, Förderung von Geschlechtergerechtigkeit auch in der Ausbildung

In Berufs- und Studienorientierung wollen wir GRÜNE noch deutlicher das Aufbrechen der Rollenklischees und die Förderung von geschlechtersensiblen Berufsberatungsangeboten unterstützen. Berufsrollen und Rollenbilder von Frauen in MINT-Berufen sollen stärker thematisiert werden, genauso wie die Bedeutung von Frauen in Politik und Zeitgeschehen oder von Männern in pädagogischen und sozialen Berufen.

>>> Wir wollen deshalb Programme, Projekte und Workshops für eine gendersensible Didaktik und Methodik in allgemeinbildenden und beruflichen Schulen fördern. > *Frauenpolitik*

9. Selbstständige Schulen entwickeln in gemeinsamer Verantwortung von Kommune, Land und Bund

Schulen müssen gesellschaftliche, soziale und technologische Veränderungen aufgreifen und ihre Bildungsangebote wie auch ihre Unterrichtsgestaltung weiterentwickeln. Nur so können sie den Anspruch guter Bildung und individueller Förderung verwirklichen. Die Stärkung der Eigenverantwortung der einzelnen Schule und ihre Vernetzung mit ihrem Lernumfeld vor Ort liefern wichtige Impulse zur konkreten Verbesserung der regionalen Bildungslandschaft und zur Stärkung der Unterrichtsqualität.

Selbstständigkeit und Eigenverantwortung beziehen sich auf die schulischen Handlungsfelder Unterricht, Personal, Budget und Organisation. Bei der Gestaltung des Unterrichts nutzen selbstständige Schulen ihre erweiterte Freiheit dazu, neue pädagogische und unterrichtsorganisatorische Wege zu gehen. Ein Teil der Ressourcen kann in eigener Verantwortung beispielsweise für zusätzliche Förder-, Beratungs- und Lernangebote, Fortbildung oder sozialpädagogische Arbeit in der Schule verwendet werden.

Selbstständigkeit ist kein Selbstzweck, sondern dient der Qualitätsentwicklung von Schule.

Vieles im Bereich der Bildung und Betreuung ist Landesaufgabe. Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass Kommunen, Land und auch der Bund gemeinsam die Entwicklung von guten Schulen voranbringen: beispielsweise beim Ausbau zu Ganztagschulen, beim inklusiven Unterricht, bei der Entwicklung und Umsetzung von Medienkonzepten und der Gestaltung einer passenden IT-Infrastruktur sowie bei der Stärkung der Profilbildung und Eigenverantwortung in selbstständigen Schulen.

>>> Wir GRÜNE unterstützen das Konzept der Selbstständigen Schule und werden auf Schulträgererebene mit den beteiligten Schulen die Umsetzung voranbringen und die Öffnung zum Lernumfeld fördern.

>>> Dabei verfolgen wir die Vision, in Darmstadt zunächst einzelne Modellprojekte auf den Weg zu bringen, in denen die Ressourcen für Schulen aus Bundes- und Landesebene mit denen der Kommune zusammengeführt und in „einer“ Hand zusammen mit den Schulen konstruktiv für die Gestaltung der einzelnen Schulen und der Schullandschaft insgesamt eingesetzt werden.

>>> Ziel ist dabei die Reduzierung von „Reibungsverlusten“ im Zusammenwirken der verschiedenen Ebenen, die Stärkung der Wirksamkeit der eingesetzten Ressource und die Unterstützung der Qualität, der Agilität und Innovationsfähigkeit von Schulen.

>>> Wir setzen uns dafür ein, dass die Übergänge zwischen Kindertagesstätte, Schule, Ausbildungs- und Arbeitswelt sowie lebensbegleitendem Lernen gemeinsam organisiert werden.

10. Produktionsschule für die Darmstädter Bildungslandschaft

Wir machen uns seit Langem für die umfangreiche Förderung von benachteiligten Jugendlichen stark. Wir wollen die Weiterentwicklung von Produktionsschulen fördern und begleiten. Diese sollen Jugendlichen und jungen Erwachsenen zwischen 15 und 27 Jahren eine handlungsorientierte Alternative bieten, um den Übergang von Schule in den Beruf ohne lange Wartezeiten zu meistern. In einer freiwilligen pädagogischen Lerngemeinschaft findet sinnstiftendes Lernen und Arbeiten statt.

In den Werkstätten werden Produkte hergestellt, die marktfähig sind oder es werden konkrete Dienstleistungen angeboten. Bildungsträger wie der Werkhof haben ähnliche Konzepte bereits umgesetzt. Wir wollen sie mit ihren Erfahrungen einbeziehen. In Verbindung mit dem Staatlichen Schulamt Darmstadt soll eine Kooperation entstehen. Eine gemeinsame Konzeptionierung mit dem Landkreis Darmstadt-Dieburg im Rahmen der Bildungsregion Darmstadt und Darmstadt-Dieburg streben wir weiterhin an.

11. Lebenslanges Lernen: Gutes Klima für helle Köpfe

Eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung erfordert eine verstärkte Wertschöpfung durch Wissen. Unter den Bedingungen der gegenwärtigen gesellschaftlichen Transformationsprozesse (Digitalisierung, Komplexität der Anforderungen usw.) sowie des demografischen Wandels muss lebenslanges Lernen fester Bestandteil der Bildungspolitik sein. Deshalb müssen im Bildungsatlas die vielfältigen Weiterbildungsangebote und die große Fülle der Weiterbildungsanbieter*innen ins Blickfeld gerückt werden. Zugleich ist ein passgenauer Ausbau durch spezialisierte Angebote von öffentlichen Schulen und privaten

Trägern erforderlich. Um Chancengleichheit zu schaffen und auch über Weiterbildung dafür zu sorgen, dass Bildungsbenachteiligung nicht „vererbt“ wird, bedarf es zeitgemäßer Angebote, die bedarfsgerechte Zusatzqualifikationen für Jugendliche, junge Erwachsene, Erwachsene und Best Ager ermöglichen. Auch Menschen mit Behinderung, Jugendliche ohne Ausbildung, Geringqualifizierte sowie Langzeitarbeitslose müssen regelmäßig integriert werden und benötigen passgenaue und bezahlbare Qualifizierungsangebote, Beratung und Unterstützung. Die Wahrnehmung von Weiterbildungsoptionen muss durch Darlehen und Zuschüsse unterstützt werden.

Verstärkt wollen wir auch Bildungsmaßnahmen für ältere Menschen in den Blick nehmen und dafür sorgen, dass sie von vorhandenen Angeboten profitieren. Wichtig sind uns die stetige Persönlichkeits- und Fähigkeitsentwicklung, die Integration sowie die soziale und kulturelle Teilhabe aller Generationen.

>>> Wir streben an, dass sich öffentliche und private Bildungsträger zu einem lokalen „Bündnis für Bildung“ vernetzen und gemeinsame Kampagnen gestalten. Ein Internetportal für den Zugang zu lokalen Bildungs- und Weiterbildungsangeboten soll aufgebaut werden.

Eine wichtige Rolle als öffentlicher Bildungsträger spielt in diesem Kontext die Volkshochschule. Sie wird nach der Fertigstellung ins Berufsschulzentrum Nord integriert und soll dort Teil eines Zentrums für lebenslanges Lernen werden.

>>> Die Angebote der Volkshochschule sollen auf einer modernen Website präsentiert werden und buchbar sein.

>>> Wir setzen uns dafür ein, dass die zahlreichen Verbindungen zu Wissenschaft, Wirtschaft und Start-ups genutzt werden, um das Bildungsangebot breiter aufzustellen, auch in Themenbereichen wie Digitalisierung, Soft Skills und Kommunikationsfähigkeit.

12. Lernen an außerschulischen Lernorten

Wie wichtig die digitale Ertüchtigung unserer Schulen ist, haben wir schon an anderer Stelle betont. Aber sie wird nicht ausreichen, um unsere Schulen zukunftsfähig zu machen. Deshalb ist die zweite Lehre, die wir GRÜNE aus der Corona-Krise ziehen, die, dass die Schulen noch stärker die Ressourcen der Stadtgesellschaft nutzen müssen. Hätte es schon vor der Pandemie entwickelte Partnerschaften zwischen Schulen und den zahlreichen außerschulischen Lernorten gegeben, hätten den Lehrkräften viele Alternativen zum Home Schooling oder zum eingeschränkten Unterrichten in sterilen Klassenräumen zur Verfügung gestanden.

Viele außerschulische Partner*innen verfügen über attraktive Räumlichkeiten und können Lernangebote machen, mit denen Ziele des Lehrplans auf anschauliche und motivierende Weise erreicht werden. Deshalb braucht die moderne Schule in Zukunft die Vernetzung mit außerschulischen Lernorten, mit Vereinen und mit Künstler*innen, Schriftsteller*innen und Expert*innen aus allen möglichen Lernbereichen. Darmstadt hat in dieser Hinsicht viel zu

bieten.

Die Förderung fester Kooperationen zwischen den Kitas und Schulen auf der einen und außerschulischen Lernorten und Expert*innen auf der anderen Seite erweitert nicht nur die Angebotspalette der pädagogischen Einrichtungen, sie kann umgekehrt auch dazu beitragen, die ökonomische Situation kleinerer Institutionen und Kulturschaffender zu stabilisieren. Ein Aspekt, der nicht erst seit der Corona-Krise immer mehr an Bedeutung gewinnt.

Die Stadt, die hessische Landesregierung und private Institutionen wie die Bürgerstiftung, die Stiftung der Software AG und viele andere fördern schon seit langem Projektpartnerschaften zwischen Schulen und Akteur*innen der kulturellen Bildung. So gibt es beispielsweise seit mehreren Jahren eine Kulturpartnerschaft zwischen der Mornewegschule und dem Theater Mollerhaus, deren Projekte vom Kulturfonds Rhein-Main und über das Programm Kulturkoffer des Hessischen Ministeriums für Wissenschaft und Kunst gefördert werden.

Die Teilnahme an Angeboten von außerschulischen Lernorten beschränkt sich jedoch in der Regel auf einmalige Aktionen. Eine Anbindung an Lernziele, wie sie in den Lehrplänen festgelegt sind, ist eher zufällig. Wir möchten das ändern.

>>> Wir wollen einen Dialog zwischen den Schulen und interessierten außerschulischen Lernorten anstoßen, um feste Kooperationsstrukturen zu etablieren.

>>> Die Kooperation mit außerschulischen Lernorten scheitert oft am Transportproblem. Deshalb setzen wir uns für den kostenfreien Transport von Lerngruppen aus den Kitas und Schulen außerhalb der Hauptverkehrszeiten durch die HEAG mobilo ein.

>>> In Kooperation mit den angrenzenden Landkreisen wollen wir dieses Angebot auch dahin ausweiten.

Viele Schulen wissen nicht, was außerschulische Lernorte zur Erreichung ihrer Lernziele beitragen können. Umgekehrt fehlt bei vielen Lernorten und Expert*innen die genaue Vorstellung, was für die Kinder und Jugendlichen interessant sein könnte und wie sie es vermitteln können.

>>> Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass außerschulische Lernorte dabei unterstützt werden, interessante Angebote für Kinder und Jugendliche zu entwickeln.

Es gibt viele Möglichkeiten der Förderung von gemeinsamen Projekten zwischen pädagogischen Einrichtungen und außerschulischen Akteur*innen. Aber die Lage ist unübersichtlich und die Antragstellung und Abrechnung oft für kleine Institutionen oder freischaffende Expert*innen zu aufwendig.

>>> Wir setzen uns für Vereinfachung und Beratung derer ein, die eine Kooperation starten wollen.

>>> In diesem Zusammenhang wollen wir das städtische Förderprogramm „Schule kreativ“ wiederbeleben, das vor einigen Jahren von einer privaten Stiftung übernommen und wenige Jahre später eingestellt worden ist.

>>> Schließlich machen wir uns für eine Datenbank stark, in der Pädagog*innen spannende Lernorte und Expert*innen in Darmstadt finden können.

13. Grundbildung und Alphabetisierung

In Deutschland leben 7,5 Mio. Menschen, die über unzureichende schriftsprachliche Fähigkeiten verfügen. Bei vielen von ihnen tritt dieses Phänomen auf, obwohl sie neun bzw. zehn Jahre die Schule besucht haben. Diese sogenannten funktionalen Analphabet*innen sind größtenteils erwerbstätig. Dennoch führt fehlende oder nicht ausreichende Lese- und Schriftsprachkompetenz zu erheblichen Beeinträchtigungen in der Lebensqualität und zur Ausgrenzung am gesellschaftlichen und kulturellen Leben. Teilhabe und persönliche Entwicklung werden verhindert.

Nach wissenschaftlichen Hochrechnungen sollen in Darmstadt circa 10.000 Menschen im Alter zwischen 18 und 65 Jahren von funktionalem Analphabetismus betroffen sein. Wir haben diese Zielgruppe im Fokus. Wir unterstützen das Bündnis der Stadt Darmstadt mit dem Unternehmerverband. Auch darüber hinaus wurden spezielle Angebote entwickelt: Die Stadt Darmstadt nutzt die Möglichkeiten des Projekts AlphaGrund (Arbeitsplatzorientierte Alphabetisierung und Grundbildung Erwachsener), um Beschäftigten zu helfen, die schlecht lesen und schreiben können oder deren Rechenfähigkeiten für ihre Tätigkeit nicht ausreichend ist.

In dem Projekt BilDa bieten die „Lese-, Schreib- und Rechenwerkstätten“ eine individuelle und teilnehmerorientierte Bildung für Darmstädter*innen an. Die kostenlosen Lese-, Schreib- und Rechenwerkstätten gibt es in mehreren Stadtteilen der Stadt. In gemeinsamer Verantwortung mit dem Landkreis Darmstadt-Dieburg wird ein Grundbildungszentrum (GBZ) eingerichtet, um weitere Facetten der Thematik zu entwickeln.

>>> Die oben genannten Angebote sollen evaluiert und bei positivem Verlauf weiter ausgebaut werden. Auch eine Sensibilisierung der Öffentlichkeit ist erforderlich.

Kultur hält unsere Stadt lebendig.

Kunst und Kultur können vieles bewirken: Indem sie Bestehendes hinterfragen und Grenzen überschreiten, schaffen sie Raum für Reflexionen und geben Impulse für Neues. Sie steigern die Lebensqualität der Bürger*innen und stiften Identität. Zudem fungieren sie als wichtiger Standortfaktor, weil sie die Attraktivität einer Stadt erhöhen und diese dadurch für Unternehmen, Fachkräfte und Studierende interessant machen. Grundsätzlich sind Kunst und Kultur jedoch frei und nicht funktionsgebunden. Gesellschaftliche Bedeutung erhalten sie erst in ihrer Wirkung und im Zusammenschluss und Austausch mit anderen. Dies zu fördern, war schon immer Ziel GRÜNER Kulturpolitik in Darmstadt.

Kunst und Kultur spielen in unserer Stadt seit jeher eine große Rolle. Das kulturelle Selbstverständnis zeigt sich bis heute in einer Vielzahl an öffentlichen und freien Kultureinrichtungen und -initiativen. Das Angebot umfasst etablierte Hochkultur sowie eine alternative Szene, international renommierte Einrichtungen wie lokal ausgerichtete Projekte. Diese kulturelle Vielfalt ist für uns Ausdruck gesellschaftlicher Stärke und ein Indiz für eine prosperierende Stadt.

Wir fühlen uns dem erweiterten Kulturbegriff der UNESCO verpflichtet, der Kultur als die Gesamtheit der einzigartigen geistigen, materiellen, intellektuellen und emotionalen Aspekte, die eine Gesellschaft oder eine soziale Gruppe kennzeichnen, versteht.

Unserer Anspruch ist es, alle Darmstädter*innen, ungeachtet von Herkunft, Geschlecht, Bildung und Einkommen, am kulturellen Leben teilhaben zu lassen. Kunst und Kultur sind für uns elementare Bausteine einer offenen und demokratischen Gesellschaft und können ihrerseits zur Inklusion beitragen.

In den vergangenen zehn Jahren ist es durch eine verlässliche und solide finanzierte Förderpraxis gelungen, die wichtige Arbeit der Kultur-Institutionen und -Initiativen für Darmstadt zu sichern und in vielen Fällen noch weiter auszubauen. Für die Freie Szene in allen Gattungsbereichen sind die finanziellen Zuwendungen seit 2011 kontinuierlich erhöht worden.

Die Corona-Krise ist auch für das Kulturleben unserer Stadt eine harte Bewährungsprobe. Für einige Kulturschaffende und die selbstständigen Künstler*innen, vor allem aus der Freien Szene, ist sie existenzbedrohend. Wir tun alles, was in unserer Macht steht, um allen Kulturschaffenden auch in dieser schweren Zeit zur Seite zu stehen: Die Haushaltssperre wurde gesenkt, sodass 2020 mehr Mittel als im Vorjahr verfügbar waren. Sie kamen den Einrichtungen auch zugute, wenn die angekündigten Projekte aufgrund der Corona-

Beschränkungen ausfallen mussten. Mittels eines Hilfsfonds der Stadt konnte weitere Unterstützung geleistet werden.

Nicht zuletzt durch GRÜNE Initiative ist das Hilfsprojekt „Wir für Kultur“ entstanden, mit der die Maßnahmen von Stadt, Land und Bund ergänzt wurden. Die Stadt hat gemeinsam mit dem städtischen Kulturbetrieb Centralstation die Möglichkeit geschaffen, Kulturevents in eingeschränktem Rahmen und unter Einhaltung der geltenden Abstands- und Hygieneregeln wieder stattfinden zu lassen.

Von der Corona-Krise sind nicht nur Künstler*innen und kulturelle Institutionen betroffen, sondern auch diejenigen Akteur*innen aus der Kreativ- und Veranstaltungswirtschaft, ohne deren Know-how und technische Infrastruktur ein vielfältiges kulturelles Leben in unserer Stadt unmöglich wäre. Wir setzen uns dafür ein, dass die Stadt im Rahmen ihrer Möglichkeiten und abgestimmt auf die Landes- und Bundesprogramme prüft, welchen Beitrag sie leisten kann, dem Verlust weiterer Arbeitsplätze in Darmstadt entgegenzuwirken und die hiesigen Selbstständigen vor dem vollständigen Zusammenbruch ihrer wirtschaftlichen Grundlagen zu bewahren.

>>> Uns GRÜNEN ist es wichtig, dass die kulturelle Vielfalt zurückkehrt und langfristig erhalten bleibt, denn sie hält unsere Stadt lebendig. Durch Kommunikations-, Netzwerk- und Strukturangebote wollen wir sie weiter unterstützen.

1. Kulturelle Netzwerke schaffen, Strukturen verbessern

Die Gestaltung der Kultur kann nur im Zusammenspiel der Kultureinrichtungen mit den Ressorts der Stadtverwaltung und politischen Gremien, mit Künstler*innen, der Zivilgesellschaft und der örtlichen Kulturwirtschaft gelingen. Um die Kommunikation zwischen den verschiedenen Akteur*innen und ihren Partner*innen weiterzuentwickeln und mit neuen Themen anzureichern, wurde 2013 ein städtisches Kulturreferat etabliert. Unser Arbeitskreis „GRÜNES Bündnis Kultur“ hat das „Kreative Mittagessen“ als Ort des regelmäßigen Austauschs initiiert. Darüber hinaus sind zahlreiche unabhängige Netzwerke entstanden wie zum Beispiel „Kulturelle Mitte“, Kultur einer Digitalstadt e.V., Kreative Darmstadt e.V. und das Kulturfrauentreffen.

1.1. Potenziale der Digitalisierung nutzen

Die Digitalisierung bietet für den Kulturbereich gleichermaßen Herausforderungen wie Chancen. Wie wichtig es ist, Letztere zu nutzen hat die Corona-Krise gezeigt. Für Kulturschaffende war das Internet häufig der einzige Ort, an dem die eigenen Arbeiten öffentlich präsentiert und diskutiert werden konnten. Der Verein „Kultur einer Digitalstadt“ hat eine Plattform geschaffen, um die kulturellen Aufgaben und Potenziale der Digitalisierung sichtbar zu machen und weiterzuentwickeln. Darüber hinaus hat er einen Dialog mit der Stadtgesellschaft angestoßen. > *Digitales*

>>> Wir setzen uns dafür ein, dass die Arbeit des Vereins Kultur einer Digitalstadt eine breite Vernetzung in der Darmstädter Kulturszene erfährt und adäquate Unterstützung erhält.

>>> Grundsätzlich setzen wir uns für die Entwicklung einer digitalen Schnittstelle ein, um die Kulturarbeit in Darmstadt besser aufeinander abzustimmen und terminliche Überschneidungen zu vermeiden.

1.2. Kultur von und für Studierende und Auszubildende

Wir GRÜNE sehen kulturelle Bildung als Teil der Persönlichkeitsentwicklung. Sie ist in unseren Augen wichtiger Bestandteil eines ganzheitlichen Bildungsbegriffes. Bildung ihrerseits leistet einen wesentlichen Beitrag zum Verständnis von Kultur.

In Darmstadt gibt es fast 45.000 Studierende. Studentische Initiativen wie Schlosskeller und Schlossgarten, 806qm und Glaskasten bieten ihnen, aber auch der gesamten Stadtgesellschaft, ein attraktives Kulturprogramm. Wir GRÜNE haben in der letzten Legislaturperiode das 806qm beim Neubau unterstützt.

>>> Wir setzen uns für den Erhalt dieser zu großen Teilen ehrenamtlich getragenen Institutionen ein. Eine noch engere Vernetzung mit den anderen Kultureinrichtungen begrüßen wir.

>>> Mit einer Öffnung der Campusse für Aktionen und Vorstellungen von Kulturschaffenden sollen Kultur und Bildung enger miteinander verzahnt und gemeinsame Handlungsstränge ermittelt werden.

>>> Auch außeruniversitäre Kulturinstitutionen und Initiativen in Darmstadt, wie zum Beispiel das Staatstheater oder die Freie Szene, bieten attraktive Angebote für Studierende. Diese werden jedoch nur zu einem kleinen Teil ausgeschöpft. Dies möchten wir mit einer gemeinsamen Initiative ändern.

>>> Diese Möglichkeit sollte kein Privileg von Menschen in akademischer Ausbildung sein, sondern allen in Ausbildung offenstehen. Wir setzen uns bei der hessischen Landesregierung dafür ein, dass die Vergünstigungen, die Studierende im Staatstheater Darmstadt erhalten, auch für Auszubildende gelten.

1.3. Clubkultur bewahren

Seit Mitte der 1970er-Jahre hat Darmstadt eine wachsende Club-Landschaft. Goldene Krone, Galerie Kurzweil, Oetinger Villa, 806qm, Schlosskeller, Bessunger Knabenschule, HoffArt und viele andere sind Keimzellen der Jugend-, Sub- und Gegenkulturen und damit unverzichtbare Elemente unserer vielfältigen Gesellschaft. In der Corona-Krise wurden die Clubs als erstes geschlossen und konnten, wenn überhaupt, bisher nur wieder sehr begrenzt öffnen. Die bisherigen Maßnahmen der Bundesregierung reichen nicht aus, um den Kulturschaffenden in der Krise bei der Existenzsicherung zu helfen.

>>> Wir wollen deshalb neue Räume und Veranstaltungsorte mobilisieren, wo Clubevents infektionsschutzkonform wieder stattfinden können.

>>> Die Schaffung einer temporären Open-Air-Clubarena auf dem Messplatz, die den

verschiedenen Veranstalter*innen und Initiator*innen von Clubevents kooperativ zur Verfügung steht, wollen wir prüfen.

1.4. Gründung eines Theaterpädagogischen Zentrums

Darmstadt verfügt mit dem Verein Freie Szene Darmstadt und seinen rund 40 Gruppen über eine große und erfahrene freie Theaterszene. Mit der Sanierung des Mollerhauses haben die Akteur*innen ein modernes, energetisch nachhaltiges Domizil erhalten.

>>> Wir wollen den Erfahrungsschatz und das große Potenzial nutzen und im Schulterschluss mit den Theaterpädagog*innen des Mollerhauses ein Theaterpädagogisches Zentrum in Darmstadt etablieren, das sich neben der aktiven Aufführungspraxis auch auf die Ausbildung von Theaterpädagog*innen spezialisiert. Teile des Ausbildungszentrums könnten im Kreativquartier im Pa*Mo > Stadtentwicklung und Mobilität > Gesellschaftspolitik angesiedelt werden.

1.5. Sanierung von Stadtbibliothek und Justus-Liebig-Haus

Die Stadtbibliothek ist ein wichtiger Faktor der außerschulischen Bildung, denn sie gewährt Menschen mit weniger Geld Zugang zu Literatur, Zeitschriften und anderen Medien. Das Gebäude ist dringend sanierungsbedürftig. Die hier ebenfalls ansässige Volkshochschule wird in absehbarer Zukunft ins Berufsschulzentrum Nord räumlich integriert, sodass im Bürgerpark ein Zentrum „Lebenslangen Lernens“ entsteht. > *Bildung*

>>> Wir setzen uns dafür ein, dass der Zustand der Stadtbibliothek geprüft und ein energetisches Sanierungskonzept erarbeitet wird.

>>> Das Justus-Liebig-Haus als eines der großen zentral gelegenen Bürgerhäuser muss in die Sanierungspläne einbezogen werden.

2. Denkanstöße geben, Neues entdecken, Vorurteile abbauen

Darmstadt ist weltoffen. In unserer Stadt leben Menschen aus vielen verschiedenen Nationen und Kulturen. Uns GRÜNEN ist es wichtig, dass das Kunst- und Kulturangebot dieser Vielfalt Rechnung trägt. Kunst und Kultur haben eigene Werte, sie dürfen nicht von Politik und Wirtschaft vereinnahmt werden und müssen keinen Zweck erfüllen oder gesellschaftliche Defizite kompensieren. Dennoch können sie helfen, Diversität zu gestalten. Indem Kunst und Kultur Begegnungen mit Unbekanntem schaffen, brechen sie alte Denkmuster auf und fördern die Lust, Neues zu entdecken.

>>> Wir setzen uns dafür ein, dass das Kulturangebot für alle zugänglich ist und die gesamte Bevölkerung am Kulturleben teilhaben kann.

2.1. Kulturarbeit der Vielfalt

Gemeinschaftliche Kulturprojekte wie „Kranichstein represent (Deutschland braucht das)“ des Staatstheaters Darmstadt haben gezeigt, wie Theaterarbeit einen vielfältig geprägten Stadtteil zusammenbringen kann. Das Stationentheaterstück lässt die Menschen vor Ort zu Wort kommen und verleiht ihnen dadurch Selbstbewusstsein. Aus der performativen Inszenierung ihrer Geschichten und Erfahrungen entsteht ein vielfältiges Bild, das vorurteilsfrei den Stadtteil porträtiert und damit mögliche Berührungängste abzubauen vermag.

>>> Wir setzen uns dafür ein, dass freie Träger und etablierte Kulturinstitutionen, die entsprechende Kulturprojekte anbieten, bei der Vernetzung und Durchführung unterstützt werden.

>>> Vereine und Institutionen wie zum Beispiel das Deutsche Polen-Institut, die Società Dante Alighieri Darmstadt und der Studentische Filmkreis leisten wichtige Beiträge zur Darmstädter Kinolandschaft. Gezeigt werden häufig Filme in Originalton sowie Off-Produktionen. Wir wollen diese wichtige Kulturarbeit erhalten und nach Lösungen aus der Corona-Krise suchen.

2.2. Kultur von allen – für alle

2016 hat der GRÜN-geführte Magistrat den Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention beschlossen. > *Gesellschaftspolitik* Ziel ist es, Darmstadt zu einer inklusiven Stadt zu machen, in der jeder Mensch die Möglichkeit hat, sich vollständig und gleichberechtigt an allen gesellschaftlichen Prozessen zu beteiligen – das gilt auch für Kunst und Kultur, und zwar sowohl was die passive als auch die aktive Teilhabe anbelangt. Menschen mit Behinderung sollen kulturelle Einrichtungen und Aktionen möglichst ohne fremde Hilfe besuchen können. Dafür bedarf es unter anderem bezahlbarer Tickets und barrierefreier Wege. Programmtexte und Ticketsysteme sollen nach Möglichkeit in Leichter Sprache angeboten, Vorträge und Führungen von Gebärdendolmetscher*innen begleitet werden.

Menschen mit Behinderung sollen aber nicht nur Kunst selbstständig rezipieren können. Auch unter ihnen gibt es Kreative, die aktiv tätig sind. Ihre Ausbildung zu fördern und ihre Kunst für eine breite Öffentlichkeit sichtbar zu machen, hat für uns besondere Bedeutung, denn so können Klischees aufgebrochen werden. Wie vielfältig die Kulturarbeit von und mit Menschen mit Behinderung ist, hat unter anderem das Festival „Alles inclusive?!“ gezeigt, das 2015 erstmals stattfand. Eine weitere Ausgabe ist für 2021 geplant.

Wir brauchen den Blick für das Positive, auf die Fähigkeiten von Menschen mit Behinderung. Kunst und Medien können dazu beitragen. In Darmstadt leisten das Projekt BEHINDArt und das Theaterlabor Inc in dieser Hinsicht seit vielen Jahren vorbildliche Arbeit.

>>> Wir setzen uns dafür ein, dass inklusive Kunstprojekte im Darmstädter Kulturleben noch breiter verankern und vernetzt werden und dadurch eine größere Öffentlichkeit erfahren.

3. Öffentlichen Raum attraktiv gestalten

Uns GRÜNEN ist es wichtig, dass der Stadtraum gerecht verteilt wird. Neben Wohnbebauung, Gewerbe, Mobilität, Grünflächen und Sportanlagen müssen auch Kunst und Kultur ausreichend Raum erhalten. Im Rahmen der Stadtreparatur werden die öffentlichen Plätze nach und nach neu gestaltet, um die Aufenthaltsqualität zu erhöhen. Der von uns GRÜNEN eingesetzte Gestaltungsbeirat sichert seit 2011 bei stadtbildprägenden Bauvorhaben den ästhetischen Anspruch und entwickelt Ideen für unwirtliche Orte. Die 2016 gegründete Kunstkommission achtet auf die Qualität von Form und Inhalt der Kunst im öffentlichen Raum.

3.1. Eine Kulturachse mitten in der Stadt

Durch die Neugestaltung des Georg-Büchner-Platzes sowie des Friedensplatzes sind in der Innenstadt zwei neue Räume entstanden. Beide Orte sind umgeben von Kultureinrichtungen und werden mit temporären Kunst- und Kulturaktionen bespielt: Am Georg-Büchner-Platz sind dies das Staatstheater Darmstadt, das Theater Mollerhaus, das Atelierhaus und unter anderem die Aktionen von DIESE Studio. Um den Friedensplatz herum gruppieren sich das Hessische Landesmuseum, das Stadtarchiv und Hessische Staatsarchiv, das Institut für neue Technische Form (INTeF) sowie das Residenzschloss mit Schlossmuseum, Deutschem Polen-Institut und der Technischen Universität Darmstadt sowie im weiteren Verlauf dem darmstadtium und der Centralstation. Für Kunstaktionen im öffentlichen Raum sorgen unter anderem das Straßentheaterfestival Just for Fun, die Darmstädter Sezession, die Darmstädter Tage der Fotografie und das Kunstforum der TU Darmstadt. Es ist eine Kulturachse mitten in der Stadt entstanden, wie wir es uns und viele andere es sich immer gewünscht haben.

Künstlerische Interventionen auf brachliegenden Flächen können helfen, auf deren Potenzial aufmerksam zu machen und Nutzungsoptionen auszuloten. Dabei wünschen wir uns Toleranz und gegenseitige Rücksichtnahme sowohl vonseiten des Publikums als auch der Anwohnerschaft. Die Veranstaltungen sollen ressourcenschonend sein und wenig Müll verursachen.

>>> Künstlerische Interventionen bestehender und entstehender Kulturinitiativen unterstützen wir, indem wir zwischen den unterschiedlichen Interessen vermitteln.

>>> Wir setzen uns dafür ein, dass auch in den Stadtteilen öffentliche Räume für Kultur und Interaktion weiterentwickelt werden und ihre Berechtigung finden. > *Stadtentwicklung und Mobilität*

3.2. Neugestaltung der unteren Rheinstraße als würdiges Entree der Wissenschaftsstadt Darmstadt

Wir GRÜNE wollen, dass die untere Rheinstraße als zentrale Einfahrt von Westen zur Stadt umgestaltet wird. Darmstadt ist eine der wenigen Städte Europas, deren zentralem Entree

kein Industrie- oder Gewerbegebiet vorgelagert ist. Dieses Potenzial wollen wir nutzen, um die kulturellen Stärken in diesem Abschnitt unserer Stadt sichtbar zu machen und auf herausragende Institutionen sowie temporäre Highlights hinzuweisen.

>>> Wir setzen uns dafür ein, dass ein klares Kommunikationskonzept mit dem Fokus auf kulturelle und wissenschaftliche Glanzpunkte entwickelt wird.

>>> Die Aufenthaltsqualität für Fußgänger*innen sowie Anlieger*innen soll durch neue Grünflächen und eine Instandsetzung der Brunnenanlagen verbessert werden. Außerdem wollen wir hier einen gut ausgebauten Radweg als Anbindung an die Innenstadt schaffen. >
Stadtentwicklung und Mobilität

3.3. Platzentwicklung im Umfeld der Kunsthalle

Zwischen Kunsthalle und DGB-Haus befand sich einst der historische Eingang vom Westen zur Residenzstadt Darmstadt. Damit dieser Ort seiner historischen Bedeutung angemessen wahrgenommen wird, bedarf er einer grundlegenden Umgestaltung. Das Gebiet rund um die Kunsthalle ist bereits neu gestaltet: Die Zäune wurden entfernt, neue Bäume gepflanzt und Sitzbänke aufgestellt. Die Rückseite erfuhr durch die Versetzung der Krähen-Skulptur eine Aufwertung. Im Zusammenspiel mit der Umgestaltung der mittleren Rheinstraße als Boulevard > *Stadtentwicklung und Mobilität* soll eine zentrale, attraktive Achse mit hoher Aufenthaltsqualität entstehen, die vom Schloss über den Luisenplatz bis hin zum Platz zwischen Kunsthallen und DGB-Haus verläuft und stadtauswärts weitergeführt wird.

>>> Wir setzen uns dafür ein, dass die Umgestaltung des Platzes zwischen Kunsthalle und DGB-Haus im Sinne des landschaftsarchitektonischen Wettbewerbs von 2017 fortgesetzt wird, sodass der Ort als Einheit erscheint.

>>> Die Umgestaltung soll genutzt werden, um Darmstadts Geschichte als Stadt der Künste – übersetzt in eine moderne Formensprache – auch an dieser Stelle ins Bewusstsein zu rufen.

3.4. Das Angebot an Straßentheater ausweiten

Straßentheater ist ein wunderbares Medium, um Innenstadt und Stadtteile unabhängig von Angeboten, die an Konsum gebunden sind, erlebbar zu machen. Dank des Vereins Kw8 - Werkstatt für Theater und Kultur (Festival Just for Fun) und dem Sprungturmfestival von Theaterquarantäne hat Darmstadt eine lebendige Straßentheater-Szene.

>>> Das Angebot soll in Zukunft noch ausgeweitet werden, um die öffentlichen Plätze aufzuwerten und gemeinschaftliche Kulturerlebnisse zu schaffen, die unentgeltlich und ohne Schwellenangst zugänglich sind.

3.5. Internationales Waldkunstzentrum dauerhaft unterstützen, Potenziale nutzen

Seit vielen Jahren leistet der Verein für Internationales Waldkunst wertvolle Pionierarbeit bei der Vermittlung von Kunst im Naturraum. Bereits zehn Mal organisierte er den deutschlandweit einzigartigen Internationalen Waldkunstpfad im Bessunger Forst, bei dem internationale Künstler*innen ihre vor Ort entwickelten Kunstinstallationen präsentierten.

Darüber hinaus finden im Internationalen Waldkunst Zentrum regelmäßig Symposien, Aktionen und waldpädagogische Veranstaltungen für Kinder statt.

>>> Wir setzen uns dafür ein, dass dieses kulturelle Alleinstellungsmerkmal für die Stadt dauerhaft gesichert wird. Das neu entstehende Ludwigshöhviertel erhält durch die Nachbarschaft fruchtbare Impulse.

4. Kunst und Kultur gehören in die Stadt

Wir GRÜNE sehen es als Aufgabe von Kultur-, Wirtschafts- und Stadtentwicklungspolitik, Freiräume für künstlerische Aktivitäten im Stadtraum zu schaffen. 2014 konnte im Rahmen der Aufnahme des Pallaswiesen-/Mornewegviertels (Pa*Mo) in das Städtebauförderprogramm „Soziale Stadt“ auf einem ehemaligen Industriegelände an Landwehrstraße und Kirschenallee ein Kreativquartier angeschoben werden. Erste Unternehmen der Kreativwirtschaft sowie freie Kulturschaffende sind dort bereits eingezogen, darunter eine Filmproduktionsfirma, ein TV-Formatentwicklungsunternehmen, ein Tonstudio und mehrere bildende Künstler*innen. Der Mix aus Wirtschaft und Kultur ist eine Bereicherung für das Stadtviertel, das bisher im Wesentlichen von Industrie und Verkehr geprägt wird.

>>> Wir setzen uns dafür ein, dass die Entwicklung zu einem lebendigen, kreativen Erlebnisraum vorangetrieben wird und sich verstetigt.

4.1. Junge Kreative in der Stadt halten

Bezahlbare Ateliers und Proberäume sind wichtig, um die junge Kreativ-Szene nicht an Städte wie Frankfurt oder Berlin zu verlieren. Die Stadt ist intensiv an der Entwicklung des Kreativquartiers im Pa*Mo beteiligt. Sie tritt als Vermittlerin sowie als Vermieterin von Ateliers und Proberäumen auf. Auch ein neuer städtischer Ausstellungsraum soll eingerichtet werden.

>>> Wir setzen uns dafür ein, dass weitere bezahlbare Atelier- und Arbeitsräume insbesondere für junge bildende Künstler*innen im Pa*Mo entstehen.

>>> Die Entwicklung des Kreativquartiers soll von öffentlichkeitswirksamen Maßnahmen begleitet werden, um sie bekannter zu machen und in das kulturelle Leben der Stadt zu integrieren.

4.2. Leere Räume kulturell nutzen

Es ist zu befürchten, dass die Corona-bedingten Einschränkungen und Auflagen mittelfristig zu mehr Leerstand von Gewerbeflächen führen werden. Die Innenstadt, die zurzeit überwiegend von Einzelhandel und Gastronomie geprägt ist, wird sich verändern. >

Stadtentwicklung und Mobilität > Wirtschaft und Finanzen

>>> Wir setzen uns dafür ein, dass leere Räume kulturell zwischen-, um- oder nachgenutzt werden. Durch temporäre Kunst- und Aktionsflächen kann ein attraktives Umfeld für Einzelhandel, Dienstleistungs- und Tourismusbranche geschaffen werden.

4.3. Volksfeste und Festivals wieder stattfinden lassen

Volksfeste und Festivals wie das Heinerfest, das Schlossgrabenfest, die Residenzfestspiele oder das Golden Leaves Festival sind verbindende Elemente für Kultur und Stadtgesellschaft.

>>> Wir setzen uns dafür ein, dass Volksfeste und Festivals sobald wie möglich wieder stattfinden können. Sollten die Corona-Auflagen weiterhin bestehen, wollen wir gemeinsam alternative Konzepte entwickeln, um die Veranstaltungen zu realisieren.

>>> Wir wollen prüfen, inwieweit der ökologische Fußabdruck durch eine nachhaltige Gestaltung der Feste reduziert werden kann.

4.4. Kino als spezifische Kunstform bewahren

Die Corona-Pandemie hat das bereits existierende Kinosterben noch einmal deutlich beschleunigt. Die Kulturindustrie und seit Neustem die Streamingdienste haben dazu beigetragen, dass der Film sich immer weiter von der ursprünglichen Kunstform entfernt hat und ein beliebiges Unterhaltungsprodukt geworden ist. Die Fragmentierung in Serien und der seichte Konsumcharakter führen überdies dazu, dass Filme immer weniger zu mehrmaligem Schauen anregen, weil der Gegenstand unmittelbar durchdrungen werden kann. Das hat zur Folge, dass zunehmend weniger Menschen ins Kino gehen.

>>> Dieser Entwicklung möchten wir in Darmstadt entgegenwirken, indem wir ein Kino bezuschussen, das, ähnlich wie in Theater und Oper, den Film als museales Element begreift. Hier sollen weniger die Aktualität und die Vorgaben der Filmindustrie als vielmehr die Kunstform im Vordergrund stehen. Das kann selbstverständlich alle Genres des Films einschließen. In einem ersten Schritt müsste ein Konzept mit den schon existierenden Kinos und der Stadtgesellschaft erarbeitet werden.

5. Stadtgeschichte bewahren und immer wieder neu schreiben

Das historische Erbe einer Stadt ist identitätsstiftend, denn es schafft Unverwechselbarkeit und das Gefühl von Dazugehörigkeit. Heute geht es jedoch nicht mehr darum, Geschichte für eine annähernd homogene Bürgerschaft zu überliefern. Es gilt vielmehr, das kulturelle Erbe für eine interkulturelle Stadtgesellschaft universell rezipierbar zu gestalten. Geschichtsbearbeitung muss interdisziplinär gedacht werden und die Vielfalt der Bevölkerung berücksichtigen.

5.1. Kultur der Erinnerung stärken

Geschehnisse wie in Halle oder Hanau haben gezeigt, dass es dringend notwendig ist, die Erinnerung an die Verbrechen des Nationalsozialismus wach zu halten und die Erinnerungskultur weiterhin zu stärken. Vandalismus und Diebstahl bedrohen öffentliche Erinnerungsorte, auch in Darmstadt. Das Denkzeichen Güterbahnhof und die Menora vor der Liberalen Synagoge wurden teils mehrfach zerstört, die Bronzestatuen an der Gedenkstätte

für die Opfer der Brandnacht auf dem Waldfriedhof sowie der Bronzekopf Luise Büchners wurden geraubt.

Wir GRÜNE verstehen Erinnern als Aufklärung. Wir sind uns unserer geschichtlichen Hypothek und Verantwortung bewusst und erinnern uns um unser aller Zukunft willen. Nur wenn wir das Geschehene verstehen, der Opfer gedenken und Konsequenzen für unser heutiges Zusammenleben ziehen, bleiben wir eine weltoffene und tolerante Stadtgesellschaft, die weiterhin gegen Diskriminierung jeglicher Art immun ist und niemanden ausgrenzt. Durch zeitgenössische Kunstformen sollen neue Wege beschritten werden, um insbesondere auch die junge Generation zu erreichen. > *Zusammen leben*

>>> **Wir setzen uns dafür ein, dass das Denkzeichen Güterbahnhof, das an die Darmstädter Juden und Sinti erinnert, die zwischen 1942 und 1943 von dieser Stelle aus deportiert wurden, ganzjährig durch angemessene Pflege Tribut gezollt wird.**

>>> **Die öffentliche Wahrnehmung und Sichtbarkeit des Erinnerungsorts „Liberale Synagoge“ muss gestärkt werden. Eine Ausweitung der Öffnungszeiten erscheint nach wie vor dringend angebracht.**

>>> **Wir setzen uns dafür ein, dass am Ernst-Ludwigs-Platz ein zeitgemäßes Denkmal zur Erinnerung an die Brandnacht, die schrecklichste Stunde in der Darmstädter Stadtgeschichte, errichtet wird.**

>>> **Nachdem der künstlerische Wettbewerb für ein Mahnmal zum Gedenken an die Opfer des Paragrafen 175 erfolgreich abgeschlossen wurde, wird jetzt schnell ein geeigneter Aufstellungsort gesucht, um das Projekt zu realisieren.** > *Queeres Darmstadt*

>>> **Für ein Dokumentationszentrum zur Verfolgung der Sinti & Roma wurde ein passender Standort ermittelt, sodass das Zentrum jetzt zeitnah realisiert werden kann.**

>>> **Wir setzen uns für eine Aufarbeitung der Geschichte des Leibgardisten Denkmals am Schlossgraben ein. Wir unterstützen die Initiative der Stadt mit Hilfe der Sparkasse Darmstadt ein Forschungsstipendium dafür einzurichten.**

5.2. Aufarbeitung der deutschen Kolonialvergangenheit und Restitutionsfälle in Darmstädter Museen

In den vergangenen Jahren wurden in deutschen Museen wiederholt bedeutende Kunstwerke identifiziert, die während des Nationalsozialismus aus jüdischem Besitz geraubt wurden, so auch in der Städtischen Kunstsammlung. Es ist an der Zeit, diese Werke den Nachkommen der ehemaligen Besitzer*innen wieder zurückzugeben. Um entsprechende Restitutionen wissenschaftlich zu erforschen und die eigenen Bestände auf ihre Provenienz hin zu überprüfen, setzen wir uns dafür ein, beim Institut Mathildenhöhe dauerhaft eine Forschungsstelle einzurichten.

In jüngster Zeit ist auch die Aufarbeitung der deutschen Kolonialvergangenheit und der damit verbundenen rassistischen Tradition in Deutschland in das Zentrum der politischen Debatte gerückt. Wir wollen für Darmstadt genau prüfen, ob konkrete Verstrickungen in die in den

Kolonien begangenen Verbrechen gegen die Menschlichkeit vorliegen. Wir begrüßen, dass das Hessische Ministerium für Wissenschaft und Kunst dem Hessischen Landesmuseum Fördermittel zur Verfügung gestellt hat, um die kolonialen Hintergründe der Beschaffung von Sammlungsstücken zu untersuchen.

5.3. Mathildenhöhe: Welterbe werden

Die Mathildenhöhe gilt als herausragendes Ensemble am Übergang vom 19. ins 20. Jahrhundert. Doch sie ist weit mehr als eine Ansammlung faszinierender historischer Bauten. Sie verkörpert den Geist des Aufbruchs und der Moderne, die hier mehrfach ihren Ausgang genommen haben. Ihr liegt die Idee zugrunde, Darmstadt städtebaulich, ästhetisch, landschaftsplanerisch und sozial weiterzudenken. Dieser umfassende Weltentwurf macht die Mathildenhöhe einzigartig und verleiht ihr universelle Bedeutung. Deshalb unterstützen wir die Bewerbung um den UNESCO-Welterbestatus. Dabei wollen wir die Mathildenhöhe nicht museal konservieren. Wir sehen in dem Welterbeprozess vielmehr die Chance, neue Impulse zu setzen und das gesamte Gebiet um die Mathildenhöhe lebendig und zukunftsfähig zu gestalten.

Als zentraler Identifikationsort Darmstadts erhält die Mathildenhöhe zurzeit eine denkmalgerechte und energetische Gesamtanierung. Die Sanierung des Ausstellungsgebäudes wird im Sommer 2021 abgeschlossen sein. Es verfügt dann über einen technischen Standard, vergleichbar mit internationalen Ausstellungshäusern in Paris, London, Berlin oder Frankfurt.

Das Künstlerhaus Deiters ist bereits fertig saniert. Die Instandsetzungen des Olbrich-Hauses und des Großen Glückert Hauses laufen. Dadurch konnte die Deutsche Akademie für Sprache und Dichtung auf der Mathildenhöhe gehalten und Darmstadts Ruf als Stadt der Literatur gefestigt werden. Im Zuge der Neuordnung wird auch das PEN-Zentrum Deutschland auf die Mathildenhöhe ziehen.

Das Besucherzentrum für die Mathildenhöhe ist in Planung. Der Platanenhain kann durch die Installation eines Beregnungssystem, unterirdischer Substratgräben und Belüftungsrohre gerettet werden. Auch zahlreiche Skulpturen wurden zwischenzeitlich restauriert.

Mit dem Bewerbungsverfahren um den Welterbetitel haben wir die Verantwortung für das kulturhistorische Erbe angenommen. Wir werden damit den UNESCO-Anforderungen für einen nachhaltigen Managementplan gerecht.

>>> Nach Erteilung des Zuschlags wollen wir alle Anstrengungen aufbringen, den Welterbe-Status langfristig zu sichern und unserer Verantwortung sowohl gegenüber der Stadt als auch der Weltöffentlichkeit nachzukommen.

>>> Der Bau des Besucherzentrums bietet neue Chancen, die Bedeutung der Mathildenhöhe und der ihr zugrunde liegenden Ideen zu vermitteln. Wir wollen dafür Sorge tragen, dass die am Osthang entstandenen studentischen Kulturprojekte an einem anderen Ort fortgeführt werden können.

>>> Perspektivisch soll ein Design-Museum mit interaktiver Vermittlungsstruktur die verschiedenen Design-Sammlungen innerhalb der Stadt bewahren und in einem großen Haus zusammenzufassen. Die Basis könnten die Sammlungen des Instituts für Neue Technische Form (INTeF) und des Werkbunds bilden. Als Ort ist der Osthang der Mathildenhöhe besonders geeignet.

>>> Die Geschichte der Mathildenhöhe hat gezeigt, dass die Übergänge von Kunst und Kreativwirtschaft fließend sind. Wir wollen die öffentliche Wahrnehmung für die Kreativwirtschaft stärken und setzen uns in diesem Zusammenhang für die Bewerbung als World Design Capital (WDC) im Zusammenspiel mit der Stadt und Region FrankfurtRheinMain unter Federführung der Werkbundakademie ein.

5.4. Künstlerkolonie im Ludwig-Engel-Weg neu beleben

Im Ludwig-Engel-Weg 1 hat der Verein „Kultur einer Digitalstadt“ einen lebendigen Kunst- und Erlebnisraum geschaffen. Wir möchten diese Entwicklung aufgreifen und die Künstlerkolonie im Sinne der Neuen Künstlerkolonie der 1950/60er-Jahre an der Rosenhöhe neu beleben.

>>> Wir setzen uns dafür ein, dass ein Excellence Programm vergleichbar mit der Stuttgarter Akademie Schloss Solitude oder dem Berliner Künstlerhaus Bethanien ins Leben gerufen wird, um die Gegenwartskunst zu fördern und die zeitgenössischen Kulturschaffenden noch enger zu vernetzen.

5.5. Neubau eines Kunstdepots

Darmstadt verfügt über eine umfangreiche städtische Kunstsammlung. Aus Platzgründen lagert diese für die Öffentlichkeit weitgehend unsichtbar in Depots außerhalb der Stadt. Auch große Teile der Bestände des Stadtarchivs, des international einzigartigen Jazzinstituts und des Internationalen Musikinstituts sind aufgrund mangelnder Fläche zurzeit ausgelagert und über die Stadt verstreut.

>>> Wir setzen uns dafür ein, dass die Archivbestände dieser vier wichtigen Kulturinstitutionen unter einem Dach gebündelt werden. Dieses zentrale Kunstdepot und Kulturarchiv in der Mainzer Straße soll klimagerecht gebaut werden und über ausreichend Archivplätze, ein konservatorisch angemessenes Schaulager für die Kunstbestände sowie öffentliche Bereiche für den Publikumsverkehr verfügen. Im Kontext der Sozialen Stadt Pa*Mo wird damit ein weiterer kultureller Schwerpunkt gesetzt.

>>> Auch die Sammlung des Vereins Kunstarchiv könnte perspektivisch integriert werden, um die räumliche und personelle Situation dieses wichtigen Gedächtnisses der Bildenden Kunst Darmstadts zu verbessern.

>>> Wir setzen uns außerdem dafür ein, dass ausreichend Mittel zur Verfügung stehen, um die städtische Kunstsammlung progressiv weiterzuführen.

6. Kulturelle Vielfalt sichern und ausbauen

Uns GRÜNEN liegt die kulturelle Vielfalt besonders am Herzen. Nur mit vielen unterschiedlichen kreativen Impulsen können für alle Menschen in der Stadt Identifikationspunkte geschaffen werden. Für die kulturelle Vielfalt in Darmstadt sorgen unter anderem folgende Institute, Initiativen und Gruppen:

- * die Freie Kulturszene mit ihren zahlreichen Gruppen im Theater Mollerhaus, der Bessunger Knabenschule, dem Hoffart Theater sowie die Neue Bühne Darmstadt, das Kikeriki Theater, das Projekt Jugend und Theater e.V.
- * das Staatstheater Darmstadt
- * die Centralstation
- * die Goldene Krone
- * das Institut Mathildenhöhe, die Kunsthalle, das Hessische Landesmuseum, das Bioversum
- * die Darmstädter Sezession, das Kunstforum der TU Darmstadt, der Bund Bildender Künstler Darmstadt (BBK), das Atelierhaus, die Akteur*innen im Kreativquartier Pa*Mo, das Institut für Neue Technische Form (INTeF)
- * der Branchenverband Kreative Darmstadt e.V.
- * das Porzellanschlösschen, das Stadtmuseum am Hinkelsturm, das Schlossmuseum, das Museum Jagdschloss Kranichstein
- * die privaten Galerien
- * die Akademie für Tonkunst, das Internationale Musikinstitut Darmstadt (IMD) mit den Internationalen Ferienkursen für Neue Musik, das Institut für Neue Musik und Musikerziehung (INMM), das Jazzinstitut mit der lebendigen Jazzszene und den Jazz-Conceptions, der Konzertchor Darmstadt, der Bessunger Jagdhofkeller
- * die Deutsche Akademie für Sprache und Dichtung mit dem Georg-Büchner-Preis, das PEN-Zentrum Deutschland
- * das Literaturhaus, das unter seinem Dach einer Vielzahl von unterschiedlichen Gesellschaften und Einrichtungen einen festen Platz gibt
- * das Hessische Staatsarchiv, das Stadtarchiv
- * das Deutsche Polen-Institut
- * die Filmemacher*innen
- * die Darmstädter Tage der Fotografie
- * der Internationale Waldkunstpfad mit dem Waldkunstzentrum

- * das Straßentheaterfestival Just for Fun und das Sprungturmfestival
- * die Poetry- und Science-Slam-Formate
- * die Bibliotheken und Büchereien
- * die Kabarettist*innen und Kleinkunsthöfen wie das Halbneun Theater und das Theater im Pädagog (TIP)
- * das blumen e.V., DIESE Studie, Earl Street, Zucker, der Verein „Kultur einer Digitalstadt“
- * die vielfältige Darmstädter Musikszene wie zum Beispiel der Jazzclub Darmstadt e.V. im Achteckigen Haus, der Verein zur Förderung des zeitgenössischen Jazz in Darmstadt e. V., die Darmstädter Barocksolisten und viele mehr
- * sowie die vielen einzelnen Kulturschaffenden.

Neben einer verlässlichen Förderpraxis haben wir uns für die Modernisierung bestehender Kulturinstitutionen stark gemacht. Neue Kulturorte wurden entwickelt, um die Vielfalt des künstlerischen Lebens in Darmstadt zu sichern und auszubauen. Außer der bereits erwähnten energetischen Sanierung der Mathildenhöhe und des Mollerhauses wurden die Kunsthalle und die Bessunger Knabenschule instand gesetzt, das Kreativquartier und das Forum im Ludwig-Engel-Weg 1 neu geschaffen.

Auch der Sanierung des Kleinen Hauses des Staatstheaters steht finanziell nichts mehr im Wege: Die Stadt hat sich mit der hessischen Landesregierung über die Kostenverteilung verständigt. Damit ist der Spielbetrieb auch hier nachhaltig gesichert.

>>> Wir setzen uns dafür ein, dass auch andere kulturelle Spielorte, soweit noch nicht geschehen, energetisch saniert werden.

>>> Wir setzen uns dafür ein, dass die Darmstädter Kulturszene auch weiterhin Raum für künstlerische Entwicklungen erhält, sodass das Vermächtnis der Moderne weitergeführt werden kann.

6.1. Deutsche Akademie der Darstellenden Künste nach Darmstadt holen

Als Sitz der Deutschen Akademie für Sprache und Dichtung, des PEN-Zentrums Deutschland und des Deutschen Literaturfonds sowie als Austragungsort der Georg-Büchner-Preisverleihung und des Literarischen Märzgenießt Darmstadt den Ruf, eine Stadt der Literatur zu sein. Institutionen wie das Literaturhaus sowie die Darmstädter Textwerkstatt und Lesebühne leisten weitere Beiträge zur einer lebendigen Literaturszene.

Mit dem von der Deutschen Akademie der Darstellenden Künste initiierten neuen Festival „Performing Arts & Digitalität“, das im Herbst 2020 in Darmstadt ausgetragen wurde, hat die renommierte Vereinigung aktuelle Themen aufgegriffen. Die Wissenschafts-, Kunst- und Digitalstadt Darmstadt ist der richtige Ort, um diese zukunftsweisende Auseinandersetzung zu vertiefen.

>>> Wir treten dafür ein, die Geschäftsstelle der Deutschen Akademie der Darstellenden Künste von Bensheim nach Darmstadt zu holen, um die Bedeutung Darmstadts als Ort der Literatur weiter zu stärken.

>>> Wir setzen uns dafür ein, dass die Kooperation mit der Akademie hinsichtlich des Festivals weitergeführt wird.

6.2. Wertschätzung von Natur und Artenvielfalt vermitteln – Erdgeschichte mehr ins Bewusstsein rücken

Angesichts des rasant zunehmenden Klimawandels und der schwindenden Artenvielfalt ist es uns GRÜNEN wichtig, dass die Wertschätzung von Umwelt und Natur möglichst früh und umfassend vermittelt wird. Das Bioversum in Kranichstein leistet hierbei einen entscheidenden Beitrag. Zudem beherbergt es das Infozentrum des Geo-Naturparks Bergstraße-Odenwald, dessen nördlichster Punkt Darmstadt ist.

>>> Die Arbeit des Infozentrums soll noch stärker als bisher in das kulturelle Netzwerk unserer Stadt einbezogen werden.

Prävention statt Repression

GRÜNE Ordnungs- und Sicherheitspolitik setzt auf Prävention statt Repression, auf verstärkte Präsenz von Ansprechpartner*innen statt flächendeckender Videoüberwachung und auf öffentlichen Raum, der allen Bürger*innen zugutekommt und nicht nur einigen wenigen. Daher haben wir in den vergangenen Jahren großen Wert auf die Förderung einer weltoffenen und solidarischen Stadtgesellschaft gelegt.

Gerade während der Corona-bedingten Einschränkungen hat die Nutzung des öffentlichen Raums noch einmal an Relevanz gewonnen: Dabei ist für uns GRÜNE entscheidend, dass für alle Bürger*innen größtmögliche Freiheiten für die verschiedensten Bedürfnisse herrschen, ohne andere Menschen dadurch einzuschränken. Dazu gehört auch, Videoüberwachung einzuschränken. Eine Kamera kann keine Straftaten verhindern. Im Gegenteil, es wird die Freiheit der Einzelnen eingeschränkt und ihre Persönlichkeitsrechte verletzt. Deswegen setzen wir GRÜNE uns für eine gründliche Prüfung der Alternativen ein, um bestehende und neu installierte Überwachungsanlagen nur in Ausnahmesituationen anzubringen.

Einen äußerst wichtigen Beitrag zum Gelingen des gesellschaftlichen Miteinanders und der Sicherheit in Darmstadt leisten die Ehrenamtlichen der vier freiwilligen Feuerwehren, der Rettungsdienste, des Technischen Hilfswerks (THW) und der Deutschen Lebensrettungsgesellschaft (DLRG). Ihre Arbeit zu fördern und bestmögliche Bedingungen zur Verfügung zu stellen, ist uns ein großes Anliegen.

1. Leben im Freien

Menschen suchen sich Freiräume. Nach einem anstrengenden Tag will man sich abends und nachts im Freien aufhalten, Freund*innen treffen, gemeinsam essen und trinken und zusammen feiern. In unserer Stadt werden insbesondere der Herrngarten, die Orangerie und Plätze wie der Georg-Büchner-Platz dafür genutzt.

Es ist wichtig, dass die Nutzung dieser öffentlichen Räume im Einklang mit den Anwohner*innen und anderen Bürger*innen erfolgt. Die Erfahrung der letzten Jahre hat leider gezeigt, dass es ohne Regeln und deren Durchsetzung nicht geht. Statt nur sporadisch und reaktiv zu handeln, müssen wir einen vorausschauenden, konzeptionellen Umgang mit dieser Herausforderung finden. Auf die Müllflut in den Grünflächen mit immer größeren Müllbehältnissen und immer höheren Ausgaben für Reinigung und Entsorgung zu reagieren, hat die Situation nicht entspannt, sondern die Sorglosigkeit eher noch gefördert. Wir wollen die Darmstädter*innen in die Pflicht nehmen, für ihre Hinterlassenschaft Verantwortung zu tragen. Gerade in den Sommermonaten, in denen die Grünflächen einem hohen

Nutzungsdruck ausgesetzt sind, muss sich jede*r selbst um ihren und seinen Müll kümmern. Hier könnte beispielsweise über einen Einsatz von Kommunikator*innen nachgedacht werden.

>>> Als Angebot, das alle Interessen berücksichtigt, werden wir prüfen, ob es Flächen gibt, auf denen Partys legal organisiert werden können, wobei Lärm- und Umweltschutz für uns im Mittelpunkt stehen. An diesen Ort könnten auch Outdoor-DJ-Pults installiert werden.

Jede*r hat das Recht, sich im öffentlichen Raum aufzuhalten. Wir wollen Armut, Obdachlosigkeit und Verelendung an der Wurzel bekämpfen, aber nicht die davon betroffenen Menschen aus dem Stadtbild verdrängen. Daher lehnen wir Aufenthaltsverbote für Bettler*innen im öffentlichen Raum ab.

2. Kommunalpolizei

Die Sicherheit steigert in erster Linie eine sichtbare und bürgernahe Polizeipräsenz. Daher arbeiten wir GRÜNE an einer guten Ausstattung der Kommunalpolizei. Am Luisenplatz haben wir in der vergangenen Legislaturperiode eine Stadtwache geschaffen.

>>> Wir setzen uns für eine Evaluation des Stadtwachen-Konzepts ein, um die Bürgernähe der Kommunalpolizei und auch das Sicherheitsempfinden der Menschen am Luisenplatz weiter zu erhöhen.

Wir sprechen uns gegen Leiharbeit und den Einsatz privater Sicherheitsfirmen bei der Kommunalpolizei aus.

>>> Bedienstete, die für die Sicherheit der Bevölkerung zuständig sind, sollten in einem ordentlichen Beschäftigungsverhältnis direkt bei der Wissenschaftsstadt Darmstadt und dem zuständigen Ordnungsamt angestellt sein.

>>> Ergänzend wollen wir Modellprojekte der Kooperation zwischen Sozialarbeiter*innen und der Kommunalpolizei entwickeln, denn oft braucht es deeskalierende Kommunikation und vor allem Ansprechpartner*innen, die ohne Hürden erreichbar sind.

In den letzten Monaten sind einige Fälle von Rassismus und Rechtsextremismus bei den Sicherheitsbehörden generell und der hessischen Polizei im Speziellen öffentlich geworden. Rassismus beginnt dabei nicht erst bei physischer Gewalt, sondern beinhaltet zum Beispiel auch Racial Profiling, das für viele People of Color zur Realität gehört. Darmstadt ist für die Kommunalpolizei zuständig. Uns GRÜNEN ist Prävention in diesem Bereich besonders wichtig.

>>> Wir setzen uns daher bereits jetzt für verstärkte Sensibilisierung und Antirassismustrainings in der Darmstädter Kommunalpolizei ein, damit solchen Vorfällen vorgebeugt werden kann.

Weiterhin wollen wir die Sensibilisierung im Bereich sexueller Belästigung, Catcalling, also verbale sexuelle Belästigung, und sexualisierter Gewalt im öffentlichen Raum stärken. >

Frauenpolitik

>>> Dafür streben wir Trainings und einen verstärkten Austausch über den

Mädchenarbeitskreis an, sowie eine Plakatkampagne, um auf das Problem aufmerksam zu machen.

3. Feuerwehr

Die Darmstädter Berufsfeuerwehr ist mit den Anforderungen einer wachsenden Stadt und den immer häufiger vorkommenden Starkwetterereignisse in Folge des Klimawandels konfrontiert. Wir wollen die Voraussetzungen dafür schaffen, dass das bisherige Schutzniveau der Darmstädter Bevölkerung erhalten bleibt. Nach Jahren des Stillstands sind die Planung und der Bau neuer Feuerwehrrhäuser in vollem Gange.

Mit der neuen Wache hat die Freiwillige Feuerwehr Arheilgen eine zeitgemäße Ausstattung bekommen. Der Umzug schaffte zudem Platz für 30 neue, barrierefreie Wohnungen auf dem ehemaligen Gelände im Ortskern des Stadtteils.

Das Gebäude der Darmstädter Berufsfeuerwehr in der Bismarckstraße ist marode und wird den Anforderungen an einen modernen Brandschutz nicht mehr gerecht. In einem transparenten Verfahren wurde eine Lösung erarbeitet, die dem Wachstum der Stadt Rechnung trägt: Damit die Berufsfeuerwehr auch künftig schnell am Einsatzort ist, wird es zwei neue Wachen geben, eine im Norden und eine im Süden. In der Pfnorstraße wurde bereits ein passendes Grundstück für den nördlichen Stützpunkt gefunden. Der Standort im Süden befindet sich noch in der Prüfung, dabei muss zwischen Naturschutz, der Schaffung von Wohnraum und dringend notwendiger Infrastrukturmaßnahmen abgewogen werden.

>>> Wir setzen uns dafür ein, dass das Grundstück am Donnersbergring, das zurzeit als Ausweichquartier für Schulen während der Sanierungsphase dient, in die Standortsuche einbezogen wird, damit soviel Grün wie möglich erhalten bleibt.

Viele Ehrenamtliche leisten innerhalb der Freiwilligen Feuerwehren einen wichtigen und mutigen Einsatz für das Leben und die Sicherheit der Darmstädter*innen. Das wollen wir unterstützen und den Bau moderner, räumlich ausreichender Feuerwehrrhäuser weiter vorantreiben. Bereits in der letzten Legislaturperiode haben wir mit der Fertigstellung des Neubaus der Freiwilligen Feuerwehr in Arheilgen einen entscheidenden Schritt getan.

>>> Wir setzen uns für den Bau neuer Feuerwachen für die Freiwilligen Feuerwehren in der Innenstadt und in Eberstadt ein. > Stadtteile

Spaß, Begegnung, Gesundheit, Ehrenamt Sport als soziales Bindeglied in einer wachsenden Stadt

Menschen kommen spontan oder regelmäßig zusammen und treiben gemeinsam Sport. Dabei steht wahlweise die Leistung oder der Spaß im Vordergrund. Auch individuell sind viele sportlich aktiv: auf Wanderrouten, Lauf- oder Fahrradwegen und an öffentlichen Fitnessgeräten. Neben der Freude an der Bewegung hat Sport eine große gesundheitliche und soziale Bedeutung. Die Sicherung und Weiterentwicklung der Sportmöglichkeiten haben für uns Darmstädter GRÜNE deshalb einen hohen Stellenwert.

Die Darmstädter Bürger*innen können auf ein vielfältiges Sport- und Bewegungsangebot zugreifen, dazu gehören Sparten- und Breitensportarten in Vereinen ebenso wie informelle Bewegungsangebote. Angesichts der wachsenden Zahl an Einwohner*innen und neuer Wohnquartiere ist es uns GRÜNE wichtig, grundsätzlich auch Optionen zur sportlichen Betätigung vorzusehen.

Darmstadt steht auch für sportliche Erfolge. Und zwar nicht nur für die von bundesweit bekannten Sportler*innen sowie Vereinen im Schwimmen, Tennis und Fußball, sondern auch von Athlet*innen, deren Sportarten in der breiten Öffentlichkeit meist weniger Beachtung finden, wie Cheerleading, Radball, Fechten, Rollhockey, Rollkunstlauf, Tischfußball oder Tanzen.

In den vergangenen fünf Jahren hat die Stadt erheblich in die sportliche Infrastruktur investiert. Niederschwellige Bewegungsangebote wurden weiter ausgebaut. Die Sportvereine erhielten Planungssicherheit. Durch eine solide Haushaltsführung konnten die Zuschüsse jedes Jahr fristgerecht ausgezahlt werden. Auch in der Corona-Krise steht der GRÜN-geführte Magistrat den Vereinen zur Seite: Die Haushaltssperre wurde 2020 von 20 auf 5 Prozent abgesenkt, die Auszahlung der Zuschüsse vorgezogen. Auf unsere Initiative hin hat der Magistrat einen Corona-Hilfsfonds für die Darmstädter Sportvereine ins Leben gerufen, der insgesamt 100.000 Euro beinhaltet.

>>> Wir GRÜNE setzen uns auch in der kommenden Legislaturperiode für ein breites Angebot an Bewegungsmöglichkeiten ein. Wir wollen die Integration von Spiel, Sport und Bewegung in die urbane Alltagswelt weiterentwickeln und fördern. Das Augenmerk liegt dabei sowohl auf der Quartiersorientierung als auch auf speziellen Zielgruppen.

1. Sportentwicklungsplanung als kommunale Querschnittsaufgabe

Sport und Sportentwicklung kann nicht isoliert betrachtet werden. Für uns GRÜNE ist die Sportentwicklungsplanung eine Querschnittsaufgabe, die insbesondere in die

Stadtentwicklungsplanung, aber auch in sozialplanerischen Maßnahmen thematisch integriert sein muss. Es ist uns wichtig, Planungsgruppen interdisziplinär zu besetzen.

1.1. Sportpark Süd-West

Wir GRÜNE haben uns in den letzten Jahren für die Erarbeitung einer integrierten Sportentwicklungsplanung Süd-West eingesetzt, die Sport-, Stadt- und Vereinsentwicklung verbindet. Diese umfasst die neue Lincoln-Siedlung, das im Entstehen begriffene Ludwigshöhviertel, die Heimstättensiedlung sowie die Stadtteile Bessungen und Eberstadt. Kooperationen zwischen den ansässigen Vereinen aber auch die Schaffung nicht-vereinsgebundener Bewegungsangebote sowie natürlicher Aufenthaltsflächen sollen im Vordergrund stehen.

>>> Wir setzen uns für die Schaffung eines kleinen Bürgerparks westlich der B3 als zentraler Bestandteil des Sportparks Süd-West unter Beachtung der Naturschutzbelange ein.

>>> Unser Ziel ist, dass das Baseball-Feld „Memory Field“ von der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) erworben und anschließend saniert wird.

>>> Wir achten bei der Entwicklung des Ludwigshöhviertels darauf, dass eine ausreichende sportliche Infrastruktur geschaffen wird.

1.2. Ein zukunftsfähiges kommunales Sportkonzept

Für eine so stark wachsende Stadt wie Darmstadt, die zudem eine sehr diverse Bevölkerungsstruktur aufweist, ist eine bedarfsgerechte Ausstattung mit vielfältigen Sportangeboten wichtig, um als Kommune weiterhin attraktiv zu sein, gesundheitliche Vorsorge bereitzuhalten und soziale Treffpunkte zu schaffen.

Wir GRÜNE haben uns dafür eingesetzt, dass das Sportamt eine Bestands- und Bedarfsanalyse für alle Darmstädter Stadtteile erstellt. Dabei wurde analysiert, wie viele Sportflächen für die jeweiligen Sportangebote vorhanden sind, wie hoch der allgemeine Sanierungsbedarf ist und ob es, gemessen an der Nachfrage, ausreichend Angebote gibt. Durch eine Erhöhung des Investitionskostenzuschusses konnten die Vereine zudem den Sanierungstau hinsichtlich ihrer Liegenschaften teilweise abbauen.

>>> Auf Grundlage der Bestands- und Bedarfsanalyse wollen wir GRÜNE eine systematische Umsetzungsplanung vornehmen. Wir möchten den Sanierungs- und Neubaubedarf erfassen und diesen anschließend auf Grundlage des Bedarfs der Bürger*innen priorisieren, um daraus eine Sportentwicklungsplanung für das kommende Jahrzehnt zu erstellen.

>>> Die bisher verfolgte Strategie, die Zusammenarbeit der Vereine untereinander zu fördern, wollen wir fortführen.

>>> Auch beim Sport sind uns Klima- und Umweltschutz wichtig. Wir wollen umweltverträgliche Sportarten und die Bilanzierung der Klimaverträglichkeit stärker in den Fokus rücken. Die Energieberatung für Vereine mit eigenen Liegenschaften muss ausgebaut werden.

>>> Zur Förderung des Amateur- und Breitensports setzen wir uns für die Erstellung eines Sportatlasses ein, in dem alle Darmstädter Sportangebote im öffentlichen Raum aufgeführt werden.

>>> Neue Bewegungsräume wie jüngst an der Modaupromenade in Eberstadt sollen etabliert werden. Ein weiterer geeigneter Ort ist beispielsweise die Albert-Schweizer-Anlage, die von vielen Darmstädter*innen als Joggingstrecke genutzt wird.

Im Bereich des Leistungssports wollen wir in enger Kooperation mit den Vereinen und den Athlet*innen eine strategische Sportplanung vornehmen, damit weiterhin hochklassig Sport getrieben werden kann und eine möglichst diverse Palette angeboten wird. Dabei achten wir auf ein ausgeglichenes Verhältnis zwischen der Förderung von Männern und Frauen. >

Frauenpolitik

1.3. Förderung des institutionellen Sports in Vereinen

In Darmstadt gibt es knapp 100 Sportvereine mit insgesamt über 40.000 Mitgliedern. Sport im Verein hat eine hohe integrative Wirkung. Dies gilt im Hinblick auf kulturelle und ethnische Diversität wie auch auf die Verschiedenheit von Alter, Geschlecht und sozialem Status. Deshalb haben wir im Sommer 2020 beschlossen, 75.000 Euro mehr in die Jugendsportförderung zu investieren. Auf diese Weise kann der sogenannte „Sporteuro“, den die Darmstädter Vereine für jedes jugendliche Mitglied erhalten, auf 1,50 Euro angehoben werden. Um die Sportstätten energieeffizienter zu machen, werden energetische Sanierungsmaßnahmen der Vereine zu 50 % bezuschusst. Dafür wurden 100.000 Euro in den Finanzhaushalt eingestellt.

Die Sportförderrichtlinien wurden überarbeitet. Dadurch wird die Vergabe der städtischen Gelder stärker an soziale, ökologische und kooperative Aspekte geknüpft.

>>> Vereine mit eigenen Sportstätten und -anlagen werden wir auch weiterhin gesondert unterstützen. Dabei wollen wir prüfen, wie das Ehrenamt konkret entlastet werden kann, beispielsweise durch die gezielte Bereitstellung von Beratung.

Der Wunsch, Sport zu treiben, darf nicht an einer maroden Sportstätte scheitern.

>>> Im Sinne einer gestaltenden Stadtentwicklung wollen wir Vereinen mit angespannter Haushaltssituation helfen, damit auch ihre Liegenschaften saniert werden können, sofern die Sportanlagen zentral für die jeweiligen Quartiere sind.

>>> Zudem setzen wir uns dafür ein, dass E-Sport in die Sportförderung aufgenommen wird.

1.4. Frühzeitige Förderung von Sport und Bewegung bei Kindern

Wir GRÜNE wollen die Freude an Bewegung von klein auf fördern. Ein gutes Beispiel ist das pädagogische Konzept der Bewegungs- und Ernährungskindertagesstätte der Sportgemeinschaft Arheilgen e.V.: Bewegungsangebote und Betreuung werden hier eng miteinander verbunden, sodass die Kinder zur Bewegung angeregt werden. Das ist heute besonders wichtig, da immer mehr Heranwachsende Schwierigkeiten bei der Koordination

einfacher Bewegungsabläufe zeigen.

>>> Die Kooperationen zwischen Kinderbetreuungseinrichtungen, Grundschulen und Sportvereinen wollen wir in Zusammenarbeit mit dem Sportkreis ausbauen und verstetigen.

>>> Wir setzen uns für eine dritte Sportstunde pro Woche an allen Darmstädter Grundschulen ein.

>>> Gemeinsam mit dem Sportkreis wollen wir ein Konzept für eine zeitlich begrenzte kostenlose Mitgliedschaft in Sportvereinen entwickeln, die Kinder zur Teilnahme an Angeboten verschiedener Vereine und Sportarten berechtigt.

1.5. Förderung von Sport und Bewegung für ältere Menschen

In den vergangenen Jahren haben wir in vielen Stadtvierteln Bewegungsparcours für Senior*innen in zentralgelegenen und öffentlich gut zugänglichen Parkanlagen geschaffen. Die Parcours sind ein weiterer Schritt auf dem Weg zu einer altersgerechten und gesundheitsfördernden Stadt. In Kooperation mit dem Sportkreis ist es zudem gelungen, angeleitete Trainingszeiten für ältere Menschen anzubieten.

>>> Die Errichtung solcher Bewegungsparcours vor allem für Senior*innen wollen wir weiter ausbauen, gerade auch in den neuen Quartieren.

>>> In enger Abstimmung mit der Interessenvertretung für Senior*innen, mit Sportvereinen und mit den freien Trägern der Seniorenarbeit wollen wir weitere Konzepte zur Bewegungsförderung insbesondere von älteren Menschen entwickeln, die aber auch Jugendlichen zur Nutzung offenstehen.

>>> Außerdem setzen wir uns für die Schaffung eines Trimm-Dich-Pfades in einem Waldstück ein, um die Erholung in der Natur und sportliche Betätigung miteinander zu verknüpfen.

1.6. Sport-Infrastruktur erhalten und ausbauen

Sport, Spiel und Bewegung brauchen entsprechend geeignete Räume. Die gesundheitsfördernde Wirkung des alltäglichen Fuß- und Radverkehrs haben wir durch den konsequenten Ausbau der dafür nötigen Infrastruktur gestärkt. > *Stadtentwicklung und Mobilität* Zudem haben wir die Sanierung der städtischen Hallen konsequent fortgeführt und die Böllenfalltorhalle sowie die Hirtengrundhalle grundsaniert lassen.

In der vergangenen Legislaturperiode hat das Sportamt in allen Stadtteilen Informationsveranstaltungen (Sportforen) durchgeführt. Sie sollen dazu dienen, die Kooperationen unter den Vereinen zu fördern und die Sportstätten noch effektiver zu nutzen. Zudem haben wir GRÜNE uns dafür eingesetzt, dass ein Online-Belegungsplan erstellt wird.

>>> Diesen Weg wollen wir fortführen und für die Vergabe von Nutzungs- und Belegungszeiten in städtischen Sporthallen (einschließlich der Schulsportstätten), städtischen Bädern wie auch von Außenanlagen transparente Kriterien entwickeln.

Wir GRÜNE setzen uns für eine Erweiterung der Sportangebote durch eine Verbesserung der bestehenden Strukturen ein.

- >>> Wir wollen ein Rollsport-Konzept erstellen und durch die Bündelung der Trainings- und Wettkampfmöglichkeiten die aktuelle Situation für diese Sportart verbessern.
- >>> Wir setzen uns dafür ein, dass geprüft wird, ob durch den Kauf der Eissporthalle einerseits eine finanzielle Verbesserung für die Eissport treibenden Vereine erreicht und andererseits eine günstigere Nutzung der Eissporthalle herbeigeführt werden kann.
- >>> Hinsichtlich bereits existierender Sportanlagen wollen wir prüfen, ob eine breitere Nutzung auch außerhalb des institutionalisierten Sports möglich ist und diese gegebenenfalls vorantreiben.
- >>> Unser Ziel ist, dass in jedem Stadtteil eine – zumindest teilweise – geöffnete Sportanlage zur Verfügung steht.

2. Darmstadt als Schwimmstadt erhalten und weiter ausbauen

Während in vielen anderen Kommunen Schwimmbäder geschlossen werden, wird in Darmstadt in die Ausstattung der Bäderlandschaft investiert. Der GRÜN-geführte Magistrat hat die zur Verfügung stehende, gemessen an der Bevölkerung sehr große Schwimmfläche noch erweitert und qualitativ verbessert. Mit dem Neubau des Nordbades wurde begonnen, Woog und Arheilger Mühlchen sind entschlammt. Durch eine vorläufige Sanierung konnte das Eberstädter Mühlthalbad auch im Sommer 2020 genutzt werden. Seine Grundsanierung wurde bereits eingeleitet.

>>> Wir GRÜNEN wollen, dass mit der Grundsanierung des Eberstädter Mühlthalbades schnellstmöglich begonnen wird. Sollte eine Schließung des Bades notwendig sein, muss diese möglichst kurzgehalten werden. Der Fortbestand als Familien- und Freizeitbad ist für uns ein zentrales Anliegen. > *Stadtteile*

>>> Wir sprechen uns gegen eine zukünftige Wohnbebauung des Trainingsbadgeländes am Woog aus, um keine Nutzungskonflikte mit der Badestelle zu bekommen und die Aufenthaltsqualität für die Besucher*innen hochzuhalten.

3. Frauen und Gleichstellung

Die Gleichstellung von Mann und Frau sowie von sexuellen Minderheiten ist uns GRÜNEN schon lange ein Anliegen. Durch gezielte Förderung sowie Antidiskriminierungsmaßnahmen haben wir begonnen, gesellschaftliche Benachteiligung zu reduzieren. Diesen Weg wollen wir fortsetzen.

>>> Durch gezielte Maßnahmen wollen wir den Anteil von Frauen in der ehrenamtlichen Vereinsarbeit erhöhen.

>>> Um die Sichtbarkeit von Frauen und Menschen, die sich keinem Geschlecht zuordnen möchten, zu steigern, setzen wir uns für die Umbenennung des Preises „Darmstädter Sportler des Jahres“ in „Darmstädter Sportler*in des Jahres“ ein. > *Frauenpolitik*

>>> Wir wollen, dass beim Um- und Neubau städtischer Sportanlagen nach Möglichkeit genderneutrale Umkleiden und Toiletten geschaffen werden. > *Queeres Darmstadt*
>>> In Kooperation mit den Sportvereinen soll eine Antidiskriminierungskampagne von LSBTIQ ins Leben gerufen werden.

4. Bundesliga-Fußball in einem modernisierten Böllenfalltor-Stadion

Wir GRÜNE haben uns stets dafür stark gemacht, dass zu jedem Zeitpunkt Profi-Fußball am Böllenfalltor gespielt werden kann. Mittlerweile ist das Stadion wieder in den Besitz des SV Darmstadt 98 übergegangen und der Modernisierungsprozess in vollem Gange. Drei Tribünen sind bereits fertiggestellt, aktuell wird noch die Haupttribüne erneuert. Die Stadt unterstützt die Lilien beim Umbau sowohl finanziell als auch durch Bürgschaften.

Wir wollen auch in Zukunft gute Bedingungen für den Profi-Fußball in Darmstadt schaffen. Deshalb unterstützen wir den SV 98 weiterhin bei der Modernisierung des Stadions und darüber hinaus.

>>> Wir setzen uns dafür ein, dass die Zuwegung und die Verkehrssituation an Spieltagen im Rahmen der Sanierung der Nieder-Ramstädter-Straße verbessert werden.

>>> Gemeinsam mit dem SV 98 werden wir prüfen, inwiefern das Böllenfalltor-Stadion in spielfreien Zeiten auch für andere Sportarten nutzbar gemacht werden kann.

Eine starke Wirtschaft sichert die soziale und ökologische Stadt

Wir GRÜNE stehen für eine nachhaltige Wirtschafts- und Finanzpolitik, die sich den Herausforderungen der Klimakrise stellt und Ökonomie mit Ökologie und sozialer Verantwortung verbindet. Deshalb setzen wir weiterhin auf eine solide Haushaltspolitik und eine kommunale Wirtschaftspolitik, die Wirtschaftsförderung und Standortentwicklung ebenso als integralen Teil der Stadtentwicklungspolitik sieht wie die Pflege unserer umfassenden kommunalen Infrastruktur. Für diese brauchen wir auch weiterhin eine starke Stadtwirtschaft.

1. Haushaltspolitik – Solide Finanzen dauerhaft sichern

Politisches Handeln konkretisiert sich über den Haushalt und die darin vorgesehenen Budgets. Alle politischen Zielsetzungen und Projekte müssen über den Haushalt geplant und finanziert werden. Mithilfe des Stellenplans ist das Personal vorzuhalten, das zur Zielerreichung benötigt wird. Unsere Haushaltspolitik bildet den Rahmen für die Umsetzung unserer in den einzelnen Kapiteln dieses Programms definierten politischen Ziele.

In den vergangenen Jahren ist es gelungen, die städtischen Finanzen zu sanieren und zu stabilisieren. Vor der Corona-Krise konnte die Nettoneuverschuldung der Stadt über sechs Jahre auf Null abgesenkt werden. Die Verschuldung von deutlich über 5.000 Euro pro Kopf der Bevölkerung wurde auf 3.930 Euro in 2019 reduziert. Das eröffnete neue Spielräume für unsere ökologisch, ökonomisch und sozial zukunftsweisende Politik.

Durch die Corona-Krise in 2020 sieht sich der Magistrat nach sechs Jahren mit ausgeglichenen Haushalten (und besser) erstmals nicht in der Lage, für das kommende Jahr 2021 einen ausgeglichenen Haushalt aufzustellen. Auch die Pro-Kopf-Verschuldung wird wieder steigen. Diese Situation wird vor allem durch dramatisch gesunkene Schlüsselzuweisungen vom Land Hessen und durch das prognostizierten Sinken der Gewerbesteuererinnahmen als Folge der Corona-Krise verursacht.

Dieser neuen Herausforderung wollen wir uns stellen und in der kommenden Legislaturperiode an unsere Haushaltskonsolidierungen der Jahre ab 2011 anknüpfen. Eine verantwortungsvolle und nachhaltige Haushaltspolitik hat dabei nicht nur das jeweils laufende Jahr, sondern auch die längerfristige Planung von Kosten, Verpflichtungen und Investitionen im Blick.

>>> Solide Haushaltspolitik und erfolgreiche Sachpolitik bedingen einander. Wir werden deshalb auch weiterhin unserer Linie treu bleiben und engagierte GRÜNE Politik durch nachhaltige, konsequente, disziplinierte und fachkundige Haushaltsführung sicherstellen.

>>> Wir GRÜNE möchten zudem durch weiteres Divestment noch stärker zur Energiewende beitragen. Das bedeutet: Es sollen keine städtischen Gelder mehr in fossile Energieträger investiert und bestehende Geldanlagen umgelegt werden.

1.1. Sozial- und generationengerechte Einnahmen- und Ausgabenpolitik

Zu einer sozial verantwortlichen und generationengerechten Haushaltspolitik gehört auch der verantwortungsvolle, angemessene und für die Bürgerschaft sowie Gewerbetreibenden nachvollziehbare Umgang mit der „Einnahmenseite“. Wir werden darauf achten, die Belastung der Bürger*innen, der Wirtschaft und des Gewerbes in Grenzen zu halten, um die sehr guten Voraussetzungen für eine weiterhin positive Wirtschaftsentwicklung unserer Stadt dauerhaft zu sichern. Auch in Zukunft stehen wir für eine gesunde, der Zukunft verpflichteten Balance zwischen der Finanzierung kommunaler Leistungen, unseren politischen Zielsetzungen und den damit verbundenen Steuern und Abgaben.

Eine nachhaltige und solide Haushaltspolitik muss eine zielgerichtete Stadtentwicklungspolitik im Blick haben. Dazu gehört, dass wir für zukunftsichernde Investitionen in die Weiterentwicklung und Modernisierung der kommunalen Infrastruktur und den Ausbau der Daseinsvorsorge in unserer wachsenden Stadt eintreten. Nur so kann Darmstadt seinen aktuellen Herausforderungen gerecht werden. Dazu kann auch die Aufnahme von Krediten notwendig sein, die aber nicht zum Werteverzehr, sondern zum Wertaufbau einzusetzen sind. Kredite sind in unseren Augen nur dann gerechtfertigt, wenn ihnen entsprechende Vermögenswerte gegenüberstehen und dadurch Wohlstand für künftige Generationen geschaffen oder gesichert werden kann. Eine Neuverschuldung zur Deckung laufender Ausgaben hingegen lehnen wir grundsätzlich ab. Sie kann nur dann im Ausnahmefall infrage kommen, wenn Krisensituationen einen Ausgleich des Ergebnishaushaltes unmöglich machen.

1.2. Verlässliche Bereitstellung der Daseinsvorsorge

Kernaufgabe der Stadt ist es, die öffentliche Daseinsvorsorge sicherzustellen. Dazu gehören unter anderem funktionsfähige und sichere Straßen sowie Fuß- und Radwege, attraktive Plätze, eine gute und nachhaltige Energie- und Wasserversorgung, die Müll- und Abwasserentsorgung, öffentliche Sicherheit und Ordnung sowie Leistungen zum Ausgleich sozialer Benachteiligungen und zur Unterstützung von Familien ebenso wie ein leistungsfähiger öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV), eine moderne Gesundheitsfürsorge, ein breites Freizeit- und Kulturangebot sowie gut ausgestattete Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen.

>>> Inhalt und Ziel unserer Haushaltspolitik wird es auch in den kommenden fünf Jahren sein, diese Leistungen für die Bürger*innen verlässlich, bezahlbar und in guter Qualität bereitstellen zu können.

Dabei knüpfen wir an die Erfolge der vergangenen Jahre an, in denen es uns gelungen ist, frühzeitig die Genehmigung des städtischen Haushalts sicherzustellen. Kulturschaffende, Vereine, die Träger sozialer Arbeit und alle anderen, die Mittel aus dem städtischen Haushalt benötigen, erhielten dadurch Planungssicherheit.

Darüber hinaus haben wir mit unserer Haushaltspolitik die Verwirklichung unserer politischen Ziele ermöglichen und absichern können:

- Die Mittelzuweisungen für Schulträgeraufgaben wurden seit 2011 von damals 27,1 Mio. auf jetzt 46,4 Mio. Euro stark erhöht. Im gleichen Zeitraum wurden die sozialen Leistungen von damals 83,1 Mio. auf jetzt 162,3 Mio. Euro fast verdoppelt.
- Die Zuweisungen für die Kinder-, Jugend- und Familienhilfe wurden auf unser Betreiben hin von 89,1 Mio. auf 146,6 Mio. Euro deutlich gesteigert.
- Die Aufwendungen für Gesundheitsdienste wurden sogar auf 8,2 Mio. € mehr als verdoppelt.
- Für die Natur- und Landschaftspflege stehen heute um ein Drittel höhere Budgets zur Verfügung.
- Für Kultur und Wissenschaft haben wir die städtischen Zuschüsse um mehr als 20 % angehoben.

1.3. Transparenz und Bürgerbeteiligung

Die Verwendung öffentlicher Mittel muss dem Gebot der Transparenz und Nachvollziehbarkeit gegenüber den Bürger*innen unterliegen und Mitwirkungsmöglichkeiten bieten. Dieser Verantwortung werden wir schon heute in vielfältiger Weise gerecht. Ein gutes Beispiel dafür ist der „Bürgerhaushalt“, in dem alle Haushaltspositionen bis ins Detail hinein nachvollziehbar dargestellt werden und ein Vorschlags- und Abstimmungsrecht der Bürger*innen bei bestimmten Haushaltsaufwendungen umgesetzt wird. Alle Positionen des städtischen Haushalts sind bis hin zu den Förderbeträgen für Vereine oder die Anzahl der zu pflegenden Bäume im Stadtgebiet über die Homepage der Wissenschaftsstadt Darmstadt einsehbar und verständlich dargestellt. Die Haushaltsdaten können außerdem mit denen aus Vorjahren oder anderer Städte verglichen und mit einer ganzen Reihe von Strukturdaten wie der Bevölkerungszahl unserer Stadt verbunden und analysiert werden.

Über die Beteiligungen und die Unternehmen der Stadtwirtschaft gibt die Stadt Rechenschaft in einem mehrfach preisgekrönten und bundesweit als Vorbild geltenden Beteiligungsbericht, der allen Bürger*innen zur Verfügung steht.

2. Stadtwirtschaftsstrategie

2.1. GRÜNE Klima- und Wirtschaftspolitik durch die Stadtwirtschaft

Während viele andere Städte in Deutschland nicht nur mit dem Haushalt, sondern auch mit der Gewährleistung der Daseinsvorsorge ringen, haben wir uns schon vor vielen Jahren dafür entschieden, die Darmstädter Stadtwirtschaft zu stärken, und zu nachhaltigem Wirtschaften verpflichtet.

GRÜNE Wirtschaftspolitik in Darmstadt setzt auf eine starke Stadtwirtschaft – auch mit Vorbildcharakter für die Wirtschaft in der Stadt insgesamt.

Unsere Stadtwirtschaft steht heute insgesamt hervorragend da: 130 Unternehmen, über 8.000 Mitarbeitende, eine erwirtschaftete Gesamtleistung von rund 2,5 Mrd. Euro, eine Bilanzsumme von 4,6 Mrd. Euro, in den letzten Jahren eine regionale Wertschöpfung in der Regel von deutlich über 700 Mio. Euro pro Jahr. Im Einzelnen lassen sich die Strukturen transparent und nachvollziehbar im preisgekrönten Beteiligungsbericht nachlesen. [Externer LINK zum Beteiligungsbericht](#)

Von dieser starken Stadtwirtschaft profitieren nicht nur die dort Angestellten sowie die Bürger*innen, sondern auch sehr viele Unternehmen in der Region: zahlreiche Handwerksbetriebe, viele kleine und mittelständische Betriebe. Die Bedeutung der Darmstädter Stadtwirtschaft für die Umsetzung GRÜNER Klima- und Wirtschaftspolitik kann gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. Die sozial-ökologische Transformation in unserer Gesellschaft braucht starke kommunale Unternehmen, die in Kernbereichen wie beispielsweise Energie, Wohnen oder Verkehr als verlässliche Akteure bei der Umsetzung auftreten. Einige Beispiele:

- Die ENTEGA hat sich in den vergangenen Jahren zu einem Energieunternehmen entwickelt, das bundesweit eine Vorreiterrolle bei der Förderung regenerativer Energien einnimmt. Bei der Umsetzung nachhaltiger GRÜNER Energiepolitik in Darmstadt und darüber hinaus spielt der städtische Energieversorger eine zentrale Rolle. Er produziert heute mehr Öko-Strom als in Darmstadt insgesamt Strom verbraucht wird. Welche Städte können das von sich sagen? > *Klimaschutz*
- Ohne die bauverein AG würde sich die Lage am Wohnungsmarkt, insbesondere für Menschen mit geringen oder mittleren Einkommen, heute wesentlich schwieriger darstellen. Das städtische Tochterunternehmen ist essenziell sowohl für die Bereitstellung von Wohnraum in verschiedenen Kategorien als auch für nötige Fortschritte bei der energetischen Sanierung des Bestands an Wohnungen in Darmstadt – auch wenn Letzteres ein Prozess ist, der sich über viele Jahre erstrecken wird. > *Stadtentwicklung und Mobilität*
- Die HEAG mobilo ist unsere starke Partnerin bei der dringend nötigen Verkehrswende. Beispielsweise mit dem in 2020 in der Darmstadt-Dieburger-Nahverkehrsorganisation (DADINA) beschlossenen neuen Straßenbahnkonzept machen wir gerade einen großen Schritt in die richtige Richtung. > *Stadtentwicklung und Mobilität*

- In der Corona-Krise zeigt sich die Bedeutung eines leistungsfähigen Gesundheitswesens eindrücklich. In Darmstadt haben wir mit der Entscheidung, das Klinikum substanziell zu modernisieren und das Marienhospital zu erwerben, die Weichen für eine umfassende Daseinsvorsorge im Bereich des Gesundheitswesens gestellt. Dies werden wir in den nächsten Jahren konsequent fortführen. > *Gesundheit*
- Der Eigenbetrieb für kommunale Aufgaben und Dienstleistungen (EAD) kümmert sich neben der Abfallverwertung und der Straßenreinigung um zahlreiche weitere Aufgaben der Daseinsvorsorge und stellt beispielsweise mit Kompostierungsanlage und Recyclinghof zentrale Infrastrukturen für eine ressourcenschonende und nachhaltige Wirtschaft zur Verfügung.

Insbesondere zahlreiche Aktivitäten der Stadtwirtschaft der vergangenen Jahre verdeutlichen deren wichtigen Beitrag für die sozial-ökologische Transformation in Darmstadt. Dazu weitere Beispiele:

- Durch die Gründung der Digitalstadt Darmstadt GmbH Ende 2017 hat der Magistrat den kommunalen Einfluss auf Digitalisierungsvorhaben gesichert und zugleich festgelegt, dass Projekte ethischen Leitplanken zu folgen haben und primär den Zielen „Bürgernutzen“ und „Nachhaltigkeit“ dienen.
- Ebenfalls in 2017 hat die HEAG HOLDING AG gemeinsam mit book-n-drive die HEAG book-n-drive Carsharing GmbH gegründet, deren Ziel der Ausbau des Carsharings in Darmstadt und dem Umland ist. Dadurch wird ein wichtiger Beitrag zur Verkehrswende geleistet.
- In 2019 haben die Stadtwirtschaftsunternehmen bauverein AG und ENTEGA AG ihre Kompetenzen im Bereich Gebäudetechnologie und Wärmeversorgung in einer gemeinsamen Gesellschaft gebündelt und die bauTega GmbH gegründet. Zentraler Geschäftszweck ist die Verringerung von Emissionen und die Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen. Das Gemeinschaftsunternehmen wird sich in einem ersten Schritt der Wärmelieferung und der Effizienzsteigerung der Heizungsanlagen in den bauverein-Immobilien widmen.
- Gemeinsam mit der HEAG mobilo und dem Landkreis Darmstadt-Dieburg hat die Stadt Ende 2020 die StraDaDi GmbH gegründet, um den Ausbau des Straßenbahnnetzes fokussiert weiterzuentwickeln. Die StraDaDi GmbH ist ein zentraler Baustein für die Beschleunigung der dringend benötigten Verkehrswende. In einem ersten Schritt soll sie sich mit der Verbindung von Darmstadt in den Ostkreis, konkret mit der Planung und Realisierung einer Straßenbahn nach Groß-Zimmern befassen. > *Stadtentwicklung und Mobilität*

- Durch die Neuausrichtung der ursprünglich bereits in 2005 gegründeten Darmstädter Stadtentwicklungs GmbH und CO. KG ist eine umsetzungsstarke Organisation entstanden, die bei der Realisierung zentraler Bauvorhaben (beispielsweise Berufsschulzentrum Nord und Heinrich-Hoffmann-Schule) effektiv sicherstellt, dass die Prinzipien der Nachhaltigkeit bei Planung und Umsetzung angemessen berücksichtigt werden.

2.2. Stadtwirtschaftsstrategie 2020 - 2025

Im Juni 2020 hat die Stadtverordnetenversammlung mit breiter Mehrheit die Stadtwirtschaftsstrategie 2020 - 2025 beschlossen und damit die Basis für eine nachhaltig und sozial-ökologisch agierende Darmstädter Stadtwirtschaft in den nächsten Jahren gelegt.

[Externer LINK zu Stadtwirtschaftsstrategie](#)

Neben der klaren Organisation und Gliederung unserer Stadtwirtschaft in acht Geschäftsfelder legt diese umfassend überarbeitete Strategie besonderen Wert auf die Ausformulierung von geschäftsfeldübergreifenden Zielen. Wir GRÜNE begrüßen hierbei ganz besonders, dass die Sicherstellung von Kernleistungen der Daseinsvorsorge für die Stadt, ihre Bürgerschaft sowie Unternehmen dabei im Mittelpunkt steht.

Darüber hinaus findet sich in der aktuellen Stadtwirtschaftsstrategie eine Fülle von nur vermeintlich weichen Faktoren, die letztlich doch die Basis für nachhaltigen, langfristigen Erfolg sind. Das wird auch in der beeindruckenden Liste von Zertifizierungen, Auszeichnungen, Mitgliedschaften und Gütesiegeln deutlich. Exemplarisch seien hier die verschiedenen ISO-Zertifizierungen, der Deutsche Nachhaltigkeitskodex, die Charta der Vielfalt, der „Erfolgsfaktor Familie“ oder auch geschäftsfeldspezifisch der „Fairste Stromanbieter“ oder der „Digital Champions Award“ genannt.

>>> Wir GRÜNE werden uns auch weiterhin für den Ausbau der starken Darmstädter Stadtwirtschaft einsetzen und sie auf dem eingeschlagenen Kurs des nachhaltigen Wirtschaftens unterstützen.

3. Standort- und Wirtschaftsförderung

Die sozial-ökologische Transformation gelingt nur mit einer klugen Wirtschaftspolitik. Wir GRÜNE gestalten diese aktiv und mit hoher Priorität. Den ansässigen und ansiedlungsinteressierten Unternehmen sind wir seit zehn Jahren verlässliche Partner*innen. Diesen Weg wollen wir fortsetzen.

3.1. Darmstadt als Zukunftsstadt weiterentwickeln

Kreativität, Innovation und Digitalisierung beschreiben schon heute die Stärken des Wirtschaftsstandorts Darmstadt. Auf der Basis der Datenerhebungen des Instituts der deutschen Wirtschaft führt unsere Stadt in den letzten Jahren wiederholt das Ranking als

Zukunftsstadt an. Wichtige Indikatoren sind dabei beispielsweise die Breitbandversorgung, die Häufigkeit von Patentanmeldungen, die Zahl der Forschungsinstitute, der Anteil der Hochqualifizierten – besonders in technisch-naturwissenschaftlichen Bereichen und in Kreativfächern – oder die Zahl der Beschäftigten in Zukunftsindustrien. Gleichzeitig spielen auch die Zahlen der Künstler*innen und der Opern- und Theaterbesuche eine Rolle. Darmstadt beteiligt sich zudem mit Projekten an der „Leitinitiative Zukunftsstadt“. In diesem Kontext werden durch bedarfsgerechte, praxisorientierte, inter- und transdisziplinäre Forschung Beiträge zur Bewältigung der Herausforderungen durch den Klimawandel, lokale Umweltbelastungen oder demografische Veränderungen geleistet.

Die Corona-Pandemie rückt zudem die Bedeutung von regionaler Vernetzung und Erreichbarkeit, die Rolle der öffentlichen Hand und die Notwendigkeit agiler und flexibler Prozessgestaltung für die Stadt der Zukunft in den Blick. Krisenfestigkeit, hier verstanden als eine Form urbaner Widerstandskraft, zeigt sich damit einmal mehr als wichtige Zielsetzung kommunaler Gestaltung und Transformation. Wir GRÜNE setzen uns für ein verändertes Verständnis urbanen Wohlstandes ein. Er manifestiert sich für uns nicht nur in klassischen ökonomischen Wachstumsraten, sondern – im Sinne der gemeinwohlorientierten Wirtschaft – in den Kriterien Klimaneutralität, Nachhaltigkeit, Vorsorge und Gerechtigkeit.

3.2. Nachhaltige Wirtschafts- und Stadtentwicklung fördern

Darmstadt bietet mit seinem engen Austausch zwischen Wirtschaft, Wissenschaft, bürgerschaftlichem Engagement und kommunalem Handeln sehr gute Voraussetzungen, um gesellschaftliche und technologische Innovationen zu entwickeln und auf dem Weg zur nachhaltigen Stadt in die Praxis umzusetzen. Sehr erfolgreich arbeitet in dieser Hinsicht seit 2017 – als gemeinsames Projekt der IHK Darmstadt und der Stadt Darmstadt – das Technologie- und Gründerzentrum HUB 31, das mit flexiblen Konzepten Raum für gemeinschaftlich sowie individuell genutzte Büros und Werkstätten bietet und so die Entwicklung und Erprobung innovativer Ideen unterstützt.

Zentral für das kontinuierlich leistungsfähiger werdende Netzwerk von Akteur*innen aus Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung war und ist auch der bereits 2014 gemeinsam von der Schader Stiftung, der Technischen Universität Darmstadt und der Stadt gegründete „Runde Tisch Wissenschaftsstadt“, der sich erfolgreich etabliert hat und ebenso weitergeführt werden wird.

Kern unserer Wirtschaftspolitik ist die Unterstützung der Unternehmen und Selbstständigen, die bereits in Darmstadt tätig sind und/oder in unserer Stadt investieren wollen. In den vergangenen Jahren ist es gelungen, die etablierten Clustern Chemie/Pharma, Maschinen-/Anlagenbau, IT, Kosmetik und Weltraum-/Satellitentechnik zu stärken. Zugleich konnten in der Ökobranchen durch die Ansiedlung von Alnatura und der Akasol AG in Darmstadt Leuchtturmprojekte mit europäischer Strahlkraft realisieren werden.

Wir GRÜNE bekennen uns klar zum produzierenden Gewerbe und den damit verbundenen Arbeitsplätzen in Industrie und Handwerk. Es ist von sozialpolitischer Bedeutung, dass es auch und gerade in der Wissenschaftsstadt Darmstadt diese sogenannten „Blue-Collar-Jobs“ gibt.

Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass die Stadt aktiver Teil der Netzwerke zwischen Wirtschaft, Wissenschaft, Forschung und Lehre ist. Wir stehen für einen offenen und vertrauensvollen Dialog mit dem Ziel der Unterstützung von Investitions- und Ansiedlungsprojekten sowie des aktiven Anwerbens von Investor*innen. Leitbild ist für uns dabei, vorrangig Investitionen und Unternehmen zu unterstützen, die dazu beitragen, zu einer vernetzten, klima- und umweltschonenden Biodiversität und Ressourcen schützenden Wirtschaftsform zu kommen.

>>> Wir GRÜNE wollen der regionalen Wirtschaft und Investor*innen aus nah und fern weiterhin ein attraktives Umfeld bieten und dazu die notwendige Infrastruktur unter Berücksichtigung der Kriterien von Ressourcenschonung, Klimaschutz und Biodiversität ausbauen und gestalten.

Darmstadt versteht sich als Fair-Trade-Kommune und hat als solche bereits zahlreiche Aktivitäten durchgeführt. Zudem hat sich die Stadt als Gründungsmitglied und Partnerin im Netzwerk Deutscher Bio-Städte ebenso wie in der Ökomodellregion Hessen Süd positioniert. Fördern möchten wir damit fairen Handel und nachhaltigen Konsum, die ökologische, naturnahe Landwirtschaft, den Erhalt der Kulturlandschaft und der Artenvielfalt und nicht zuletzt das Bio-Lebensmittelangebot in Darmstadt. > *Umwelt- und Naturschutz* Beispiele dazu sind die Unterstützung des inklusiven, biodynamischen Lern- und Lebensorts Hofgut Oberfeld, des Alnatura-Campus-Projets oder der „Initiative Essbares Darmstadt“. Diesen Weg werden wir weiterverfolgen. Entsprechend dem „Hessischen Vergabe- und Tariftreuegesetz“ priorisieren wir als Stadt die Beauftragung nachhaltig agierender Unternehmen. Damit leistet die Wissenschaftsstadt Darmstadt einen aktiven Beitrag zur sozial-ökologischen Transformation. Wir tragen zur Stärkung regionaler Unternehmen bei, um regionale Wertschöpfung und Einkommen zu unterstützen. Ein solches Vorgehen führt zugleich dazu, unnötigen Verkehr zu vermeiden und leistet damit einen Beitrag zum Klimaschutz.

>>> Wir GRÜNE wollen Maßnahmen zu Müllvermeidung im lokalen Einzelhandel durch ein gemeinsames Pfandsystem für Transportbehältnisse weiter fördern.

>>> Unternehmen mit Wertstoffkreislauf, Repaircafés und „Unverpackt“-Läden, die durch ihr Angebot (Verpackungs-)Müll auf nahezu Null reduzieren und wiederverwertbare Produkte des täglichen Gebrauchs anbieten, unterstützen wir. > *Umwelt- und Naturschutz*

>>> Wir machen uns für Investitionsmodelle für Klimaschutz (zum Beispiel Energie-Genossenschaften, Mieterstrommodelle oder Klimaschutzfonds) und Energieberatung stark. > *Klimaschutz*

>>> SoLaWi-Initiativen, das heißt, solidarische Landwirtschaft, genossenschaftlich in Kooperation mit der regionalen Landwirtschaft organisiert, regional und saisonal

ausgerichtet, unterstützen wir.

>>> Wir stehen Unternehmen bei der Erstellung einer Gemeinwohlabilanz zur Seite, die die ökologischen Wirkungen der Wirtschaftsaktivitäten nachvollziehbar darstellt und die sozial-ökologischen Folgen von Investitionen aufzeigt.

Die Corona-Pandemie hat die Wertschätzung für die vor Ort verankerten Wirtschaftsstrukturen erheblich gestärkt. Diese Entwicklung soll auch über die aktuelle Krise hinaus Bestand haben. Wir GRÜNE wollen mit kommunaler Wirtschaftsförderung einen passenden Rahmen dafür bieten. Regionale Produktion und Vermarktung in kooperativen Geschäfts- und Unternehmensmodellen, aber auch ehrenamtliches Engagement sind Basis einer lokalen und regionalen Wirtschaft und damit „förderungswürdig“. Kommunale Wirtschaftsförderung verstehen wir als kommunale Wohlstandssicherung, die auch in Krisensituationen ihre Funktionsfähigkeit erhält. > *Stadtentwicklung und Mobilität*

3.3. Attraktivität der Innenstadt und lebenswerte Stadtteile gestalten

Die Zunahme des Online-Handels, das veränderte Einkaufsverhalten der Kund*innen und in Verbindung damit veränderte Erwartungen der Bürger*innen an die Innenstadt stellen die Einzelhandelsbranche seit Jahren vor enorme Herausforderungen. Einkaufszentren auf der „grünen Wiese“ standen schon länger in Konkurrenz zu den Angeboten in den Innenstädten.

Um die Attraktivität der Darmstädter Innenstadt zu stärken, möchten wir sie als Ort des Einkaufens sowie der Begegnung, Freizeitgestaltung und Kultur gestalten. Bürger*innen ebenso wie Tourist*innen aller Altersgruppen sollen sich in der Stadt wohlfühlen und auch ohne unmittelbares Konsuminteresse verweilen können. Hierfür möchten wir Orte mit hoher Aufenthaltsqualität schaffen. Ziel ist zugleich, dass kleine und mittelständische Einzelhandels-, Dienstleistungs- und Handwerksunternehmen, für die direkter Kundenkontakt bedeutsam ist, in attraktiven und gut besuchten Innenstadtlagen ihre Angebote unterbreiten können.

Innerstädtischer Fuß-, Rad- und öffentlicher Personennahverkehr sollen weiterhin gestärkt werden. Größere Einkäufe sollen sich auch ohne Auto erledigen lassen. Für die Innenstadt gilt es, Konzepte für die künftige Nutzung bereits vorhandener Flächen unter Beteiligung vielfältiger Akteur*innen zu entwickeln. Denkbar ist es beispielsweise, auch in der Innenstadt Wohnen und Gewerbe in produktiver Weise zu verschränken. Es müssen Pläne entwickelt werden, wie großflächige Einheiten künftig sinnvoll aufgeteilt und unterschiedlichen Nutzungsformen zur Verfügung gestellt werden können. Der bereits eingeleitete Umbau von Teilen des Luisencenters für Dienstleistungen des Einwohnermeldeamts ist ein richtiger Schritt in diese Richtung. Auch sind wir überzeugt, dass das Innenstadtentwicklungskonzept, das der GRÜNE Oberbürgermeister auf den Weg gebracht hat, wichtige funktionale und stadtgestalterische Impulse und Handlungsempfehlungen für die mittlere und langfristige Zukunft des zentralen Stadtviertels geben wird. > *Stadtentwicklung und Mobilität*

Wichtig ist uns GRÜNEN aber nicht nur die Gestaltung des städtischen Zentrums. Auch in den Stadtteilen und in den Quartieren muss eine fußläufig erreichbare Nahversorgung erhalten bleiben. Gastronomische Angebote, attraktive Plätze mit Grünflächen und Kleingewerbe sind wichtig, damit diese ihre jeweiligen Profile als lebendige, nachbarschaftliche Sozialräume bewahren können. Wir unterstützen das in 2016 verabschiedete Nahversorgungskonzept, das nicht nur die Einzelhandelssituation in der Innenstadt und in den Stadtteilen Arheilgen, Eberstadt, Wixhausen und Kranichstein in den Blick nimmt, sondern das gesamte Stadtgebiet kleinräumig betrachtet. > *Stadtentwicklung und Mobilität* > *Stadtteile*

Perspektivisch sollte auch vermehrt an die multiple Nutzung von Innenstadtdflächen gedacht werden: Viele Büro-, Geschäfts- und andere Gebäude werden nur zu bestimmten Zeiten und an bestimmten Tagen genutzt. In den Abendstunden stehen sie leer, die Innenstadt verwaist. Lesungen in der Buchhandlung, Kleinkunst im Luisencenter und in Geschäftsräumen, die mit einfachen Mitteln in Räume für Abendveranstaltungen umfunktioniert werden können, stellen weitere Optionen dar. Hier wollen wir alte Denkschemata abstreifen und neue Wege wagen.

3.4. Digitalisierung: Teil des „Darmstadt-Clusters“, aber auch Plattform für alle

Darmstadt ist „Digitalstadt“ und damit beispielhaft dafür, wie mit neuen Technologien der Alltag der Bürger*innen, die Arbeit der Wirtschaft und die Vernetzung der Wissenschaft erleichtert werden können. Die Projekte und Lösungen der Digitalstadt-Plattform bieten einen sicheren Umgang mit Daten und verfolgen die Zielsetzungen verstärkter Partizipation und eines nachhaltigen Einsatzes von Ressourcen.

Unternehmen, Forschungs- und Bildungseinrichtungen wird eine verlässliche und moderne IT-Infrastruktur geboten. Dem Handel wird der Zugang zu lokalen Handels- und Dienstleistungsangeboten auch digital ermöglicht. Lieferlogistik kann über die Projekte der Digitalstadt effizienter gestaltet werden. Ziel ist es, die Wettbewerbsfähigkeit der Darmstädter Wirtschaft mit digitalen Produktionsprozessen langfristig zu sichern und damit auch die Qualität als Wirtschaftsstandort zu steigern. Wir GRÜNE wollen dabei ein besonderes Augenmerk auf die Bedürfnisse kleiner und mittelständischer Unternehmen legen. An der Technischen Universität Darmstadt siedelt die Landesregierung mit Unterstützung der Stadt das Hessische Zentrum für Künstliche Intelligenz an. Darmstadt ist zudem seit einiger Zeit Mitglied im Verein AI Frankfurt Rhein-Main, der sich als Kooperationsverbund mit den Möglichkeiten der Künstlichen Intelligenz befasst und auch kontroverse Aspekte dazu in die öffentliche Diskussion trägt.

>>> Wir GRÜNE wollen die Aktivierung von Räumen für die Digital- und Informationswirtschaft in Zukunft verstärkt fördern.

>>> Wir setzen uns für die Schaffung eines Beratungsangebots für die Ausweitung von Homeoffice-Möglichkeiten ein. > *Frauenpolitik* > *Stadtentwicklung und Mobilität*

>>> Die Digitalisierung der Stadtverwaltung wollen wir voranbringen.

>>> Das Konzept der Digitalstadt soll verstärkt als Plattform für regionale und

nachhaltige Angebote („Unverpackt“-Läden, Car- und Lastenrad-Sharing, Biomärkte, etc.) nutzbar gemacht werden.

Wir GRÜNE erkennen aber auch die mit der Digitalisierung verbundenen Gefahren und stehen dafür, dass konsequent auf die Wahrung von Datenschutz und Persönlichkeitsrechten geachtet wird. Wir setzen uns dafür ein, dass die Möglichkeiten der Digitalisierung nicht zum Nachteil der Menschen missbraucht werden. Gemeinwohl geht vor Digitalismus ebenso wie die digitale Stadt stets der Lebensqualität in der analogen zu dienen hat – nicht umgekehrt. „Smart“ ist für uns deshalb immer auch gleichbedeutend mit ethisch vertretbar. > *Digitales*

3.5. Arbeitsmarkt

Wirtschaftsförderung bedeutet auch, den Arbeitnehmer*innen die Möglichkeit zu geben, einer beruflichen Tätigkeit nachzugehen. In diesem Zusammenhang wollen wir GRÜNE die Ganztagsschul- und Betreuungsangebote noch weiter ausbauen. Das ist primär wichtig für die Persönlichkeits- und Bildungsentwicklung von Kindern und Jugendlichen. Gerade die Corona-Pandemie hat aber gezeigt, wie bedeutsam qualitativ hochwertiger Ganztagsunterricht in Schule und Kita auch für die Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und Familienaufgaben ist. > *Bildung > Gesellschaftspolitik*

Uns GRÜNEN ist es wichtig, dass sowohl die Unternehmen, die den Standort Darmstadt schon heute prägen, genauso wie solche, die sich in Zukunft hier ansiedeln, qualitativ gute Arbeitsplätze bieten. Arbeit soll angemessen bezahlt werden. Inklusion soll auch am regulären Arbeitsmarkt realisiert werden, sinnvolle ergänzende Beschäftigungsoptionen wollen wir GRÜNE in allen Branchen unterstützen. Wir werden Ideen und Formate entwickeln, die auch kleinen Unternehmen die Gewinnung von Auszubildenden erleichtern. Bisher praktizierte Formen wie die „Nacht der Ausbildung“ sind derzeit für sie kaum zugänglich.

Im Fall von Arbeitsplatzverlust müssen alle Betroffenen auf ein gut ausgebautes Unterstützungs- und Beratungsangebot zurückgreifen können. Dafür ist es notwendig, dass die Strukturen und inhaltlichen Angebote zur Weiterbildung transparent und übersichtlich zusammengestellt sind. Weiterbildungsberatung soll in öffentlicher Verantwortung erfolgen.

Die fachlichen und überfachlichen Angebote müssen ausgebaut werden. > *Gesellschaftspolitik > Bildung*

>>> Die Stadt soll auch in Zukunft ihrer Verantwortung als Arbeitgeberin gerecht werden und flexible Arbeitszeitmodelle ermöglichen, Vielfalt stärken und Diskriminierung verhindern, Führungspositionen gendergerecht besetzen > *Frauenpolitik* und kontinuierlich Qualifizierungsangebote schaffen.

3.6. Regionalität erhalten – Internationalität stärken

Die Corona-Pandemie hat auch dieses sehr deutlich gezeigt: Globale Lieferketten und regionales Wirtschaften dürfen einander nicht ausschließen, müssen aber krisenfest sein. Das heißt, die unmittelbare Daseinsvorsorge, von der Energie- über die Lebensmittel- bis hin zur

Gesundheitsversorgung, muss auch in Krisenzeiten gesichert sein. Entsprechend sollte die regionale Ausgestaltung von Wertschöpfungsketten künftig eine noch stärkere Beachtung finden.

Zugleich aber bleibt Darmstadt eine weltoffene und interkulturell geprägte Stadt. Studierende aus aller Welt kommen nach Darmstadt. Internationale Forschungseinrichtungen prägen unsere Forschungslandschaft. International tätige Unternehmen haben hier Niederlassungen. Die Stadt will ausländischen Neubürger*innen beim Ankommen in Darmstadt die Türen öffnen. Entsprechend müssen alle Bürgerdienste, Formulare und Informationen, die über das Internet verfügbar sind, mehrsprachig sein. Für Beratungsinstitutionen aller Art sollte Mehrsprachigkeit eine Selbstverständlichkeit sein. > *Zusammen leben*

3.7. Zukunftsorientierte Planung und Gestaltung von Gewerbeflächen

Bei der Ansiedlung neuer Unternehmen und der Ausweisung neuer Gewerbeflächen ist die ressourcenschonendste Variante zu ermitteln und – wo möglich – umzusetzen.

>>> Wir wollen weiterhin das Gewerbeflächenmanagement der Stadt aktiv und zukunftsgerichtet gestalten. Gewerbestandorte sollen nach Möglichkeit nachhaltig und ökologisch ausgerichtet werden.

>>> Wir setzen uns dafür ein, dass qualitative Kriterien bei der Vergabe von Gewerbeflächen eine zentrale Rolle spielen.

>>> Die Flächenpolitik der Stadt soll Mittelstand und Handwerk gute Rahmenbedingungen bieten.

>>> Wir möchten, dass in Innenstadtbereichen wie auch in Außenbezirken möglichst Quartiere mit gemischter Nutzung aus Wohnen und Gewerbe entstehen.

Wir GRÜNE sehen die kommunale Wirtschaftsförderungspolitik nicht nur als eine der wichtigsten Aufgaben, sondern auch als starkes Instrument, mit dem wir eine nachhaltige, smarte, digitale, klima- und umweltschonende, weltoffene Stadt entwickeln können. Sie soll den Menschen Wohlstand, Arbeit und ein gutes und gesundes Leben bieten.

Digitalisierung nicht den anderen überlassen

Die Digitalisierung ist heute einer der wesentlichen Megatrends und politisch ein ausgesprochen wichtiges Querschnittsthema. Dabei gilt es, Chancen und Risiken gleichermaßen im Blick zu haben und die Digitalisierung aktiv zum Wohle der Bürger*innen zu gestalten.

Durch die Corona-Krise ist die gesellschaftliche Bedeutung noch einmal deutlicher geworden – beispielsweise im Kontext von Schule und Hochschule oder auch von Wirtschaft und Verwaltungsprozessen. Selbst viele politische Abläufe sind im Jahre 2020 erstmals digitalisiert worden, beispielsweise in Form von digitalen Parteitag.

1. Digitalstadt Darmstadt

Im Juni 2017 hat die Wissenschaftsstadt Darmstadt den Wettbewerb „Digitale Stadt“ des Branchenverbands Bitkom e.V. gewonnen. Daraufhin wurde 2018 offiziell der Ausbau Darmstadts zur digitalen Modellstadt, zur „Digitalstadt Darmstadt“, eingeleitet. Unter anderem mit der Gründung der Digitalstadt Darmstadt GmbH und dem bundesweit viel beachteten Ethik- und Technologiebeirat der Digitalstadt Darmstadt sind Strukturen geschaffen worden, die die zahlreichen Institutionen in Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung miteinander vernetzen. Viele Digitalisierungsprojekte konnten dadurch seitdem vorangetrieben werden. Neben konkreten Verbesserungen zum Wohle der Darmstädter Bürger*innen beispielsweise in den Bereichen „Smart Traffic“ und „Smart Waste“ stellt die Vernetzung dutzender Akteur*innen einen großen Wert an sich dar. Besonders hervorzuheben sind die in 2019 beschlossenen „Ethischen Leitplanken für die Entwicklung Darmstadts zur Digitalstadt“, die bundesweit eine Vorreiterrolle einnehmen.

Bestätigung erhielt der Darmstädter Weg der Digitalisierung im September 2020 mit einer substantiellen Förderzusage im Rahmen des Programms „Modellprojekt Smart Cities“ des Bundesministeriums des Inneren, Bau und Heimat (BMI), sodass er verstetigt werden kann. Zudem hat Darmstadt 2020 im „Smart City Ranking“ des Bitkom bundesweit den vierten Platz belegt, besser konnten sich nur die deutlich größeren Städte Hamburg, München und Köln platzieren!

>>> Wir GRÜNE setzen uns auch weiterhin für eine aktive Gestaltung der Digitalisierung zum Wohle der Darmstädter Bürger*innen ein und unterstützen das Projekt „Digitalstadt Darmstadt“.

2. Teilhabe und Beteiligung von Bürger*innen

Die Wissenschaftsstadt Darmstadt hat in den vergangenen zehn Jahren die Teilhabemöglichkeiten der Bürger*innen enorm vergrößert. Viele Beteiligungsangebote der Stadt sind inzwischen sowohl offline als auch online erreichbar. Mit dem Bürgerhaushalt 2.0, zahlreichen Beteiligungswettbewerben und der „DAbei“-Plattform, in die unter anderem der Mängelmelder integriert ist, wurde in diesem Bereich echte Pionierarbeit geleistet. Hieran wollen wir anknüpfen und die Beteiligungsformate noch stärker bewerben, weiter ausbauen und um zusätzliche digitale Angebote ergänzen.

Für uns GRÜNE ist Teilhabegerechtigkeit ein zentraler Grundwert. Wir wollen, dass sich jede*r Bürger*in am gesellschaftlichen Leben der Stadt beteiligen und über die Wahlen hinaus Einfluss auf politische Entscheidungen nehmen kann. Das Internet entwickelt sich immer mehr zum zentralen Medium, das den Zugang zu Arbeit, Bildung und Beteiligung an demokratischen Prozessen ermöglicht. Damit wird es selbst zu einem Dreh- und Angelpunkt der Teilhabegerechtigkeit. Dort, wo das Internet den Zugang zu gesellschaftlicher Teilhabe und zum Diskurs sicherstellt, wird es zu einer politischen Herausforderung, denn beides muss „offline“ und „online“ für jede*n jederzeit möglich sein. Niemand darf aus finanziellen oder sozialen Gründen ausgeschlossen werden.

>>> Wir GRÜNE setzen uns für kostenlose Basiszugänge in Form von Internet-Terminals in öffentlichen Bibliotheken und kommunalen Gebäuden ein, die allen Bürger*innen zugänglich sind.

>>> Wir wollen digitale Begegnungsräume, Plattformen sowie Bildungs- und Weiterbildungsangebote schaffen. Diese sollen insbesondere Menschen zur Verfügung stehen, die sich in einer schwierigen Lebenssituation befinden.

>>> Wir setzen uns beim weiteren Ausbau der digitalen städtischen Infrastruktur für Barrierefreiheit ein, sodass beispielsweise auch ältere Menschen diese problemlos nutzen können.

>>> Wir wollen Beteiligungsmöglichkeiten bei der Digitalstadt Darmstadt GmbH einrichten und ausbauen.

3. Flächendeckend WiFi Darmstadt

Das auf unsere Initiative gestartete WiFi Darmstadt ist ein voller Erfolg und bietet inzwischen in vielen Bereichen der Stadt sowie in Bussen und Bahnen kostenlosen Internetzugang, der von monatlich über 60.000 Personen genutzt wird. Den Ausbau werden wir kontinuierlich fortsetzen. Darüber hinaus halten wir es für wichtig, dass Schulen und Jugendzentren über freies WLAN verfügen und eine Glasfaserverkabelung vorhanden ist.

4. Schutz der Privatsphäre und IT-Sicherheit

IT-Sicherheit und das Recht auf Privatheit sind Grundvoraussetzungen zur Entwicklung einer digitalen Gesellschaft. Ein hohes Datensicherheitsniveau schützt Bürger*innen, Kund*innen,

Einrichtungen der öffentlichen Hand und Unternehmen gleichermaßen.

Die Wissenschaftsstadt Darmstadt zeichnet sich durch ein Alleinstellungsmerkmal mit großer Strahlkraft aus: Das „Nationale Forschungszentrum für angewandte Cybersicherheit ATHENE“ ist auf diesem Gebiet die größte Forschungseinrichtung in Europa. Sie entwickelt Sicherheitslösungen für Wirtschaft, Gesellschaft und den Staat und berät und unterstützt die öffentliche Verwaltung sowie Firmengründer*innen und Start-ups. Das Forschungszentrum arbeitet agil und effizient und kann so auch kurzfristig auf neue Herausforderungen und veränderte Bedrohungslagen reagieren.

>>> Wir wollen den Ausbau einer sicheren IT-Infrastruktur stärken und die in Darmstadt ansässigen Institutionen dabei einbinden. Der Einsatz von freier und offener Software soll geprüft und Verschlüsselungen bei allen digitalen Datenübertragungen gewährleistet werden.

>>> Wir werden die Beratungsangebote zum Thema Datenschutz und Datensicherheit für die Darmstädter Bürger*innen und Betriebe ausbauen und in einer zentralen Kompetenzstelle bündeln.

5. Informationsfreiheit

Wir GRÜNE stehen seit jeher für demokratische Erneuerung und für einen weitreichenden Politik- und Kulturwandel. In der Öffnung der mit Steuergeldern geschaffenen Informations- und Datenbestände und des damit vorhandenen Wissens der Verwaltung liegen gleichermaßen bürgerrechtliche Partizipations- sowie erhebliche wirtschaftliche Wertschöpfungspotenziale. Deshalb wollen wir umfassende Maßnahmen für Informationsfreiheit, Open Government, Open Access und Open Science etablieren.

Die Digitalisierung der Gesellschaft führt zu erhöhten Anforderungen an Transparenz und Mitgestaltungsmöglichkeiten der politischen Prozesse durch die Bevölkerung. Bürger*innen erwarten, dass öffentliche Stellen ihre Daten und Informationen bereitstellen, um die Entscheidungen nachvollziehbar zu machen. Engagierte Bürger*innen brauchen Zugang zu Wissen, um sich optimal in die Stadtgesellschaft mit einbringen zu können. Erfahrungen aus anderen Städten zeigen, dass durch offene Daten auch die Behörden effizienter arbeiten. Informationen können leicht und bürokratiearm durchsucht und abgefragt werden.

>>> Wir wollen die Zugänglichkeit von öffentlichen Informationen erleichtern und setzen uns für eine proaktive Bereitstellung durch die Stadtverwaltung ein.

>>> Wir wollen im Sinne von Open Data alle Daten veröffentlichen, sofern keine Persönlichkeitsrechte verletzt werden oder objektive Sicherheitsrisiken bestehen. Veröffentlichte Daten sollen vollständig und aus sich heraus nachvollziehbar sein.

>>> Wir setzen uns für die Einführung verständlicher, handhabbarer und weitreichender Transparenzregeln sowie eine Informationsfreiheitssatzung für die Wissenschaftsstadt Darmstadt ein.

>>> Software als Teil der öffentlichen Infrastruktur soll nach Möglichkeit unter der Kontrolle der Stadt stehen. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass bei städtischen Ausschreibungen für

Software-Anschaffungen beziehungsweise Anschaffungen, bei denen Software ein Teilaspekt ist, das Recht zur Bearbeitung und Weiterentwicklung zur Voraussetzung gemacht wird, wo immer dies technisch umsetzbar ist.

6. Forschung unterstützen

Darmstadt steht für Offenheit und Internationalität. Die Stadt hat als sogenannte Schwarmstadt außergewöhnlich viele junge Bürger*innen im Alter zwischen 20 und 35, die eine hohe Affinität zu den MINT-Fächern, also Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik, aufweisen. Es gibt eine ausgeprägte Start-up-Szene, gerade im Bereich Digitalisierung. Große strategische Projekte der Bundesregierung mit bundesweiter Unternehmensbeteiligung zu Themen wie Industrie 4.0 wurden in unserer Stadt geplant. Auch viele hier ansässige wissenschaftliche Forschungsinstitute beschäftigen sich schwerpunktmäßig mit der Digitalisierung. Im August 2020 wurde bekannt, dass die hessische Landesregierung rund 38 Mio. Euro für ein neues Zentrum zur Erforschung von Künstlicher Intelligenz zur Verfügung stellt. Das Projekt wird von 13 Hochschulen getragen. Hauptstandort ist Darmstadt.

Durch die Europäischen Weltraumorganisation (ESA) ist unsere Stadt technologisch gesehen zudem das europäische Tor zum Weltraum.

>>> Wir wollen allen Forschungseinrichtungen Zugang zur Datenplattform der Digitalstadt GmbH geben. Die Daten werden für Forschungszwecke datenschutzkonform aufbereitet und dann der Forschung zugänglich gemacht.

7. Digitalisierung und Kultur

Die fortschreitende Digitalisierung der Gesellschaft stellt nicht nur einen technologischen Umbruch dar, mit ihr geht ein Wandel einher, der unser gesamtes Leben und Miteinander durchdringt. Dieser Prozess darf nicht allein Technikexpert*innen überlassen werden.

Darmstadt ist eine Stadt sowohl mit starker IT-Branche als auch mit großer Kulturtradition. Wir GRÜNE wollen beide noch weiter miteinander vernetzen. In diesem Zuge begrüßen wir, dass die Digitalstadt Darmstadt GmbH dem Verein „Kultur einer Digitalstadt“ das Atelierhaus Ludwig-Engel-Weg 1 zur Verfügung gestellt hat. > *Kultur* Weitere Projekte müssen folgen.

>>> Unser Ziel ist es, den Vernetzungsprozess zwischen Institutionen, Hochschulen und Stadtwirtschaft, der durch die Schader Stiftung und das Stadtlabor der Digitalstadt GmbH begonnen wurde, zu fördern und zu intensivieren.

>>> Darüber hinaus wollen wir eine Dauerausstellung einrichten, mit der die Digitalstadt-Aktivitäten für die Bürger*innen veranschaulicht werden sollen.

>>> Wir setzen uns für eine Förderung von Kunstprojekten durch IT-Know-how ein, wie zum Beispiel virtuelle 3D-Visualisierungen.

>>> Die digitale Vernetzung von Kulturschaffenden und die Schaffung eines zentralen Kulturkalenders unterstützen wir. > *Kultur*

>>> Wir setzen uns für den weiteren Ausbau der App „Darmstadt im Herzen“ ein und wollen mit ihr zur digitalen Vernetzung der Bürger*innen beitragen.

8. Erneuerbare Energien

Digitale Techniken sind für die Energiewende unabdingbar. Erst durch sie werden die notwendigen Steuerungsmechanismen bereitgestellt, um erneuerbare Energien oder Wasser effizient und nachhaltig zu nutzen. Auch in diesem Segment gibt es in Darmstadt führende Wissenschaftler*innen.

Ein Beispiel ist das Projekt „DELTA“ des ETA-Teams (ETA = Energietechnologien und Anwendungen in der Produktion) der Technischen Universität Darmstadt zur Digitalisierung im Bereich der erneuerbaren Energien. Ziel ist es, verschiedene Quartierstypen – von Industrie über Gewerbe und Bildung bis hin zum Wohnen – mit Netzinfrastrukturen in den Sektoren Strom, Wärme, Gas, Kommunikation und Verkehr zu verknüpfen. Beim hochdotierten Bundeswettbewerb „Reallabore der Energiewende“ wurde DELTA als einziges Projekt in Hessen ausgezeichnet.

>>> Wir wollen, dass das Projekt DELTA in der Außendarstellung der Wissenschaftsstadt Darmstadt stärker verankert wird und es dabei von städtischer Seite unterstützen – beispielsweise durch die Gründung eines Kompetenzzentrums „Digitalisierung für erneuerbare Energien“.

>>> Für die städtische IT-Infrastruktur und genutzte Dienste wollen wir erreichen, dass ausschließlich Strom aus erneuerbaren Energien verwendet wird. Wo das nicht möglich ist, werden durch Zahlungen an Klimaprojekte die klimatischen Auswirkungen kompensiert. >

Klimaschutz

9. Nachhaltigkeit in der IT – Green IT

Digitalisierung braucht einen ökologischen Ordnungsrahmen. Um ihre Potenziale zu nutzen, muss sie konsequent an Nachhaltigkeit und Gemeinwohl ausgerichtet werden.

In allen Sektoren – industrielle Produktion, Mobilität und Logistik, Strom und Wärme sowie Landwirtschaft – können digitale Innovationen dazu beitragen, die Klimaziele zu erreichen. So könnte beispielsweise der Energieverbrauch der Industrie durch IT-gesteuerte Prozessoptimierung bis 2030 um bis zu 30 % sinken. Autonom fahrende Kleinbusse werden in Darmstadt in vielen Fällen den privaten PKW überflüssig machen. > *Stadtentwicklung und Mobilität* Steuerung durch künstliche Intelligenz kann helfen, den Verkehr zu reduzieren, weniger Pestizide auf die Felder zu sprühen, den Ressourceneinsatz zu optimieren und durch „smarte“ Stromnetze die Energiewende schneller zu realisieren.

>>> Technologien mit nachhaltigen digitalen Geschäftsmodellen sowie Hard- und Software wollen wir unterstützen.

>>> Wir fördern digitale Innovationen für den Klimaschutz.

10. Bildung und Weiterbildung

Der Zugang zu Bildung, ganz gleich ob analog oder digital, ist essenzielle Grundvoraussetzung für die Stabilität unseres Gemeinwesens und für den Wohlstand der Stadt. Daher ist es notwendig, digitale und analoge Bildung allen Kindern und Jugendlichen in gleichem Maß zu ermöglichen. Auch der Zugang zu digitalen Bildungsangeboten darf nicht von den finanziellen Möglichkeiten der Eltern abhängig sein. > *Bildung*

Zu diesem Zweck soll ein „Runder Tisch Medienbildung“ entstehen, der institutionalisiert die Kompetenzträger wie zum Beispiel das Haus der digitalen Medienbildung, das Institut für Medienpädagogik und Kommunikation sowie die Evangelische Stadtakademie mit Schulen und städtischen Institutionen vernetzt und Themen bearbeitet, die sich mit digitaler Kommunikation und dem Umgang mit dem Internet beschäftigen. > *Bildung*

>>> Wir wollen Bildungsangebote schaffen, die über alle Aspekte des Internets und der digitalen Kommunikation informieren. Darüber hinaus sollen Fort- und Weiterbildungen für Schüler*innen, Eltern und Lehrer*innen angeboten werden, um die Digitalisierung an Schulen voranzubringen.

>>> Wir wollen das Medienzentrum stärken und dessen Arbeit weiter in der Stadtgesellschaft publik machen.

11. Digitalmedizin und eHealth

Digitale Technologien haben große Potenziale zur Bewältigung aktueller Herausforderungen in der Medizin und im Gesundheitswesen. Ansätze von Künstlicher Intelligenz in der Unterstützung bildgebender Diagnostik und neuartiger pharmazeutischer Wirkstoffe, ärztliche Sprechstunden unter Verwendung von Videotelefonie oder auch der Einsatz digitaler Patientenakten stellen nur einige der möglichen digitalen Anwendungsfelder dar. >

Gesundheit

Leben in Darmstadts Stadtteilen

Die in unserem GRÜNEN Wahlprogramm formulierten Ziele gelten für das gesamte Darmstädter Stadtgebiet und die dort lebenden Menschen. Um die Kernstadt herum gruppieren sich mit Eberstadt, Arheilgen und Wixhausen jedoch drei Stadtteile, die erst im Verlauf des 20. Jahrhunderts eingemeindet wurden. Zuvor haben sie sich als eigenständige Gemeinden entwickelt. Kranichstein ist wiederum überwiegend ab den 1960er-Jahren als zeittypische Großsiedlung entstanden. In mancherlei Hinsicht sind sie deshalb von ganz eigenen Strukturen und Fragestellungen geprägt, sodass wir sie in unserem GRÜNEN Wahlprogramm noch einmal separat in den Blick nehmen. Der Fokus liegt dabei auf den spezifisch lokalen Anforderungen.

1. Eberstadt

Mit über 20.000 Einwohner*innen ist Eberstadt der größte dieser vier Stadtteil. Viele Eberstädter*innen schätzen die ausgewogene Mischung aus urbanem und ländlichem Flair wie auch die zentrale Lage zwischen Stadtmitte und den Ausläufern des Odenwaldes. Wir GRÜNE wollen die Lebensqualität dieses Stadtteils erhalten und weiter ausbauen. Dafür machen wir uns in unserem GRÜNEN Ortsverband stark. Alle wichtigen Themen bearbeiten wir gemeinsam mit den Bürger*innen.

1.1. Stadtteilentwicklung

Durch zahlreiche Bürgerumfragen, Bürgerversammlungen und Stadtteilforen wurde der Prozess der Bürgerbeteiligung auch in Eberstadt erfolgreich umgesetzt. So wird auf Wunsch der Bürgerschaft bei der Entwicklung der neuen Wohnbebauung auf dem Klinikgelände darauf geachtet, dass der Baumbestand und die parkähnliche Struktur bestehen bleiben. Auch die beschlossene Ansiedlung eines Nahversorgers auf dem ehemaligen Radio-Wilms-Gelände wird in enger Abstimmung mit den Bürger*innen vor Ort umgesetzt. Beispielsweise bleibt ein Großteil der Parkplätze erhalten, der gewünschte Zugang zum Markt von der Heidelberger Landstraße aus ist in Planung.

Der Eingangsbereich des Eberstädter Rathauses sowie der Stadtteil-Bahnhof wurden barrierefrei umgestaltet. Zur Entlastung der Engstelle Heidelberger Landstraße/Einmündung Oberstraße wurde ein Fuß- und Radweg angelegt, der nach der ehemaligen Eberstädter Ortsherrin Anna von Frankenstein benannt werden wird.

Unter GRÜNER Beteiligung entstand das neue Wohngebiet am Steigertsweg, bei dem der Schwerpunkt auf der Schaffung von bezahlbarem Wohneigentum lag.

Zudem haben wir GRÜNE uns für die Wiederbelebung des Eberstädter Bauerngartens eingesetzt und ihn als Treffpunkt für alle Generationen geöffnet. Das Kleinod bietet Familien und Kindern die Möglichkeit, sich zu erholen oder weiterzubilden, zu picknicken oder zusammen zu spielen.

Im Herbst hat die Stadt gemeinsam mit der AG „Bewegte Modaupromenade“ und dem TG07 Eberstadt an der Hirtengrundhalle eine Outdoor-Fitnessanlage für die Eberstädter Bevölkerung eröffnet. An bereits vorhandenen Spielplätzen wurden Fitnessgeräte für Senior*innen installiert.

>>> Unser Ziel ist ein lebendiger Ortskern, der zum Verweilen einlädt. Dafür wollen wir die Verkehrsbeziehungen neu ordnen und Fußgänger*innen und Radfahrer*innen mehr Raum geben. Die Aufenthaltsqualität soll gesteigert werden.

>>> Den Bau eines Gemeinschaftsbackofens, wie er derzeit von Eberstädter Bürger*innen geplant wird, unterstützen wir.

>>> Wir GRÜNE arbeiten auch weiterhin an einem Einzelhandelskonzept.

1.2. Kinder und Jugendliche

Die Kinderbetreuung hat in Eberstadt, wie in der ganzen Stadt, eine vorbildliche Entwicklung genommen. Die U3-Betreuung wurde ausgebaut, neue Spielplätze und Kindergärten, wie die Kindertagesstätte Thomasstraße, geschaffen. Mit innovativen Konzepten, wie beispielsweise dem Naturkindergarten in den Streuobstwiesen, wurde das Kinderbetreuungsangebot qualitativ aufgewertet. Weitere Kitas sind im Brunnenweg (U3-Betreuung) und an der Ludwig-Schwamb-Schule in Planung.

Auch die Schulkindbetreuung an den Grundschulen wurde ausgeweitet und die Schulsozialarbeit an allen Eberstädter Schulen umgesetzt. Bei der Erweiterung der Ludwig-Schwamb- und der Mühltschule lag ein wesentlicher Schwerpunkt auf der Aufenthaltsqualität. Das Zusammenwachsen der beiden Schulen zeigt, wie Inklusion gelingen kann.

>>> Wir GRÜNE setzen uns für eine Veränderung der Schulbezirke ein, um die isolierte Situation der Wilhelm-Hauff-Schule aufzulösen. > Bildung

Mithilfe der aufsuchenden Sozialarbeit (Streetwork) direkt an Treffpunkten von Jugendlichen konnten Konflikte im Stadtteil entschärft und das generationsübergreifende Miteinander gestärkt werden.

Durch die Förderung wie unter anderem des Zirkus Waldoni und anderer Partnerprojekte im Kreativhof Grenzallee unterstützen wir GRÜNE junge Menschen in ihren Fähigkeiten, in ihrem Selbstwertgefühl und im sozialen Umgang. Dank des Trägerwechsels im Kinderhaus Paradies ist es gelungen, die Kinder- und Jugendarbeit im Stadtteil besser auf die Bedürfnisse der jungen Menschen zuzuschneiden. Zudem wurde das Jugendhaus „Kiste“ am Standort Gutenbergschule gesichert.

>>> Der Eberstädter Süden benötigt ein barrierefreies Jugendzentrum. Wir setzen uns dafür

ein, dass das GO IN dementsprechend ausgebaut beziehungsweise ein neues barrierefreies Jugendzentrum ähnlich dem Kranichsteiner Jugendcafé Chillmo geschaffen wird.

1.3. Städtebauförderprogramm „Sozialer Zusammenhalt“ für den Südwesten von Eberstadt

Mithilfe des Bund-Länder-Programms „Soziale Stadt“ wurde der Süden von Eberstadt von 1999 bis 2013 entscheidend weiterentwickelt. Unter anderem konnten Maßnahmen zur Prävention und eine Intensivierung der Kinder- und Jugendarbeit auf den Weg gebracht werden. Nach wie vor gibt es trotz aller bisherigen Anstrengungen immer noch einen erheblichen städtebaulichen und sozialen Nachholbedarf. Es gilt, „Altes“ zu sichern und „Neues“ zu fördern.

Der südwestliche Teil muss in das Städtebauförderprogramm „Sozialer Zusammenhalt“ (ehemals Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“) aufgenommen werden. Dies kann auch Teile des früheren Programmgebiets „Soziale Stadt“ beinhalten.

>>> Wir wollen prüfen, ob das Städtebauförderprogramm „Sozialer Zusammenhalt“ für den westlichen Teil im Süden Eberstadts in Anspruch genommen werden kann und unterstützen einen möglichen Antrag.

>>> Wir setzen uns dafür ein, dass das Café (N)Immersatt erhalten bleibt. Das lokale Beschäftigungsprojekt der Baff-Frauen-Kooperation für langzeitarbeitslose Frauen bietet kostengünstige Mittagessen an. Um das sozialräumlich verankerte Angebot zur Unterstützung besonders einkommensarmer Menschen zu stärken, haben wir bereits den Umzug in neue Räumlichkeiten unterstützt.

1.4. Sanierung Mühlalbad

Die bereits beschlossene Sanierung des Mühlalbades unter Denkmalschutzrichtlinien werden wir begleiten. Für die Dauer der Arbeiten muss eine Interimslösung gefunden werden, damit die Eberstädter*innen im Sommer weiterhin ins Freibad gehen können. > *Sport*

>>> Wir setzen uns für eine Flexibilisierung der Öffnungszeiten ein, denn gutes Schwimmbadwetter richtet sich nicht nach der Badesaison.

1.5. Klimaschonende und sichere Mobilität in Eberstadt

Wir setzen uns für einen attraktiven Verkehrsknotenpunkt für Stadtteilbusse und Straßenbahnen ein. Eine angemessene Radverkehrsinfrastruktur fördert klimaschonende Mobilität und trägt zur Belebung des Ortskerns bei.

Zur weiteren Erschließung von Wohngebieten durch den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) soll der vorhandene Ringverkehr (EB-Bus) ausgeweitet und im Hinblick auf das neue Ludwigshöhviertel weiterentwickelt werden. Mit dem Heinerleiner-Rufbussystem erhält auch Eberstadt ein neuartiges flexibles ÖPNV-Angebot für mehr direkte Verbindungen über einen längeren Zeitraum des Tages.

Nur kurze Wege zur nächsten Haltestelle und eine regelmäßige Taktung bauen Hemmnisse bei der Nutzung des ÖPNV ab. Gleichzeitig fördert ein gutes ÖPNV-Angebot die Teilhabe von

Kindern, Familien, Senior*innen sowie Menschen mit Beeinträchtigung am öffentlichen Leben.

>>> Wir fordern aus Gründen der Verkehrssicherheit und des Klimaschutzes Tempo 30 im gesamten Ortsgebiet von Eberstadt.

>>> Außerdem wollen wir mehr Fahrradabstellmöglichkeiten im Ortskern, an Lebensmittelgeschäften und vor Gastronomiebetrieben in Eberstadt-Süd.

>>> Der Ausbau der Fahrradverbindung in der Heidelberger Landstraße entlang der Lincoln-Siedlung soll bis in den Eberstadt Süden weitergeführt werden.

>>> Die Radverbindung entlang der Pfungstädter Straße von der Ortsmitte bis zum Eberstädter Bahnhof wollen wir verbessern.

>>> Wir begrüßen die geplante Umwidmung der Heinrich-Delp-Straße zur Fahrradstraße. Mit der Öffnung des Ludwighöhviertels nach Abschluss der Bauarbeiten wird dadurch eine attraktive Radverbindung zwischen Bessungen und Eberstadt entstehen.

>>> Wir GRÜNE machen uns dafür stark, dass der vorhandene EB-Bus auch am Wochenende und in den Abendstunden in angemessenem Takt fährt. Den Einsatz von Bürgerbussen unterstützen wir.

1.6. Erhalt des Westwaldes

Die Eberstädter*innen sind von den Schäden des Westwaldes direkt betroffen. Mit aller Kraft machen wir GRÜNE uns deshalb für seine Rettung stark. Gemeinsam mit dem von der Stadt eingesetzten „Runden Tisch Wald“ wollen wir Ideen und Konzepte entwickeln, wie der Westwald umgestaltet werden kann, um ihn widerstandsfähig zu machen und dauerhaft zu erhalten. Eine Wohnbebauung auf bewaldeten Flächen lehnen wir ab, dies wurde mit unserem Antrag zum Masterplan 2030+ noch einmal deutlich fixiert. Dies gilt für den Westwald, das Forstgebiet zwischen Barbarasiedlung und Lincoln-Siedlung sowie für alle anderen Waldgebiete der Stadt. > *Umwelt- und Naturschutz- und Naturschutz*

Darüber hinaus ist der Erhalt der Streuobstwiesen fester Bestandteil unserer GRÜNEN Ortspolitik.

1.7. Selbstbestimmtes und selbstständiges Leben von Senior*innen in Eberstadt

Um die Leitlinien der Darmstädter Altenhilfeplanung „so lange wie möglich – so selbstständig wie möglich“ zu realisieren, brauchen wir in Eberstadt einen integrativen Ansatz. Wir GRÜNE unterstützen deshalb die Stadt bei der Suche nach Grundstücken und Gebäuden, die zur Schaffung von generationsübergreifenden Wohnprojekten, betreutem Wohnen sowie Alten- und Pflegeeinrichtungen geeignet sind.

>>> Wir GRÜNE werden prüfen, ob Flächen des ehemaligen Klinikgeländes im Süden vom Eberstadt dafür genutzt werden können.

>>> Im Sinne einer „besitzbaren“ Stadt sollen seniorengerechte Bänke in der Ortsmitte, an Wegen und auf Plätzen aufgestellt werden.

2. Kranichstein

Kranichstein ist einer der jüngeren Stadtteile Darmstadts und erfreut sich immer größerer Beliebtheit. Der als „Trabantenstadt“ geplante Bezirk zeichnet sich in mehrfacher Hinsicht durch große Vielfalt aus. Da sind zum einen die Menschen aus über 80 Nationen, die hier friedlich zusammenleben. Auch die Bebauung und Struktur innerhalb des Viertels ist heterogen. So steht das erste Passivhaus Deutschlands nur ein paar Straßen vom einzigen Ökumenischen Gemeindezentrum der Region entfernt. Die direkte ÖPNV-Anbindung an die Stadtmitte und die fußläufig zu erreichenden Wälder, Seen und Grünflächen machen Kranichstein so attraktiv.

2.1. Stadtteilentwicklung

Ein großer Bereich des Stadtteils Kranichstein wurde im Jahr 2000 in das Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ aufgenommen, das seit 2020 als Städtebauförderprogramm „Sozialer Zusammenhalt“ weitergeführt wird. Das Förderprogramm wurde vom Bund ins Leben gerufen, um Quartiere mit besonderem Entwicklungsbedarf zu unterstützen. Es setzt dabei auf eine Mehrebenenstrategie und die Kombination verschiedener Politikfelder. In Kranichstein ist die Umsetzung durch engagierte Gemeinwesenarbeit, die Stadtteilwerkstatt sowie das Zusammenwirken von Bürger*innen, Vereinen, Initiativen und städtischen Ämtern sehr gut gelungen. Der Neubau des Jugendcafés Chillmo, die vielen neu gestalteten naturnahen Spiel- und Freizeitanlagen, die Aufwertung der Außenräume der Erich Kästner-Schule, der Park am Brentanosee sowie der Anschluss des Stadtteils an das Straßenbahnnetz sind nur einige der Erfolge, die daraus entstanden sind und die bis in die Gegenwart hinein wirken. Heute präsentiert sich Kranichstein als lebendiger, urbaner Stadtteil, der mit der Umgestaltung des Strahinger Platzes im Baugebiet K6 noch einen zentralen Quartiersplatz erhalten hat.

>>> Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass insbesondere die Quartiersarbeit und die Stadtteilwerkstatt weiterhin unterstützt werden. Wichtig sind uns die Stadtteilrunden, in denen aktive Bürgerbeteiligung stattfindet.

>>> Das internationale Stadtteilstfest „Bunte Wiese“, das von der Stadt mit veranstaltet wird, wollen wir fortführen.

>>> Im Sinne einer Stadt der kurzen Wege, setzen wir GRÜNE uns für gute Einkaufsmöglichkeiten vor Ort ein. Für Kranichstein wollen wir erreichen, dass die zwei Einkaufszentren erhalten bleiben und durch weitere Geschäfte ergänzt werden.

>>> Perspektivisch soll das Gelände zwischen Jägertor- und Siemensstraße bebaut und so weiterer Wohnraum geschaffen werden.

2.2. Kinder und Jugendliche

Die Erich Kästner-Schule (EKS) ist die größte Darmstädter Grundschule. Im April 2020 haben die Arbeiten für den dringend notwendigen zentralen Neubau begonnen. Zudem hat der GRÜN geführte Magistrat beschlossen, 3,2 Mio. Euro für die Sanierung des „Gelben Hauses“ zur

Verfügung zu stellen. Die Schule war eine der ersten, die am Pakt für den Nachmittag teilnahmen, heute werden rund 30 % der Schüler*innen innerhalb der Schule am Nachmittag betreut.

>>> Die Ergebnisse des Bildungsmonitorings > Bildung zeigen, dass trotz der guten Arbeit an der EKS bei vielen Schüler*innen erhöhter Förderbedarf besteht. Wir setzen uns dafür ein, dass die Lehrkräfte und Lernenden deutlich mehr Unterstützung erhalten.

Das Kita- und Schulbau-Sanierungsprogramm ist umgesetzt. Eine neue Krippe wurde eingerichtet. Das Angebot der Offenen Kinder- und Jugendarbeit konnte aufgewertet werden. Das Familienzentrum „Menschenkinder“ leistet eine wichtige, generationenübergreifende Arbeit im Quartier, die wir unterstützen.

>>> Um dem Wachstum des Stadtteils gerecht zu werden, muss die Kinderbetreuung weiter ausgebaut werden. Eine neue Kinderkrippe über dem Einkaufszentrum am See soll errichtet werden.

2.3. Solange im Viertel leben wie möglich: Senior*innen in Kranichstein

Seit vielen Jahren sorgt der Verein Hiergeblieben dafür, dass möglichst alle Menschen am Leben im Stadtteil teilhaben und so lange es geht selbstbestimmt in ihrer Wohnung leben können, auch bei gesundheitlichen Schwierigkeiten und im Alter. Diese Arbeit begleiten und unterstützen wir.

>>> Wir setzen uns für die Einrichtung einer Tagespflege für ältere Menschen in Kranichstein ein.

>>> Zudem sollen ein Nachbarschaftszentrum und ein Beratungszentrum in Zusammenarbeit mit dem Verein Hiergeblieben geschaffen werden.

2.4. Mobilität: Ausbau der Radwege und Tempo 30

Dank des Straßenbahnausbaus ist Kranichstein mit öffentlichen Verkehrsmitteln sehr gut erreichbar. Auch auf die starke Nutzung der Line H wurde reagiert: Seit Herbst 2018 fahren die Busse im 10-Minuten-Takt. Von der Einführung des Sozialtickets profitieren viele in Kranichstein lebende Bürger*innen.

Die Planungen für die Sanierung der Jägertorstraße stehen kurz vor dem Abschluss. Wir GRÜNE haben uns dafür eingesetzt, dass ausreichend Platz für Fahrradwege vorgesehen wird. Ein Zebrastreifen zur Querung der befahrenen Straße wurde zwischen dem Wohngebiet K6 und dem Lidl-Markt bereits eingerichtet.

>>> Die Fahrradwege in Kranichstein müssen ausgebaut und vorhandene in Teilen aufgewertet werden, dies gilt insbesondere für die Strecke entlang der Kranichsteiner Straße auf der Höhe der Fasaneriemauer.

>>> Es soll zusätzliche hochwertige Fahrradabstellanlagen zum Anschließen des Fahrradrahmens am Einkaufszentrum am See geben.

>>> Es ist zu prüfen, inwieweit Kranichstein an das überregionale Fahrradwegenetz, zum Beispiel an den Raddirektweg Darmstadt – Frankfurt, angebunden werden kann.
>>> Wir wollen, dass zur Verkehrssicherheit Tempo 30 in ganz Kranichstein eingeführt wird. Dafür soll ein Modellprojekt beantragt werden. Insbesondere an der Jägertorstraße ist dies wichtig, da es dort viele Betreuungseinrichtungen gibt.

2.5. Sanierung der Seen und Renaturierung des Ruthsenbachs

Der Erich Kästner- und der Brentano-See sind fertig saniert und der Ruthsenbach in Teilen renaturiert. Zum Wohle des Naturschutzes und zur Förderung der biologischen Vielfalt lässt die Stadt viele Wiesen- und Grünstreifen deutlich weniger mähen. Die Wegebeziehungen und Grünflächen wurden an mehreren Stellen zugunsten der Nutzbarkeit und Biodiversität umgestaltet und aufgewertet, Beispiele dafür sind das Gebiet hinter dem Einkaufszentrum und entlang der Kranichsteiner Straße.

>>> Wie überall in der Stadt soll auch in Kranichstein die Dach- und Fassadenbegrünung zugunsten des Klimaschutzes vorangetrieben werden. Wir wollen prüfen lassen, ob einige der Hochhauswände begrünt werden können.

2.6. Deutliche Reduzierung des Fluglärms

Die GRÜNE Umweltdezernentin und der GRÜNE Oberbürgermeister haben sich dafür eingesetzt, dass die Flugroute „Amtix kurz“ Richtung Norden, in die Mitte eines unbebauten Korridors, verschoben wird. Der Probetrieb startete im November 2020. Für die Menschen in Kranichstein bedeutet das eine deutliche Entlastung vom Fluglärm.

3. Arheilgen

Arheilgen hat sich in den vergangenen Jahren vorbildlich entwickelt. Der Bau der Umgehungsstraße, der Ausbau der Straßenbahn und die Verlegung der Wendeschleife wurden genutzt, um den öffentlichen Raum neu zu gestalten. Es ist ein attraktiver Ortskern entstanden, geprägt von einem lebendigen Mix aus Gastronomie und Geschäften, Wohnbebauung und Natur.

Im Zuge der Kanalbauarbeiten entlang der Frankfurter Straße wurde die Chance ergriffen, die verkehrliche Situation für Fußgänger*innen, Fahrräder, Straßenbahnen sowie Autos neu zu ordnen und die Verbindung zwischen Arheilgen und der Kernstadt städtebaulich aufzuwerten. Grundvoraussetzung für die neue Gestaltung war, dass der Verkehrsfluss nicht beeinträchtigt wird und die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer*innen gewährleistet ist. Beides ist hervorragend gelungen.

Mit der neuen Wache hat die Freiwillige Feuerwehr Arheilgen eine zeitgemäße Ausstattung erhalten. Der Umzug schafft zudem Platz für 30 neue, barrierefreie Wohnungen auf dem ehemaligen Gelände im Ortskern des Stadtteils.

Wie Kranichstein profitiert auch Arheilgen von der Nordverschiebung der Flugroute „Amtix kurz“: Insgesamt wird es für 10.000 bis 12.000 Menschen deutlich leiser.

Diese positive Entwicklung wollen wir GRÜNE fortsetzen und sie innerhalb der Stadtteilforen gemeinsam mit den Arheilger Bürger*innen gestalten.

3.1. Kinderbetreuung

Arheilgen ist mit Kinderbetreuungsplätzen bestens versorgt. Sowohl was die Betreuung von Kindern unter drei Jahren (U3) als auch das Kindergartenalter (Ü3) angeht liegt der Stadtteil in Darmstadt ganz weit vorn. In keinem anderen Darmstädter Viertel wurden in den vergangenen Jahren so viele neue Kitas eröffnet. Dabei wurde stets auf Qualität geachtet. Stadt und freie Träger arbeiten eng zusammen. Gelungene Beispiele sind das innovative Konzept der Bewegungs- und Ernährungskindertagesstätte der Sportgemeinschaft Arheilgen e.V. oder die integrative Kita Pippi Langstrumpf der Arbeiterwohlfahrt e.V..

3.2. Stärkung der Nahversorgung

Arheilgen wächst. Dafür braucht es Wohnraum und ausreichend Nahversorgungsangebote. Zwischen Frankfurter Landstraße und Darmstädter Straße sollen auf einem weitgehend brachliegenden Grundstück ein Aldi-Markt sowie 15 neue Wohnungen entstehen. Acht davon sind für geringe und mittlere Einkommen vorgesehen. Damit sind die von unserer Koalition eingeführten Sozialstandards mehr als erfüllt. Auch barrierefreie Wohneinheiten wird es geben. Der Standort ist ideal, da das Gelände mitten im Zentrum von Arheilgen liegt. Mit der Nachverdichtung wird eine weitere Zersiedlung der Landschaft vermieden. Bei der Planung wurden zahlreiche Anregungen und Änderungswünsche aus der Arheilger Bürgerschaft aufgegriffen und umgesetzt.

>>> Aus unserer Sicht ist als weiterer Schritt zur Entwicklung des Stadtteilzentrums die Ansiedlung eines Getränkemarktes wünschenswert.

3.3. Mobilität: Fahrradstraße und Anschluss an den Radschnellweg Darmstadt – Frankfurt

Der Fahrradweg entlang der Frankfurter Landstraße wurde ausgebaut. Parallel dazu verläuft im Erlich die erste Fahrradstraße Arheilgens. An der Planung waren die Arheilger Bürger*innen beteiligt. Auf ihre Anregung hin wurde unter anderem das Ausweichstellenkonzept überarbeitet, um möglichst viele Parkmöglichkeiten zu erhalten. Immer mehr Menschen fahren mit elektrischer Unterstützung Rad und können damit auch größere Distanzen problemlos zurücklegen. Der Raddirektweg zwischen Darmstadt und Frankfurt, dessen Verlauf bewusst so angelegt ist, dass er die Arbeitsplatzschwerpunkte der Region vernetzt, ist der erste Hessens. Ein erster Abschnitt wurde 2019 eröffnet und führt von Egelsbach bis zum Ortsrand von Wixhausen. Mittlerweile wurde er bis zum Bahnhof Wixhausen weitergeführt. In einem dritten Bauabschnitt folgt die Strecke bis zur B3 in Arheilgen.

Der weitere Verlauf Richtung Darmstadt wird zurzeit in einem Bürgerbeteiligungsverfahren

festgelegt, die schrittweise Umsetzung ist ab 2021 geplant. Als ersten Schritt wird der Radschnellweg entlang der S-Bahn bis zu Merck und zum Nordbahnhof verlängert, die weitere Führung nach Süden wird schrittweise weiter geplant. Parallel wird eine Verbindung im Westen entlang der Kläranlage zum Hauptbahnhof geprüft, damit die Arbeitsplätze in der Weststadt und im Telekomviertel von Norden aus gut erreichbar sind.

4. Wixhausen

Wixhausen ist seit 1977 der kleinste und nördlichste Stadtteil Darmstadts. In dieser Zeit hat er sich mit dem GSI-Helmholtzzentrum für Schwerionenforschung GmbH und dem neuen internationalen Beschleunigerzentrum *FAIR* zu einem der wichtigsten Wissenschaftsstandorte unserer Stadt entwickelt.

4.1. Schnelle Internetverbindung

Schnelle Internetverbindungen sind für eine moderne Wissenschaftsstadt unerlässlich. Nicht allein aus wirtschaftlichen Gründen wie dem Verkauf von Bauland oder der Ansiedlung von Gewerbe. Schnelles Internet gehört heute zur Daseinsvorsorge, die eine Stadt seinen Bürger*innen bieten muss. Deshalb haben wir uns für eine flächendeckende, hochleistungsfähige Breitbandinfrastruktur in Wixhausen stark gemacht und als diese zunächst ohne Fördermittel nicht umzusetzen war, dafür einen Betrag in Höhe von 250.000 Euro in den Haushalt eingestellt.

4.2. Verlängerung der Straßenbahn bis nach Wixhausen

Um die ÖPNV-Anbindung nach Wixhausen zu stärken, wurde die Buslinie G an die Straßenbahn in Arheilgen angeschlossen. An den Kosten für das Busangebot hat sich die GSI beteiligt. Mit der geplanten Verlegung des Straßenbahn-Depots der HEAG mobilo nach Wixhausen Ost, bietet sich die Chance, die Straßenbahnlinie bis Wixhausen zu verlängern, sodass künftig kein Umsteigen mehr nötig ist.

>>> Wir setzen uns dafür ein, dass die Vorbereitenden Untersuchungen für Städtebauliche Entwicklungsmaßnahmen in Arheilgen West und Wixhausen Ost zügig vorangebracht werden. Umwelt- und naturschutzrechtliche Fragestellungen sind dabei so zu berücksichtigen, dass es gelingt, einen klugen Ausgleich zwischen der unbedingt notwendigen Schaffung von Gewerbeflächen – auch damit anderswo Platz für den Wohnungsbau frei wird –, der Verlängerung der Straßenbahn nach Wixhausen und der Bewahrung der Freiraumqualitäten zu schaffen.

4.3. Grundlegende Ursachen des Fluglärms angehen

Anders als Arheilgen und Kranichstein wird Wixhausen durch die Nordverschiebung der Flugroute „Amtix kurz“ nur partiell vom Fluglärm entlastet – im Norden wird es wahrscheinlich eine zusätzliche Belastung geben.

Umso wichtiger ist es, dass die grundlegenden Ursachen des Fluglärms bekämpft werden. Nur durch eine Einhaltung des Nachtflugverbots, eine Einschränkung des Billig-Flieger-Angebots, Lärmobergrenzen sowie den Einsatz lärmarmen Triebwerke und Materialien kann eine Entlastung für alle Menschen in Darmstadt erreicht werden.

>>> Wir setzen uns dafür ein, dass die grundlegenden Ursachen des Fluglärms angegangen werden. Dafür müssen Maßnahmen des aktiven Schallschutzes vorgebracht werden.

4.4. Nahversorgung für einen funktionierenden und lebenswerten Stadtteil

Wixhausen mit seinen rund 6.400 Einwohner*innen hat eine herausfordernde Größe, um funktionierende Nahversorgungsstrukturen zu etablieren. Für einen lebenswerten Stadtteil sind diese jedoch essenziell – nicht nur zum Einkauf, sondern auch als Treffpunkt und für das soziale Leben in Wixhausen. Seit Langem setzt sich der GRÜNE Oberbürgermeister und Wirtschaftsdezernent deshalb für ein neues, baulich integriertes Stadtteilzentrum ein, damit möglichst viele Wixhäuser*innen es für ihre Besorgungen von der Wohnung aus zu Fuß oder mit dem Rad erreichen können. Gerade für Ältere und Familien mit Kindern ist dies wichtig. Wir setzen darauf, dass ein solches Konzept gelingen kann. Das werden wir ausdrücklich unterstützen und im weiteren Verfahren positiv begleiten.

IMPRESSUM

Kreisverband

Bündnis 90/DIE GRÜNEN Darmstadt

Lauteschlägerstraße 38

64289 Darmstadt

Telefon 06151-61490

Telefax 05151-61401

kreisverband@gruene-darmstadt.de

Vi.S.d.P.: Hildegard Förster-Heldmann, Jürgen Deicke

Foto S. 3: Maike Hermann